Kursbuch 74

Zumutungen an die Grünen

Ludwig Trepl, Ökologie – eine grüne Leitwissenschaft?
Reinhard Kaiser, Weltende *Stefan Welzk*, Fetisch Wald
Tilman Spengler Grüne Weltbilder
Ulrich Linse Landkommunen
W. Geipert Grau im Grün
R. Schaeffer Die Basis
Norbert Kostede Rotationsprinzip
U. Enzensberger Macht, nein danke
Otto Kallscheuer Fortschritts-Angst
Ch. Roberts, Grüne Wirtschaft / *J. Grüter*, Grüne Energie
Peter Schneider, Keine Lust aufs grüne Paradies

Kursbuch/Rotbuch Verlag
Dezember 1983 9 Mark A 20281 F

83-870

Kursbuch

05
Kur

Herausgegeben von Karl Markus Michel und Tilman Spengler
Unter Mitarbeit von Hans Magnus Enzensberger
Redaktion: Ingrid Karsunke

Goethe-Institut e.V.
Bibliothek
ausgeschieden am: .....

74 Zumutungen an die Grünen Dezember 1983

Reinhard Kaiser, Weltende 1
Ludwig Trepl, Ökologie – eine grüne Leitwissenschaft? Über Grenzen und Perspektiven einer modischen Disziplin 6
Stefan Welzk, Fetisch Wald. Scherzo funèbre 29
Tilman Spengler, Grüne Weltbilder. Eine Revue 39
Ulrich Linse, Neues Leben, neue Sünden. Über die Experimente der Landkommunen in Deutschland 55
Winnie Geipert, Das Graue im Grün 69
Roland Schaeffer, Basisdemokratie. Oder: wenn der Löwenzahn nicht wachsen will, müssen wir eben Kopfsalat essen 77
Norbert Kostede, Paternoster: die Folgen des Rotationsprinzips 95
Ulrich Enzensberger, Macht? Nein danke –? 105
Charles C. Roberts, Die Grünen – Retter des Spätkapitalismus? Kritik eines Wirtschaftsprogramms 117
Josef Winfried Grüter, Ein bißchen Wärme braucht der Mensch. Eine energiepolitische Rechnung 137
Otto Kallscheuer, Fortschrittsangst 159
Peter Schneider, Keine Lust aufs grüne Paradies 180
Kursbogen: Uwe Wesel, Die Grünen als Rechtsfall

Das Kursbuch erscheint einmal im Vierteljahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 7, im Einzelverkauf DM 9. Verlag: Kursbuch Verlag / Rotbuch Verlag, Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30, Telefon 2 61 11 96. Anschrift der Redaktion: Kursbuch Verlag, Niebuhrstraße 77, 1000 Berlin 12, Telefon 8 81 50 59. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann.
Verantwortlich für den Inhalt: Karl Markus Michel und Tilman Spengler. © 1983 Kursbuch Verlag, Berlin. Alle Rechte, auch die der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten.
Druck und Bindung: Georg Wagner, Nördlingen
Beilagen: Carl Hanser Verlag (Teilauflage), »Kirschkern« Buchversand (Teilauflage), Kursbuch Verlag (Beihefter, Spendenaufruf, Kursbogen), Sommeruniversität Toskana, Unionsverlag (Teilauflage)

Reinhard Kaiser
Weltende

> »Die ökologische Weltkrise verschärft sich von Tag zu Tag: Die Rohstoffe verknappen sich, Giftskandal reiht sich an Giftskandal, Tiergattungen werden ausgerottet, Pflanzenarten sterben aus, Flüsse und Weltmeere verwandeln sich in Kloaken, der Mensch droht inmitten einer späten Industrie- und Konsumgesellschaft geistig und seelisch zu verkümmern . . .«
> Bundesprogramm der Grünen, Präambel

Das Fiasko ist mir zu nah. Es ist die Kneipe schräg gegenüber dem grünen Haus, in dem ich wohne. Vor zwei Jahren war das Haus noch grau, und die Kneipe hieß »Irish Pub«. Aber die Zeiten enden sich. Jetzt heißt sie »Fiasko«. Das zieht. Denn das Ende ist in aller Munde.
Der Ende auch. Seit Jahren nun schon Woche für Woche der Blick auf die Bestsellerliste des *Spiegel:* Nein, es hat sich nichts geändert. Am Anfang steht Michael Ende mit seiner *Unendlichen Geschichte*. Und wenn doch einmal Umberto Eco ganz oben steht, dann lese ich es wie einen besonders eindringlichen Hinweis auf den unweigerlich folgenden Ende: *ecco* Ende oder *ecce* Ende. Sehet, Ende ist nah.
Eine rätselhafte, tödliche Krankheit hat die Kindliche Kaiserin und mit ihr das ganze Land Phantásien erfaßt. Dessen unendliche Geschichte steht auf dem Spiel. Das Nichts dringt immer weiter vor, verschlingt ganze Landstriche und löst bei jenen, die ihm zu nahe kommen, einen selbstzerstörerischen Impuls aus:

»Atréju sah, daß die Spukgestalten auf dem Feld vor ihm zu zucken begannen, daß ihre Glieder sich wie in Krämpfen verdrehten und ihre Münder aufgerissen waren, als wollten sie schreien oder lachen, doch es herrschte Totenstille. Und dann – als seien sie welke Laubblätter, die ein Windstoß erfaßt – rasten sie alle gleichzeitig auf das Nichts zu und stürzten, rollten und sprangen hinein.«

Diese Sätze wurden geschrieben, noch bevor die politisch-ökologische Situation, für die sie heute als Gleichnis taugen, recht erkennbar geworden war. Und dazu, daß Endes Nichts heute manchem wie ein Sinnbild der Epoche erscheint, hat, wie ich meine, ein Buch beigetragen, das in eine merkwürdige Wechselbeziehung zur *Unendlichen Geschichte* getreten ist, indem es nichts anderes als das Ende der Geschichte prophezeit.
Endes Roman kam 1979 in Deutschland heraus, und erst ein Jahr später erschien in den Vereinigten Staaten *Global 2000*. Am Anfang war die *Unendliche Geschichte* ein dickes Kinderbuch, und *Global 2000* war eine voluminöse Regierungsdrucksache, der »Report to the President«. In der Publikationslandschaft lagen Welten und ein Weltmeer zwischen ihnen. Regie-

rungsdrucksachen, zumal dicke, haben kaum Chancen, Bestseller zu werden oder gar viele Leser zu finden, und im eigenen Land galten die amerikanischen Propheten – von Jimmy Carter gerufen und von Ronald Reagan nicht angehört – zunächst auch nichts. Sie fanden erst Gehör, als ein paar Monate nach der Originalausgabe eine deutsche Übersetzung erschien. Nun entwikkelte sich *Global 2000* bald zu einem Erfolgsbuch (wurde als solches aus Deutschland sogar nach Amerika zurückimportiert), und neben manchem anderen, was es in den Köpfen der Leute und den Wasserköpfen der Parteien, Verbände und Organisationen auslöste, machte es aus Endes Kinderbuch ein Kultbuch für Erwachsene.

In *Global 2000* nahm das Nichts, das in Endes Roman das Land Phantásien bedroht, eine wissenschaftliche, mehr noch: eine regierungsamtliche Gestalt an:

»Trotz eines größeren materiellen Outputs werden die Menschen auf der Welt [im Jahre 2000] in vieler Hinsicht ärmer sein, als sie es heute sind.« – »Ein Anstieg der Polartemperaturen um 5-10° C könnte am Ende zum Abschmelzen der grönländischen und antarktischen Eiskappen und damit zu einem schrittweisen Anstieg des Meeresspiegels führen. Zahlreiche Küstenstädte müßten dann aufgegeben werden.« – »Saurer Regen infolge gesteigerter Verwendung fossiler Brennstoffe (vor allem Kohle) bedroht Seen, Böden und Ernten.« – »Die Gefahr einer radioaktiven Verseuchung der Umwelt infolge von Kernreaktorunfällen nimmt ebenso zu wie die Möglichkeit einer weiteren Verbreitung von Kernwaffen.«

Tatsächlich entspricht die Ausgangslage von *Global 2000* in vielem der von Endes *Unendlicher Geschichte*. Das Nichts, das sich im Roman von den Rändern her immer weiter voranfrißt, ist für die Wesen, die im Inneren Phantásiens hausen, so unsichtbar und unanschaulich wie saurer Regen, radioaktive Strahlung, langfristige Klimaveränderungen, schleichende Vergiftung von Organismen und Böden und viele andere Gefahren, von denen *Global 2000* uns Kunde brachte, ohne daß wir sie sogleich sehen konnten.

In die äußersten Randbezirke Phantásiens muß sich begeben, wer das Nichts zu Gesicht bekommen will. Atréju muß in einen der höchsten Bäume klettern, um es zu erblicken. Und nun schildert Michael Ende, der nach eigenem Bekunden gern Michael Nostradamus hätte sein mögen (»Fragebogen« im FAZ-Magazin vom 7. Januar 1983), das Nichts in Worten, die sich heute wie eine Prophezeiung des Waldsterbens lesen:

»Die Kronen der anderen Bäume, die noch ganz in der Nähe standen, waren grün, doch das Laub der Bäume, die dahinter lagen, schien jede Farbe verloren zu haben, es war grau. Und noch ein wenig weiter entfernt schien es auf eine seltsame Art durchsichtig, nebelhaft, oder besser gesagt, einfach immer unwirklicher zu werden. Und dahinter lag nichts mehr, absolut nichts.«

Auch die Gefahren, auf die *Global 2000* hinweist, scheinen von der Peripherie auf uns einzudringen, von den Rändern der Welt und vor allem von der Peripherie unseres Wahrnehmungsfeldes. Dabei wissen wir, wenn wir

sie erst sehen, ist es womöglich schon zu spät. Solange wir sie aber nicht sehen, sind wir auf unsere Phantasien angewiesen.

Der *Baumweg* nahe dem Frankfurter Stadtzentrum, an dem das grüne Haus, in dem ich wohne, und das »Fiasko« stehen, trägt diesen Namen heute (am 24. Oktober 1983) ganz zu Recht und hat mit seinen zahlreich vorhandenen Laub- und Zweiggebilden schon so manchen frankfurtophoben Besucher in Erstaunen versetzt. Aber zuweilen frage ich mich, ob eines Tages (und wann?) aus einem wißbegierigen Kindermund die Frage laut werden wird: Sag mal, woher kommt eigentlich der Name Baumweg? (So wie es ja heute schon Kinder gibt, die, erstmals mit einem Exemplar gewisser Krabbeltierarten konfrontiert, in den Ruf ausbrechen: Sieh mal, Mama, das Tier hier sieht aus wie ein Vauwee!)
Mit der Umwelt kippt auch die Bildwelt. Sauerstoffarme Seen und Flüsse sind nicht die einzigen ökologischen Systeme, die »umkippen« können – etwas Ähnliches kann auch unseren Vorstellungs- und Ideenwelten, der Metaphernökologie einer Epoche widerfahren. Wichtige Bestandteile unserer Zeit-Raum-Metaphorik – das »Weltende« und der »Fortschritt« – sind, wie mir scheint, während der vergangenen Jahre in diesem Sinne gekippt.
Die eigentliche Dimension des Fortschritts, die Zukunft, erschien einmal vor allem als Raum der Hoffnungen, der guten Neuigkeiten und verheißungsvollen Besserungen. Wer hätte vor 15 Jahren geglaubt, daß er den Aufkleber »Zukunft – Ich bin dafür« einmal am Heck eines Mercedes 280 finden würde, neben »Atomkraft, ja bitte«? Aber auch vielen Mercedes-Fahrern scheint die Zukunft heute vor allem Gefahr, Verhängnis, Bedrohung in sich zu bergen. *Global 2000* hält schlechte Nachrichten bereit und verheißt noch schlechtere: Zuspitzung von Krisen, Problemmaximierungen, wohl gar den Weltuntergang selbst. Wo aber der Weltuntergang droht und das zeitliche Weltende nahe scheint, da kippt der Fortschritt und wechselt die Dimension. Aus der zeitlichen Sphäre kehrt er in die räumliche zurück, aus der er als Metapher ja stammt. Er sucht das Weite und sieht zu, daß er fortkommt. An die Stelle von Zukunftshoffnungen treten Fernphantasien. Was in der Wunschzeit keinen Platz mehr zu haben scheint, drängt in die Wunschräume, es schreitet fort vom drohenden Weltende *(finis mundi)* und hin zum Ende der Welt *(finis terrae)*.
Es ist dies eine höchst merkwürdige Bewegung, die aus der von Kant postulierten Apriorität von Raum *und* Zeit aussteigt und sich für eines von beiden entscheidet: für den Raum und gegen die Zeit, genauer gesagt, für eine Welt, in der die Raumanteile die Zeitanteile überwiegen. Denn es ist durchaus nicht so, daß die Proportion von Raum und Zeit immer und überall die gleiche wäre. Im Zentrum, in den Metropolen, läuft die Zeit in ra-

sendem Tempo ab, während die Entfernungen – und mit ihnen der Raum – schrumpfen. An den Rändern hingegen, an der Peripherie, dehnt sich der Raum ins Weite, während die Zeit stillzustehen scheint. Das Land Phantásien, wo der Raum die Zeit dominiert, ist eine Welt am Ende der Welt, ein Wunschraum, der sich auftut, wo die Wunschzeit mit Brettern vernagelt scheint. Und jene Bewegung aus der Zeit in den Raum, vom zeitlichen hin zum räumlichen Weltende, macht den Kern der Wechselbeziehung zwischen der *Unendlichen Geschichte* und *Global 2000* aus. Während der »Bericht an den Präsidenten« die Endrunde auf diesem endelosen Erdenrund einläutet, mühen sich Atréju und Bastian Balthasar Bux um die Unendlichkeit Phantásiens und den Fortgang seiner unendlichen Geschichte.

Aber Michael Endes Roman ist nicht das einzige Indiz dafür, daß die vermeintlich einer naiven, kindlichen Kosmologie angehörende Vorstellung von einem räumlichen Ende der Welt angesichts der drohenden Globalkatastrophe starke Anziehungs- und Faszinationskräfte zu entfalten vermag. Es gibt ältere Beispiele.

Man betrachte den Roman von Ray Bradbury, *Fahrenheit 451*, den François Truffaut verfilmt hat. Auch hier scheint die oben beschriebene zentrifugale Bewegung, die Flucht vor dem Ende der Welt ans Ende der Welt, der einzige Ausweg zu sein. Während die buchstaben- und bücherfeindliche Welt der Fernsehgleichschaltung in einem interkontinentalen Krieg untergeht, flieht der abtrünnige Bücherverbrenner Montag »ans Ende der Gleise«. »Er flüchtete aus einer Unwirklichkeit, die beängstigend war, in eine Wirklichkeit hinein, die etwas Unwirkliches hatte, weil sie neu war.« Er gelangt zu den Büchermenschen, die ihn gastlich aufnehmen. An offenen Feuern hokken sie da und rezitieren und überliefern den Jüngeren die Texte, die sie in ihrem Gedächtnis an das Ende der Welt gerettet haben – eine rauhe, aber nicht unwirtliche Zuflucht.

Eine ähnliche Finalkonstellation finden wir in Arno Schmidts utopischer Erzählung *Schwarze Spiegel*. Sie erschien 1951 und spielt zunächst im Jahre 1960, fünf Jahre nach einem Atomkrieg. Ihr Protagonist hält sich für den einzigen Überlebenden: »Ich! Das Wort ›man‹ kann ich eigentlich aus der Sprache streichen.« Als Jäger und Sammler schlägt er sich durch die niedersächsische Provinz, eine menschenleere Restwelt. Dem biestigen Solipsisten ist es gerade recht so: »Seit fünf Jahren hatte ich keinen Menschen gesehen, und war nicht böse darüber.« – ». . . bloß gut, daß Alles ein Ende hat!« – ». . . ach, es war doch gut, daß Alle weg waren . . .« Kurzum: Wenn die Welt im Arsch ist, wird der Arsch der Welt zu einem Ort, an dem man es aushalten kann.

Das alte Weltende war mit Brettern vernagelt – eine Grenze ohne Jenseits. Heute zieht *Global 2000* eine solche Grenze durch die Zeit. Das Jahr 2000 wird im »Bericht an den Präsidenten« zu einem Stichjahr, hinter dem mög-

licherweise keine Zukunft, kein Jenseits mehr in Sicht sein wird. Einst galt das räumliche Ende der Welt als Ort der Gefahr und der Finsternis, wo »Sonn' und Mond übern Haufen geworfen und ganz verschimmelt liegen«, wie es in der *Ethographia Mundi* des Johannes Olorinus, alias Johann Sommer, von 1608 heißt. Heute hat dieses Ende der Welt seine Schrecken und seine Unwirtlichkeit verloren, es erscheint als Zufluchtsort und gastliche Stätte. Neuseeland, Wunschziel vieler »Paranoia-Emigranten« (Udo Lindenberg), wirbt mit dem Slogan: »Am schönsten Ende der Welt«. Am Ende der Welt steht eine Kneipe, ihr Name: »Fiasko«.

Hinweis

Dieser Text ist Teil einer größeren, noch nicht abgeschlossenen Untersuchung zum Motiv des Weltendes, insbesondere des räumlichen.

Die Zitate: Michael Ende, *Die unendliche Geschichte*, Stuttgart 1979, S. 131, 53. *Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten*, Frankfurt 1980, S. 25, 85, 28, 85. Zu den Begriffen »Wunschraum« und »Wunschzeit« vgl. Alfred Doren, »Wunschräume und Wunschzeiten«, in: *Vorträge der Bibliothek Warburg 1924-25*, hg. v. Fritz Saxl, Berlin, Leipzig 1927, S. 158–205. Ray Bradbury, *Fahrenheit 451*, Zürich 1981, S. 151. Arno Schmidt, »Schwarze Spiegel«, in: A. S., *Leviathan und Schwarze Spiegel*, Frankfurt 1974, S. 78, 47, 55, 58. Johannes Olorinus (d. i. Johann Sommer), *Ethographia mundi*, o. O. 1659 (erstmals 1608), S. 127 f. Udo Lindenberg in dem Song »Dr. Kimbel auf der Flucht«, auf der Langspielplatte *Odyssee*, Hamburg 1983. Fremdenverkehrsamt von Neuseeland, z. B. Anzeige im *Zeit-Magazin*, Nr. 42, 9. 10. 1981.

Ludwig Trepl
Ökologie – eine grüne Leitwissenschaft?
Über Grenzen und Perspektiven einer modischen Disziplin

Der Aufstieg der Ökologie zur Heilslehre

1972 mokierte sich der holländische Ökologe Westhoff über Tendenzen in Zweigen seiner Wissenschaft, sich als eigenständig, als nicht unter Ökologie subsumierbar zu definieren: die Aussichten auf die Etablierung neuer Lehrstühle stiegen dadurch. Heute sieht man allenthalben Institutionen, Programme usw. aus dem Boden sprießen, deren Thematik man noch vor wenigen Jahren nicht im entferntesten mit Ökologie – die sie nun im Titel führen – in Verbindung gebracht hätte. Kein Zweifel, die Absicht ist die gleiche geblieben, nur läßt heute eben Ökologie im Namen die Mittel reichlicher fließen.

Bis vor kurzem führte die Ökologie selbst innerhalb der Biologie ein ausgesprochenes Schattendasein. »Die Durchsicht von etwa 15 Werken des Typs ›Geschichte der Biologie‹ ergab, daß die Ökologie meist gar nicht oder aber auf einer oder ein paar Seiten abgehandelt, besser: erwähnt wird.«[1] Innerhalb der Biologen-community galt sie als »Fußvolk-Forschung«.[2] Stellt man sich heute als Ökologen vor, ist die Reaktion meist eine Art respektvollen Erstaunens. Erstaunen wohl deshalb, weil vielen merkwürdig vorkommt, daß »Ökologie« eine Berufsbezeichnung sein soll. Es ist, als antworte man auf die Frage nach dem Beruf mit »Sozialdemokrat« oder »Christ«. Ökologie ist heute vor allem Weltanschauung, politisches Bekenntnis. Und zwar kein bescheidenes, keines, das sich mit Partikularem, mit gewissen Korrekturen zufriedengäbe. Zumindest der harte Kern der sich nach ihr nennenden Bewegung versteht sich als Jahrtausendereignis, angetreten, einen seit Beginn der Neuzeit, wenn nicht seit Beginn der Zivilisation eingeschlagenen Kurs radikal zu wenden.

Man mag den Realitätsgehalt solcher Ansichten einschätzen, wie man will; Tatsache bleibt, daß für eine große und wachsende Zahl von Menschen »Ökologie« all die Hoffnungen in sich bündelt, für die einst Worte wie Paradies, messianisches Zeitalter, Kommunismus und andere kurz vor der Erlösung angesiedelte, oft gar mit ihr verwechselte, standen. Die letzte wirksame Heilsmetapher hierzulande, unmittelbar von »Ökologie« abgelöst, war »Fortschritt«. Um den Grundwiderspruch unserer Epoche aufzulösen, meint Carl Amery, einer der Vordenker der neuen Bewegung, bedürfe es einer »Leitwissenschaft«. Dafür habe man bisher die Politische

Ökonomie gehalten (was, nebenbei, nicht ganz richtig ist, es war vielmehr die Kritik der Politischen Ökonomie). Jedoch: »Wir brauchen eine Leitwissenschaft, welche den Menschen und die menschliche Gesellschaft fest und nachweislich in das tatsächliche Netz planetarischer Beziehungen einbaut . . . Gibt es einen solchen wissenschaftlichen Ansatz? Es gibt ihn. Es ist die Ökologie.«[3]

Merkwürdig, daß in einer Zeit, in der das Ansehen von Naturwissenschaft und Technik so rapide sinkt, in der immer mehr geneigt sind, ihnen ein Gutteil der Schuld an der allgemeinen Krise zuzuschreiben, in der prärationale Anschauungen und neue Irrationalismen Konjunktur haben wie kaum je zuvor, solche Hoffnungen auf eine Naturwissenschaft gesetzt werden. Noch seltsamer, daß dies ausgerechnet einer biologischen Wissenschaft widerfährt. Ist es doch die Biologie gewesen, die den Begriff von Fortschritt, der heute gerade von der Ökologiebewegung so vehement kritisiert wird, maßgeblich mit ins Leben gesetzt hat. Die Schriften über Biologismus, über Sozialdarwinismus zumal, füllen Regale. Fast immer handelt es sich dabei um Kritik von links an rechtem, rassistischem Mißbrauch biologischer Erkenntnisse und Theorien. Übersehen wird dabei, daß auch die Grundidee linker, insbesondere sozialdemokratischer Denkweise »sozialdarwinistisch« ist. »Der Begriff des Fortschritts«, schrieb Walter Benjamin, »dürfte im 19. Jahrhundert die kritischen Funktionen, die ihm ursprünglich eigneten, mehr und mehr eingebüßt haben. Die Lehre von der natürlichen Zuchtwahl hat in diesem Prozeß eine entscheidende Bedeutung gehabt; an ihr ist die Meinung groß geworden, der Fortschritt vollziehe sich automatisch.«[4]

Das vor diesem Hintergrund doch etwas eigenartige Vertrauen in die Naturwissenschaft Ökologie hat seinen Grund darin, daß man von ihr annimmt, sie hätte genau die Beschränktheiten überwunden, welche die »alten« Naturwissenschaften zum Motor der Fahrt in die Katastrophe machten. Unsere Frage ist die nach der Berechtigung einer solchen Hoffnung.

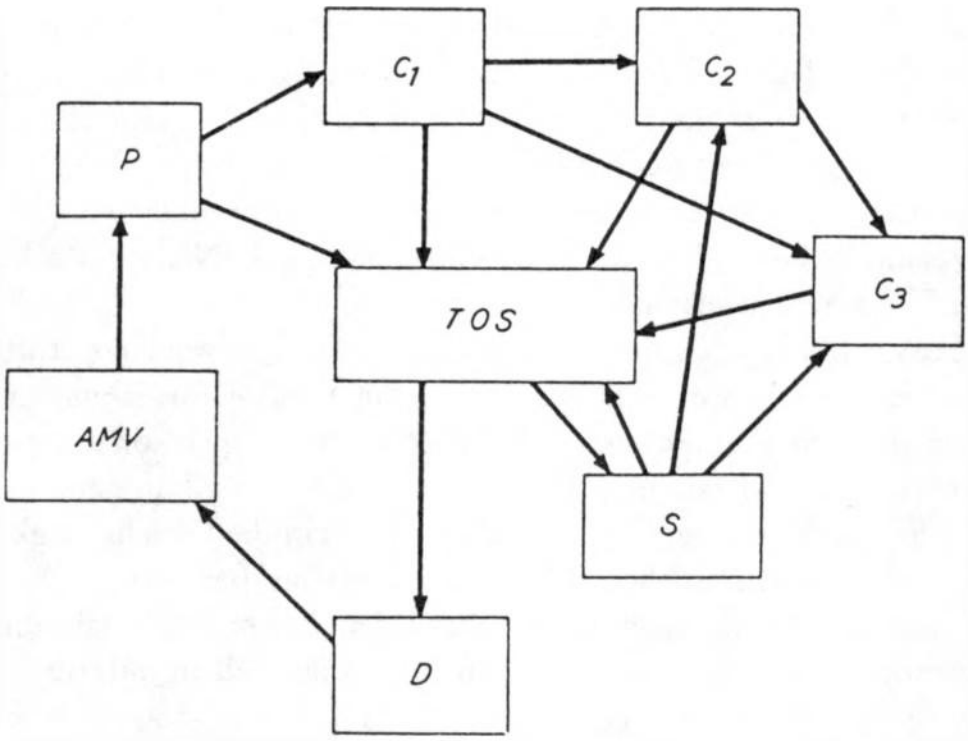
Reduktionismus

Newton hat die Aufgabe von Wissenschaft so formuliert: »Leitet man . . . aus den Erscheinungen zwei oder drei allgemeine Prinzipien der Bewegung her und gibt an, wie aus diesen klaren Prinzipien die Eigenschaften und Wirkungen aller körperlichen Dinge folgen, so wäre dies ein großer Fortschritt in der Naturforschung.«[5] Die Natur auf zwei oder drei allgemeine Prinzipien – neuerdings auf nur eines, die »Weltformel« – zu reduzieren, blieb fortan das Ideal von Wissenschaftlichkeit.

Dabei ging man im allgemeinen so vor, daß man zunächst das zu untersuchende Phänomen zu isolieren suchte – theoretisch in der Abstraktion, praktisch im Experiment – und sodann das komplexe reale Geschehen zurückführte auf immer niedrigere, immer einfachere Ebenen, auf welchen alles einander zunehmend ähnlicher wurde, bis hin zur molekularen und atomaren. Hier sahen alle Kritiker des Rationalismus und der dürren Mechanei, von Goethe abwärts, die Ursünde der von Newton und Galilei geprägten Wissenschaften: Abstraktion, analytische Zerstückelung, Quantifizierung, Isolation, letztlich Reduktion des Lebendigen aufs Tote mit dem Ziel der Berechenbarkeit, der Beherrschung.

Die diesem methodischen Reduktionismus zugehörige Technik trennt einzelne Phänomene, Zusammenhänge heraus aus dem Ganzen und unterwirft sie sich. Der Rest wird, sei's als störend, sei's als nebensächlich, beiseite gelassen. Der Fluß etwa interessiert als Träger von in Elektrizität umsetzbarer Energie, und nur als solcher wird er technisch behandelt, nicht als Lebensraum, als Landschaftsteil usw. Vor allem, weil sich der beiseitegeschobene Rest, seiner eigenen, nicht bekannten oder nicht berücksichtigten Gesetzmäßigkeit folgend, immer häufiger zu revanchieren pflegt, entstand das Bedürfnis nach Methoden wissenschaftlichen Erkennens und technischen Handelns, die nicht nur lineare Kausalketten isoliert zu erfassen in der Lage sind, sondern sich aufs *Ganze* richten. Den Zugang boten die Systemwissenschaften. Ökologie wird heute in der Öffentlichkeit meist verstanden als Anwendung der modernen Systemwissenschaften auf die Natur, richtiger: auf deren »überorganismische Ebene«. Unter Systemwissenschaften werden hier Disziplinen wie Allgemeine Systemtheorie, Informationstheorie und Kybernetik verstanden.

Was dabei geschieht, ist stark, doch, wie ich meine, nicht unzulässig vereinfacht folgendes: Das Objekt wird, ohne einzelnen Kausalketten nachzugehen, aufgeteilt in wenige sogenannte Compartmente, die unter irgendeinem gerade interessierenden Gesichtspunkt homogen sind. Es wird also z. B. bei einem Wald von vornherein nicht versucht, den ungemein verwickelten Beziehungen der Organismen untereinander und mit ihrer Umwelt im einzelnen nachzuspüren, sondern man teilt ihn ein in Biotop und Biozönose, diese vielleicht weiter in Produzenten (die grünen Pflanzen), Konsumenten 1. Ordnung (Pflanzenfresser), Konsumenten 2. Ordnung (Fresser von Pflanzenfressern) und Destruenten (die das organische Material remineralisierenden Organismen, z. B. Pilze). Diese Compartmente können durch einige Merkmale näher bestimmt werden, z. B. durch die Größe der jeweiligen Organismen. Auf diese Weise läßt sich ein *Modell* des als *Ökosystem* betrachteten *ökologischen Gegenstandes* (des konkreten Landschaftsausschnitts) gewinnen.



Vereinfachtes funktionelles Schema des Ökosystems
P – Produzenten: C_1, C_2, C_3 – primäre, sekundäre und tertiäre Konsumenten; *TOS* – tote organische Substanz; *S* – Saprophage; *D* – Destruenten; *AMV* – abiotische Mineralverbindungen.[6]

Mit diesem Modell läßt sich nun »spielen«. Unabhängig vom Inhalt der Compartmente (»Kästchen«) läßt sich z. B. der Frage nachgehen: Was geschieht mit P, wenn C_1 zahlreicher wird, was mit C_1, wenn C_2 verschwindet etc., oder noch allgemeiner: Wie ist z. B. das Stabilitätsverhalten eines Systems aus vielen Elementen verglichen mit einem aus nur wenigen bestehenden, wie ändert es sich mit der Anzahl der Beziehungen zwischen den Elementen usw.
Dreierlei ist in unserem Zusammenhang dabei wichtig:
1. Man erfaßt auf diese Weise in der Tat das Ganze. Nichts gibt es in einem Wald, was nicht in einem der Kästchen des Bildes Platz hätte.
2. Man erfaßt das Ganze aber nur unter einem bestimmten Aspekt. In unserem Beispiel erscheinen die Pflanzen nur in ihrer Eigenschaft als Produzenten von Biomasse.
3. Die Systemcompartmente sind gleichgültig gegenüber dem konkreten Inhalt. In die Kästchen für Konsumenten 2. Ordnung lassen sich die verschiedensten Organismen eintragen, sofern sie nur die vorher festgelegten Kriterien erfüllen, mit anderen Worten: sofern sie nur in einer bestimmten Weise funktionieren, sind sie austauschbar.
Dieses an dritter Stelle genannte Charakteristikum bedeutet, daß die Methodik der Ökosystemforschung, wie sie hier geschildert wurde, nicht weniger reduktionistisch ist als die »klassische«, doch ist ihr Reduktionismus ande-

rer Art. Die Reduktion vom alten Elementbegriff »Wasser« auf »H_2O« bestand darin, daß in all dem qualitativ Verschiedenen, was da Wasser hieß, in einem physisch-greifbar materiellen Sinn ein Gleiches gefunden wurde – nämlich immer wieder die beiden Wasserstoffatome, verbunden mit einem Sauerstoffatom. Es ist sozusagen etwas Stoffliches, worauf da reduziert wird und was die Austauschbarkeit, damit Gleichgültigkeit, Nichtigkeit des konkreten Einzelnen ausmacht.

Im Ökosystem hingegen sind die Organismen nicht wegen einer stofflichen Gleichheit, sondern wegen gleicher Funktion, gleicher Beziehungen, einer gleichen Rolle im Gefüge austauschbar. Mir scheint, hier kommt noch viel deutlicher als im »klassischen« Reduktionismus die Logik des zugrundeliegenden gesellschaftlichen Gefüges zum Ausdruck: die Gleichgültigkeit des Werts – eines gesellschaftlichen Verhältnisses, einer bestimmten Weise gesellschaftlicher Beziehungen – gegenüber jedem konkreten Inhalt; die Austauschbarkeit, Ersetzbarkeit von allem und jedem allein aufgrund seiner Funktionalität im System. Der alte Reduktionismus kommt aufs schlecht Konkrete, das isolierte Einzelne; der neue, ökologische, kommt wohl auf den Zusammenhang, aber er verliert, was da zusammenhängt.

Pterophorus monodactylus, zu deutsch Federgeistchen, ist eine Motte, die sich durch einen ganz besonderen, vogelfederähnlichen Bau ihrer Hinterflügel auszeichnet. Die Raupen leben von der Ackerwinde, doch schädigen sie diese nicht ernsthaft. Andererseits, stürben die Federgeistchen aus, verhungerten die Vögel, die sich von ihren Raupen ernähren, keineswegs: »Für die rechnerische Ökologie«, schrieb Dahl jüngst in der Zeitschrift *natur*, »ist das Federgeistchen überflüssig bis dorthinaus. Das spricht aber nicht gegen das Federgeistchen«, sondern gegen eine Ökologie, die für entscheidend wichtige Aspekte überhaupt keine Begriffe in ihrer kybernetischen Sprache habe.

»Wo steckt denn in der ökologischen Kalkulation die Bewertung der ungeheuerlichen, aber ›ökologisch irrelevanten‹ Tatsache, daß das Federgeistchen der einzige Schmetterling ist, der seine wie Vogelfedern gebauten Hinterflügel in die Klapptasche seiner mit Längsscharnieren versehenen Vorderflügel stecken kann? . . . Eben diese Qualität der *Einmaligkeit* entzieht sich einer ökologischen und systemorientierten Bewertung . . . Da sie die Federgeistchen aller Art übersieht, wird auch diese ganze Ökologie schließlich nichts dagegen ausrichten, daß die Welt zum Warenhaus verkommt . . . und irgendwann einmal den Räumungs-Schlußverkauf annoncieren muß.«[7]

Die Absicht der Ökologie, so ist das vor Jahrzehnten einmal gesagt worden, wäre, die »konkrete Fülle der Naturerscheinungen« zu verstehen[8], gerade im Gegensatz zu den abstrahierenden Wissenschaften der Zeit. Der Ökologe Stöcker (DDR) hat jüngst klargestellt: Ökosystemforschung ist genau die Absage an »Ganzheiten«. Mit anderen Worten, sie ist die Absage an den Versuch, das unverkürzt-konkrete Ganze zu verstehen. Wenn letzteres je Ziel der Ökologie war, so ist diese Ökosystemforschung deren Übergang

auf die Seite der abstrahierenden und berechnenden Wissenschaften. Der Versuch, »konkrete Fülle« zu verstehen, wurde aber weniger abgebrochen als heimgeholt ins Kalküldenken. Man wollte das unverkürzte Ganze, erlangte es aber nur, indem man sich gegenüber den besonderen Inhalten gleichgültig machte und so doch wieder abstrakt wurde.

Der Griff nach dem Ganzen

Doch erfaßte die Ökosystemforschung – wenn auch abstrakt – in der Tat das Ganze, wie oben bereits bemerkt. Die »alte«, »unökologische« Art der Technik, so wurde gesagt, trennte einige Zusammenhänge heraus aus dem Ganzen und unterwarf sie sich, ließ den Rest beschädigt, aber *frei*. Die Bäume des Waldes werden heutzutage gepflanzt, ihre Zahl, ihr Lebensweg, die Menge Holz, die sie produzieren, das alles ist berechnet. Was aber in ihren Zweigen nistet, was unter ihnen wächst, das mag leiden an den Eingriffen, aber es lebt und wächst spontan, es ist uninteressant, bleibt deshalb unberechnet, ungeplant, wenn auch nicht unbeeinflußt, wird allenfalls negativ, als Störfaktor, in die Kalkulationen einbezogen. Eben deshalb ist auch der gepflanzte Wald für uns noch Natur, das nicht von uns Gemachte.
Die Natur wird zerstört, weil und insofern sie, als außerhalb der isolierten Kausal- wie auch unserer Zweckzusammenhänge stehend, Störfaktor für diese ist. Die Ökologie will sie dadurch vor der Vernichtung bewahren, daß sie nichts mehr außerhalb dieser Zusammenhänge und der auf sie bezogenen Berechnungen stehen läßt. Im Ökosystemmodell gibt es kein isoliertes Außerhalb, ökologische Technik läßt nichts unberücksichtigt. Auch die Nester im Geäst der Holzproduzenten werden in die Berechnung einbezogen, auch das Leben des in »Wildkraut« umgetauften Unkrauts wird geplant. Ökologische Technik ist der totale Zugriff. Daher steht auch die Ökologie nicht außerhalb der Logik des Fortschritts, sondern diese kulminiert in ihr.
Wir können feststellen: das Utopia der Ökologiebewegung (»Frieden mit der Natur«) ist *so* sicher nicht zu erreichen, da gar nicht beabsichtigt. Nicht der vertraute, gewissermaßen freundschaftliche oder demütig-ehrfurchtsvolle Umgang mit der Natur, wie er die Naturschutzbewegung seit ihren Anfängen prägte, ist hier anvisiert, vielmehr eine nicht nur raffiniertere, sondern vor allem lückenlose Art technischer Beherrschung; statt »Frieden« wäre eher der militärtechnische Terminus »Befriedung« angebracht. Es ist abzusehen, daß es schon in wenigen Jahren buchstäblich keinen Tümpel mehr geben wird, der nicht nummeriert und samt der Artenzahl der ihn bevölkernden Amphibien in Landschaftsdatenbanken gespeichert ist, somit der Kalkulation erschlossen. Sollte sich da die Ökologiebewegung, zumindest diejenigen ihrer Teile, die vom traditionellen Naturschutz geprägt sind,

sowie jene, die auf den Sprung in einen neuen Äon jenseits der Industriegesellschaft hoffen, nicht mit Grausen von dieser Wissenschaft abwenden und sich einen neuen Namen suchen?
Zu fragen wäre, ob es wenigstens nicht *widerspruchslos* auf die totale Beherrschung, die nicht nur die Folgen, sondern auch die Nebenfolgen des Handelns im voraus kalkuliert, zugehe. Ob es also nicht auch noch andere, befreiende Tendenzen in der Ökologie gebe, die, brächte man sie mehr ans Licht, durchaus auf dem Weg zum Frieden mit der Natur ein wenig helfen könnten. Auch wenn nicht gleich die Leitwissenschaft für den Exodus aus den entscheidenden Nöten des Menschengeschlechts daraus werden sollte.

Generalisierender und konkreter Ansatz

In der Tat kann man feststellen, daß die Ökologie *so* gar nicht ist. Die Arbeit der großen Mehrzahl der Ökologen, zumindest der europäischen, hat mit dem, was als Bild von Ökologie in der Öffentlichkeit besteht, nur recht wenig gemein. Sie ist alles andere als »Anwendung der Systemwissenschaften« auf die Natur. Sie steht vor allem in einer ganz anderen Tradition. Das will ich kurz erläutern. »Ökologie« verstehe ich dabei in dem heute weithin üblich gewordenen, relativ umfassenden Sinn, der etwa dem Gebrauch von »ecology« in den angloamerikanischen Ländern entspricht. (Auf dem europäischen Kontinent war lange Zeit ein engeres Verständnis verbreitet und ist es teilweise noch: reine »Haushaltslehre«, worunter dann etwa Fragen wie die nach der Entwicklung oder der geographischen Verbreitung von Ökosystemen gar nicht fallen.)
Wissenschaften – nicht immer, nicht alle allerdings – fragen nach Ursachen, fragen »warum«. Nun läßt sich auf diese Frage aber, sofern sie sich auf einen Gegenstand richtet, der Geschichte hat, und alles Lebende hat Geschichte, grundsätzlich auf zweierlei Weise antworten.
Ein Beispiel aus der Ökologie: Warum hat eine Wiese eine bestimmte Artenzusammensetzung? Man kann z. B. antworten: Weil das Grundwasser in bestimmter Höhe ansteht, und weil zwischen Wasserangebot und den Wuchsmöglichkeiten der einzelnen Arten bestimmte, gesetzmäßige Beziehungen bestehen. Die eine Art zeigt, unter sonst gleichen Bedingungen, bei hohem Wasserangebot gute, die andere schlechte Wuchsleistungen, weshalb diese durch jene verdrängt wird.
Man kann aber auch antworten: Weil durch eine Klimaänderung oder durch das Anlegen eines Stauwehres das Grundwasser bis zu einer bestimmten Höhe anstieg. Dadurch wurden manche, gegen Nässe empfindliche Arten verdrängt, andere breiteten sich aus, etliche, denen die neuen Umweltbedin-

gungen durchaus zusagten, fehlen deshalb, weil sie das Gebiet noch nicht erreicht haben, usw.

In dem einen Fall wurde mit dem Aufzeigen des Funktionierens des Systems geantwortet, in dem anderen mit der Darstellung der Entwicklung. Den beiden Fragestellungen entsprechen grundverschiedene Forschungsansätze. Den einen hat man in der Biologie den funktionellen, den anderen den evolutionären genannt.[9]

Der funktionelle Ansatz fragt »wie«, »wie funktioniert das«, besser noch: wie funktioniert »so etwas überhaupt«, d. h., er zielt auf allgemeine oder doch für große Bereiche gültige Gesetze, denen er möglichst mathematische Form zu geben versucht. Zu diesem Zweck bedient er sich als seiner wichtigsten Methode des Experiments. Dieses erfordert die Isolation des untersuchten Gegenstands, erfordert die Elimination der Störfaktoren, d. h. der realen Vielfalt, oder deren Behandlung als kontrollierbare Variable. Die Sätze, die aufgestellt werden, haben die Struktur »wenn . . . dann«, »wenn wir diese Bedingungen herstellen, folgt notwendig jene Wirkung«. Es sind also Sätze, wie sie Voraussetzung sind von technischer Beherrschung.

Der andere, der evolutionäre Ansatz fragt hingegen: »Wie ist es dazu gekommen«, nicht: »wie funktioniert so etwas überhaupt«, sondern eher »wie ist *genau dies* beschaffen bzw. entstanden«. Wie kam es dazu, daß Giraffen lange Hälse haben, daß aus Affen Menschen wurden, daß heute die Bäume sterben, daß, trotz gleicher Umweltverhältnisse, in dem einen Gebiet diese, in dem anderen jene Arten leben, und dergleichen mehr. Man merkt: Solche Fragen lassen sich nie dadurch beantworten, daß man Naturgesetze nennt, sondern immer nur durch eine Geschichte – in welcher freilich Gesetze ihren Platz haben, sei es zur Erklärung singulärer Ereignisse, sei es als »Längsschnittgesetze« (S. Kracauer), die Entwicklungen über längere Zeiten hin bestimmen. Nicht auf allgemeine Gesetze also richtet sich das Interesse, sondern auf Konkretes, auf bestimmte Individuen, Arten, Biozönosen, Landschaften.

In der gängigen Vorstellung von abendländisch-neuzeitlicher Naturwissenschaft stehen beide Ansätze in einer bestimmten Rangordnung. Die Erforschung des Konkreten spielt nur eine Rolle als Vorstufe, Ziel ist die Formulierung allgemeiner Gesetze. Die Entdeckung der Fallgesetze ist von ganz anderem wissenschaftlichen Rang als die Beschreibung noch so vieler konkreter Fallvorgänge. Aus deren Beobachtung mag man auf die Gesetze schließen, zu mehr dienen sie nicht. In der Biologie, deren Teil die Ökologie ist, ist das von jeher anders gewesen. Die Tätigkeit eines Biologen, der die Gesetzmäßigkeiten des Stoffwechsels erforscht, genießt a priori kein höheres Ansehen als die eines anderen, der die Stammesgeschichte von Organismen in ihrem tatsächlichen Verlauf nachzuzeichnen versucht. Die Frage, woher wir denn eigentlich kämen, hat in der Geschichte der Biologie keine

geringere Rolle gespielt als die nach den Gesetzmäßigkeiten, die den phylogenetischen Veränderungen zugrunde liegen.
Das ist aus gutem Grund so. Es würde kein Physiker auf die Idee kommen, den individuellen Besonderheiten der einzelnen Atome nachzuspüren. In der Biologie hat man aber von dem, was einem wirklich gegenübersteht, in der Tat noch nicht viel verstanden, wenn man die allgemeinen Gesetze kennt, denen es gehorcht: alles ist einzigartig, hat eine ganz besondere, nur ihm eigene Geschichte, d. h., die Kenntnis muß eine konkrete sein.
Es sollte deutlich geworden sein, daß die Elemente eines alternativen Ansatzes, der die Natur konkret nimmt, etwa die Organismen oder Arten in ihrer Unersetzbarkeit, Einzigartigkeit, Nicht-Austauschbarkeit sehen kann; der so etwas wie Frieden mit der Natur in den Blick bekommen könnte, weil sie ihm nicht nur verfügbares, zu beherrschendes Material ist; dem die reale Vielfalt nicht Störfaktoren heißt, die zu eliminieren oder zu kontrollieren sind, usw. – daß diese Elemente also vor allem in den evolutionär, historisch, konkret orientierten Richtungen der Ökologie zu finden sein dürften. Gibt oder gab es diese?

Geschichte der Ökologie

Die Biologie teilte sich von Anfang an in zwei Bereiche, die alles in allem weit deutlicher voneinander getrennt waren als alle späteren Spezialisierungen, wie Botanik, Zoologie, Genetik, Molekularbiologie, Ökologie usw. Es waren dies auf der einen Seite die Physiologie (i. w. S.), auf der anderen die »Naturgeschichte«[9]. Die Scheidung erfolgte entlang unserer beiden Grundfragestellungen:
Physiologie war eine funktionelle, generalisierende, also nach Gesetzen, etwa denen des Blutkreislaufs oder der Stoffumwandlungen im Körper, suchende Wissenschaft, sie arbeitete vorwiegend experimentell, war professionell, nämlich von Ärzten betriebene »Laborwissenschaft« von Anfang an.
Naturgeschichte war nun nicht etwa die Wissenschaft von der Geschichte der Natur im Sinne der späteren Evolutionslehre, sondern eher eine Sammlung von »Geschichten«, von Beschreibungen all dessen, was in der Natur zu finden war. Man fragte, welche Arten es gebe, welche Gestalt sie hätten, wo und wie sie lebten, was sie einander bedeuteten, zunehmend auch, wie sie entstanden sein mochten. Den Galilei-Newtonschen Wissenschaften ging es um das allgemeine Gesetz, unter dem all das Verschiedene eins war. Einheit gab es für sie nur höheren Orts, von da aus war die Welt eben als vielfältige, als aus lauter einzelnen, konkreten, unverwechselbaren Dingen bestehende geordnet. Das hochkomplizierte ptolemäische Planetensystem

bestand aus lauter Sonderbestimmungen, jede Tier- und Pflanzenart war als solche erschaffen, alles hatte seine eigene kausale wie finale Selbständigkeit. Gerade auf dieses Vielfältige, Verschiedene ging das Interesse der frühen »Naturalisten« – Landpfarrer zum großen Teil. Die Diversität der Natur zu entdecken, die ungeheure Mannigfaltigkeit der »Schöpfung« zu zeigen, war ihr Hauptanliegen im 17. und 18. Jahrhundert. Nicht zum Zwecke der Entzauberung der Mythen, sondern zur höheren Ehre Gottes bzw., als dies nötig geworden war, zum Beweis seiner Existenz betrieb man Naturgeschichte.

Freilich darf man daraus nicht schließen, der Hauptstrom der frühen Biologie, der die Naturgeschichte war, habe sich zur Gänze im Medium der Gegenaufklärung bewegt. Naturgeschichte gehört vielmehr auch in die Tradition antiklerikalen, pantheistischen oder »organisch-materialistischen« Denkens, für die Namen wie Paracelsus und Giordano Bruno, Leibniz und Buffon und, am Ende, Goethe und Schelling stehen können. Da wird etwa Materie, von den Physikern der Zeit auf das Produkt von Masse und Bewegung reduziert, mit dem von dem mittelalterlichen arabischen Philosophen Avicenna übernommenen Begriff der *natura naturans* als eine schaffende, permanent schöpferische, gleichsam von innen heraus lebendige zu begreifen versucht; wird im Gegensatz zu der das Denken weithin bestimmenden Atomistik, die im Grunde nur Gleiches, sich allein durch Verschiedenheit der Anordnung Unterscheidendes kannte, von Leibniz gelehrt, daß es nicht zwei gleiche Dinge auf der Welt gebe.

Das war das Milieu, in dem die Ökologie entstand. Die Beziehungen zwischen Naturgeschichte und den funktionell orientierten Teilen der Biologie, also der Physiologie in einem weiteren Sinne, waren schwach. Es gab nur wenig Kommunikation zwischen beiden Bereichen. Was die Naturgeschichte von der späteren Ökologie unterschied, war vor allem, daß sie bloße Summation einzelner »Lebensgeschichten« war. Man beschrieb einzelne Arten eines Teiches, eines Moores etwa durchaus in einer Weise, die wir heute ökologisch nennen würden, aber der Teich, das Moor im Ganzen wurden nicht Forschungsgegenstand.

Die entscheidende Wende, die eigentliche Geburt der Ökologie geschah kurz nach 1800 durch Alexander von Humboldt. Das Wort »Ökologie« selbst wurde vermutlich erst 1866 durch Ernst Haeckel geprägt. Er definierte Ökologie allerdings in einem recht engen Sinn – die Humboldtsche Auffassung dürfte dem heute üblichen Gebrauch des Wortes wesentlich näher kommen. Humboldt formuliert als Forschungsziel, die sinnlich wahrnehmbare Welt in ihrer Gesamtheit zu überblicken. »In der großen Verkettung der Ursachen und Wirkungen darf kein Stoff, keine Tätigkeit isoliert betrachtet werden.« Nicht mehr die Art war sein Forschungsgegenstand, sondern die Landschaft, in deren Zentrum er die Organismen-, insbeson-

dere die Pflanzengemeinschaften sah. Die Orientierung auf den Aspekt des Raumes, die geographische Orientierung, war folgenreich, denn sie implizierte die konkrete Fragestellung. Weniger nach Allgemeinem, vielmehr nach der Beschaffenheit und dem Zustandekommen »genau dieser« Landschaft, nach dem Wann und Wo wurde gefragt.

Humboldt formulierte nicht nur das Konzept für die Entwicklung der Ökologie, er begründete auch tatsächlich, in einem »institutionellen« Sinn maßgeblich eine Wissenschaft, die Pflanzengeographie oder auch eine ökologisch orientierte Vegetationskunde. Innerhalb dieser Disziplin vollzog sich dann während des 19. Jahrhunderts eine Entwicklung, die schließlich zu Beginn unseres Jahrhunderts dazu führte, daß in England und Amerika Gruppen von Wissenschaftlern entstanden, die sich »ecologists« nannten. Die Ökologie entwickelte sich also im wesentlichen innerhalb der Pflanzengeographie und als deren Teil. (Die älteste Vereinigung von Ökologen, die sich ausdrücklich als solche verstand, die 1913 gegründete »British Ecological Society«, ging aus dem seit 1904 bestehenden »British Vegetation Committee« hervor.) Ökologie war also eine konkret-biogeographische, historische Wissenschaft, als andere Elemente – ökologische Forschung gab es, freilich in bescheidenerem Umfang, auch in anderen Disziplinen – sich mit ihr vereinigten oder in sie eindrangen.

Die Frage nach allgemeinen Gesetzen des Funktionierens dessen, was später »Ökosystem« heißen sollte, wurde zwar gestellt, doch war sie nicht die dominierende. Der generalisierende Ansatz kam überwiegend von außen in die bereits bestehende Ökologie, etwa aus der Physiologie oder einer »Mathematischen Biologie«, die enge Beziehungen zur Demographie hatte, später aus den Systemwissenschaften. Aus Elementen wie diesen und teils aufbauend auf, teils in Auseinandersetzung mit einer amerikanischen Tradition innerhalb der klassischen Ökologie, die zeitliche Entwicklungen von Ökosystemen (»Sukzessionen«) in Gesetze zu fassen versuchte, entstand nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA eine Richtung, die sich »new ecology«, »functional ecology« oder auch »general ecology« nannte. Sie nahm sich vor, die Frage, »how nature works«, wie die Natur funktioniert, zu lösen. Das Bild, das die Öffentlichkeit heute von Ökologie hat, ist maßgeblich von ihr geprägt. Die Ökologen selbst, so scheint mir, haben an diesem für die Ökologie insgesamt keineswegs zutreffenden Bild nicht unerheblichen Anteil, half doch die Mathematisierung, die enge Verbindung mit Systemtheorie, Kybernetik und Informatik, das Odium der Feld-Wald-Wiesen-Forschung loszuwerden, und fortan mitzumarschieren an der Spitze wissenschaftlichen Fortschritts; und ließ die Hoffnung aufkommen, bald Anschluß zu finden an die hard sciences.

Bevor ich noch einmal auf die Frage eingehe, welche Anforderungen an eine Ökologie zu stellen wären, die vielleicht etwas von den emanzipatorischen

Hoffnungen einlösen könnte, die in sie gelegt wurden, einige Anmerkungen zur Geschichte der Beziehungen zwischen Ökologie und Ökologie- bzw. Naturschutzbewegung.

Ökologie und Naturschutzbewegung

In Reaktion auf die Beschleunigung der industriellen Entwicklung gegen Ende des letzten Jahrhunderts gründeten sich allenthalben Natur- und Heimatschutzverbände, Wandervereine usw. Sie standen von Anfang an in enger Verbindung mit den ökologischen Wissenschaften. Das »Commitee on the preservation of natural conditions« etwa wurde 1917 durch die »Ecological Society of America« gegründet. Der »Schweizerische Bund für Naturschutz« (gegründet 1906) stand anfangs unter der Leitung der »Kommission für die Erhaltung von Naturdenkmälern und prähistorischer Stätten« der »Schweizer Naturforschenden Gesellschaft«. Der bedeutende Ökologe Carl Schröter war maßgeblich beteiligt. In anderen Ländern bestanden ähnliche Verbindungen. Die wichtigsten deutschen Institutionen waren der mehr literarisch tätige, 1904 gegründete »Deutsche Bund für Heimatschutz« und die seit 1906 bestehende, von dem Biologen Conwentz geleitete »Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen«.
Schon die Namen lassen erkennen, daß die Ökologie, mit der sich die frühe Naturschutzbewegung verband und die ihr das wissenschaftliche Fundament gab, eine historisch-geographisch orientierte gewesen sein muß. Dies hatte seinen Grund natürlich auch darin, daß die Feldbiologie, und nur von dieser konnte ja der Naturschutzbewegung Hilfe kommen, in der Tradition der Naturgeschichte stand. Doch gab es noch eine tiefere Beziehung: Die Natur- und Heimatschutzbewegung war eine im Kern antikapitalistisch-konservative, kulturkritische Strömung, die an der Romantik anknüpfte. Anti-Reduktionismus, Aversion gegen Abstraktion, Quantifizierung, analytische Zerstückelung charakterisierten ihre Grundstimmung. Politisch reaktionär war sie aber zumindest nicht in ihrer Gesamtheit. Zu ihrem Umfeld gehörten die damals durchaus noch nach mehreren Seiten offene Jugend- und Wandervogelbewegung, gehörten auch die 1895 in Österreich, 1905 in Deutschland gegründeten sozialdemokratischen »Naturfreunde«-Verbände. »Dem Land«, schrieb Ernst Bloch 1929 in *Erbschaft dieser Zeit*, »steigt alter Saft in längst vergessene Triebe, es nährt Nationalsozialisten und völkische Mythologen . . .« Vor dem Ersten Weltkrieg hingegen

»war es allem Treibenden verwandt, ganz gleich, zu welchem Ende und in welchem Stockwerk es wuchs. Die Triebkraft aus dem Boden war stark, doch gleichsam neutral; Bilder und Gedanken, obwohl sie gern auf dem Land ausgebreitet wurden, nahmen keine Ideologie davon an . . . Rousseauismus . . . lebte im ganzen 19. Jahrhundert; doch war er ent-

weder spießbürgerlich harmlos und Weltanschauung des Urlaubs, oder aber Sache der Avantgarde.«[10]

Die deutsche Naturschutzbewegung wurde 1933 relativ bruchlos in den Faschismus integriert, überdauerte die Nachkriegsjahrzehnte als recht bedeutungslose, da dem Fortschrittsoptimismus jener Jahre doch allzu fremde Randgruppe, um zu Beginn der siebziger Jahre einen neuen stürmischen Aufschwung zu erleben.[11] Liest man die zwischen Euphorie und Weltuntergangsstimmung hin- und herschwankenden Festtagsreden, Aufrufe usw. aus dieser Zeit, so fällt immer wieder die Dankbarkeit auf, die man der Ökologie gegenüber bekundet. Ihr vor allem schreibt man das Verdienst am neuen Aufschwung zu.

Das »ökologische Denken«, auf das man sich nun beruft, ist von merklich anderer Art als das, welches die alte Natur- und Heimatschutzbewegung prägte. Schutz der Natur um ihrer selbst willen oder auch der Freude wegen, die man an Blumen und Schmetterlingen haben mag, wird als romantische Sentimentalität abgetan. Natur gelte es zu schützen, weil ihre Intaktheit (was immer das heißen mochte) Voraussetzung für das Überleben der Menschen sei. Dies wissenschaftlich nachgewiesen zu haben, sei das Verdienst der Ökologie: Nun endlich habe man festen Grund unter den Füßen, könne mit Fakten argumentieren, statt auf bloß subjektiven Wünschen zu beharren.

Wichtigstes Bindeglied zwischen der Naturschutz- bzw. der um diese Zeit entstehenden Ökologiebewegung und der Ökologie wird die sogenannte Diversitäts-Stabilitäts-Theorie. Sie besagt im wesentlichen, daß hohe Diversität – also etwa »ökologische Vielfalt« – grundsätzlich einhergehe mit hoher Stabilität und, so eine einflußreiche Variante der Theorie, mit geringer Produktivität. Die Beziehungen zu gewissen Grundansichten der Ökologiebewegung sind offenkundig: Daß hohe Produktivität sich nicht vertrage mit auf lange Sicht stabilen Verhältnissen, daß small = beautiful sei, daß Dezentralismus dem Zentralismus überlegen sei, läßt sich unschwer auf diese Theorie als ihren wissenschaftlichen Grund zurückführen.[12]

Nachdem sie über lange Zeit hin bei der Mehrheit der Ökologen für nahezu selbstverständlich gegolten hatte, begann sich etwa seit Mitte/Ende der sechziger Jahre diese Diversitäts-Stabilitäts-Theorie gewissermaßen aufzulösen, und zwar vor allem deshalb, weil deutlich wurde, daß unter »Stabilität« völlig verschiedene, sich z. T. ausschließende Phänomene zusammengefaßt worden waren. Das kann hier nicht im einzelnen dargelegt werden.[13] Heute jedenfalls kann die Theorie als widerlegt gelten. Just zu der Zeit aber, als sie in der Ökologie zusammenbrach, begann sie in der Ökologie- und Naturschutzbewegung geradezu axiomatisch zu werden. Weinzierl, Vorsitzender des »Bundes Naturschutz in Bayern«, schrieb 1973:

»Ökologie ist die Lehre von den Wechselwirkungen des Naturhaushalts. Dieser Naturhaus-

halt . . ., auch ›Ökosystem‹ genannt, strebt immer einem Gleichgewichtszustand zu, und die Stabilität dessen ist um so größer, bzw. gefestigter, je mehr Arten von Lebewesen, also Tiere und Pflanzen, in ihm gegenseitig aufeinanderwirken.«[14]

Nach dem Muster dieser Argumentation und mit ihr selbst im Zentrum wurden in den folgenden Jahren Natur- und Umweltschutz durch ihre »Nützlichkeit«, diese als materiellen Nutzen begriffen, begründet. Das ging bis zu reichlich kuriosen, aber vielleicht gerade deshalb so wirkungsvollen Behauptungen wie der, daß die Bäume »unsere Sauerstoffspender« seien.

Was man von der Ökologie erwartete, war die Auskunft darüber, wie die Natur funktioniere und wie sie auf Dauer am Funktionieren gehalten werden könne. Es war Ökologie als eine funktionelle, generalisierende Wissenschaft, durch die man sein Anliegen abgesichert wähnte – und die das Denken der alten Naturschutzbewegung gründlich umwälzte, das der neuen Ökologiebewegung prägte. Erst in den allerletzten Jahren, seit sich in der allgemeinen Ökologie-Diskussion die Schwerpunkte etwas verschoben haben, statt über die Apokalypse, wie zur Zeit der Studien des Club of Rome und von Gruhls *Ein Planet wird geplündert*, etwas mehr über ein qualitativ neues Mensch-Natur-Verhältnis geredet wird, beginnt sich Skepsis auszubreiten. Der oben zitierten Klage darüber, daß »die Federgeistchen aller Art« von der Ökologie im Stich gelassen würden, ließen sich ähnliche zur Seite stellen.

Freilich, mittlerweile zog die funktionelle Ökologie ihre Spuren im Denken der Naturschützer. Im Klima solcher Wissenschaft, zu dem der Gedanke der unbegrenzten Austauschbarkeit von funktionell Gleichwertigem gehört, konnte ein Begriff wie »Ersetzbarkeit« gedeihen und Eingang in die bundesrepublikanische Gesetzgebung finden – der alten Naturschutzbewegung völlig fremd, wie schon die Bezeichnung »Naturdenkmalpflege« zeigt: »Denkmal« und »Ersatz« schließen sich von vornherein aus. Da meint etwa ein deutscher Tierökologe, daß man, da ein Schwan die gleiche Funktion im Ökosystem erfülle wie soundso viele Enten, diese durch jenen ersetzen könne. Überhaupt sei das wahrhaft ökologische und gegenüber antiquierten Naturschutzideen durchzusetzende Kriterium für das Existenzrecht einer Art ihre Funktionalität im Ökosystem. Ein Kriterium dafür, ob ein neu anzulegender Park als Ersatz im Sinne des Gesetzes für ein zu asphaltierendes Stück Brachland gelten kann, ist sicher die Artenzahl, kaum aber, ob eine bestimmte Art auch auf der Ersatzfläche vorkommen kann. Gar der Gedanke, daß etwa ein *bestimmter* Wald durch einen neu anzulegenden nicht ersetzbar sein könnte, weil sich die Geschichte des Waldes samt der Erlebnisse, die die umwohnenden Menschen mit ihm hatten, nicht an anderer Stelle wiederholen läßt wie ein erfolgreiches Theaterstück, kann solch »ökologischem Denken« seiner Natur nach nicht kommen.

Warum die Dominanz der funktionalistischen Richtung in der Gesellschaft, in der Naturschutzbewegung im besonderen? Für die Gesellschaft insgesamt liegen die Gründe auf der Hand: das Prestige funktioneller Forschung als einer nützlichen, d. h. in Technik umsetzbaren; die methodische Nähe zur Physik, der nach wie vor das Mißverständnis anhängt, an ihr, als der »exakten« par excellence, hätten alle anderen Naturwissenschaften ihr Maß; die Verwandtschaft des Geistes funktioneller Wissenschaft mit dem der Gesellschaft des Äquivalententausches und der industriellen Produktion, demgegenüber die der traditionellen Naturgeschichte entstammenden historisch-konkret orientierten Richtungen mit ihrem Nachdruck auf der Vielfalt, dem Qualitativen, dem jeweils Besonderen eher mittelalterlich-scholastisch anmuten müssen. Die Geschichtslosigkeit des etablierten Kapitalismus, der sich mit dem natürlichen Zustand verwechselt und alles von ihm Abweichende für künstlich hält, mag das Ihre dazu tun.

Was von den Naturschützern um und nach 1970 gefeiert wurde, war nicht nur, daß ihr Anliegen als in Übereinstimmung mit dem Kampf gegen Bedrohungen existentieller Art erkannt wurde. Noch wichtiger dürfte gewesen sein, daß die von ihnen eingebrachten Themen solche waren, die in der Gesellschaft als »reale« akzeptiert waren, ausdrückbar in kw, t, ppm und nicht zuletzt in Geld. Mit dem Einstieg in diese Problematik schien die Kluft zwischen dem antiquierten Naturschützer-Geist und dem modernen Bewußtsein überbrückbar. Man sah die Chance, aus der belächelten Randstellung herauszukommen, anerkannt zu werden von dem, was Geltung hat; glaubte, ohne das konservative Anliegen aufgeben zu müssen, an der Spitze des Fortschritts (des »wirklichen«) mitmarschieren zu können und die Last, mit der die zentralen Begriffe – »Heimat« vor allem – in der Blut-und-Boden-Zeit beladen worden waren, loszuwerden.

Doch ist die Diskussion weitergegangen, und die Beziehung gerade zwischen dem Fortschritt, dem sich die Naturschutzbewegung in die Arme geworfen hatte, als er sich ihr in Gestalt einer nützlichen, modernen Wissenschaft anbot, und Herrschaft, zwischen dieser und Naturzerstörung rückt immer mehr ins Bewußtsein. Die Naturschützer wie die gesamte Ökologiebewegung müssen aufs neue darüber nachdenken, mit welcher Art von Wissenschaft – wenn überhaupt – sie ihr Anliegen weiterbringen könnten. Zweierlei scheint mir wichtig:

1. Es müßte diskutiert werden, wofür Ökologie eigentlich zuständig sein kann.
2. Es müßte über die Ziele gesprochen werden, denen sich Ökologie zu verpflichten hätte.

Ökologie ist keine Überwissenschaft

Warum nennt sich die Ökologie-Diskussion eigentlich so? Es geht in ihr ja ganz allgemein um das Verhältnis der Menschen zur Natur. Dafür hatte man noch vor kurzem einen anderen Terminus: »Das Wort *›ökonomisch‹* kennzeichnet in seinem allgemeinen Sinn die Beziehungen der Menschen zur Natur«, schrieb der französische Philosoph Henri Lefèbvre noch 1958 ganz arglos.[15] Heute fallen diese Beziehungen unter »Ökologie«. Die Bedeutungen des Wortes reichen von »Haushaltslehre« und »Physiologie der Organismen zur Außenwelt« als Subdisziplinen der Biologie bis zur integrativen Überwissenschaft und zum welterrettenden Evangelium.

Angesichts dessen, was heute alles als »ökologisch« angepriesen wird, wäre der Hinweis darauf, wofür Ökologie bestimmt *nicht* zuständig ist, sicher angebracht. Fraglich bleibt jedoch, ob sich der Prozeß der letzten Jahre einfach umkehren ließe. Vor allem aber: Was täte man dem mittlerweile mit so viel Hoffnung beladenen Begriff an, würde man ihn nun wieder kupieren? Das in erster Linie spricht dafür, Ökologie möglichst weit zu fassen, etwa im Sinne mancher angloamerikanischer Definitionen von ecology als der biologischen Wissenschaft von den überorganismischen Organisationsstufen oder, mit Friederichs, als »biologische Raumforschung«[16].

Bestehen sollte man aber darauf, daß Ökologie eine *biologische* Wissenschaft ist. Wenn oft gesagt wird, Ökologie sei heute kein Teil der Biologie mehr, sondern eine mehr oder weniger überall anwendbare »Betrachtungsweise«, nämlich die »systemorientierte«[17], so wird zunächst einmal Ökologie schlicht mit den Systemwissenschaften verwechselt. Zudem: auch die Biologie z. B. hat nicht aufgehört, eigenständige Wissenschaft und Teil der Naturwissenschaften zu sein, obwohl es »biologische Betrachtungsweisen« auch in Humanwissenschaften gibt. Ökologie, daran sollte man festhalten, ist trotz aller Kinderkrankheiten eine historisch gewachsene, eigenständige biologische Wissenschaft. Die Ausweitung des Begriffs darf nicht die Grenzen sprengen, die seinem Inhalt aufgrund seiner geschichtlichen Entwicklung nun einmal gezogen sind. Das sind zumindest die Grenzen der Biologie.

Nach Auffassung des Dresdner Geographen und Ökologen Neef kann man in einem bestimmten Landschaftsausschnitt methodisch »Physiosystem«, »Ökosystem« und »Nutzungssystem« unterscheiden. Die erste, die »physikalische Integration« vereint die unbelebten Elemente (Klima, Gestein etc.) zum Physiosystem, das mit (im weiteren Sinne) physikalischen Methoden untersucht werden kann. Die zweite, die »physiologische Integration« verbindet die belebten mit den unbelebten Elementen zum Ökosystem, die zugehörige Wissenschaft ist die Ökologie. Schließlich wird in von Menschen beeinflußten Landschaften ein drittes Mal, nämlich »ökonomisch«

integriert zum Nutzungssystem.[18] Diese letzte Integration ökonomisch zu nennen, mag man für eine ökonomistische Überspitzung halten. Deutlich wird an Neefs Darstellung aber, daß bei der Erforschung konkreter Landschaftsausschnitte – außer bei den wenigen Resten unberührter Naturlandschaft – in dem umfassenden Sinne, wie er von Humboldt intendiert war (Landschaft als Ausdruck des »Totalcharakters einer Erdgegend«), der Ökologie nur die Rolle einer Hilfswissenschaft zukommen kann, etwa in dem Sinne, wie es die Chemie für die Biologie ist. Eine »Leitwissenschaft« müßte ihrem Grundcharakter nach zu den Humanwissenschaften gehören.

Einer biologischen Wissenschaft – und die Ökologie ist ihrer Geschichte, ihrem Theorien- und Methodengebäude, kurz ihrem ganzen Wesen nach eine solche – zuzugestehen, in sozialen Dingen nicht nur mitzureden, biologische Aspekte zu erhellen, sondern zu *führen,* liefe unweigerlich auf Biologismus hinaus.

Dessen Spielarten sind freilich mannigfaltig. Enzensberger etwa schrieb an Harich, dessen Forderung nach einem asketischen, staatsmonopolistischen »Kommunismus« als Ausweg aus der ökologischen Krise kritisierend:

»Das Studium ökologischer Systeme, von denen Sie ausgehen, sollte Ihnen doch wenigstens gezeigt haben, daß es eben ihre Mannigfaltigkeit, ihr Vermögen zu unkontrollierter und unkontrollierbarer Mutation, ihre spontane Lern- und Erfindungsfähigkeit ist, was lebende vor toten Systemen auszeichnet und was ihr Überleben ermöglicht.«[19]

Genau dies, daß sich die gesellschaftliche Ordnung an der der Natur zu orientieren habe, nennt man Biologismus. Sicher schlugen solche Forderungen je nach Umständen in ganz verschiedene Richtung aus. Rousseau, auch frühen Sozialisten war die Natur Inbegriff von Harmonie und Freiheit, »Zurück zur Natur« demnach der Ruf nach vernünftigeren und freieren Beziehungen der Menschen untereinander. Seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts jedoch dominierte, seit und durch Darwin naturwissenschaftlich untermauert, ein anderes Bild von Natur: nicht mehr Harmonie, vielmehr Kampf aller gegen alle, survival of the fittest. Eine den Ansprüchen des Bürgertums, dessen gesellschaftliche Stellung sich seit Rousseaus Zeiten ja nicht unerheblich verändert hatte, sehr genehme Natur war das, rechtfertigte sie doch das Treiben des bürgerlichen Menschen als naturgemäß.

In der Tat, dieser, der Darwinschen Naturordnung war die gesellschaftliche Ordnung jener Zeit recht genau »nachgebildet«. Im weiteren Verlauf der Geschichte erwies sich dann der Biologismus als immer brauchbarer und notwendiger. Als nach dem Ersten Weltkrieg die alten höchsten Dinge, Gott und Kaiser, ihren Dienst nicht mehr so recht taten, entwickelte er sich als Sozialdarwinismus und Rassenbiologie zu *der* neuen Herrschaftsideologie; er wurde insbesondere zum Herzstück der NS-Doktrin.

Man könnte demnach vielleicht sagen, politisch sei der Biologismus so gut,

so emanzipativ oder reaktionär wie die Natur, die er sich vorstellt. Enzensberger hat eine gute Natur im Sinn: mannigfaltig, dezentral, unkontrolliert, spontan. Entsprechend sympathische Züge wird auch die Gesellschaft tragen, die nach dem Bilde solcher Natur sich formen will.
Wie aber, wenn sich nun die Erkenntnis durchsetzen sollte, daß doch Darwin die wesentlicheren Seiten des Naturgeschehens beschrieben hat? Wäre es dann nicht besser gewesen, man hätte das Vorbild Natur nie gepredigt? Der Biologismus mag aktuell diese oder jene Funktion haben, grundsätzlich behauptet er aber eines: das Ziel politischen Handelns ist ein von außen fest vorgegebenes, es ist in Naturgegebenheiten, in Naturgesetzen fixiert, die nur *erkannt* werden müssen und nach denen man sich zu richten hat. Biologismus ist, unbeschadet möglicher aktuell-politisch befreiender Wirkung, wesentlich anti-emanzipatorisch, er nimmt den Menschen die Freiheit, macht sie zu Dienern vorgegebener Prinzipien, zu Ausführenden vorgegebener Gesetze.

Ökologie als normative Wissenschaft

Die Bewegung versteht Ökologie als normative Wissenschaft, die nicht nur feststellt, was ist, sondern auch sagt, was sein soll. Gewiß ist es falsch und affirmativ, auf positivistische Weise zwischen Liefern von Fakten und Fällen von Entscheidungen strikt zu trennen (was dann in Festreden auf wissenschaftlichen Kongressen zum »Es ist jetzt Aufgabe der Politiker . . .« gerät). Wo aber ist die »Norm« zu finden? Sicher nicht im Gegenstand der Ökologie, »der Natur«, die Maß und Ziel setzte (die Rückkehr zum unschuldigen Urstand, »die beste Produktion ist keine Produktion«, C. Amery), sondern doch wohl da, wo die Gesellschaft sich mit Natur auseinandersetzt.
Das geschieht aber auf sehr verschiedene Weise und an ganz verschiedenen Orten, und entsprechend heterogen fallen die Wertungen aus. Die Ökologie war in ihrer Geschichte weithin eng verbunden mit allerlei nützlichem Gewerbe. Viele der wichtigsten Begriffe und Theorien wurden in solchen Zusammenhängen gebildet: »Biozönose« (Lebensgemeinschaft) im Zuge von Auftragsarbeiten für die Fischereiwirtschaft, »ökologische Nische« bei Auftragsarbeiten für die kanadische Pelztierwirtschaft, wichtige Entwicklungen der Ökosystemforschung bei Auftragsarbeiten für die amerikanische Atomenergiekommission, die Systemwissenschaften aus der Kriegsforschung des Zweiten Weltkriegs. Auch deshalb kann der Ökologie heute »Machtförmigkeit« vorgeworfen werden. Die Ziele dessen, wofür sie arbeitete und wovon sie geprägt wurde, waren oft sehr weit entfernt von den Idealen der Naturschutz- und Ökologiebewegung.

Von deren Fragen, von deren Anforderungen sollten wir aber ausgehen. Allerdings erweisen auch diese bei näherem Hinsehen sich als recht inhomogen. Zumindest zwei Richtungen lassen sich ausmachen. Einmal wäre da eine, deren oberstes Ziel »Überlebenssicherung« ist. Sie bestimmte bis Mitte der siebziger Jahre eindeutig die Diskussion – erwähnt wurden bereits Werke von großer Öffentlichkeitswirksamkeit wie die Studien des Club of Rome oder Gruhls *Ein Palnet wird geplündert* –, und diese Diskussion drehte sich darum, wie die bedrohliche Entwicklung in den Griff zu bekommen sei, wie die exponentielle Dynamik aufgehalten und ein dauerhaft funktionierender Gleichgewichtszustand erreicht werden könne. Begriffe wie Regelkreis, Materiekreislauf und Energiefluß bestimmten die Debatten, deren weiteste Entwicklung man vielleicht darin sehen kann, daß vom dompteurhaften In-den-Griff-Kriegen zum klugen Bedenken möglicher Folgewirkungen fortgeschritten wurde, von der Gewalt zur List – und vom zerstörerischen Eingriff zum totalen Zugriff. Vesters Arbeiten sind typische Beispiele.

Allmählich schob sich aber, wie bereits erwähnt, ein anderer Strang der Diskussion mehr in den Vordergrund. Nicht nur über eine bloß geschicktere, sondern über eine qualitativ neue, eine herrschaftsfreie Beziehung zur Natur wurde gesprochen. Unbehagen machte sich breit am rein überlebensorientierten, defensiven Charakter der meisten »ökologischen« Utopien, als deren »Bauprinzip« man etwa »Rohstoffeinsparung, Massenbilanzen, Kreislaufführung«[20] definierte. Das andere, bessere, erfüllte Leben findet zwar statt – sieht man einmal von den asketischen Superstaaten Gruhls und Harichs ab –, hat aber merkwürdigerweise wenig mit Ökologie zu tun, d. h., es spielt sich neben und auf der Natur ab, nicht mit ihr. Die Auseinandersetzung mit der Natur *sichert* dauerhaft die menschliche Existenz, und *auf* dieser Grundlage entfalten sich dann die Menschen im Umgang miteinander, oder sie treten die Reise nach innen an. Vom üblichen, etablierten Naturverständnis unterscheidet sich das eigentlich nur durch das Fehlen der Maßlosigkeit, es bleibt aber rein instrumentell, wenn auch gewissermaßen auf Sparflamme.

Nun aber wurde mehr und mehr gefragt, wie auf neue Weise mit der Natur umzugehen sei, um genau darin Erfüllung zu finden. Mehr als von der Ökologiebewegung ging diese Diskussion von anderen sozialen Bewegungen aus, denen es, wie etwa der Frauenbewegung, eher um die »innere Natur« zu tun ist. Von Frieden mit der Natur sprach man nun und wollte darunter mehr verstehen als nur die Abwesenheit von Krieg mit ihr. In zahllosen Schriften wurde nach einer »neuen Ethik« verlangt.

Doch tat man sich schwer, das Anliegen der Menschen mit dem der Natur – daß sie eines habe, gestand man ihr inzwischen zu – in Einklang zu bringen. So blieb es meist bei einem unvermittelten Nebeneinander. Ein »Eigenwert«

oder »Eigenrecht« der Natur wurde deklariert und dem »Wert des Menschen« gegenübergestellt, sie sei »gleichberechtigt« zu behandeln und dergleichen mehr. Auf eine hartnäckige Weise blieb so in der Diskussion um eine neue Ethik ein Dualismus haften, den man ja gerade überwinden wollte. Denn der Eigenwert der Natur wurde – wenn nicht, wie meist, bloß behauptet – aus der Einheit von Mensch und Natur hergeleitet, sei es aus dem gegenwärtigen Angewiesensein des Menschen auf die Natur, sei es aus unserer Herkunft aus ihr, woraus dann, in einer Art säkularisierten Schöpfungsglaubens, die Pflicht zur Ehrfurcht folgen sollte.

Meines Erachtens war die Naturschutzbewegung in ihren Anfängen schon einmal weiter. Im Begriff der *Heimat*, dem sie sich zuallererst verpflichtet fühlte, war die Vermittlung bereits gegeben.

Heimat bezieht sich auf Orte, im wörtlichen wie im übertragenen Sinn, an denen die Geschichte der Natur mit der Geschichte der Menschen zusammenhängt. Im Begriff der Heimat ist Natur als nicht unabhängig vom Menschen und seiner umgestaltenden Arbeit, doch auch nicht als Konsumgut oder bloßer Rohstoff seiner Produktion vorausgesetzt. Wälder, Wiesen, auch Gärten und das Gestrüpp der Trümmergrundstücke – in dem, was sie als Moment von Heimat sind, ist das Herrschaftsverhältnis tendenziell aufgehoben. Sie sind nicht bloß »nützlich«, sie werden nicht konsumiert, es reicht, daß sie da sind. Sie sind in keiner Weise austauschbar: die Erlebnisse, Erfahrungen mit ihnen sind einmalig, unwiederholbar.

Das Elend des Begriffs Heimat liegt in seiner Belastung durch Blut und Boden und anderes Völkisches. Doch auch ohne dies bliebe als Problem die Rückwärtsgewandtheit, die ihm anhängt. Ökologische Politik als Heimat*schutz* könnte, würde steckenbleiben im bloßen Bewahren, im musealen Konservieren, im nostalgischen Restaurieren. Die »ökologischen« Utopien wären keine wirklichen mehr, meinten nur *Wieder*herstellung. So kleben faule Harmonie und Krähwinkelei am Heimatkult auch der linken Öko-Regionalismen.

Dem Heimatbegriff eine Wendung nach vorne zu geben, gelangte als eine Möglichkeit ins Bewußtsein von Teilen der Ökologiebewegung, als man begann, sich intensiver mit Ernst Blochs Vorstellungen von »Allianztechnik«, überhaupt eines Menschen-Natur-Verhältnisses, das nicht vom Standpunkt des »Tierbändigers«[21] ausgeht, zu befassen.[22] E. Braun schrieb, Bloch interpretierend:

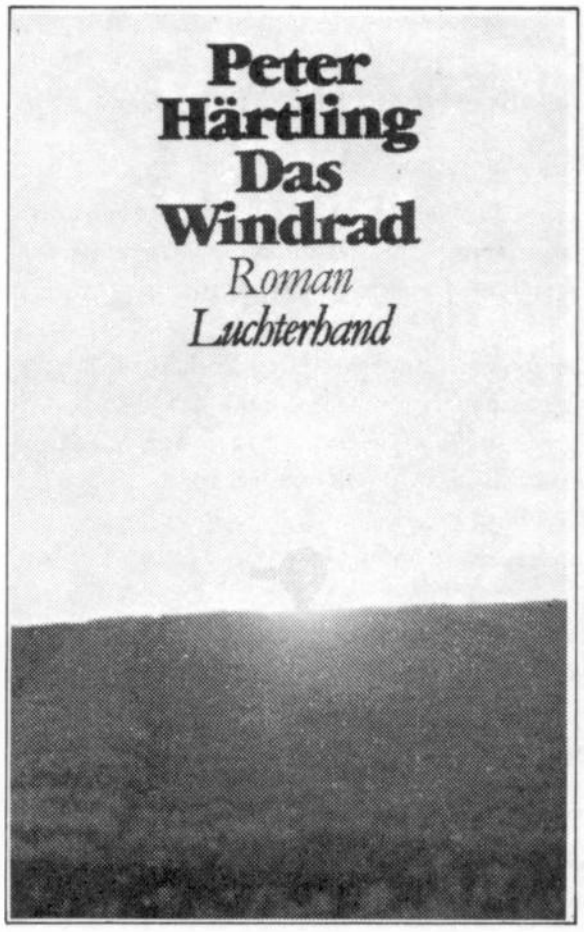
»Die klassenlos vergesellschafteten Menschen werden in der Lage sein, Arbeit und Technik in die Totalität ihres Lebenszusammenhanges zurückzustellen. Natur wäre dann nicht mehr bloßes Rohmaterial der Arbeit, sie wäre vom Joch des bloß nützlichen Produktionsmittels im Dienst der Selbsterhaltung befreit und verwandelte sich in eine Wohnstätte, die Bloch Heimat nennt.«[23]

Ich denke, um die Füllung des Begriffs *Heimat als zu schaffender* (dies aber,

ohne den Anschluß zu verlieren) hätte sich die Ökologie-Diskussion zu konzentrieren. Hier läge die Alternative jenseits von Unterwerfung der Natur und Unterwerfung unter die Natur. Eine Ökologie, die sich diesem Ziel verschreibt, kann die Natur nicht abstrakt nehmen, d. h. als austauschbar und letztlich nichtig gegenüber dem Zweck, der mit ihr verfolgt wird. Auch aus diesem Grund – und nicht nur, weil, wie eingangs gezeigt, an die Objekte der Ökologie als geschichtliche immer beide »Grundfragen« zu stellen sind, da die Frage nach der Funktion allein nur Aspekte erhellt – kann Ökologie nicht bloß eine funktionelle, generalisierende, sondern muß eine historische und geographisch-konkrete Wissenschaft sein. Im Verhältnis zur Natur, zur Landschaft als Heimat sind die Dinge nicht abstrakt. Ein Tourist, dem die Landschaft primär ästhetisches Erlebnis ist, kann sagen: eine andere ist schöner, sie somit für austauschbar erklären. Einem, dem diese Landschaft Heimat ist, ist dies nicht möglich. Ihm geht es um genau diese, mit ihr als einer konkreten steht er in einem Lebens-, einem *Erfahrungszusammenhang.* Ihren Wert im Kontext von Heimat hat z. B. eine Hecke, ein Wald nicht nur wegen ihrer bioklimatischen Funktionen oder wegen ihres Artenreichtums – dies ließe sich ersetzen, unter Umständen auch besser auf andere Weise oder an anderem Ort herstellen –, sondern vor allem wegen des auf kein anderes Objekt übertragbaren Erfahrungszusammenhanges, des lebensgeschichtlichen Zusammenhanges zwischen den umwohnenden Menschen und ihnen.

Vor allem darin liegt die Bedeutung des traditionellen, »bloß bewahrenden« Naturschutzes. Es ist die Unwiederholbarkeit von Erfahrung, weshalb der Schutz, die Erhaltung durch kein Programm der Umgestaltung der Erde nach ökologischen Kriterien zu ersetzen ist. Hier, im Sich-Wehren gegen das Zerschneiden von Erfahrungszusammenhängen, was dasselbe ist wie das Zerbrechen von Identität, sollte der Kern aller Begründungen für die Notwendigkeit, Natur zu schützen, liegen. Erst auf dieser Basis kann von Entwicklung als Entfaltung, als Bereicherung dieses Verhältnisses gesprochen werden. Erst auf dieser Grundlage gewinnen Kriterien wie ökologische Vielfalt ihre Bedeutung. Die gemachte Vielfalt »gelungener« Flurbereinigungen, die Schönheit der Kunstlandschaften von Gartenbauausstellungen, die ökologische Funktionalität der utopischen Ökostädte, grün überrankt und autark dank der Gewächshäuser inclusive Fischzucht mit geschlossenen Kreisläufen auf jedem Dach und Balkon, sie bleiben abstrakt, anschlußlos, verwechselbar. Die Normative der Ökologie ließe sich zusammenfassen im Sinne des obigen Zitats: Befreien der Natur vom Joch des bloß nützlichen Produktionsmittels, damit sie sich verwandle in eine Wohnstätte.

1 G. Küppers u. a., *Umweltforschung – die gesteuerte Wissenschaft*, Frankfurt 1978, S. 83.
2 Ebd., S. 84.
3 C. Amery, *Natur als Politik*, Reinbek 1978, S. 36 ff.
4 W. Benjamin, Passagenwerk, Konv. N 11, 2, zit. n. G. Mensching, »Zeit und Fortschritt in den geschichtsphilosophischen Thesen Walter Benjamins«, in: P. Bulthaup, *Materialien zu Benjamins Thesen »Über den Begriff der Geschichte«*, Frankfurt 1975, S. 192.
5 Newton, *Optik*.
6 Aus: B. Stugren, *Grundlagen der Allgemeinen Biologie*, Stuttgart/New York 1978, S. 51.
7 J. Dahl, »Ökologie pur oder die Verteidigung des Federgeistchens«, *natur* 1/1983.
8 K. Friederichs, »Der Gegenstand der Ökologie«, *Studium generale* 10 (2), 1957, S. 122.
9 E. Mayr, *The Growth of Biological Thought*, Cambridge, Mass./London 1982.
10 E. Bloch, *Erbschaft dieser Zeit*, Frankfurt 1962, S. 53 ff.
11 E. Hoplitschek, »Der ›Bund Naturschutz in Bayern e. V.‹«, Mskr. FB 15, FU Berlin, 1978/79.
12 Vgl. U. Hampicke, *Landwirtschaft und Umwelt*, Diss. TU Berlin 1977.
13 Vgl. ebd.; s. auch G. H. Orians, »Diversity, stability and maturity in natural ecosystems«, in: W. H. Van Dobben u. R. H. Lowe-McConnell, *Unifying Concepts in Ecology*, The Hague 1975, sowie C. S. Holling, »Resilience and stability in ecological systems«, *Ann. Rev. Ecol. and Systematics* 4, 1973.
14 Zit. n. Hoplitschek, a. a. O.
15 H. Lefèbvre, *Probleme des Marxismus, heute*, Frankfurt 1965, S. 74.
16 K. Friederichs, *Ökologie als Wissenschaft von der Natur oder biologische Raumforschung*, Sammlung Bios, Bd. 7, Leipzig 1937.
17 Z. B. H. Leser, *Landschaftsökologie*, UTB 521, Stuttgart 1978.
18 E. Neef, »Zu einigen Begriffen der Ökologie«, *Arch. Naturschutz Landschaftsforsch.* 10 (4), 1970.
19 H. M. Enzensberger, »Schreckgespenst oder Chimäre«, *konkret* 9, 1975.
20 J. Hallerbach u. L. Mez, »Keine Kritik ohne Technikkritik«, *Kritik* 25, 1980.
21 E. Bloch, *Das Prinzip Hoffnung*, Frankfurt 1979, S. 812.
22 Vgl. z. B. M. Daxner u. a., *Andere Ansichten der Natur*, Münster 1981.
23 E. Braun, »Natur und Utopie. Bedeutungen des Naturbegriffs in Ernst Blochs Philosophie«, Mskr. Salecina 1979.



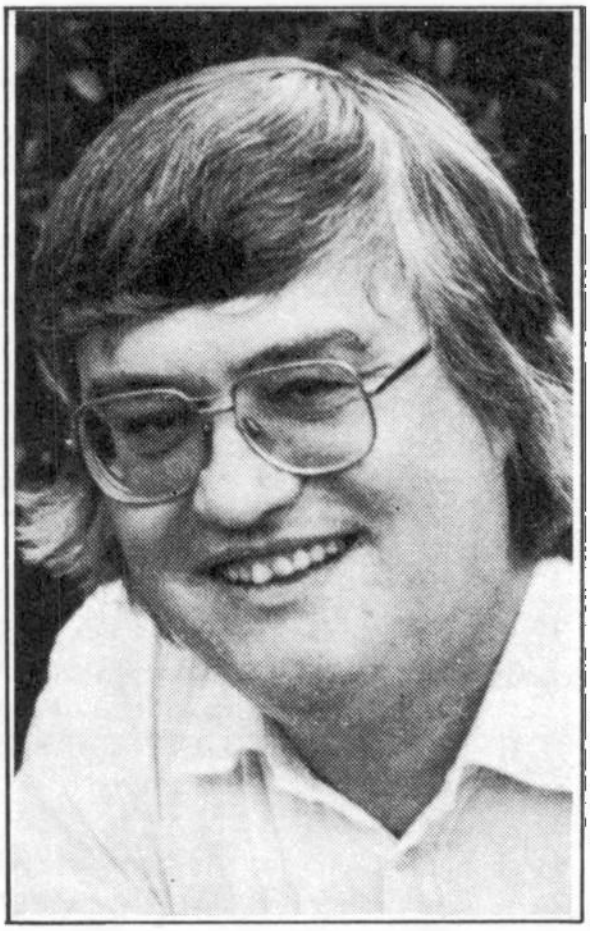


Foto: Isolde Ohlbaum

Gebunden. DM 28,–
Der Roman eines Zeitgenossen. Die Geschichte von Georg Landerers Aufbruch und seinen Folgen: Peter Härtlings Roman wendet sich gegen die Sprachlosigkeit, den Unfrieden und die Verwüstung der Natur, er erzählt aber auch von erfahrener Hoffnung.

„Mit seinem Roman schreibt Härtling ein ermutigend kreatives Lebensgefühl in die verkrampft resignative Gegenwartszenerie. Er hat seine Zweifel an falschen Lebensformen und -anschauungen in eine gradlinige Erzählfabel gepackt. Wie er den Glauben der Alten jugendlich leichtmacht, wie er den Zorn durch Humor erträglich macht, wie flüssig und unschuldig er erzählt, das zeigt den sprachlichen Könner." *Paul Konrad Kurz*

„Härtlings Buch liefert keine Gebrauchsanweisung für eine bessere Gesellschaft. Seine Stärke ist nicht das Rationale, eher das Lyrische, die Fähigkeit, ein dumpfes Unbehagen sinnlich transparent zu machen. Er schreibt mit einem hastigen Atem; seine Philosophie ist vergleichbar dem Flug der Drachenflieger, die Landerer beobachtet, wenn sie ins Tal hinuntergleiten: Sie verströmt ein Gefühl der Freiheit, darauf aus, diese festzuhalten. Doch in einer Welt, die nur allzu sehr einer untergehenden Sonne gleicht, wie kann man sich da retten?"
Klaus Reitz, Mannheimer Morgen

Luchterhand

Stefan Welzk
Fetisch Wald. Scherzo funèbre

Es ist das Wesen der romantischen Seele, ihren Gegenstand außerhalb der Wirklichkeit zu haben. Wo denn findet er sich, der deutsche Wald? Seit Jahr und Tag schon leben die Medien von seinem Tod, drängen sich selbst in den Herrenmagazinen Baumgerippe zwischen die lustvoll exaltierten Leiber. Untergangshysterie und engstirniges Geschäftsdenken haben eine eigentümliche Koalition aus Linksradikalen, Lodenmänteln und Möbelfabrikanten zusammengeschweißt. Dabei ist die Holzindustrie wegen der hohen Löhne hierzulande sowieso ohne Zukunft, und was sie verteidigt, ist vergangenheitslos, ein Imitat wie der Barockspiegel aus der Kaufhauskollektion, mit Putten aus Polyvinylchlorid.

Was heißt denn hier Landschaftsschutz? Was da rumsteht von der Luhe bis zur Isar, Kiefern Stamm bei Stamm, in korrekten Gevierten und kerzengerader Monotonie, ganz oben, nur ahnbar noch, etwas Nadelgrün, das hat doch mit dem, was die Leute aus deutscher Oper und Heimatkundeunterricht als Wald im Kopf haben, überhaupt nichts zu tun. Graubraunes, trokkenes Halbdunkel von Lagerräumen, kaum Humus, kein Blattwerk. Kaum ein Tier kann in diesen öden Monokulturen sein Leben fristen. Holzfabriken, Nutzwald eben, ein Produkt des 19. Jahrhunderts wie die ganze Romantik, die das nicht wahr haben will und eigens entstanden ist, um die Industrialisierung fortzulügen.

Vor 200 Jahren war der deutsche Wald weithin verschwunden, abgeholzt, ins Ausland verkauft, verheizt. Wenn man das in so kurzer Zeit wieder hat aufforsten können, dann wird das ja auch noch einmal möglich sein, in einer Zeit, wo wir uns das volkswirtschaftlich eher leisten können als jetzt – und dann vielleicht besser, echter, der Mensch lernt ja auch dazu. Es mehren sich die Zeichen für eine Grüne Revolution auch in der Silvikultur, und die Gentechnologie steht ja erst am Anfang. Ein fröhliches Bild üppig aufstrebender, stämmiger Supergewächse mit normierten Holzqualitäten, speziell adaptiert an unsere heimatlichen Schadstoffe, durch Schlauchsysteme mit optimalen Mineral- und Nährstoffkombinationen versorgt wie die Patienten einer Intensivstation, wird die tristen Kulturen einer kruden, erst halbmodernen Forstwirtschaft rasch vergessen lassen. Multifunktionale Großplantagen mit rapidem Holzumschlag, vervielfältigter Flächenproduktivität,

gegliedert nach den Erkenntnissen der Naherholungspsycho- und -technologie werden eine neue Qualität bedarfsgerechter Landschaft erstehen lassen, endlich eine wahre, da wechselseitige Symbiose von Mensch und Natur.

Daß Völker den Wald für Wohlstand, wirtschaftliche und kulturelle Blüte opfern, ist ja kein Novum, sondern eher die Regel. Ohne Abholzung keine Seefahrt, und ohne Seefahrt wäre niemals die griechische Kultur zu solcher Größe gelangt. Und ob es ohne das antike Griechenland ein modernes Westeuropa gäbe, steht dahin. Auch in Italien wurde der Wald schon in vorchristlicher Zeit der Energieerzeugung und der Entwicklung der maritimen Infrastruktur geopfert, und man ist gut gefahren damit. Noch immer zehrt das Land von jener Epoche, und die Deutschen verbringen ihren Urlaub weit lieber dort oder auf den ägäischen Inseln als im fröstelnden Schatten der heimischen forstwirtschaftlichen Nutzgewächse. Später sind Spanien, England und die Niederlande um den Preis der Dezimierung ihrer Waldbestände zu Imperien aufgestiegen.

Bei aller Bereitschaft, aus der Geschichte zu lernen – leichtfertig und zu beliebiger Zeit sollte ein solches Opfer nicht erfolgen. In der Tat jedoch ist unser Spielraum gering. Die heute existierenden Wälder sind kaum verteidigbar, schwerlich innerhalb des technologisch Möglichen und gewiß nicht im Rahmen des politisch Durchsetzbaren. Herr Dr. Zimmermeyer vom Gesamtverband des Deutschen Steinkohlebergbaus hat darauf verwiesen, »daß latente Schäden im Wald durch frühere Emissionsbelastungen bereits vorhanden sind, die durch geringfügige Anstöße zu letalen Schäden werden können, d. h. daß der Wald dann abstirbt. Wenn dem so ist, dann ist es möglicherweise ganz egal, was wir heute realistischerweise an den Emissionen noch machen können: große Waldpartien werden ohnehin absterben.« (Aus: H. Bossel, »Notwendigkeit und Möglichkeiten einer ökologischen Energiewirtschaft. Diskussion«, in: Hermann Graf Hatzfeld, Hg., *Stirbt der Wald?*, Karlsruhe 1982, S. 166)

Damit erhebt sich die Frage nach dem Sinn und d. h. nach der wirtschaftlichen Vernünftigkeit der diversen Schutzmaßnahmen und energiepolitischen Alternativen. Eben diejenigen, die den Wald schützen und regulieren wollten, die meinten, seine Nöte und Bedürfnisse zur Genüge zu kennen, haben seiner Vernichtung die Grundlage gelegt. Denn es ist zuerst der »bewirtschaftete Wald«, der monokulturelle Koniferenforst, der dem sauren Regen nicht standhält. Und die gleichen Maschinenstürmer und Don Quijotes der Moderne, die zunächst mit einer irrationalen Angstkampagne den Bau von Kernkraftwerken – der einzigen abgasfreien Alternative – entscheidend verzögert haben, beeilen sich jetzt zu erklären, Atomkraft sei schon deshalb kein Ausweg, weil wegen der langen Bauzeiten für AKWs der Entlastungseffekt erst nach dem vollständigen Tod des Waldes wirksam würde.

Und eben diejenigen, die mit ihrer kostspieligen Hochschornsteinpolitik den blauen Himmel an Rhein und Ruhr zum höchsten aller Werte stilisierten, haben nicht nur die Wirtschaftlichkeit der deutschen Kohle gefährdet und damit unsere unheilvolle Abhängigkeit vom Öl verschärft. Sie haben das Waldproblem in seiner heutigen Dimension erst geschaffen. Im OECD-Programm »Long Range Transport of Air Pollution« wurde Europa in Meßquadrate von 127 km Seitenlänge zerlegt und für jedes Quadrat die Schwefel-Emissions-Immissions-Bilanz berechnet. Dabei ergab sich, daß in der Bundesrepublik im Mittel nur ein Viertel der jeweils emittierten Schadstoffe im gleichen Meßquadrat niedergeht – Folge der um 1970 gebauten Hochschlote. Kraftwerke sind an der Schwefeldioxid-Emission in den Ballungsgebieten mit etwa 40 Prozent, an der Immission jedoch nur mit etwa 14 Prozent beteiligt – an der Immission im Fernbereich dagegen mit fast 100 Prozent. Im Zuge dieser »Umweltschutzpolitik« wurden die hochempfindlichen Koniferen an den dünnbödigen Hängen unserer industriefernen Mittelgebirge überhaupt erst von der Vergiftung erreicht. Vor allem aber führt erst der Ferntransport mit langer atmosphärischer Verweilzeit der Abgase zur Entstehung der extrem schädlichen Schwefelsäure-Ionen.
Hier hatten sich wahrlich die Böcke zu Gärtnern ernannt, zumal Mensch und Tier weitaus stärkere Schadstoffbelastbarkeiten aufweisen als die Pflanzenwelt, die letalen Dosen sich hier auf ein Vielfaches belaufen. Zudem beruhen die »Befunde« wachsender Smogempfindlichkeit, einer angeblich zunehmenden Bronchitis und Atemnot vor allem bei Kindern, auf einer nebulösen »klinischen Erfahrung« und sind statistisch keineswegs gesichert. Auch die engagiertesten Industriefeinde müssen zugeben, daß die gesundheitlichen Wirkungen der zahllosen Schadstoffkomponenten in unserer Luft nicht zu separieren und deshalb alle daraus abgeleiteten Forderungen ohne solide wissenschaftliche Basis sind. Ohnehin erfordern die meisten Jobs heute nur eine weit geringere körperliche Leistungsfähigkeit als zu Zeiten unserer Väter. Zugleich hat die im Zuge der medizinischen Überversorgung hochgetriebene Lebenserwartung das Finanzdebakel der Rentenversicherungen herbeigeführt. Hier gilt es einigen Wildwuchs zurückzustutzen. Die Lebensdauer ist eine Frucht der eigenen Leistung und Vernunft – diese schlichte, würdevolle Maxime wird im Zug der konservativen Wende wohl wieder in ihr Recht gesetzt werden.

Offenbar ist das Waldproblem überhaupt erst durch Umweltschutzregulierungen und Maßnahmen zur Energieeinsparung entstanden. »Maßnahmen zur massiven Energieeinsparung«, so Dr. Zimmermeyer vom Gesamtverband des Deutschen Steinkohlebergbaus, »benötigen ihrerseits wieder viel Energie, d. h. ein schneller, abbruchartiger Rückgang der Emissionen kann nicht erreicht werden« (a. a. O., S. 166). Und: »Es hätten eigentlich schon

mehr Altanlagen ersetzt werden können, wenn die Inbetriebnahme von Neuanlagen nicht durch lange Genehmigungsverfahren herausgezögert worden wäre« (a. a. O., S. 169).

In den frühen siebziger Jahren wurde unsere Industrie des weiteren zum Einbau teurer Staubfilter gezwungen. Die Staub-Emission in der Bundesrepublik hat sich denn auch 1966–78 um 60 Prozent vermindert. Dieser alkalische Staub hatte jedoch eine neutralisierende Wirkung auf die Säurebildung im Niederschlagswasser. »Es wird vermutet, daß die Verringerung der Staubemission zur Säurebildung im Regen beigetragen hat.« (Dieter Deumling, »Die Schadstoffbelastung des Waldes: Emission, Transmission, Deposition«, in: *Stirbt der Wald?*, a. a. O., S. 96.) Die katastrophalen Konsequenzen von Hochschloten und Staubfiltern bieten einen Paradefall, wie menschliche Abhilfen das Übel verschlimmern. Die Dekonzentration der Abgase hat zunächst Wahrnehmbarkeit und Überschaubarkeit der Schäden geschwächt und damit auch den politischen Stimulus zur Abhilfe und zugleich Eingrenzbarkeit und Behandelbarkeit preisgegeben. Wo je Gefahr ist, wächst irgendwie das Rettende auch. Unsere Väter haben das noch empfunden. Wird jedoch versucht, das feine, hochkomplexe Netz der Wirkungszusammenhänge zwischen Industrie und Natur, wie es sich in jahrhundertelanger Evolution herausgebildet hat, durch willkürliche und wenig kompetente Eingriffe von außen zu regulieren, so ist mit unübersehbaren Konsequenzen zu rechnen.

Verantwortungsbewußtes Unternehmertum kann sich nicht von jedem Modeprotest beeinflussen lassen. Es hat die langfristigen Interessen unserer Volkswirtschaft im Auge zu behalten. Es muß harte, beweisbare Fakten seinen Entscheidungen zugrunde legen. Und was die Forschung untersucht und herausfindet und was nicht, dabei hat die Industrie noch immer ein Wort mitzureden gehabt. Im Ruhrgebiet sagt der zuständige sozialdemokratische Minister verständlicherweise, es seien nicht die Kraftwerk-, sondern die Autoabgase, die den Wald vernichten. Natürlich müssen die Autokonzerne zurückschlagen. Obwohl laut VW-Chef Hahn »die genaueren Ursachen . . . noch gar nicht klar analysiert« sind, weiß der Präsident des Verbandes der Deutschen Automobilindustrie, Horst Backsmann, bereits, daß der Anteil der Autos an dem für die Waldschäden verantwortlich gemachten »sauren Regen« nicht nennenswert ist (SZ, 26. 8. 83). Seinem auf einer Pressekonferenz vorgetragenen Wunsch, daß in dem von »Sorge erfüllten Klima, das durch die Waldschäden verständlicherweise entstanden ist und durch Wahlkämpfe zusätzlich angeheizt wird, der Blick für die politischen, wirtschaftlichen und technischen Sachzwänge nicht verlorengeht«, kann man sich nur anschließen. Die Bitterkeit des Verbandes der Automobilindustrie ist berechtigt. Nachdem den Kraftwerken in der neuen TA Luft gerade erst eine deutliche Milderung der Abgasvorschriften gegenüber der

Kursbuch 75 **März '84**

Computerkultur

Reden wir von den »Hackers«, jenen Jünglingen, fast Knaben noch, die an ihren Computern sitzen und fummeln, auf ihnen herum »hacken«, als gälte es das Leben. Es gilt aber das Spiel, den Sport, die Faszination. Und natürlich ein neues Wissen mit sieben Siegeln, das wahrhaft Macht ist oder verspricht. Diese computergestützte Macht hat schon manche Bereiche der Produktion, der Verwaltung, der Forschung erfaßt und scheint im Begriff zu stehen, nun unser aller Dichten und Trachten zu unterlaufen und die Menschheit neu einzuteilen: in Informatik-Spezialisten und Informatik-Idioten. Aber für schwarzutopische Dämonisierungen ist es – im Jahre 1984 – zu spät. Wir können nur noch die Augen fest zumachen – oder sehr genau hinschauen: Was ist das, diese künstliche Intelligenz mit ihren bits und chips, ihrer hard- und software, ihren »Sprachen« und »Programmen«, die morgen vielleicht eine neue Kultur begründet, auf der Basis eines Bewußtseins, das nicht mehr analog-dialektisch ist wie bisher, sondern digital – wohin führt uns das, außer auf den Mond und in die Datenspeicher?

Kursbuch 76 **Juni '84**

Die Mütter

»Und vergiß nie, daß ich dich unter Schmerzen . . .« Nein, Mama, Mutti, Mom, ich werde es niemals vergessen, bis daß der Tod uns, ach, noch länger, und glaub mir, als ich neulich von deiner Omnipotenz gesprochen habe, das war nur im Affekt, ich hatte wieder geträumt von dir, es war so unheimlich, ich meine so schön, wie du gegenwärtig bist für mich, überall und immerdar, das kommt jetzt sehr klar heraus in der Therapie, und daß es ja gar nicht der Vater war, Mutter, nur du, was ich dir nie vergessen werde, weil es höher ist als alle Vernunft . . .
Oder weil es die Vernunft der vaterlosen Gesellschaft ist? Die Mutter: Gebärerin, Partnerin, Tyrannin, Glucke, Succuba durchs Leben – der Weltgeist im Rock. Eine Abrechnung ist angezeigt, die Bilanz einer kostspieligen Liebe.

Ich möchte das **Kursbuch** im Abonnement beziehen. Bitte lassen Sie es mir regelmäßig zuschicken – im Jahresabonnement zu DM 28 für vier Hefte plus Porto.

Meine Abonnementsbestellung gilt ab einschließlich Nummer

Bitte veranlassen Sie, daß mir folgende **Kursbücher** zusätzlich zu meinem Abonnement zum Preis von DM 7 geliefert werden:

Bitte veranlassen Sie, daß mir folgende **Kursbücher** zum Einzelpreis von DM 9 geliefert werden:

Einladung zum Abonnement

Das **Kursbuch** wird herausgegeben von Karl Markus Michel und Tilman Spengler; freie Mitarbeit: Hans Magnus Enzensberger; Redaktion: Ingrid Karsunke.

Das **Kursbuch** erscheint mit vier Heften im Jahr. Die Hefte haben einen Umfang von jeweils 192 Seiten. Im Einzelverkauf kostet das **Kursbuch** DM 9.
Wenn Sie sich zu einem Abonnement entschließen, kostet das Einzelheft statt DM 9 nur DM 7. – Bitte wenden Sie sich an Ihren Buchhändler.
Ist Ihr Buchhändler unwillig oder keine Buchhandlung in der Nähe, schicken Sie uns bitte diese Karte. Wir sorgen dafür, daß Sie das **Kursbuch** regelmäßig, sofort nach Erscheinen erhalten (pro Jahr DM 28 für vier Hefte plus Porto).

Übrigens:
Wenn Sie jetzt abonnieren, können Sie bereits erschienene Hefte zum Abo-Preis nachbeziehen. Und: von jeweils 5 bestellten früheren **Kursbüchern** erhalten Sie eins geschenkt!

Lieferbare Kursbücher:
74: Zumutungen an die Grünen
73: Konservativismus im Angebot
72: Die neuen Kinder
71: Berichte zur Lage der Nation
70: Macht
69: Unsere Wirtschaft
68: Furcht und Zittern
67: Militär
66: Die erfaßte Gesellschaft
65: Der große Bruch – Revolte 81
64: Das Wetter
63: Spielregeln
62: Vielvölkerstaat Bundesrepublik
61: Sicher in die 80er Jahre
60: Moral
59: Bilderbuch
58: Karrieren
57: Der Mythos des Internationalismus
56: Unser Rechtsstaat
55: Sekten
54: Jugend
53: Utopien II: Lust an der Zukunft
52: Utopien I: Zweifel an der Zukunft
51: Leben gegen Gewalt
50: Bürgerinitiativen
49: Sinnlichkeiten
48: Zehn Jahre danach
47: Frauen
46: Volksfront für Europa?
44: Unsere Unterwelt
42: Unsere Bourgeoisie
41: Alltag

Bitte schicken Sie mir Ihren Almanach »Das kleine Rotbuch« kostenlos zu.
Hier meine Adresse

Bitte als Postkarte frankieren

Name _____

Straße _____

Ort _____

Und die meiner Freundinnen/Freunde:

Rotbuch Verlag
Potsdamer Str. 98

1000 Berlin 30

bestehenden Praxis zuteil geworden ist, will die Bundesregierung nun Abgaskatalysatoren für PKWs »im Eilverfahren überstürzt und vorschnell gesetzlich erzwingen«. Geschäftsführer Peter von Manteuffel hat denn auch »den Eindruck, mit dieser Art Vorsorgepolitik wird Politik gemacht, anstatt daß die tatsächlichen Wirkungszusammenhänge vor allem bezüglich des Waldsterbens erforscht würden«. Mutig bekennt VW-Chef Hahn in der *Wirtschaftswoche:* »Wir meinen, wir sollten unseren bisherigen Weg weitergehen.« Hut ab vor diesem Mann! Angesichts von soviel Unbeirrbarkeit ist man an Dürers »Ritter, Tod und Teufel« erinnert. Wir brauchen Wirtschaftsführer, die Schildwacht halten, daß dem deutschen Volk nicht seine industrielle Existenzgrundlage wegreguliert wird. Männer, die sich ihren Blick für die wahren Interessen unseres Gemeinwesens nicht durch Wahlkampfhektik verstellen lassen.

Im übrigen stammt mehr als die Hälfte der Schwefelimmission in der Bundesrepublik aus ausländischen Quellen, während zwei Drittel der bundesdeutschen Emission jenseits unserer Grenzen niedergehen. Die Abteilung Information der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke hat denn auch davor gewarnt, deutsche Kraftwerke zum Sündenbock zu stempeln. Deutsche Maßnahmen allein würden die Bundesbürger viel kosten, aber nur wenig Umweltschutzerfolg bringen (*Frankfurter Rundschau,* 10. 4. 82). Für kein anderes Land der EG ist aber das Waldsterben auch nur annähernd so aktuell und bedrohlich wie für uns. Folglich ist mit einer europäischen Regulierung nicht zu rechnen. Gerade uns Deutschen steht es nach dem letzten Kriege, den wir verschuldet haben, schlecht an, in unsere Nachbarländer hineinregulieren zu wollen. Dann, wenn den westlichen Anrainerstaaten dieses Problem von selbst auf den Nägeln brennt, wird das deutsche Interesse daran mit Sicherheit bereits erloschen sein.
Gewiß könnte man die Kohlekraftwerke an die Ostgrenzen setzen und nur bei Westwind arbeiten lassen – eine Lösung, die sich aufgrund der kontinentalen West-Ost-Windströmung anbietet. Dieses Programm ist zum guten Teil aus der Zonenrandförderung finanzierbar, sowie aus dem EG-Regionalfond für strukturschwache Gebiete. Eine derartige alternative Kohlestrompolitik wäre durchaus fair, denn die DDR als der pro Kopf wie pro Flächeneinheit intensivste Schwefeldioxid-Emittent Europas absorbiert mit knapp 800 000 t/Jahr nur etwa ein Drittel der Schwefelmenge, die von ihr in die Atmosphäre abgegeben wird, die Bundesrepublik dagegen immerhin zwei Drittel. Diese Exportpolitik bedeutet lediglich eine Vertiefung der bereits gegebenen Praxis. Denn Kraftwerke im Zonenrandgebiet bekommen heute das bis zu Zwanzigfache der sonst zulässigen Schadstoffkonzentrationen in den Abgasen genehmigt. Der SO_2-Ausstoß pro Kopf der Bevölkerung beläuft sich in der DDR und der ČSSR auf etwa das Vierfache der

westdeutschen Werte. Angesichts des enormen Ausmaßes des Waldsterbens in diesen Staaten ist ohnehin davon auszugehen, daß hier sehr bald Totalschaden vorliegen wird und deshalb ein zusätzlicher Schadstoffimport aus der Bundesrepublik kaum noch ins Gewicht fällt. Sollten dennoch Animositäten von ostdeutscher Seite zu verzeichnen sein, aufgrund wirtschaftlicher oder volkshygienischer Befunde, so wäre der Bundesregierung damit immerhin ein Druckmittel in die Hand gegeben, menschliche Erleichterungen im zwischendeutschen Verhältnis durchzusetzen. Zumal heute kaum ein Staat über Sanktionsmöglichkeiten gegenüber ausländischen Schadstoffemittenten verfügt.

Die andere Hälfte der Kraftwerke wäre sodann an die Westgrenzen zu stellen – im Zug ausgewogener Außen- und Umweltpolitik und einer auch bei wechselnder Windrichtung kontinuierlich schadstoffarmen Elektrizitätserzeugung. Natürlich hört sich das unsinnig an, denn die Anrainerstaaten können nachziehen. Der gleiche Einwand gilt jedoch für den internationalen Wettlauf bei Exportsubventionen und Lohnkürzungen, und da funktioniert es ja auch. Wer zuerst zieht, ist für einige Zeit vorn. So läuft nun mal das freie Spiel der Kräfte in der Weltwirtschaft, und es hat uns noch immer weiter getragen als jede Regulierererei und Planwirtschaft. Außerdem haben die Franzosen so viel in Atomkraft investiert, daß sie gar nicht voll nachziehen können. (Und sie tragen bereits jetzt mehr als ein Zehntel zu unserer Schwefel-Immission bei.) Vermutlich jedoch scheitert diese Alternative, weil trotz aller Subventionen sich eine Verlagerung der Stromerzeugung erst rentiert, wenn die alten Anlagen abgeschrieben sind. Da aber selbst Kraftwerke, die erstmals 1985 in Betrieb gehen, noch als Altanlagen gelten und den neueren Entgiftungsstandards noch nicht zu genügen brauchen, ist damit erst zu rechnen, wenn so etwas wie Wald hierzulande nur noch in der Literatur existiert.

Auf 10 bis 15 Mrd. Mark beziffern inzwischen die Waldeigner ihre Schäden. Das ist eine Hypothek, ein Großkredit zur Finanzierung unseres Wirtschaftswachstums, aufgenommen nicht bei Banken, sondern beim Ökosystem mit seinen gegenwärtig vermutlich niedrigeren Zinssätzen. Kreditfinanziertes Wachstum aber wird zur Zeit auch von Keynesianern und anderen Linken eindringlich empfohlen. Zugleich sind diesen Schadensziffern eindeutige Nutzeffekte gegenüberzustellen. Mit dem Zurückgehen des Waldes sinkt der Grundwasserspiegel und damit die landwirtschaftliche Produktion. 33,4 Mrd. Mark, 65 Prozent des gesamten Haushaltes der Europäischen Gemeinschaft, entfallen jedoch 1983 allein auf den Agrarbereich. Mit etwa 20 Mrd. Mark wurden im letzten Jahr die andernfalls nicht absetzbaren Agrarexporte der EG subventioniert. Die Kosten der Milchmarktordnung haben sich seit 1970 mit einem Anstieg auf 7,6 Mrd. Mark verachtfacht. Man stelle sich vor, um welche Beträge die Steuerzahler entlastet

werden, wenn sie keine Agrarüberschüsse, deren subventionierte Erzeugung, Lagerung, Ausfuhr oder Vernichtung oder deren subventionierte Nichterzeugung mehr bezahlen müssen! Nicht weniger, sondern mehr saurer Regen ist insofern das Gebot der Stunde.

Letztlich gibt es auch andere Erscheinungsformen von Landschaft als nun gerade Nutzwald. Man denke an die Ziegenherden, die sich auf unseren windoffenen Gebirgsrücken tummeln und die Gräser rupfen werden, an die zierlichen Heidschnucken, die zwischen rotflammender Erika im August weiten Gebieten eine traulich warme Stimmung verleihen, wo heute nur Kiefernstämme aus ödem, halbdunklem Grund streben. Wer den Zauber der irischen Landschaft je hat erleben dürfen, dem ist bei dieser Vision nicht bange. Auch militärisch ist dieser Wald nicht von Bedeutung. Die Deutschen sind kein Partisanenvolk, und wären sie es, so böten diese geometrisierten, laubarmen Forstlose operativen Einheiten kaum irgendeinen Schutz. Entlaubungsmittel müßten hier gar nicht erst eingesetzt werden.
Das Entscheidende in unsrer Ordnung ist der Mensch, jeder einzelne, und nicht irgendeine Konifere. Seinem Votum haben wir uns zu beugen. Die Bevölkerungskonzentration in den am stärksten vergifteten, ökologisch am schwersten geschädigten Gebieten ist eine tägliche Volksabstimmung für industriellen Fortschritt, internationale Konkurrenzfähigkeit und Wohlstand. Warum ziehen die Leute nicht weg aus den Ballungsräumen, dorthin, wo die Gewässer klar und die Mieten niedrig sind? Zumindest die Arbeitslosen könnten das doch tun. Die Jobchancen sind überall nahe Null, und das Arbeitslosengeld schwankt im Gegensatz zu den Bodenpreisen nicht mit der Industriekonzentration.
Gewiß wollen die Leute eine unversehrte Umwelt – aber zu welchem Preis? Wenn im Wirtschaftswunderland Brasilien Arbeitslose bereits ihre Organe zuhauf zum Verkauf inserieren – die Niere in Sao Paulo für 1250 DM –, wie wohlfeil wird dann auch bei uns die Natur zu haben sein! Würde der Englische Garten zu Verkauf und Bebauung freigegeben, und jeder Münchner erhielte dafür 10 000 Mark auf die Hand – eine bei den heutigen Bodenpreisen nicht unrealistische Taxierung –, der Widerstand dagegen wäre wohl nicht sehr populär. Jeder weiß, wie schonungslos Gesundheit und Lebenserwartung für Karriere und Geld geopfert werden. Man stelle sich eine Börse vor, wo die Leute stückweise ihre Umweltqualität verhökern könnten. Das Gedränge wäre enorm. Rechte auf Luftvergiftung usw. wären nach Stunden schon zum Spottpreis zu haben. Schlagartig würde klar, was die Umwelt wirklich wert ist. Denn der Markt ist das ursprüngliche, älteste und am weitesten verbreitete Paradigma von Demokratie.
Eindeutig setzt das Volk seine Prioritäten anders, als der arrogante Umwelt-

Totalitarismus es ihm in den Mund zu legen versucht. Wer das nicht akzeptiert, der verneint die Demokratie. Der verläßt den Boden unserer freiheitlichen Grundordnung und sollte deshalb auch die in ihr verbrieften Rechte nicht unbegrenzt ge- und mißbrauchen können. Die Gewaltsamkeit, mit der radikale ökologische Minderheiten wie Green Peace ohne jede Rücksicht auf Arbeitsplätze die Hobbies und Präferenzen einer akademisierten, sorglosen Oberschicht verfolgen, sollte uns zu denken geben. Umweltschutz ist Klassenpolitik.

Wenn wir alle den Gürtel enger schnallen, verzichten müssen, warum dann nicht auch die Natur? Warum soll gerade sie allem heilsamen Leistungs- und Anpassungsdruck entzogen werden? Mit übereilten Regulierungen nehmen wir ihr gerade die Chance, von sich aus schadstoffresistente, widerstandsfähige Arten zu entwickeln. Und können wir uns bei den heutigen Bodenpreisen überhaupt noch so viel Wald leisten? Ist es nicht gerade der exzessive Naturschutz, der die Menschen in den Ballungsräumen zusammendrängt und damit die Umweltpsychose erst *schafft*? Wenn nach der Vernichtung von Teilen des Waldes größere Flächen nicht mehr schutzwürdig sind und endlich zur Besiedlung freigegeben werden, kann das Absinken der Grundstückpreise eine Baukonjunktur auslösen, mit der die Gesamtwirtschaft aus der Depression herausgerissen wird. Damit ist dann auch wieder mehr Umweltschutz finanzierbar.

Natur ist nicht an sich zu schützen, sondern für uns. Denn das Maß aller Dinge ist der Mensch. Was nutzen uns Millionen Hektar fernab liegenden Hochwaldes, in Gebieten, die kaum jemals jemand betritt? Wollen wir unserer Volkswirtschaft zum Nutzen einiger Käuze und einer verschwindenden Minderheit von Wald- und Bergbauern die Atemluft abdrosseln? Selbst wenn die Natur hierzulande einst total zerstört sein sollte, könnten wir uns gerade deshalb dann Urlaubsreisen in die grandiosesten Szenerien der Welt leisten. So überwältigend schneidet die deutsche Landschaft im internationalen Vergleich ohnehin nicht ab. Die Eifel ist nun einmal nicht das Engadin . . . Die »comparative advantages« der Bundesrepublik, auf die wir uns spezialisieren müssen, liegen auf anderen Gebieten. Außerdem verhindert schon das hohe Lohn- und Preisniveau hierzulande die Ausbildung einer wirklich bedeutenden Touristik-Industrie, von der deutschen Küche ganz zu schweigen.

Mit jedem Tag wächst die Wahrscheinlichkeit eines Krieges. Auch der Wald wird – zumindest in Mitteleuropa – in den Lichtfontänen des nuklearen Infernos vergehen, und überlebt er, so fällt er nur den Russen in die Hände. Ist es sinnvoll, unseren ohnehin nicht mehr reichlich bemessenen Wohlstand zu gefährden im Namen der Erhaltung eines Biotops, dessen Tage aufgrund übergeordneter Entwicklungen bereits gezählt sind? Und selbst wenn sich

der Weltkrieg verzögert, ticken andere ökologische Zeitbomben, gegenüber denen die Waldvernichtung als harmlos erscheint. Wenn der Ozean umkippt, zur toten Chemielache wird, wenn sich die Cyanide, Dioxin-Schlämme, Toluole und zahllosen anderen, organischen und anorganischen Gift- und Säurelachen von den 45 000 bislang in der Bundesrepublik erfaßten, unkontrollierten Altdeponien durch unsere Böden fressen und die Trinkwasserversorgung zusammenbricht, wird keiner mehr Zeit haben, sich für Weißtanne und Kiefer zu interessieren. Wenn selbst dies ausbleibt, drohen Auflösung des Ozonschildes der Erde, Erschöpfung vital notwendiger Rohstoffe, globaler Temperaturanstieg infolge der Emission von jährlich 6 Mrd. Tonnen Kohlendioxid mit der Konsequenz eines Abschmelzens der Polkappen und der Verwandlung halber Kontinente in Wüsten.

Was soll dieser anachronistische, geradezu rührende Streit um ein paar Nadelbäume angesichts der Vernichtung des tropischen Regenwaldes durch Einschlag, Brandrodung und gezielte chemische Rodung mit dem Vietnam-erprobten dioxin-haltigen Entlaubungsmittel Agent Orange? Nach Angaben der CIA sinkt die Waldfläche um jährlich 18–20 Mill. Hektar – fast das Dreifache des gesamten bundesdeutschen Waldbestandes. Die Folge ist die Zerstörung des klimatischen Gleichgewichts einer ganzen Hemisphäre und der Ernährungsbasis von einem Viertel der Menschheit. Allein von 1978 bis zum Jahr 2000 wird der Waldbestand in der asiatischen und pazifischen Entwicklungsregion halbiert werden und in Lateinamerika um zwei Fünftel schrumpfen.

Es gibt Wichtigeres als den Wald. Wir leben hier und jetzt. Wir können nicht den angebissenen Apfel zurückhängen in den so oft verfluchten Baum der Erkenntnis, die Metalle wieder ins Gebirge schicken, das Öl unters Meer, und in Socken aus handgesponnener Ziegenwolle zurücktrotten ins Paradies. Wenn der Zauberlehrling endlich begreift, daß das Gespenst der Technik nicht *seinen* Weisungen folgt, sondern irgendeinem genetischen Code, beginnt die Katastrophe erst richtig. Denn jeder dieser panischen Interventionsversuche vervielfacht die souveräne Zerstörungskraft der verbiesterten, unbeirrbaren Maschine. Wir müssen mit. Es gibt immer gerade noch einen Ausweg, solange man die feinen Strukturen des Labyrinthes nicht demolieren will. Fluchträume unter der Erde, Mausoleen im Disco-Look, Chefetagen, stählern, gläsern, wie die Lichthöfe des Zen, Opium als Religion fürs Volk, warum nicht, wenn wir nur leben können, leidlos, warm, und das Ganze zumindest den elementaren Kriterien betriebswirtschaftlicher Gewinn-Verlust-Rechnung genügt. Es ist jedoch evident: Wir können nicht alle denkbaren Schutzmaßnahmen, Rücksichtnahmen auf alles und jeden, zugleich finanzieren. Der Industrie-Standort Bundesrepublik ist bedroht. Wir müssen uns entscheiden. Unverhohlen offerieren sich aufblühende Nationen der Dritten Welt als »Pollution Haven« für unsere überre-

gulierte Industrie, warnt Hoechst-Chef Prof. Sammet: wo heute in Frankfurt, Leverkusen und Ludwigshafen noch Schlote, Leitungsnetze und Kesselbatterien kilometerweit die Ufer von Rhein und Main säumen, könne morgen gähnende Leere sein. Die Chemie wandere aus, vertrieben vom industriefeindlichen Klima.

Wir haben dieses unser Land nach dem Krieg aufgebaut, mit unserer Hände Arbeit und unter Entbehrungen, von denen die junge Generation nichts weiß noch wissen will. Wir werden es nicht zulassen, daß unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird. Das Opfer des Waldes ist angemessen, und sei es auch nur, um ein Symbol zu setzen, ein Zeichen unserer Entschlossenheit, uns um keinen Preis aus unserem Rang in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung verdrängen zu lassen. Ohnehin würde jede Hilfe für den Wald zu spät kommen. Nach der neuesten »Waldschadenserhebung« der Bundesregierung haben sich die Schäden seit 1982 erneut vervierfacht. Fast 80 Prozent aller Tannen sind geschädigt, mehr als 40 Prozent der Kiefern betroffen. In Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen liegen die Schadanteile zwischen 60 und 70 Prozent. Man soll schlechtem, verlorenem Geld kein gutes Geld hinterherwerfen. Jeder erfahrene Investor weiß das.

Mit der Wiedererschaffung des deutschen Waldes – zu einer Zeit, wo dies wirtschaftlich vertretbar ist – überlassen wir unserer leistungsentwöhnten Jugend eine Aufgabe, an der sie sich messen kann, einen wahren, echten Inhalt in dieser sinnentleerten Epoche. Und wir überlassen ihr ein Wirtschaftspotential, das in Europa seinesgleichen sucht. Für beides sollte sie uns Dank wissen.

Tilman Spengler
Grüne Weltbilder. Eine Revue

1. Frohe Botschaft

Den Inspirationen der Neuen Ökologischen Philosophie ist eines gemeinsam: sie kommen alle von weither – vom Ursprung der Geschichte, aus den Tiefen der Seele, aus den Schwingungen des Kosmos. Die Welträtsel wollen nicht geknackt sein, ihre Lösungen schweben ein. Oder sie fließen. Hören wir zu:

»Obwohl ich der Astrologie unkundig bin, hat mich der Symbolgehalt dieses unsere Kultur durchdringenden Traumes in seinen Bann gezogen: der Gedanke, daß wir nach einem dunklen, gewalttätigen Fische-Zeitalter eine Ära der Liebe und des Lichtes betreten – in den Worten des bekannten Liedes ›The Age of Aquarius‹ eine Zeit der ›wahren Befreiung des Geistes‹.

Mag es nun in den Sternen geschrieben stehen oder nicht – ein anderes, ein neues Zeitalter scheint seinen Anfang zu nehmen; und der Wassermann, der Wasserbringer der alten Sternbild-Lehre, als Symbol des Fließens und des Stillens eines uralten Durstes, ist ein zutreffendes Bild dafür.« (Ferguson, S. 22)

»Eine Philosophie des Lebendigen, eine Biologie neuen Typs als wissenschaftliche Kunde von der Magie des Lebens, von seinen ›okkulten‹ Gesetzen, seinen Psi-Kräften, seinen rätselhaften Informationsvorgängen, seinen Organisations- und Wachstumsprinzipien, seiner Entwicklungs- und Funktionslogik, seiner phantastischen Technologie, seinen energetischen Kommunikations- und Resonanzvorgängen, seiner pulsierenden, strahlenden und metamorphosierenden Natur – diese Biologie als umfassende Wissenschaft vom Lebendigen wird ein zentrales Thema der neuen Kulturepoche sein.« (Duhm, S. 45 f.).

»*Ende:* Ich glaube, so entwickelt sich jetzt abermals eine neue Seelenfähigkeit, das kann man fast mit Händen greifen. Es entsteht eine Art prophetischer Instinkt. Er taucht als neue Seelenkraft in den Menschen auf. Die unterschwellige Angst, die man heute überall spürt, halte ich geradezu für die Geburtswehen einer solchen neuen Seelenfähigkeit. Das Entstehen neuer Seelenfähigkeiten wird immer von einer eigentümlichen Weltuntergangsstimmung begleitet. Es war im 15. und 16. Jahrhundert nicht anders, da gab es auch so eine eigentümliche Weltuntergangsstimmung, und dann brach

etwas Neues durch. Jetzt herrscht wieder so eine ähnliche Stimmung: Es will eine neue Seelenfähigkeit zum Durchbruch kommen, glaube ich. Ich nenne diese Fähigkeit vielleicht etwas ungeschickt eine Art prophetischen Instinkts, ein Wissen, ein intuitives Wissen um das, was in Zukunft werden wird aus dem, was wir jetzt tun. Diese Entwicklung hat eben erst begonnen.

Eppler: Vielleicht gibt es da zwei Dinge, die man unterscheiden sollte: Das eine ist vielleicht etwas ganz Intuitives, was wohl mehr gespürt als errechnet wird, was du prophetischen Instinkt nennst. Das andere sind natürlich ganz exakte wissenschaftliche Berechnungen, die diese Ahnungen dann bestätigen, und die gibt es heute im Gegensatz zum 15. Jahrhundert.« (Eppler, S. 72)

Man muß auf den eigenen Kopf steigen, um die Botschaften empfangen zu können, doch das bedeutet nicht, den Kopf zu verlassen. Denn der Kopf ist ein sicheres Fundament. Die Neue Ökologische Philosophie ist nicht – was so häufig wie fälschlich behauptet wird – antiszientistisch. Sie ist im Gegenteil proszientistisch, unter der Voraussetzung allerdings, daß es um ihre eigene Wissenschaft geht. Denn Wissenschaft gibt Sicherheit.

»Und da es eine *wissenschaftliche* Grundlage ist, exakt beweisbar, nachprüfbar, also genau den Ansprüchen der abendländischen, rationalen Wissenschaftlichkeit genügend, dürfte sich niemand drumherumdrücken. Dennoch geschieht es mit: ›Das sind Träumer, Phantasten, die haben nur ihre Gefühle; diese Naturliebe ist ja subjektiv.‹ O sancta simplicitas!

Wäre Ökologie doch nur eine subjektive Marotte, käme sie doch nicht aus der Materie selbst, wäre sie wie eine Religion, wie herrlich frei wären wir in unseren Entscheidungen! Aber *Ökologie ist zwingend.* Ihren Einsichten können wir uns bei Strafe des Untergangs nicht entziehen, hierin sind wir *unfrei*, denn es handelt sich um über uns hinausgreifende, mit uns selber schaltende Gesetze des Seins.

Daher hat die Partei der Grünen mit ihrem Grundsatz *ökologisch* ein so sicheres Fundament. Das ist nicht Glauben, Überzeugung, Gesellschaftsentwurf, sondern *Wissen*. Zusammengehörigkeit aller Vorgänge auf der Erde. Und je mehr wir in den Weltraum eindringen, werden auch die Teile im Universum zwingend. Die große Vernetzung. Sie wird seit neuestem beschrieben, beschworen, bewiesen von Biologen, Anthropologen, Philosophen, Physikern, Verhaltensforschern: alle gewinnen plötzlich Einblick in die weltweiten Verkettungen. Und, wie gesagt, nicht von ungefähr.« (Maren-Grisebach, S. 32)

Auch das Netzwerk kommt aus der Tiefe des Raums. Der innere Zusammenhang, die Matrix dieses Werkes offenbart sich jedoch nur dem Eingeweihten. Ein ökologischer Blanquismus ohne Blanqui.

»Ein führerloses, aber dennoch kraftvolles Netzwerk arbeitet, um in dieser Welt eine radikale Veränderung herbeizuführen. Seine Mitglieder haben sich von gewissen Grundkonzeptionen westlichen Denkens losgesagt und möglicherweise sogar die Kontinuität der Geschichte unterbrochen.

Dieses Netzwerk ist die Sanfte Verschwörung im Zeichen des Wassermanns. Eine Verschwörung ohne politische Doktrin. Ohne Manifest. Mit Verschwörern, die Stärke suchen, nur um diese weiterzuverbreiten – ihre Strategien sind pragmatisch, sogar wissenschaftlich; ihre Perspektiven klingen jedoch so mystisch, daß sie sich darüber zu diskutieren scheuen. Aktive Verschwörer stellen verschiedene unbequeme Fragen und fordern somit das Establishment von innen her heraus.

Weitreichender als Reformen, tiefgehender als eine Revolution hat diese beginnende Verschwörung im Hinblick auf eine neue Epoche der Menschheit die schnellste kulturelle Neuorientierung der Geschichte ausgelöst. Bei dem großen, erdbebenartigen, unwiderruflichen Umschwung, der auf uns zukommt, handelt es sich weder um ein neues politisches noch um ein religiöses oder philosophisches System. Es handelt sich um einen neuen Geist – eine aufsehenerregende, neue Sicht der Welt nimmt ihren Anfang, die bahnbrechende Erkenntnisse der Wissenschaft und Einsichten ältesten menschlichen Gedankengutes umfaßt.« (Ferguson, S. 26).

Wo ist dieser Geist entstanden, wo hat er sich zum Aufbruch gerüstet?

»In den sechziger und siebziger Jahren sind eine ganze Reihe gesellschaftlicher Bewegungen in Gang gekommen, die sich alle in derselben Richtung zu entwickeln scheinen, wobei jeweils unterschiedliche Aspekte der neuen Sicht der Wirklichkeit hervorgehoben werden. Im Augenblick agieren die meisten dieser Bewegungen noch getrennt voneinander und sind sich der wechselseitigen Beziehungen ihrer Zielsetzungen noch nicht bewußt geworden. Zweck dieses Buches ist es, ein zusammenhängendes Gedankengebäude zu liefern, das uns helfen soll, die Gemeinsamkeiten ihrer Endziele zu erkennen. Sobald das geschehen ist, können wir erwarten, daß die verschiedenen Bewegungen zusammenfließen und zu einer machtvollen Kraft gesellschaftlicher Veränderung werden. Der Ernst und das weltumspannende Ausmaß unserer gegenwärtigen Krise deuten darauf hin, daß dieser Wandel wahrscheinlich zu einer Umgestaltung von beispiellosen Dimensionen führen wird, einem Wendepunkt für unseren Planeten in seiner Gesamtheit.« (Capra, S. 10–11)

Einer der geistigen Paten dieser plötzlichen Einblicke in die weltweiten Ver-

kettungen und Vernetzungen war Gregory Bateson, der den verzopften Leib-Seele-Streit neu entfachte, indem er nicht so sehr dem Leib in der Seele nachforschte, sondern der Seele im Leib und den Seelen in der Seele.

»Wie findet eine Wechselwirkung zwischen Ideen statt? Gibt es eine Art natürlicher Selektion, die das Überleben einiger Ideen und den Untergang oder den Tod anderer bestimmt? Welche Art der Ökonomie begrenzt die Vielheit von Ideen in einem gegebenen Bereich des Geistes? Welches sind die notwendigen Bedingungen für Stabilität (oder Überleben) eines solchen Systems oder Subsystems?« (Bateson, S. 15)

Aber wer kann schon so denken? Es sind jedenfalls nicht die Studenten und Wissenschaftler, die in der klassischen Tradition ausgebildet wurden.

»Mir . . . wurde klar, daß ein Unterschied zwischen meinen Denkgewohnheiten und einen meiner Studenten aus der Tatsache folgte, daß sie geübt waren, *induktiv* von Daten zu Hypothesen hin zu denken und zu argumentieren, aber nicht darin, Hypothesen an Erkenntnissen zu messen, die *deduktiv* von den Grundlagen der Wissenschaft oder der Philosophie abgeleitet waren.« (Bateson, S. 18)

Der korrekte Weg zu einer dem Gegenstand der Forschung angemessenen Methodik führt – nach Bateson – zunächst einmal ganz tief in die Geschichte der menschlichen Reflexion zurück:

»Einige werden . . . dagegenhalten, daß mit Sicherheit alle Grundlagen der Wissenschaft durch induktives Vorgehen von der Erfahrung aus erreicht wurden, so daß wir fortfahren sollten, Induktion zu betreiben, bis wir eine grundlegende Antwort erhalten.

Ich glaube, es ist einfach nicht wahr, daß die Grundlagen der Wissenschaft mit der auf Erfahrung basierenden Induktion anfingen, und ich vermute, daß wir . . . zu den ersten Anfängen des wissenschaftlichen und philosophischen Denkens zurückgehen sollten; und sicher zurück bis zu einer Zeit, da Wissenschaft, Philosophie und Religion noch nicht getrennte Aktivitäten waren, die jede für sich von Profis in getrennten Disziplinen betrieben wurden.« (Bateson, S. 24)

Damit stehen wir am Ursprung des heuristischen Unheils: der begrifflichen Spaltung zwischen Form und Substanz. Diese Spaltung ist, so Bateson, vorwissenschaftlich, greifbar schon in den Schöpfungsmythen, und sie prägt das wissenschaftliche Denken der Neuzeit, da sie zum Paradigma der physikalischen Anschauungen wurde. In der neuzeitlichen Wissenschaft wurde der Begriff der Substanz auf Kosten des Begriffs der Form nach vorn gedrängt. Doch:

». . . geistige Prozesse, Ideen, Kommunikation, Organisation, Differenzierung, Muster und so weiter haben es eher mit Form als mit Substanz zu tun.« (Bateson, S. 28)

Der Bereich der Form war im klassischen Wissenschaftsbetrieb wenn nicht

stillgelegt, so doch eher Außenseitern, intellektuellen Heimarbeitern wie Oswald Spengler überantwortet. Das änderte sich erst in diesem Jahrhundert durch die beiden newcomer im akademischen Gewerbe, durch die Kybernetik und die Systemtheorie. Denn die warfen sich mit aller Macht auf die formalen Operationen unseres Denkens und unserer Verständigungsprozesse.

Die waren rätselhaft geworden, weil die neue Quantenmechanik mit der klassischen Logik nicht weiterkam. Bereits 1932 hatte John von Neumann, der spätere Vater einer neuen Generation von Computern, die seinen Namen trugen, in seinem Buch Mathematische Grundlagen der Quantenmechanik *das Problem auf den Punkt gebracht:*

»Quantenmechanik gehorcht einer neuen Logik, sie befaßt sich nicht allein mit den objektiven Eigenschaften des Objekts, sondern mit bestimmten, durch Vorbereitungs- und Beobachtungsprozesse eingegrenzten Untersuchungsobjekten, die Subjekt und Objekt betreffen.« (von Neumann, S. 32)

Im früheren Weltbild der klassischen Mechanik war der Physiker ein Beobachter, getrennt von dem, was er beobachtete. Kannte er Position und Impuls, die beiden wesentlichen Daten für Newtonsche Berechnungen, dann konnte er exakte Aussagen treffen. Im quantenmechanischen Weltbild müssen die Physiker dagegen zwischen diesen beiden Daten wählen, in diesem Sinne nimmt der Physiker teil, »schafft« er die Welt, die er untersucht, in diesem Sinne ändert sich aber auch das Phänomen, das er früher getrost »Fakt« genannt hatte.

Knapp vier Jahrzehnte später, Systemtheorie und Kybernetik waren längst fest etabliert, trieb J. A. Wheeler, ein philosophierender Physiker aus Kalifornien, die Frage weiter:

»Kann das Universum etwa irgendwie durch die Teilnahme derer, die daran teilhaben, ›ins Leben gerufen‹ werden . . . Der wichtigste Akt ist der Akt der Teilnahme. ›Teilnehmer‹ ist der unbestrittene neue Begriff, den die Quantenmechanik hervorgebracht hat – den ›Beobachter‹ der klassischen Theorie gibt es nicht mehr. In der klassischen Theorie steht jemand hinter einer dicken Glaswand und beobachtet die Abläufe, ohne daran teilzunehmen. Die Quantenmechanik besagt, daß es so nicht geht.« (Wheeler, S. 1273)

Wenn es aber um Teilnahme, um Interaktion, um Prozesse der wechselseitigen Verständigung geht, und das auch noch in der klassischen Festung der »harten« Wissenschaft der Physik, dann werden die Vertreter der »weichen« Disziplinen, die Psychologen und Soziologen, die Ethnomethodologen und selbst die Parapsychologen hellwach. Hatte das weiche Wasser schon den harten Stein gehöhlt? Jedenfalls erfuhren die Prozesse der Wahrnehmung und der Intuition, des Erfühlens und Erlebens eine grandiose Neubewertung:

»Falls wir das Verlangen nach Sicherheit im Sinne von Kontrolle und festgelegten Antworten aufgeben, erfahren wir paradoxerweise eine andere Sicherheit. Wir beginnen, der *Intuition* Vertrauen entgegenzubringen, dem ganzheitlichen Wissen des Gehirns, jenem Phänomen, das der Wissenschaftler und Philosoph Michael Polany als das ›stillschweigende Wissen‹ bezeichnet. In demselben Maße, wie wir uns auf die inneren Signale einstellen, scheinen sich diese zu verstärken.
Jemand, der sich mit Psychotechnologien befaßt, erkennt, daß dieses innere Drängen und die ›Ahnungen‹ in keiner Weise der Vernunft widersprechen, sondern eine transzendente Vernunft darstellen; die Fähigkeit des Gehirns, gleichzeitig zu analysieren, einen Vorgang, den wir nicht bewußt aufspüren und verstehen können. In *Mr. Sammler's Planet* schrieb Saul Bellow über die Art und Weise, wie wir gewöhnlich dieses Wissen zunichte machen:

Der intellektuelle Vater wurde zu einer Kreatur, die alles erklären will. Väter erklären ihren Kindern, Frauen ihren Männern, Vortragende ihren Zuhörern . . . die Geschichte, die Struktur, die Gründe, warum etwas geschieht. Meistens geht das bei einem Ohr hinein und beim anderen wieder hinaus. Die Seele jedoch wollte das, was sie wollte. Sie besaß ihr eigenes natürliches Wissen. Sie saß unglücklich auf den Superstrukturen der Erklärung, ein armer Vogel, der nicht weiß, wohin er fliegen soll.

Die Psychotechnologien führen einen dahin, ›dem armen Vogel‹ zu vertrauen – mehr noch, ihn fliegen zu lassen. Intuition, dieses ›natürliche Wissen‹, wird zu einem verläßlichen Partner im Alltag: man kann sich auch bei kleinen Entscheidungen auf sie berufen und bewirkt damit ein immer allgegenwärtiges Gefühl des Fließens und der Richtigkeit.« (Ferguson, S. 123)
»Persönliche und Gesellschaftliche Transformation im Zeitalter des Wassermanns« lautet der Untertitel des Buches von Marilyn Ferguson, dem wir das Zitat zur Rehabilitierung der Intuition verdanken. Wie sie feierten viele andere Initiierte das Ende des Zeitalters der Ratio, der »kalten« Vernunft. In Waldhilsbach bei Heidelberg schrieb Manon Maren-Grisebach in ihrem »gedanklichen Fundament« der grünen Bewegung:
»Das Kopfdenken ist aus besonderen Interessen (der Herrschenden, der Patriarchen, der Ratiofanatiker) im Lauf der Geschichte vom Fühlen, auch vom Anschauen entfernt worden. Philosophie soll wieder als Ort angesehen werden, an dem keinerlei Trennung, keine Abspaltung vor sich gehen dürfen. Die Entzweiung, die wir erfahren, in neutrale, unschuldige Wissenschaft und Gefühl, in abstraktes Denken und konkretes Handeln, in rationale Erkenntnisse und nicht beweisbare Moral, in Technik und Natur, und so weiter, diese Entzweiungen sind Quell des Bedürfnisses nach ganzheitlicher Philosophie. Wir schieben ihr jetzt die Aufgabe zu, das desintegrierte Leben, die Zerfallenheiten wieder einzubinden in das Lebensbewußtsein einer möglichen Ganzheit.

Und da gehört Gefühl als tiefster Quell der Bedürfnisse dazu.« (Maren-Grisebach, S. 11)

Und Dieter Duhm entwarf in der »Kulturwerkstatt Bauhütte e. V.« in Jagsthausen eine »universelle Biophilosophie«:

»Wenn ich den Duft einer Blume aufnehmen will, rieche ich an ihr intensiv, aber ganz leicht. Die Methode ist vorgeschrieben durch die Art des Duftes und durch die Funktionsweise des Sinnesorgans. Von dieser Art u. a. ist Lebensforschung. Wir stehen, was die Naturwissenschaften betrifft, in der Zwischenphase eines fundamentalen Paradigmenwechsels, und das heißt: eines Wechsels der Erfahrungsweise. Um wieder sinnvoll Naturforschung betreiben zu können, bedarf es einer andersartigen Gesamtschau, aus der sich die neuen Fragestellungen, Methoden und Begriffe für die weitere Arbeit ergeben. In der Lebensforschung brauchen wir eine umfassendere Philosophie des Lebendigen, ehe wir wieder zu einer sinnvollen Art von Analyse und Urteil übergehen können . . . Die dabei entstehende Systematik ist nicht mehr von der harten, scholastischen und endgültigen Art der bisherigen Wissenschaft, sondern weicher, offener, fließender . . .« (Duhm, S. 57 f.)

3. Alles fließt

Die Philosophen, um die sich ja seit Frankfurter Tagen niemand so recht mehr gescheert hat, wird es freuen, daß die Auftragsbücher endlich einmal wieder aufgeschlagen werden müssen. »Philosophie als Ort, an dem keinerlei Abspaltung vor sich gehen darf«, wie Frau Maren-Grisebach das fordert, ist allerdings eine formidable Bestimmung: Das Wahre, Schöne und Gute auf einen Nenner zu bringen, dazu braucht man Generalisten. Haben wir die heute noch? Einen hätten wir schon, in Bielefeld, und der analysiert schon seit Jahrzehnten, wie alles zusammenhängt und wie die Systembereiche einander interpenetrieren. Wann entdecken die Grünen endlich Niklas Luhmann?

Vielleicht sind sie im Augenblick noch zu sehr mit dem Aufarbeiten der Vergangenheit beschäftigt. Auch hier gab Bateson den Ton an:

»Mindestens 200 Jahre lang, sagen wir von der Zeit Newtons bis zum Ende des neunzehnten Jahrhunderts, bestand die Hauptbeschäftigung der Wissenschaft darin, diejenigen Kausalketten aufzuzeigen, die auf Kräfte und Einflüsse zurückgeführt werden konnten. Die Newton zur Verfügung stehende Mathematik war überwiegend quantitativ, und diese Tatsache, zusammen mit der Betonung von Kräften und Einflüssen, veranlaßte die Menschen dazu, mit erstaunlicher Genauigkeit Quantitäten der Entfernung, der Zeit, der Materie und der Energie zu messen. Da die Messungen des Beob-

achters mit der euklidischen Geometrie übereinstimmen müssen, mußte auch das wissenschaftliche Denken mit den großen Gesetzen der Erhaltung konform gehen. Die Beschreibung irgendeines Ereignisses, das ein Physiker oder Chemiker untersuchte, mußte auf die Vorräte von Masse und Energie gestützt werden, und diese Regel gab dem ganzen Denken in den Naturwissenschaften eine besondere Strenge.« (Bateson, S. 23)

Ohne große Variationen ging das Thema in die Epigonenliteratur ein. Marilyn Ferguson addierte noch eine frühe (mittlerweile erheblich modifizierte) Einsicht von Thomas Kuhn über die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen und den sich darin manifestierenden Paradigmenwechsel innerhalb von wissenschaftlichen Anschauungen:

»Während mehr als zwei Jahrhunderten nahmen führende Denker beispielsweise an, daß Isaac Newtons Paradigma – seine Beschreibung vorhersehbarer mechanischer Kräfte – letztlich alles in Zusammenhang mit Flug- und Wurfbahnen, Schwerkraft und Kräften im allgemeinen erklären würde. Man glaubte, daß dies die letzten Geheimnisse eines ›Uhrwerk-Universums‹ umfassen würde. Wie aber die Wissenschaftler auf die schwer faßbare, letztliche Antwort hinarbeiteten, fügten sich hin und wieder Teilchen gewisser Daten nicht ins Newtonsche Schema. Eine typische Erscheinung für jedes Paradigma . . . Gewöhnlich hat jemand zu diesem Zeitpunkt der Krise eine großartige, ketzerische Idee. Eine bedeutende neue Einsicht erklärt die offensichtlichen Widersprüche.« (Ferguson, S. 29–30)

Diese »großartige, ketzerische Idee, die bedeutende Einsicht« hatten gleich mehrere, doch nur wenige brachten sie so effektiv unters Volk wie der aus Österreich stammende, heute in Kalifornien lebende Physiker-Philosoph Fritjof Capra. Capras Ruhm begann mit der Veröffentlichung eines kleinen Bändchens The Tao of Physics, *in dem er auf die strukturelle Verwandtschaft zwischen moderner Quantenmechanik und verschiedenen taoistischen Weisheiten des Fernen Ostens hinwies, der deutsche Titel des Werks* Der kosmische Reigen *machte daraus eine Philosophie zum Anfassen. Sein jüngstes Buch heißt* Wendezeit, *und es verspricht eine Wende zum Besseren, wenn die Menschen sich in ihren Wahrnehmungen von herkömmlichen Formen der Rationalität lösen können:*

»Wie sehr unsere Kultur das rationale Denken bevorzugt, wird in knappster Form an der berühmten Feststellung von Descartes deutlich: ›Cogito, ergo sum‹ – ›Ich denke, also bin ich‹. Dieser Satz ermutigte den Menschen der abendländischen Kultur, sich eher mit dem rationalen Verstand als mit seinem ganzen Organismus zu identifizieren. Wir werden sehen, daß die Auswirkungen dieser Spaltung von Geist und Körper in unserer gesamten Kultur spürbar werden. Indem wir uns allein auf unseren Verstand verlassen, haben wir vergessen, wie wir mit unserem ganzen Körper zu ›denken‹ vermögen und wie wir ihn als Vermittler von Wissen nutzen können. So

haben wir uns von unserer natürlichen Umwelt isoliert und vergessen, wie wir mit einer Vielfalt von Organismen kommunizieren und kooperieren können.

Die Spaltung von Geist und Materie führte dazu, das Universum als ein mechanisches System zu sehen, das aus getrennten Objekten besteht, die ihrerseits auf fundamentale Bausteine der Materie zu reduzieren sind, deren Eigenschaften und Wechselspiel alle Naturerscheinungen bestimmen. Diese kartesianische Vorstellung von der Natur wurde dann auch auf die lebenden Organismen übertragen, die man als aus getrennten Teilen konstruierte Maschinen ansah. Wir werden sehen, daß eine derart mechanistische Auffassung von der Welt auch heute noch die Grundlage der meisten Wissenschaften bildet und weiterhin einen ungeheuren Einfluß auf viele Aspekte unseres Lebens ausübt. Sie hat zu der wohlbekannten Aufsplitterung unserer akademischen Disziplinen und Behörden geführt und dient als Begründung dafür, daß wir die natürliche Umwelt behandeln, als bestehe sie aus Einzelheiten, die von verschiedenen Interessengruppen ausgebeutet werden dürfen.« (Capra, S. 37 f.)

Ob Descartes wußte, was er mit einem einzigen Satz, bestehend aus gerade drei Wörtern, anrichten würde, einem Satz, der wie ein scharfes Schwert durch das abendländische Bewußtsein schnitt und zerteilte, was zuvor offenbar harmonisch zusammengefügt war? Da bemüht sich jemand um einen unwiderlegbaren Existenzbeweis, setzt sich damit nach allen Grundregeln der Aussagenlogik ins Unrecht, und schon hört das Abendland auf, sich »mit seinem ganzen Organismus zu identifizieren«. Kleine Ursachen – und dann diese Auswirkungen!

Nun ist allerdings die vertraute akademische Trennung zwischen Ereignisgeschichte und Wirkungsgeschichte Capras Fall ohnehin nicht, möglicherweise, weil ihm Wirkungsgeschichte zu sehr nach Soziologie, nach mechanischer-newtonscher Soziologie schmeckt, die nach Ursache-Folgen-Sequenzen fahndet. Deswegen ist sein historisches Subjekt auch vorzugsweise »die Menschen«, oder es sind »wir«. Nur sind »wir« nicht wir alle. »Wir«, »die Menschen«, sind die Männer. Wie andere Autoren vor und nach ihm macht auch Capra diese vereinnahmende Geste, um dann an anderer Stelle die Frauen wieder aus dieser Umklammerung zu entlassen, denn:

»Die Ausbeutung der Natur ging Hand in Hand mit der der Frauen, die in allen Zeitaltern mit der Natur identifiziert wurden. Seit undenklichen Zeiten wird die Natur – und besonders die Erde – als gütige und alles ernährende Mutter angesehen, aber gleichzeitig auch als wildes und unbeherrschtes Weib. Im vorpatriarchalischen Zeitalter wurden ihre vielen Aspekte mit den zahlreichen Manifestationen der Göttin gleichgesetzt. Unter dem Patriarchat wandelte sich das Bild der gütigen Natur in ein Abbild der Passivität,

und die Vorstellung von der wilden, gefährlichen Natur erzeugte den Gedanken, daß sie vom Manne beherrscht werden müsse. Und gleichzeitig wurden Frauen zu passiven und dem Manne untertanen Wesen erklärt. Das Aufkommen der Newtonschen Naturwissenschaft schließlich machte die Natur zu einem mechanischen System, das manipuliert und ausgebeutet werden konnte, so wie man auch die Frau manipulierte und ausbeutete. Die altüberlieferte Assoziation von Frau und Natur verknüpft also die Geschichte der Frau mit der Geschichte der Umwelt und ist die Quelle der natürlichen Verwandtschaft zwischen Feminismus und Ökologie, die immer deutlicher in Erscheinung tritt.« (Capra, S. 38)

Nachdem also die Vorstellung den Gedanken gezeugt hatte und Entsprechendes erklärt worden war, war die Frau als die Verursacherin der gegenwärtigen Krise aus dem Schneider. Da sie aber nicht nachtragend ist, zieht sie jetzt für uns alle den Karren aus dem Dreck.

»Da der Feminismus in unserer kulturellen Transformation eine Hauptkraft darstellt, ist es wahrscheinlich, daß die Frauenbewegung in der Verschmelzung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Bewegungen eine Schlüsselrolle spielen wird. Tatsächlich spielen Frauen oft die Hauptrolle beim Aufbau von Netzwerken und Schmieden von neuen Vereinigungen . . .« (Capra, in: Ferguson, S. 14)

Die Frauen hören die Botschaft wohl, und auch Frau Maren-Grisebach findet:

»Das Gleichsetzen von Frau und Natur hatte einen fetten Nutzen: beide sind ausbeutbar, beide sind Untertanen, beide kann, darf und muß ich mir gefügig machen: so sprach der Mann. Und so tat er es. Frauen und Naturdinge wurden zum Objekt, mit dem man schalten und walten kann. Im geistigen Leben dürfen sie dann beide verherrlicht werden (siehe die Lob-Dichtungen über die Frauen und über die Natur), das beruhigt das Gewissen.

Aber, was lange unten gehalten wird, rächt sich endlich: durch passives Sich-Verweigern und durchs Untauglichwerden im Falle der Natur; durchs Starkwerden, Aufstehen und Selbstverwirklichen im Falle der Frauen. Wenn beide Untergebenen also ihren Dienst versagen, sind die Herrschenden gezwungen, neu nachzudenken. Die historisch von Männern organisierte ›Schicksalsgemeinschaft‹ Frau-Natur bringt uns hoffentlich alle auf einen neuen Weg.« (Maren-Grisebach, S. 95)

Das hofft auch Marilyn Ferguson, die davon ausgeht, daß die Frauen »die größte Einzelkraft in einer völlig aus dem Gleichgewicht geratenen Zivilisation« darstellen. Sie sieht – zumindest der Wahl ihrer Metaphern nach zu urteilen – die Sache voller Dynamik:

»Die Macht der Frauen ist das Pulverfaß unserer Zeit. Indem die Frauen ihren Einfluß auf Politik und Regierung vergrößern, wird ihre *yin*-Perspek-

tive die Begrenzungen des alten *yang*-Paradigmas hinwegfegen. Frauen sind neurologisch gesehen flexibler als Männer, und die Kultur gestattet es ihnen, mehr Intuition, Sensibilität und Gefühl zu entwickeln. Ihr natürliches Milieu wurde von Komplexität, Veränderung, Fürsorge, Zuneigung und einem beweglichen Zeitsinn bestimmt.« (Ferguson, S. 265)

»Neurologisch gesehen«, klingt das nicht etwas nach Rückfall in einen Positivismus, dessen Überwindung zu feiern wir gerade schon die ersten Kerzen anzuzünden bereit waren? Ronald D. Laing, der Komplizenschaft mit Positivisten unverdächtig, geht daher auch radikal über die modische Gleichsetzung von Frau und Natur in der Wissenschaft hinaus. Für ihn sind die Wissenschaftler schon längst weitaus bösartiger.

»Wir sind über den noch sehr menschlichen Mangel an Ritterlichkeit hinausgegangen, der den Renaissance-Denker Francis Bacon kennzeichnete. Für ihn ist die Natur eine Dame. Man darf sie jedoch nicht ›frei und ungehindert‹ lassen. Man muß sie zwingen und bedrängen. Denn ›wenn sie durch Kunst und die Hand des Menschen aus ihrem natürlichen Zustand gezwungen und gedrückt und geformt wird‹, sagt sie uns vielleicht, was wir wissen wollen. Wenn nicht, müssen wir ihre tieferen Geheimnisse durch Folter aus ihr herausholen.

Die moderne Wissenschaft ist über diese fast romantische Vorstellung hinausgegangen, nach der die Natur eine Frau ist, die wir nach Belieben ansehen, ausziehen und uns gefügig machen können. Gewiß steckt in diesem wissenschaftlichen Programm einer ungezügelten männlichen Vorherrschaft nichts Wissenschaftliches, was uns davon abhalten könnte, in jeder beliebigen Weise wissenschaftlich mit ihr umzugehen. Für den Wissenschaftler ist nichts, was er tut, falsch, solange es nicht wissenschaftlich falsch ist.« (Laing, S. 30 f.)

Um den letzten Satz angemessen einordnen zu können, müßte man natürlich wissen, wer »der Wissenschaftler« eigentlich ist, ob er eine soziologische Gestalt hat, die mehr Dimensionen besitzt als ein Abziehbild. Man würde auch gerne wissen, für was genau Laing plädiert: für wissenschaftliche Arbeiten, bei denen moralische Grundpositionen des Forschers, seiner Auftraggeber, der Kirchen oder Politbüros bestimmte Fragestellungen ausschließen? Das hat es historisch häufig genug gegeben, erinnern wir uns an Galilei, an den Darwinismus, an die »deutsche« Physik, an Lyssenko oder an bestimmte Exzesse der chinesischen »Wissenschaft des Volkes«. Die von Laing offenbar intendierte Verquirlung von moralischen und epistemologischen Urteilen ist ja historisch alles andere als unbelastet.

Diese unglückseligen Kapitel der Wissenschaftsgeschichte läßt Laing hingegen unerwähnt. Ihm scheint vorzuschweben, daß sich die moralischen Probleme einer angewandten Wissenschaft und auch mancher Aspekte und Techniken der Grundlagenforschung dann erledigen oder zumindest ent-

schärfen lassen, wenn die Beziehungen zwischen Forscher und Gegenstand der Forschung unmittelbarer, modisch gesagt: authentischer wären.
»Was unsere Instrumente uns von unseren Vorstößen über die Sinneserscheinungen hinaus zurückbringen, muß immer noch Sinnesmaterial sein. Wir müssen unsere Maschinen derart konstruieren, daß sie ihre ›Befunde‹ so ausdrücken, daß wir letztlich eine phänomenale Botschaft erhalten, die von unseren nur-allzu-menschlichen trügerischen Sinnesorganen registriert und von unserem Verstand ausgewertet werden kann. Nur wir können die eigentlichen Befunde in dem finden, was unsere Instrumente finden.
Der menschliche Verstand wurde argwöhnisch, mißtrauisch gegen seine eigenen Selbsttäuschungen und gegen die illusorischen Möglichkeiten der gewöhnlichen menschlichen Erfahrung, und schon lange, bevor er den wissenschaftlichen Weg fand, hat er sich bemüht, diesen Zustand zu neutralisieren oder zu überwinden.« (Laing, S. 26)
Die Mittel zur Neutralisierung, zur Distanzierung, zur Ausschließung des Gefühlslebens von der, wenn es mit rechten Dingen zuginge, vom Gefühl zu kontrollierenden Objektwelt sind die kognitiven und instrumentellen Instrumentarien der modernen Wissenschaft – Mikroskope, Elektronenmikroskope, Scanner, Teleskope, kurz, alle Artefakte, ganz gleich ob mechanisch oder elektronisch, die Distanzen schaffen.
»Die wissenschaftliche objektive Welt ist nicht die Welt des realen Lebens. Sie ist ein äußerst kompliziertes Kunstprodukt, geschaffen in vielfältigen Operationen, die die unmittelbare Erfahrung in ihrer ganzen scheinbaren Unzuverlässigkeit aus ihrer Gedankenfolge wirkungsvoll und wirksam ausschließt.« (Laing, S. 22)
Da schöpft der Alltagsdenker wieder Hoffnung, der sich so lange vom Zeitgeist ausgeschlossen sah. Die unmittelbare Erfahrung ist ja nur scheinbar unzuverlässig, was insbesondere denjenigen gut gefällt, die nur unmittelbare Erfahrungen ihr eigen nennen können und jetzt miterleben dürfen, daß das, was früher allenfalls noch unter dem Siegel des Authentischen eine gewisse Respektabilität erlangen konnte, mittlerweile die Dignität höherer naturwissenschaftlicher Würde erlangt.
Nehmen wir als Exempel nur den Herrn E. Y. Meyer, der erleichtert notiert:
»Der Mensch muß auf die völlige Erkennbarkeit der Wirklichkeit verzichten – die Wirklichkeit ist ihm nur aus dem Lebendigen, in Wechselwirkung stehenden Zusammenhang von Ich und Welt, von Subjekt und Objekt zugänglich, er kann nur einen *Ausschnitt*, ein *Bild* der Wirklichkeit erfassen, das je nach Standort des Beobachters und nach seiner Fragestellung *verschieden* ist . . .
Für die Botschaft der modernen Wissenschaft besteht zwischen *Zeit*, *Rationalität* und *Alltagsverstand* kein Gegensatz mehr.« (Meyer, S. 154 f.)

Die Demokratisierung der Erkenntnis verteilt die Gewichte neu. Für manche bedeutet das eine Erleichterung, eine veritable Befreiung. Man muß nicht mehr verstehen, wovon geredet wird, und man kann doch mitreden. Mehr noch: gerade weil man sich nicht in die Jacke traditioneller Verständigungserwerbsprozesse gezwungen hat, wird die Mitrede, die ungezwungene Assoziation, die zu Wort gekommene Intuition nicht nur zu einem Beitrag sui generis, sondern zu einem Beitrag schlechthin. Denn:

»Der objektive Wissenschaftler arbeitet nicht nur mit komplexen Umwandlungen naiver Erfahrung, sondern stößt heute mit Hilfe einer meta-sinnlichen Instrumentierung in einen Bereich vor, der außerhalb der menschlichen Erfahrung oder der menschlichen – gleich wie abgeschwächten – Sinneseindrücke liegt. Doch unsere gelebte menschliche Welt – und sei sie noch so abstrahiert und zergliedert, kontrolliert und manipuliert – bildet den Ausgangs- und Schlußpunkt aller Bemühungen in dieser Richtung. Wir *brauchen* die Realitäten oder Fiktionen unserer gelebten Welt . . .« (Laing, S. 22)

»A propos: Wissenschaft. Fällt uns nicht ein Widerspruch auf zwischen der Genialität der technischen Erfindungen und der Kleinheit unserer sittlich-moralischen Kräfte? Dieser Widerspruch führt viele dazu, an die ethische Ausbildung der wissenschaftlichen Persönlichkeit zu appellieren . . . so müßte heute jeder Naturwissenschaftler und Techniker immer wieder aus seinem engeren Fachgebiet hinausschauen in die ganze Wirklichkeit und die ganze menschliche Gesellschaft, um abschätzen zu können, wie weit seine Erkenntnisse und Erfindungen dem Leben dienlich sind . . .

Ganzheitsdenken war eine Zeitlang in der Philosophie als irrationale, mystische, mythische Weltsicht, die etwas spinnicht Harmoniegefühlen huldigt, verpönt. Jetzt aber ist es wieder erlaubt: auf der Grundlage des tatsächlichen Verzahntseins . . .

Es wäre überhaupt gut, wir hätten ein neues Lernfach: *Vernetzungswissenschaft.*« (Maren-Grisebach, S. 116, 34)

4. Im Netz

Verzahnung, Vernetzung, ganzheitlich *sind die neuen Schibboleths. In der Nachfolge Batesons spricht man auch von »Systemweisheit«, die Capra »den Kern jedes ökologischen Bewußtseins« nannte.*

»Diese Art von Weisheit ist charakteristisch für traditionelle, nicht auf schriftlicher Überlieferung beruhende Kulturen, wurde jedoch von unserer überrationalen und mechanisierten Gesellschaft auf betrübliche Weise vernachlässigt.

Systemweisheit beruht auf der tiefen Achtung vor der Weisheit der Natur, die sich in völliger Übereinstimmung mit den Einsichten der modernen Ökologie befindet . . . Die Achtung vor der Weisheit der Natur wird noch durch die Einsicht verstärkt, daß die Dynamik der Selbstorganisation in den Ökosystemen im Grunde dieselbe ist wie die der menschlichen Organismen, was uns zu der Erkenntnis zwingt, daß unsere natürliche Umwelt nicht nur lebendig, sondern auch intelligent ist. Im Gegensatz zu vielen menschlichen Institutionen manifestiert sich diese Intelligenz der Ökosysteme in der allesdurchdringenden Tendenz, kooperative Beziehungen zu schaffen, welche die harmonische Integration der Systemkomponenten auf allen Organisationsebenen erleichtern.« (Capra, S. 440)

Damit ist der nächste Schritt schon vorgezeichnet: von der Systemweisheit und der intelligenten Umwelt zur Spiritualität und zur Mystik:

»Die neue Sicht der Wirklichkeit ist eine ökologische Anschauung in einem Sinne, der weit über die unmittelbaren Fragen des Umweltschutzes hinausreicht. Um diese tiefere Bedeutung der Ökologie hervorzuheben, haben Philosophen und Naturwissenschaftler begonnen, eine Unterscheidung zwischen ›tiefer Ökologie‹ und ›oberflächlichem Umweltdenken‹ zu treffen. Das oberflächliche Umweltdenken sorgt sich um eine wirksamere Kontrolle und besseres Management der natürlichen Umwelt zum Nutzen der Menschheit, während die tiefe Ökologiebewegung erkennt, daß das ökologische Gleichgewicht tiefgreifende Wandlungen in unserer Auffassung von der Rolle des Menschen im planetaren Ökosystem erforderlich macht. Wird der Begriff des transzendenten menschlichen Geistes in diesem Sinne verstanden, als Bewußtseinsform, in der sich das Individuum mit dem Kosmos als Ganzem verbunden fühlt, dann wird deutlich, daß ökologisches Bewußtsein im wahrsten Sinne des Wortes spirituell ist. In der Tat kommt ja der Gedanke, daß das Individuum mit dem Kosmos verbunden ist, in der lateinischen Wurzel des Wortes Religion (*religare* = ›stark binden‹) zum Ausdruck, wie übrigens auch im Sanskritwort *yoga*, das Vereinigung bedeutet.« (Capra, S. 465)

»Indem der ›ganzheitlich Denkende‹ eine kognitive Stufe erreicht hat, die ihn eines zusammenhängenderen Verstehens befähigt, steht er einem formal-operationalen Erwachsenen so gegenüber, wie dieser einem Kinde gegenübersteht. ›Gerade weil Mystizismus keine Ablehnung der Wissenschaft darstellt, sondern deren Überschreitung‹, äußerte Koplowitz, ›ist die Wissenschaft keine Ablehnung von Mystizismus, sondern ein Vorläufer desselben.‹ . . .

Zwei Schlüsselprinzipien scheinen im Rahmen jeder mystischen Erfahrung aufzutauchen. Wir könnten sie ›Fließen‹ und ›Ganzheit‹ nennen. Der alte tibetanische Lehrer Tilopa bezog sich auf sie als ›das Prinzip des Nichtverharrens‹ und ›das Prinzip der Nichtunterscheidung‹, und er warnt davor, sie

zu verletzen. Unsere Kultur hat in der Tat diese Prinzipien verletzt.« (Ferguson, S. 429, 438)

»Die Zurückführung des Heils auf das freie Strömen der Lebensenergien im menschlichen Organismus – ist das ein zu einseitiges, zu enges, zu ›biologistisches‹ Konzept? Vielleicht. Aber vergessen wir nie, daß das ›Biologische‹ eben nicht nur das ist, für das es in der mechanistischen Naturbetrachtung der materialistischen Epoche gehalten wurde. In dem unlösbaren Zusammenhang von Bios und Psyche sind Lebensenergien immer auch von seelischer und geistiger Art . . . Es liegt in dieser Erfahrung und in dieser Daseinsweise ein tierisches Element von Vitalität und weicher Kraft, und es liegt darin auch ein Element von Intensität und Feier, welches zukunftsweisend ist für eine neue, sinnlich-vitale Art von sakralem Empfinden. Es ist die Religiosität der universellen Liebe, die jetzt von selbst aus ihren biologischen Quellen strömt.« (Duhm, S. 66 f.)

»*Ende:* Könnte es nicht sein, daß eine neue Religiosität überhaupt an einer ganz anderen Stelle ansetzt? Gar nicht so sehr bei den Glaubensfragen, sondern zunächst mal einfach in einer neuen Art, die Welt zu sehen? . . . Im Tiefsten lebt in der ganzen ökologischen Bewegung, so wie ich sie verstehe, viel mehr als nur der Wunsch, zu einem besseren, vorsichtigeren Nutzungsverhältnis zur Natur zu kommen. Wenn ich das Geistig-Wesenhafte in den Mitgeschöpfen auf dieser Welt zu sehen versuche, dann ist das schon eine religiöse Haltung . . .

Eppler: Die Frage nach der Wirklichkeit ist schon eine religiöse Frage.« (Eppler, S. 71 f.)

»*taz:* Bist du hier [in Rajneesh-Puram] oft aufgefordert worden, deinen Verstand mal beiseite zu lassen, weil der dir nur hinderlich sei?

Bahro: Ja, andauernd.

taz: Hast du das geschafft?

Bahro: Für Momente. Da ist es sehr sinnvoll . . .

Eines der bedeutendsten Prinzipien von Bhagwans Meditationen und auch seiner Kommune ist Katharsis. Also: nicht verdrängen, sondern ausagieren, auch das, was dunkel in dir ist . . .

taz: Du schlägst für die Bundesrepublik Kommune-Projekte vor. Gibt es Momente der Bhagwan-Kommune, die du in keinem Fall weiterempfehlen würdest?

Bahro: . . . Rajneesh-Puram ist was Ganzes, dessen Einheit in dem außerordentlichen Menschen liegt, ohne den es nicht entstünde. Wer anders ist als Bhagwan, *kann* nur eine andere Kommune gründen . . .

Wenn ich daran denke, was kommen sollte, fällt mir die Linie von Joachim di Fiore bis zu Thomas Müntzer ein . . . Joachim schwebte nach dem Reich des Vaters (Altes Testament) und dem Reich des Sohnes (Neues Testament), wo der Mensch noch einen Vermittler braucht, eben Christus, ein Drittes

Reich als das nun schon kommende vor, in dem der Geist Gottes sozusagen gleichmäßig über alle ausgegossen sein sollte. Alle gleich nahe zu Gott. Politisch gedacht wäre das ›mystische Demokratie‹ . . .« (Bahro, *taz* 29./30. 8. 83)

Zitierte Literatur

Gregory Bateson, *Ökologie des Geistes*, Frankfurt 1983

Fritjof Capra, *Wendezeit: Bausteine für ein neues Weltbild*, Bern, München, Wien 1983

Dieter Duhm, *Aufbruch zur neuen Kultur: Von der Verweigerung zur Neugestaltung*, München 1982

Erhard Eppler, Michael Ende, Hanne Tächl, *Phantasie/Kultur/Politik: Protokoll eines Gesprächs*, Stuttgart 1982

Marilyn Ferguson, *Die Sanfte Verschwörung: Persönliche und Gesellschaftliche Transformation im Zeichen des Wassermanns*, Basel 1982

Ronald D. Laing, *Die Stimme der Erfahrung: Erfahrung, Wissenschaft und Psychiatrie*, Köln 1983

Manon Maren-Grisebach, *Philosophie der Grünen*, München 1982

E. Y. Meyer, *Plädoyer. Für die Erhaltung der Vielfalt der Natur*, Frankfurt 1982

John von Neumann, *Mathematische Grundlagen der Quantenmechanik*, Berlin 1932

J. A. Wheeler, *Gravitation*, San Francisco 1972

Ulrich Linse
Neues Leben, neue Sünden
Über die Experimente der Landkommunen in Deutschland

I

Der moderne Typus der Landkommune entstand in Deutschland im wilhelminischen Kaiserreich, treffender Ausdruck dafür, daß der romantische Mythos vom Reich seine beflügelnde und integrative Kraft eingebüßt hatte und manche Zeitgenossen in Bismarcks Werk nur eine auf Mammonismus und Materialismus beruhende geist-lose gesellschaftliche Vereinigung zu sehen vermochten. Damit war der Exodus aus diesem neuen Fleischtopf-Ägypten in die spirituell regenerierende Ländlichkeit nahegelegt, die Flucht aus der hochindustrialisierten und urbanisierten Imperialgesellschaft in rurale Kommunen, in denen Handwerkerkunst und Dienst am Boden, also traditionelle Werte, neu belebt werden sollten.

Doch was da um die Jahrhundertwende am Rande der Großstädte als Gemeinschaftsniederlassungen der Vorortboheme oder als Künstlersiedlung entstand und als lebensreformerisch-kulturkritische Experimente bald bis in einen imaginären Süden (etwa nach Ascona am Lago Maggiore) exportiert wurde, war mehr als bloße bürgerliche Fluchtbewegung. Hinter der Rückkehr zur verklärten Vergangenheit, und sei es die der alten Germanen, und zu deren überholten Produktionsformen lag eine Kulturrevolution, die eine völlige Neuordnung der Lebenswerte und der Lebenswelt erstrebte. Was sich äußerlich als Nacktkultur und Sonnenkult, als Öko-Landanbau und Alternativ-Architektur, als Kleider- und Nahrungsreform einen exotischen Anstrich gab, war nichts anderes als der Versuch, eine neue Gemeinschaft zu schaffen, welche Vernunft und Gefühl, Egoismus und Solidarität, Arbeit und Freizeit, Welt und Religion erneut in Zusammenhang und Balance brachte und das vereinzelte, autonom und damit bindungslos gewordene Individuum wieder durch wohlkalkulierte Rituale in ein größeres Ganzes einband.

Für die Mehrheit der Zeitgenossen freilich brachte das erhebende Gemeinschaftsgefühl des Weltkrieg-Anfangs im August 1914 die gleiche Befreiung aus innerer Leere und existentieller Langeweile. Doch als diese große Zeit wieder in fünf zermürbenden Kriegsjahren ihre normale Kleinheit und Alltäglichkeit zurückgewann, als mit Niederlage und Revolution die alten politischen und spirituellen Autoritäten erheblich an Glaubwürdigkeit eingebüßt hatten, mußte manchem in dieser Situation Orientierungslosen der

Aufbruch zu neuer Gemeinschaft als akzeptable Antwort auf die Sinnkrise der alten Welt erscheinen.

So hatten nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg die Landkommunen Hochkonjunktur. Jugendbewegte der Kriegsgeneration, Jungmänner und Mädchen meist bürgerlicher Herkunft, nützten die Offenheit ihrer Gegenwart, die sich noch nicht zum »System von Weimar« verfestigt hatte, und erprobten auf landwirtschaftlicher Grundlage weltanschaulich vielfältige Gemeinschaftsformen: kommunistische und völkische, anthroposophische und quäkerische, anarcho-religiöse und jüdische Gesinnungsgemeinschaften wurden meist mit geringen Hilfsmitteln und ohne große Kenntnisse agrarischer Fertigkeiten ins Werk gesetzt. Bei aller ideologischen Vielfalt war ihnen gemeinsam der praktische – nicht parteilich gebundene – »Kommunismus« des Lebens aus *einer* Kasse, das Zurückdrängen des Privatbesitzes und des gesonderten Privatanspruches; ferner sollte die Geld- durch die Warenwirtschaft, das Leistungs- durch das Bedarfsprinzip abgelöst werden und an die Stelle von Befehlshierarchien die gemeinsame Beratung und Beschlußfassung treten. Und – dies ist wesentlich – die ersehnte Gemeinschaft ist gleichzeitig weltliche und spirituelle, Produktions- und Glaubenseinheit wie die »Gemein« der Hutterer, ihre religiöse Vorgängerin.

Die Welt erwies sich freilich in jedem Sinne als stärker und nötigte den Aussteigern ihr Gesetz auf: Sie zwang die Gemeinschaften, wollten sie nicht völlig auf mäzenatische Überlebenshilfe angewiesen sein, zur Anpassung an ökonomische Zweckmäßigkeitserwägungen; der alternativ konzipierte Charakter der Siedlungen veränderte sich damit zu einer das gesamtgesellschaftliche Angebot nicht ersetzenden, sondern es ergänzenden Leistung, etwa auf den Sektoren Kunsthandwerk, Bio-Nahrung, Frauenbildung, Erwachsenenpädagogik und Kindererholung. Und als 1924 die erste Phase der Weimarer Republik, gekennzeichnet durch Bürgerkrieg und Inflation, einem an der Oberfläche ruhigeren Gang der Ereignisse Platz machte, verschwanden auch fast alle diese weltanschaulichen Gemeinschaftsexperimente wieder von der Bildfläche; bemerkenswerte Ausnahmen waren die am stärksten religiös verbundenen Bruderhöfe und Kibbuzim.

So mag es dem Beobachter vorkommen, als seien die Landkommunen bloß eine vorübergehende Erscheinung, rasch entstehend mit der durch äußere Ereignisse ausgelösten existentiellen Sinnfrage, aber kurzlebig und mit der Rückkehr zum normalen Leben ebenso schnell wieder verschwindend. Ein solcher Eindruck übersieht jedoch, daß in der ökonomischen und politischen Welt Krisen endemisch sind, Lösungen damit ständig gesucht und – fehlen sie oder verzögern sie sich an kritischen Punkten – Erlösungen in apokalyptischer Erregtheit ersehnt werden. Dies ist auch der Nährboden für Gemeinschaftsexperimente. Kommunitäre Siedlungen waren und sind gelebte Antworten auf Krisen der etablierten und doch immer wieder als frag-

würdig empfundenen umfassenden Gemeinschaft und ihrer Werte. Der »kapitalistischen« Ordnung des individuellen Besitzstrebens wird dann die Gemeinwirtschaft als erstrebenswertes Ideal entgegengestellt, der egoistische Materialismus zu Gunsten des Liebeskommunismus verdammt. Und meist geht die Radikalität des Neuansatzes so weit, daß als eine der Wurzeln der alten Ordnung nicht nur der materielle Privatbesitz erkannt wird, sondern auch die darauf gegründete Institution der Familie mit ihrem ausschließlichen Anspruch der Eheleute auf einander und auf ihre Kinder. So wird dann die Besitzgier in allen Formen zum Teufel, und ohne Sieg über ihn ist nicht daran zu denken, das kommunitäre Paradies wahrhaft zu betreten. Die alte Welt, aus der man kommt, wird als insgesamt sündiger Zustand entlarvt. Kommunen sind damit zu einem fast schon traditionellen Indikator für gesellschaftliche Krisen geworden. So hat dieses Protest-Modell der Jahrhundertwende und der zwanziger Jahre auch bis heute nichts von seiner Attraktivität eingebüßt.

II

Mit dem Aufleben des antiautoritären Jugendprotestes in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre war auch eine Renaissance der kommunitären Wohnform verbunden. Zunächst entstanden politisch-aktionistische städtische Wohnkommunen im Rahmen der linksradikalen Schüler- und Studentenbewegung. Ihre Gründer und Mitglieder waren sich sicher nicht bewußt, daß ihre kommunitären Aktions- und Protestgemeinschaften historische Vorläufer hatten, die in Deutschland mindestens bis in den Ersten Weltkrieg zurückreichen. Mit der Ende der sechziger Jahre zunehmenden Resignation darüber, daß die gewünschte politische Revolution sich nicht in der erhofften Schnelligkeit einstellen wollte, wie man sie in einer Art chiliastischer Naherwartung herbeigesehnt hatte, schlug einerseits das Ende dieser politisch orientierten radikalen Lebens- und Gemeinschaftsform; gleichzeitig aber begann ihre massenhafte Verbreitung in der pragmatischen Art der bloßen Wohngemeinschaft, die eine Antwort auf hohe Mietkosten und seelische Isolation in der Großstadt zu geben suchte. Die Einsicht, daß eine revolutionäre Situation in Wirklichkeit gar nicht vorhanden war, führte aber auch zu der schon von Gustav Landauer vorgedachten Antwort, daß dann eben in spontanem Willensakt die neue Lebenswirklichkeit punktuell vorweggenommen werden müsse, um das Neue Leben schon jetzt zu beginnen – war die Neue Gesellschaft nicht politisch realisierbar, dann mußte sie eben subkulturell in kleinen, überschaubaren Lebensräumen vorweggenommen werden. Die gesamte Alternativ-Bewegung fußte zunächst auf diesem Landauerschen Prinzip des »Verwirklichungssozialismus«, der die politische

Machtfrage ausklammerte, ja vielleicht für überholt hielt und sich lieber auf bewußtseinsrevolutionäre Akte und Tat-Idealismus verließ, wie schon einmal die Jugendbewegung zuvor. Notwendigerweise mußte in dieser Phase auch wieder die Landkommune größere Bedeutung gewinnen. Nachdem die revolutionäre Änderung des kapitalistischen Systems ausgeblieben war, suchte man sich gegenüber der »Unkultur« der kapitalistischen Ordnung wieder an den »ewigen Werten« und »Wurzeln« zu orientieren – an Natur und Boden. Das einfache, ja primitive Leben war attraktiver als die Komplexitäten der Gesellschaft.

Der Anstoß für die Landkommunen der siebziger Jahre dürfte dabei durchaus von den Hippie-Gemeinschaften Amerikas gekommen sein, wenn auch die israelischen Kibbuzim schon vorher für westdeutsche Jugendliche nicht ohne Anziehungskraft gewesen waren. Erst mit den Jahren wurde man sich der Tatsache bewußt, daß man Vorläufer in Deutschland selbst gehabt hatte, ja, daß es immer noch letzte Überlebende der alten jugendbewegten und lebensreformerischen Tradition gab, die den städtischen Stadtflüchtigen als Vorbilder an Ausdauer dienen konnten. Selbst die alte Jugendbewegung und die anthroposophischen Gründungen erlebten durch die Alternativ-Bewegung einen Popularitätszuwachs und griffen ihrerseits wieder verstärkt auf ihre Siedlungs- und Werkstätten-Tradition zurück. Zu einer wirklichen Kooperation von Altsiedlern, Neusiedlern und an der kommunitären Lebensform interessierten Wissenschaftlern ist es allerdings bisher in der Bundesrepublik nicht gekommen – im Gegensatz etwa zu den USA mit der 1975 gegründeten »National Historical Communal Society« (sie steht in Verbindung mit 60 historischen und etwa 200 gegenwärtigen Landkommunen in den Vereinigten Staaten). Eine erste derartige Begegnung auf der letztjährigen Tagung des Archivs der deutschen Jugendbewegung blieb bisher folgenlos.

Landkommunen – solche also, die nicht nur aus der Stadt aufs Land verlegte Experimente sind, sondern wirkliche, auf Landbebauung ausgerichtete ländliche Produktions- und Arbeitsgemeinschaften – waren und sind freilich in der Bundesrepublik schon rein zahlenmäßig wenig bedeutsam. 1970 etwa ermittelte die *New York Times* in 34 US-Staaten mehr als 2000 Kommunen mit insgesamt 20 000 Mitgliedern. In Deutschland befanden sich 1971 nur schätzungsweise 60 Landkommunen auf dem Weg zurück nach Eden und zu Mother Earth (vgl. Dieter Baake, *Jugend und Subkultur*, 1972). Dann aber scheint ihre Zahl gewachsen zu sein, wobei Öko-Krise und Jugendarbeitslosigkeit wohl als Beschleuniger wirkten; als retardierende Faktoren gelten dagegen die hohen ländlichen Grundstückspreise, die dichte Besiedlung, die starke Kapitalisierung der Landwirtschaft, restriktive Rechtsvorschriften etc. Eine Schätzung von Werner Gross (*Landkommunen*, 1977), die auf 600 bundesrepublikanische Landkommunen kommt, ist

sicher stark übertrieben. Richtig mag sein, daß zu dieser Zeit bereits ein breiteres Interesse für diese Lebensform vorhanden war. So spricht Klaus B. Vollmar (*Alternative Selbstorganisation auf dem Lande*, 1976) davon, daß circa 7000 Personen in der Bundesrepublik an alternativen Aktivitäten beteiligt bzw. interessiert seien; davon lebten in Landkommunen oder informierten sich regelmäßig über sie etwa 2500 Personen. Sicherlich aber waren nur wenige von ihnen selbst Landkommunarden. Zwei Jahre später kommt Harald Glätzer (*Landkommunen in der BRD – Flucht oder konkrete Utopie?*, 1978) nach Auswertung der alternativen Presse auf etwa 60 Landkommunen; er rechnet aber mit einer hohen Dunkelziffer und schätzt deshalb die tatsächliche Anzahl auf mindestens 200, wobei er eine zunehmende Tendenz zu erkennen glaubt. 1979 vermutet Thomas Demele *(Leben & Lernen in Landkommunen)*, die reale Zahl der Landkommunen liege zwischen 200 und 600; auch er sieht ihre Zahl noch zunehmen. Für ein geringfügiges Wachstum des Interesses an Landkommunen bis zu Beginn der achtziger Jahre spricht zumindest die Tatsache einer gewissen Auflagensteigerung der relevanten Alternativ-Presse. Während das ursprünglich wichtigste Blatt der Landkommunen, *Kompost* (1973–1978), es auf eine Auflage von 6000 bis 8000 Exemplare brachte, konnte das Nachfolgeorgan *Humus* (seit Dezember 1978) die Auflage auf 10 000 steigern; nach einer Umfrage von *Kompost* von 1976 kommen auf ein Exemplar 4,15 Leser.

Inzwischen dürften die Landkommunen ihren modischen Höhepunkt überschritten haben. Auch insgesamt ist fraglich, ob die Landkommunen-Bewegung der siebziger Jahre in Deutschland größer war als in den zwanziger Jahren; möglicherweise war die Zahl der Kommunen größer, dafür aber die Mitgliederzahl der einzelnen Siedlungen kleiner. Ein gewisser Kräfteschwund ist auch dadurch zu verzeichnen, daß – ebenso wie einst bei der Gründung von Ascona als alternativem Wallfahrtszentrum – auch heute noch der mythische Süden Siedlungswillige etwa in die Toscana oder nach Griechenland lockt. Neu dagegen – sieht man von frühen Ansätzen bei der Bruderhof-Bewegung ab (die aber immerhin in Deutschland entstanden war) – ist die Erscheinung, daß auch auswärtige Landkommunen versuchen, Ableger in Deutschland zu schaffen; dies reicht von Filiationen der Longo Mai-Bewegung bis zu solchen von The Farm in Tennessee, ganz zu schweigen von Impulsen, die aus Rajneesh-Puram in Oregon kommen.

Geographisch liegen die westdeutschen Landkommunen (wir halten uns im folgenden an die Angaben von Glätzer) in Bayern, gefolgt von Hessen, Niedersachsen und dem Gebiet Schwarzwald–Schwaben. Wegen der niedrigen Bodenpreise befinden sie sich vor allem in Zonenrandgebieten, in Mittelgebirgslagen, auf armen Böden wie in der Lüneburger Heide, und sehr weit von den Großstädten entfernt, wodurch die Vermarktung ihrer landwirtschaftlichen Produkte erschwert wird. In jüngerer Zeit ist aber

wohl auch der Gegentrend sichtbar, vom Bauern schon aufgegebene relativ verstädterte Gebiete wieder zu bewirtschaften – so der Reinighof bei Pirmasens – in Fortführung der von der bekannten Siedlungsbewegung Longo Mai ausgehenden Tendenz, das »Bauernlegen«, also den Ausverkauf der Landwirtschaft an städtisch-kapitalistische Interessen, abzuwehren. Freilich ist nicht zu übersehen, daß die Landkommunen auch vom Zerfall der bäuerlichen Lebenswelt profitieren, da sie sonst schwerlich günstig Land kaufen oder pachten könnten.

Das von der einzelnen Kommune bewirtschaftete Land beträgt nach Glätzer selten mehr als 5 Hektar und wird meist gepachtet. Dabei erreichen die Landkommunen wie schon ihre historischen Vorläufer kaum das Ziel, von ihren eigenen ökonomischen Aktivitäten zu leben, seien sie landwirtschaftlicher Art (Gartenbau, Obstkulturen, Viehprodukte, Kräuterzucht), handwerkliche Fertigkeiten (Weben, Drechseln, Kerzenherstellung, Töpferei) oder Dienstleistungen (wie die verschiedenen Therapie-, Massage- und Meditationskurse). Die durch private Mäzene am Leben erhaltene Jugendbewegungs-Kommune findet hier vielmehr ihre aktuelle Fortsetzung, indem als zusätzliche Einkommensquellen – zusätzlich zu außerhalb der Siedlung angenommenen Gelegenheitsjobs und zum Rückgriff auf Ersparnisse – Arbeitslosengelder und Stipendien herangezogen werden müssen. Man sollte dabei nicht vergessen, daß schon bei der Entstehung der Jugendbewegungs-Siedlung der Staat seinen unbeabsichtigten Anteil hatte, indem Siedler ihre kapitalisierte Kriegsbeschädigten-Rente einbrachten oder der Staat »Kriegerheimstätten« finanziell und durch Sachleistungen (meist abgegebenes Heeresgut) unterstützte. Die Schwierigkeiten, eine funktionierende »Gegenwirtschaft« aufzubauen, sind also nicht ganz neu.

Wie bereits für die historischen Vorläufer feststellbar, muß auch bei den heutigen Landkommunen in Deutschland ein relativ hohes Durchschnittsalter angenommen werden; während sich in den städtischen Wohnkommunen vor allem noch in der Ausbildung befindliche jüngere Personen finden, haben Landkommunarden oft eine mehrjährige Studien- oder Berufsarbeit hinter sich, und erst die Unzufriedenheit mit der früher ausgeübten Tätigkeit führt zum »Berufswechsel« durch den Abzug aufs Land. Es könnte freilich sein, daß die Jugendarbeitslosigkeit zur Verjüngung der ländlichen Siedler beiträgt; allerdings dürfte gerade bei solchen noch »Suchenden« die Fluktuation auch besonders groß sein, wodurch wiederum die schon bestehende Labilität vieler Siedlungen verstärkt würde.

Was die soziale Zusammensetzung der Kommunen betrifft, so liest man einerseits von einem relativ geringen Anteil an Intellektuellen, insbesondere solchen mit abgeschlossener Universitätsausbildung, einem größeren Anteil von Mitgliedern aus der Arbeiterklasse und einer besonders starken Vertretung von Angehörigen des Dienstleistungssektors, die wegen Arbeitslosig-

keit oder beruflicher Unzufriedenheit in Landkommunen verzogen sind. Andererseits ergab eine Umfrage, die *Kompost* 1976 durchführte, daß der größte Teil seiner Leser sich aus Studenten rekrutierte, gefolgt von der Gruppe der »Arbeitslosen«. Fest steht jedoch, daß es die wegen ihrer Fachkenntnisse auf den Kommunen am meisten benötigten Handwerker und Landwirte am wenigsten dorthin zieht. Bei Voraussetzung einer historischen Kontinuität auf diesem Felde stünde zu erwarten, daß Landkommunen vor allem für den städtischen und nicht zuletzt den gebildeten Mittelstand interessant sind, kaum dagegen für Arbeiter und Bauern, die – weniger motiviert durch romantische Träume – am sichtbaren ökonomischen Erfolg orientiert sind. Aber auch alternative Arbeiter-Selbsthilfegruppen sehen ihr Wirkungsfeld vorrangig im städtischen Milieu.

Eindeutig fallen die Aussagen aller Beobachter hinsichtlich der ideologischen Ausrichtung der deutschen Landkommunen bis Ende der siebziger Jahre aus: Sie gehören nicht zum Typ der sozialreformerischen, sondern zu dem der religiös-spirituellen Kommune, so wie sie in extremer Weise in der spiritistischen schottischen Findhorn-Kommune sich ausprägte (»Findhorn – ein Zentrum des Lichts, eine Manifestation der Liebe«, beruhend auf dem »Harmoniegedanken zwischen Menschen- und Naturreich«). Waren die Stadtkommunen der sechziger Jahre politisch ausgerichtet, so gingen die Landkommunen der siebziger Jahre den Weg zu Seele und Kosmos und wurden vorrangig spirituelle Gemeinschaften (am bekanntesten die bayerische Obermühle mit ihrer Betonung kosmischer Zusammenhänge). Klaus B. Vollmar schrieb schon 1976: »Im Grunde befinden wir uns wieder dort, wo die Landkommunebewegung vor dem Faschismus anfing: bei der Mischung zwischen politischen, sehr vagen politischen Ansprüchen und spiritueller Ideologie.« Und Helmut Hartwig kam bei einer Untersuchung der Ästhetik der Alternativbewegung (in *Ästhetik und Kommunikation* 34, Dez. 1978) zu der Erkenntnis, daß es dem *Kompost* nicht um gesellschaftswissenschaftliche Aufklärung und die Aufdeckung politischer oder sozioökonomischer Konflikte, sondern um Gemeinschaftsrituale und Naturmystik gehe; die nächsten Parallelen zur Bildwelt des *Kompost* fand er deshalb auch bei Fidus, dem »präfaschistischen« Maler und Illustrator der deutschen Alternativszene seit 1900.

Der »Ego-Trip« – von der Therapie-Kommune bis zur »Neuen Spiritualität« reichend – stieß aber, wie einst schon in der Jugendbewegung, auf seine Grenze in der Realität. Halfen die Feen und Naturgeister, wie angeblich in Findhorn, nicht höchstpersönlich bei der Pflanzenaufzucht mit, dann mußte der Übergang von der Hobby-Ökonomie zur dauerhaften alternativen Produktionsweise angestrebt werden. Mit dieser Erkenntnis gingen die deutschen Kommunen in die achtziger Jahre. Wenn sie nicht ökonomisch scheitern wollten, drängten sich zwei Erkenntnisse auf (so in dem von Ina-Maria

Greverus und Erika Heindl herausgegebenen Buch *Versuche, der Zivilisation zu entkommen*, 1983): Da die Kommunen, was Mitgliederzahl und ökonomische Kraft betrifft, für eine völlige Autarkie zu klein sind, müssen sie wirtschaftliche und soziale Beziehungen zu ihrer dörflichen Umwelt eingehen; in der Isolation gegenüber einer ihnen feindlichen Nachbarschaft sind sie nicht überlebensfähig. Ferner muß das Lustprinzip zurückgestellt werden, was notwendigerweise ein Vordringen der repetitiven und körperlich anstrengenden Tätigkeiten, eben des Arbeitsalltags, mit sich bringt. Schon die Jugendbewegungs-Kommunen sahen deshalb ihre größte Gefahr auf der einen Seite im ökonomischen Scheitern, auf der anderen aber im »Verbauern«. Die Landkommunarden müssen ferner erkennen, daß nicht nur ihr ehemaliger antiökonomischer Hedonismus, sondern auch die von ihnen jetzt in den Vordergrund gerückte alternative Wirtschaft in einem Punkt die prinzipielle Skepsis der nüchternen Beobachter erregt: Gemessen an der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit und an den durchschnittlichen Stundenlöhnen ist bei ihnen eine gewaltige »Selbstausbeutung« feststellbar. Ist dies alternativer Fortschritt – oder Regression in Selbstversorgungszwänge, wie sie manchen noch aus den ersten Nachkriegsjahren in Erinnerung sind?

So stehen denn heute die Landkommunen wieder am gleichen Punkt wie einst ihre Vorläufer: Sie können ihren Anspruch einer neuen Ökonomie in Wirklichkeit nur sehr begrenzt einlösen und stoßen überall auf die ihnen durch die Gesetze der Marktwirtschaft gezogenen Grenzen; wirtschaftliche Stabilität dürfte ihnen nur dann möglich sein, wenn sie sich auf diese Gesetze zumindest teilweise dadurch einlassen, daß sie Marktlücken für Waren und Dienstleistungen finden und solche gesamtwirtschaftlich gesuchten Güter dann an ein vorwiegend städtisches Publikum vertreiben. Diesen Weg beschritten auch die dauerhafteren Landkommunen der Jugendbewegung (Musterfall: die Frauenkommune und Gymnastikschule Schwarzerden in der Rhön). Eine Alternative wird heute darin gesehen, wie in den Vereinigten Staaten von der Klein-Kommune zu Kommunedörfern weiterzuschreiten. Es steht aber zu vermuten, daß die Kommune-Bewegung hierzulande viel zu schwach ist, um solche Großprojekte aus eigener Kraft schaffen zu können. Bisher jedenfalls blieb selbst die überregionale Zusammenarbeit deutscher Landkommunen und die Vernetzung von Stadt- und Landkommunen, also von urbaner und ruraler Alternativszene, in Ansätzen stecken. Auch in dieser »Eigenbrötelei« stehen die jetzigen Siedlungen in guter deutscher Landkommunen-Tradition.

III

Der bekannte Alt-Siedler Willy Ackermann, der mit seiner Frau über eine Generation lang das Leben auf dem Lande in einer Waldlichtung in der Nähe der Autostadt Wolfsburg durchgehalten hat, sagte mir einmal: »Mein Radio ist mein Spion nach draußen!« Welch deutliches Wunschbild der Siedler: die alte Welt hinter sich zu lassen, dem neuen Leben zur Geburt zu verhelfen! Und doch bleibt die Angst all derer, die der alten Gesellschaft den Rücken zugekehrt haben, daß sie vielleicht als Gescheiterte wieder in sie zurückkehren müssen. Deshalb der ständige Kampf gegen den alten Adam, gegen die Überbleibsel von Erziehung und Gewohnheit, die man so leicht nicht abtun kann. Schon die Äußerungen der Vorkriegs-Kommunarden lassen etwas von diesen seelischen Kämpfen und Spannungen in der Gruppe ahnen:

»Denn Siedler sein heißt allerdings: eine neue, edlere, gerechtere Form der Wirtschaft als Grundlage des Lebens wollen. Ob sich alle heutigen Siedler darüber im letzten klar sind und aus dieser Klarheit konsequent handeln, ist zu bezweifeln. Es gehört eben Mut dazu, auch aus sich selber den Kapitalismus auszutreiben; denn aus uns selber muß er erst vertrieben sein, wenn wir weiter wirken wollen. Hier liegen eben die Berührungspunkte zwischen Wirtschaft und Moral. Und hier scheitern die meisten Siedlungslustigen mehr an sich selber als an der Ungunst äußerer Umstände. Es gehört etwas dazu, moralische Entscheidungskraft nämlich, um in Verbindung mit der kapitalistischen Außenwelt das zu sein und zu bleiben und immer mehr zu werden, was man ist. Und allen Siedlern sei es gesagt: unsere Wirtschaft, wie sie im kleinsten Ereignis des Alltags sich zeigt, richtet uns augenblicklich, und jeder Tag ist beim Aufbau einer ländlichen Siedlungsstätte ein Gerichtstag. Dem sei gewachsen, laß dich richten, sei heiter und werde einfach dabei, lerne die letzten kapitalistischen Reste von Besitzlust jedem Geschöpf, auch dir selbst gegenüber, austreiben! Dir selbst gegenüber? Ja, denn wenn du dich vielleicht nicht mehr fühlen brauchst im äußeren Besitz – man kann das lernen und einsehen –, so willst du dich doch fühlen in deiner besitzeifrigen Liebe und Ehre den Menschen und dir selbst gegenüber. Da liegt das Letzte und Schwerste, kaum zu Überwältigende, Elementare deiner Bildungsaufgabe beim ländlichen Wirtschaften.«

So schrieb Marie Buchhold, eine der Mitgründerinnen der ersten deutschen Frauensiedlung, in einer ländlichen »Siedlungslehre« schon 1922. Auch die Berichte heutiger Landkommunen zeigen, daß die neue Gemeinschaft erst einmal mit den alten Sünden fertig werden muß, daß das Gericht über die alte Welt immer noch in der Brust der zum neuen Gemeinschaftsglauben Bekehrten inszeniert wird. So schreibt der ehemalige Redakteur der Wochenzeitung *Die Zeit*, Rüdiger Dilloo, der ebenfalls ein neues Leben in einer bayerischen Landkommune versuchte, in seinem sechsten »Brief aus Bschaid« (1980) von einem Alptraum:

»In einer der Rauhnächte träumte ich, daß ich nach Bschaid heimkomme von einer kurzen Abwesenheit. In der Küche steht ein neues orangefarbenes Telephon. Empört frage ich, wer das Ding hierher gestellt hat, und bin plötzlich von einer Anzahl Frauen umringt, deren Gesichter ich nicht erkenne. Ich streite mich wegen des Apparats ganz schrecklich mit den Frauen, wir

quälen uns schließlich gegenseitig mit Nadeln und Zangen. Mit Schrecken bin ich aufgewacht, und es wurde ein schlechter Tag.«

Dilloo verbindet diesen Traum mit einer kurz zuvor in der Gruppe stattgehabten Auseinandersetzung: Hansi, eines ihrer Mitglieder, hatte von einem Besuch aus München eine neue styroporverpackte Stereoanlage zurückgebracht, gekauft vom eigenen Geld, die er nun in der gemeinsamen Küche aufstellen wollte. Vier mattschwarz glänzende eckige Kästen. Der Protest sei eindeutig gewesen. Den anderen habe das über zwanzig Jahre alte Braun-Radio mit Plattenspieler mehr als genügt. Der edle Spender wurde gezwungen, das neue Gerät in seiner eigenen Lederwerkstatt auf der Siedlung zu installieren.

Da ist sie also – die ständige Verlockung und damit Bedrohung durch die Welt »draußen«. Und die Martern und Qualen, die dadurch in die Gruppe hineingetragen werden und dort Anlaß der endlosen therapeutischen Gruppenrituale sind. Denn ein weiterer Vorfall wird mit dem Traum assoziiert: Einige Tage später habe der von der Gruppe durch Nichtannahme seines Danaergeschenks Zurückgesetzte die anderen in die Holzwerkstatt gerufen, damit sie sich einmal einen Hahnenkampf anschauen konnten. In derselben Nacht war er dann der Mittelpunkt und Auslöser eines langen Gruppengesprächs:

»Es stinke ihm, daß Lou das Werkzeug in der Eisenwerkstatt herumliegen lasse, und überhaupt werde er hier nicht anerkannt, nur immer kritisiert, und wenn er früher daheim das Werkzeug nicht aufgeräumt habe, dann sei er geschlagen und getreten worden, und immer habe er daheim wie ein Wahnsinniger um Beachtung und Respekt kämpfen müssen, als Jüngster unter vier Geschwistern. ›Und deswegen‹, sagt Hansi uns in die Gesichter, ›will ich nie mehr der Letzte in der Hackordnung sein.‹«

Und der Berichterstatter fügt reumütig hinzu: »Ich spüre Scham, wenn ich mir vor Augen halte, daß es in unserer Gruppe eine Hackordnung gibt und daß ich ein Teil von ihr bin.«

Die Hackordnung hängt natürlich mit der Rangordnung der Kommunarden zusammen, und so wird die Gleichheit in ihnen oft erträumt, aber nie verwirklicht, oder nur um den Preis der totalen Unterwerfung unter den charismatischen Führer und seinen gott- oder geistinspirierten Willen. Blindheit gegenüber den auch in dieser kleinsten Gesellschaftsform herrschenden Machtstrukturen führt dann zur Unterschätzung der Notwendigkeit kontrollierender Instanzen und damit – wie es an Extremfällen der Kommunen von Charles Manson und Jim Jones deutlich wurde – zur Gefahr totalitärer Beherrschung der Gruppe durch einen »Führer«. »Keiner folgt und keiner führt« (Dilloo) ist vielleicht die gefährlichste Illusion der Kommunen.

Daneben ist die Unterwerfung unter die gemeinsame Weltanschauung der Kommune (sei sie religiöser, politischer oder sonstiger ideologischer Natur) ebenso Halt fürs Überleben wie Tod des Pluralismus und Individualismus.

Gemeinschaft wird dann zur Zwangsjacke. Dilloo berichtet in seinem fünften »Brief aus Bschaid« (1979):

»Von meiner Mutter weiß ich, daß früher in Nonnenklöstern die Haarbürste allgemein zugänglich an einer Schnur an der Decke hing. So ähnlich ist das auch bei uns. Anfangs hatte ich gewisse Umstellungsschwierigkeiten, aber inzwischen finde ich den gemeinsamen Gebrauch von Haarbürsten, Handtüchern, Waschlappen und so weiter genauso selbstverständlich, wie er wohl für die Nonnen war.«

Gemeinschaft wird so nicht nur zum bergenden Mutterschoß, sondern zur drückenden Last. Wie Dilloo in seinem fünften Brief schreibt, mußte er seine Berichte an einem einsamen, geschützten Platz im Walde verfassen:

»Im Haus kann ich meine Gedanken nicht gut beisammen halten. Es hat nur zwei heizbare Räume, die Küche, die unser aller Wohn-, Arbeits- und Aufenthaltsraum ist, und den Schlafraum, genau über der Küche und von ihr nur durch einen dünnen Bretterboden getrennt. Auch dort kann ich nicht anders, als jedes Gespräch, jede Schallplatte, jeden Gitarrenton von drunten mitanzuhören. Und weil jetzt im November die Arbeit draußen immer weniger wird, ist die Küche kaum noch einmal für eine Stunde leer. Wenn die Tiere morgens versorgt und gemolken sind, wird sie zum Gemeinschaftsraum, manchmal für den ganzen Rest des Tages. Oft gefällt mir das, die Nähe, die Wärme, der Qualm, das Höhlengefühl hinter den vom Schwitzwasser blinden Fensterscheiben. Aber dann wieder habe ich keine Lust, mich mit der Gruppe einfach treiben zu lassen, möchte bei mir oder einem Vorhaben bleiben, und dann wird es schwierig. Conny sagte mir neulich, daß sie es oft nicht einmal schaffe, in der Küche zu stricken. Sie brauche dazu eine gewisse Ruhe; in der Küche aber herrsche immer eine Spannung, eine schlechte oder gute, aber doch eine Spannung. So empfinde ich das auch ... Nie bin ich allein.«

Dieses Problem der Verabsolutierung der Gemeinschaft haben in der historischen deutschen Kommune-Bewegung nur wenige klar ausgesprochen, am deutlichsten der Pfarrer Emil Blum in seiner Kritik des Lebens auf der Kommune »Habertshof« (in seinen Erinnerungen, 1973):

»Anderwärts trennen sich Berufskollegen, die tagsüber Differenzen haben, nach Feierabend, und ihre Frauen kennen einander kaum. Bei uns aber saß man eng aufeinander. Wir mangelten der nötigen Distanz. Sie ist wahrscheinlich in der ganzen deutschen Jugendbewegung in ihrer Bedeutung verkannt worden. Bei den Kriegsgefangenen, die Tag und Nacht beieinander sind, entsteht leicht der Koller der ›Stacheldrahtkrankheit‹. Mit Nordpolfahrern soll es sich ähnlich verhalten.«

Ins Auge springend ist schließlich die Gemeinschaftsideologie vor allem auf dem Felde der sexuellen und familiären Beziehungen. Seit den klassischen amerikanischen Kommunen des letzten Jahrhunderts werden eheliche oder eheähnliche Zweierbeziehungen ebenso wie ausschließliche Mutter-Kind-Bindungen als Erbübel der alten Welt gesehen und deshalb bekämpft. Drei extreme Wege, welche schon damals zur Sprengung der traditionellen Familienbande beschritten wurden, waren einmal Kommunen, die auf dem Zölibat aufgebaut waren (so etwa bei den Shakern), zweitens solche, die in der freien Liebe und Kindergemeinschaft den Höhepunkt des Liebeskommunismus sahen (so die »Perfektionisten« mit der Institution der »complex

marriage« in Oneida), und endlich solche, die in der Polygamie (genauer gesagt: Polygynie, also Vielweiberei) den Ausweg erblickten (wie bekanntlich eine Zeitlang die Mormonen). Unter dem Einfluß völkisch-rassezüchterischer Vorstellungen versuchten sich auch einige historische deutsche Jugendbewegungs-Kommunen an der »Mittgart-Mehrehe«, stießen damit jedoch schon bei ihren Mitsiedlern auf Ablehnung, da ja die Jugendbewegung insgesamt eher asketisch als libertär ausgerichtet war (man denke an ihren Vegetarismus, ihre Alkohol-Abstinenz und ihren Nikotin-Verzicht). Die Sprengung der Kleinfamilie ist auch heute das Ziel der Kommunen, und auch sie mühen sich mit den alten Lösungen »free love«, »complex marriage« oder bescheideneren Versuchen, bestehende Partnerschaften in das Ganze der Gruppe einzubinden. Dilloo sinniert in seinem fünften Brief: »Vielleicht werden wir noch zur Sippe. Oder sind wir das schon? Genug Mütter waren da. Fehlt womöglich nur, daß wir ›Bruder‹ und ›Schwester‹ zueinander sagen, ›Vetter‹ und ›Base‹, wie unter Indianern.« Zurück aus der Zivilisation in die Urhorde weist also der Weg. (Schon die Mormonen hatten ihre Polygamie zwar theologisch mit der Praxis der alttestamentarischen Patriarchen begründet, vermutlich aber an der Zivilisationsgrenze – der amerikanischen »Frontier« – von der Praxis indianischer Stämme übernommen.) Aber damit wären wir bei einem neuen Thema: wie der zivilisationskritische Ausbruch aus der Alten Welt zur Romantisierung der »Wilden« und des »wilden Denkens«, zur Glorifizierung exotischer Kulturen und zum Kult des Prähistorischen führt. Jedenfalls ragt mit den ländlichen Kommunen die Höhle des Steinzeitmenschen, das Zelt des Patriarchen und der Wigwam des Indianers als utopische Sehnsucht in unsere nüchterne technische Welt hinein. So werden die Kommunen zum Abenteuerspielplatz für Zivilisationsmüde . . .

IV

Gerade aus ihrer »Absonderung zur Gemeinschaft« (Gustav Landauer) ergeben sich auch die grundlegenden Mängel der Kommunen: Sie folgen einem unkritischen Tat-Idealismus; sie ermangeln tendenziell der Offenheit, da sich ihre Überlebensfähigkeit mit zunehmender weltanschaulicher Geschlossenheit erhöht; sie verabsolutieren mit ihrer Rückkehr zu Mythos und Ritual oft fragwürdige Wahrheiten zu Glaubensgütern; sie erstarren leicht durch ihre Konfrontation mit und Absetzung von der »bösen« Welt »draußen«; und sie verkennen durch die Überhöhung ihrer Kleingruppen-Gemeinschaft zum harmonischen Modell einer neuen Gesamtgesellschaft das die institutionalisierte Kontrolle erheischende Wesen von Macht und Politik.

Deshalb sind sie oft blind für die Eigengesetze der Gesellschaft und der Machtsphäre. Eine solche apolitische Ignoranz bei enthusiastischer siedlerischer Praxis läßt die heilsuchenden Lebensreformer zu freudigen Opfern politischer Religionen werden, versprechen diese ihnen doch, die lästige Kluft zwischen intimer Gemeinschaft und nüchterner Gesellschaft durch Kult und Mythos zu überbrücken. Aus dem Tanz um das Lagerfeuer kann dann leicht der Gleichschritt des Marschierens werden ... Der Erd- und Mutter-Mythos ist eben kein Ersatz für politisch verantwortliches Denken.

An diesem Anspruch müssen auch die »Grünen« gemessen werden. Es ist unverkennbar, daß mit ihnen zum ersten Male die alte Lebensreform-Bewegung politisch wird. Hatten in der Vergangenheit nur kleine Segmente dieser Bewegung, insbesondere die Anhänger der Bodenreform, die Notwendigkeit politischen Handelns und politischer Einflußnahme erkannt, so verläßt jetzt versuchsweise eine ganze Bewegung die subkulturelle Abkapselung. Freilich ist die Vergangenheit damit noch nicht völlig abgestreift, sind sektiererische Elemente noch überdeutlich sichtbar. Aber entscheidend ist doch, daß statt der alten lebensreformerischen Religion einer Erlösung der Gesellschaft durch Selbstreform (das hieß: durch Selbsterlösung) der mühselige Weg des politischen Handelns und Überzeugens getreten ist. Dabei müssen sich utopische und andere pseudoreligiöse Momente nicht unbedingt als negativ erweisen, solange sie die Bewegung nicht zur metapolitischen Heilsbewegung verkommen lassen, sondern das sich darin ausdrükkende Protestpotential in politischen Aktivismus umgesetzt werden kann. Freilich sollten sich die »Grünen« dabei immer vor der größten Fehlhaltung der alten Lebensreformer hüten: daß die »Tat« zur bloßen hinterwäldlerischen Fluchtbewegung aus der modernen Industriewelt mißrät.

Die heutigen Landkommunen müßten von diesem nun gewonnenen politischen Standpunkt eigentlich als Ausdruck einer bereits überholten Phase der Lebensreform beurteilt werden, verkünden sie doch die Botschaft des bloßen Rückzugs und Auszugs aus der Gesellschaft, da sie die Hoffnung auf deren Veränderung aufgegeben haben. Schon Gustav Landauer, ursprünglich einer der heftigsten literarischen Vertreter der sozialistischen Siedlungsidee, hat den in der Politisierung der Utopie liegenden Fortschritt deutlich erkannt, als er während der Münchner Rätezeit 1918/19 (in welcher er kurze Zeit die Position eines Kulturministers innehatte) siedlungsfreudigen Kommunarden, die Geld zum Erwerb eines Grundstücks aufzutreiben versuchten, rundweg erklärte, für diese »vegetarischen Siedlungsspielereien« auf gekauftem Grund sei nun keine Zeit; anstatt solcher »Resignations-Retiraden« müsse man jetzt die Inbesitznahme des Bodens durch die soziale Revolution betreiben. Mag man auch Landauers Revolutionspathos heute belächeln, so ist jedenfalls sein Verweis auf die Politik als realistische Alterna-

tive zur subkulturellen Flucht aus der Gesamtgesellschaft wegweisend. Dies setzt freilich ein politisches Klima voraus, das nicht durch Krisenfurcht und Untergangsängste so weit apokalyptisch überspannt ist, daß rationales politisches Handeln überhaupt unmöglich und durch die Flucht in eine Heilsbewegung (sei diese »politischer« oder subkultureller Natur) abgelöst wird.

Die »Grünen« jedenfalls wollen heute sowohl rationale Politik wie Flucht aus der Zivilisation. Deutlich wurde diese widersprüchliche Position wieder auf ihrer außerordentlichen Bundesdelegierten-Konferenz am 4./5. Juni 1983 in Hannover, wo zahlreiche Arbeitsgruppen programmatische Fragen diskutierten. Die Arbeitsgruppe 15 beschäftigte sich dabei mit der Überlegung: Können und sollen wir auf die Krise der Wirtschaft, der Lohnarbeit, des Sozialstaates mit einer breiten kommunitären Bewegung antworten? Soll grüne Politik die Alternativ-Bewegung aktiv fördern? Von welchen Bedingungen hängt der Einstieg ins Andersleben ab? Rudolf Bahro und Michael Pfister stellten dabei Thesenpapiere vor, in welchen sie sich ganz zur Kommune- und Alternativ-Bewegung bekannten. Interessant war, daß beide nicht in erster Linie auf die doch fragwürdigen ökonomischen Qualitäten der Kommune zu setzen wagten, sondern auf ihre »kulturelle« Funktion (Bahro) bzw. auf ihre »Lebensqualität« (Pfister). Einig waren sie sich auch darin, daß die »Grünen« die Kommune-Bewegung im speziellen, die Alternativ-Bewegung im allgemeinen aktiv zu fördern hätten. So werden uns also demnächst wohl Bundestagsanträge zur staatlichen Subventionierung unrentabler Landkommunen ins Haus stehen! Noch weiter ging Pfister, der die grüne Politik als integralen Bestandteil der Alternativ-Bewegung sieht:

»Geht sie nicht selber in die Dialektik von Theorie und Praxis, von Konsens und Radikalität, droht sie zur links-bürgerlichen parlamentarischen Variante zu verkommen und ist in 40 Jahren (oder früher) das, was die SPD heute ist. Ohne eigene Praxis stabilisiert die Kritik- und Protesteinrichtung der ›Grünen‹ die bürgerliche Gesellschaft, weil transzendierende Momente, die über sie hinausweisen, fehlen.«

Soll so die Kommune die »bürgerliche« Politik durch eine neue, von mythischem Boden-Verständnis her gewonnene Radikalität überwinden? (Die Bedeutung des Genossenschaftsprinzips für sozialdemokratische Praxis wird dabei geflissentlich unterschlagen.) Utopie und Politik verschwimmen in diesem Vorschlag, irreale und rückwärtsgewandte Elemente in der Kommune-Bewegung können nicht mehr identifiziert werden, sondern werden ebenfalls als systemüberwindende Aufhebung bisheriger Selbstentfremdung verklärt. Eine solche unkritische Position würde erhärten, was viele Skeptiker sowieso schon längst vermuten – die »Grünen« seien nur eine neue Spielart der Konservativen Revolution, Vertreter einer metapolitischen Kulturrevolution aus dem Geiste des Mythos.

Winnie Geipert
Das Graue im Grün

»Und da hast du gesagt das wär alles dufte und das ginge ruhig so.« (TRIO)

Das Wort hat der Abgeordnete Sauermilch von den Grünen. Der Abgeordnete Sauermilch versucht sich in einer Rede, einer leidenschaftlichen Rede zum grünen Lieblingsthema des sterbenden deutschen Waldes. Er greift in scharfer Form an und betont mit Nachdruck, er äußert sich skeptisch gegenüber und befürchtet das Ärgste wenn, er fordert im Namen von und appelliert an alle die, ja er landet sogar ein Bonmot: das vom Zimmermann, der die Axt im Walde erspare. Der Abgeordnete Sauermilch hatte das Wort.

So geschehen, so gesehen während der Öko-Debatte des Bundestags am 15. September. Das Bonmot findet sich tagsdrauf im »Aufgespießt« der FR, der Rest des Vortrags erstreckt sich über die Länge einer Fünf-Zeilen-Notiz, die dem Credo journalistischer Sorgfaltspflicht Genüge tut. Fazit: Auch der Apfel, in den die Grünen (und nicht unbeträchtlich viele von uns) am 6. März gebissen haben, säuert. Das schröcklichste aller denkbaren Schicksale, die unserer kleinen grünen Partei hienieden beschieden sein mögen, die zur schnöden Normalität geronnene Präsenz als Partei nämlich, beginnt so langsam Konturen anzunehmen. Alltäglichkeit sickert ins parlamentarische Tun, Pflichtübungen am Rednerpult und auf den Bänken, die Produkte fallen in den Rahmen und nehmen, kaum zu vermeiden, Stallgeruch an: Langeweile nach Art des hohen Hauses.

Wenn die Realität den Geschmack abgestandenen Bieres bekommt, dürstet die Seele nach anderem; wo Bilder öde werden, entstehen Wunschbilder: Der Abgeordnete Sauermilch, das dürre Skelett einer demütig entschlafenen Fichte geschultert, betritt mit dreckverschmierten Gummistiefeln und Filzhut die Rednertribüne des Bundestags, im festen Willen, dem vorangegangenen Theater der Restfraktionen die Baumkrone aufzusetzen und am Einzelschicksal dieser toten Fichte die Gattungsfrage der Bäume im Industriezeitalter zu klären. Förster Sauermilch begrüßt die versammelte Runde und kündigt an, ohne große Umschweife zum Thema zu kommen, als ihn urplötzlich ein Schrei aus der Mitte des Plenarsaals, aus den eigenen Reihen unterbricht. »Mein Freund der Baum« – schreit schrill und hysterisch die fassungslose Manon Maren-Grisebach, im trockenen Gestrüpp auf Sauermilchs Schultern ihre seit zwei Wochen vermißte Zimmertanne erkennend –

»ist tot«, fährt sie kurz und barsch Otto Schily an, dieweil Klaus Hecker die Erschütterte in den Arm nimmt und, ohne handgreiflich zu werden, sanft aber bestimmt auf die Bank drückt. »Er starb in Hoechster Atemnot«, nimmt in alexandrinisch anmutendem Versmaß Redner Sauermilch ausdrucksvoll das Wort wieder auf.
Gabi Gottwald erheischt eine Zwischenfrage: »War's der Sonnenschein?« will sie wissen, worauf ein Zischen aus den Reihen der CDU diese Frage als miesen rhetorischen Trick der Atomkraftgegner entlarvt. »Oder war's der Wein?« grölt standesgemäß Joschka Fischer dazwischen, dem man ansieht, daß er am Stammtisch »Schwerter zu Zapfhähnen« der Maxime »Genug ist nicht genug« gefolgt war. Rainer Trampert, dem das peinlich ist, fühlt sich auf den Plan gerufen. »War's die Industrie?« ruft er in der Hoffnung, nun endlich die Klassenfrage auf die Tagesordnung zu setzen. »Oder die Chemie?« verdirbt ihm Petra Kelly, gewohnt ungereimt, das Konzept. Der Abgeordnete Sauermilch hebt beschwichtigend die Arme. »Schuld«, ruft er, auf das traurige Gewächs zeigend und den wilden Blick auf Innenminister Zimkermann gerichtet, »schuld hat nur der Bossa Nova, bitte glaube mir! Yeah Yeah, der Bossa Nova hat schuld daran!«

Zugegeben, meine eher spontaneistisch getränkte Erwartungshaltung stößt sich an dem grünen Bedürfnis nach Seriosität (insbesondere vor den Augen eines vermuteten Millionenpublikums) und nach kollegialer Anerkennung (»Unter uns gesagt, Kollege Sauermilch – hier kann ich es ja sagen –, Ihre Rede von heute morgen war durchaus bemerkenswert«). Zugegeben andererseits, daß auch die Pflege eines exotischen Stylings auf Dauer das Problem der Institutionalisierung nicht wird lösen können.
Die Gefahr, daß sich die Linke, die Scene oder besser: das Milieu nach Fußball, Friseur und Disco nun auch die Bundestagsübertragungen wieder aneignet, halte ich indes für gering. Trotz aller beobachtbaren Risse und Brüche, die Illusion der Gesellschaftsveränderung auf parlamentarischem Wege ergreift auf unserer Seite der Vielbewegten die wenigsten. Die Skepsis, mit der hier – nimmt man die Involvierten aus – der gesamte Prozeß der Parlamentarisierung begleitet und schließlich unterstützt wurde, schließt ein gerüttelt Maß an Nachsicht und Toleranz ein, sie birgt aber auch die Möglichkeit des Also-doch. In der Fortschreibung des Sauermilchschen Auftritts, im zu ahnenden Schicksalsweg der Grünen, der Zukunft einer ordentlichen und gewissenhaften Parlamentsarbeit, die der Bewegungsstimulantia entbehrt, weil es sie nicht mehr gibt oder weil sie nicht ankommen, liegt die Option der Distanz, der Langeweile und Indifferenz. Nicht der Rückfall – so es überhaupt einer wäre – in den Antiparlamentarismus schwebt als Drohung am Firmament, sondern das banale Gefühl, eine Chance zu versäumen, die so recht keiner benennen kann.

Vielleicht gibt's diese Chance ja gar nicht, vielleicht sind die begrifflichen Konstrukte der »Anti-Parteien-Partei«, der »Bewegungspartei« oder »Partei neuen Typs« tatsächlich hausgemachter Schmonzes oder eben die »Kinderkrankheiten der Grünen« (so Joseph Huber). Otthein Rammstedt, einer jener systemtheoretisierenden Alleserfasser, behauptet in einer mit Gesetzeskraft vorgelegten Analyse der »Bewegung der Bewegung«:

»In der Institutionalisierung paßt sich die Bewegung wieder dem abgelehnten System an; sie kann nur noch auf sozialstrukturell vorgegebenen Pfaden gegen das System protestieren – sie ist keine Alternative mehr . . . Und sie (die Institutionalisierung) hat zur Folge, daß die Zwecksetzung der Bewegung als realisierbares Ziel aufgegeben wird, sei es, daß der Zweck nur noch rhetorisch verfolgt wird, sei es, daß dies durch Zieltransformation verschleiert wird.«[1]

Ich kann ihn auch nicht leiden, aber am Beispiel der Grünen als institutionalisierter Öko-Bewegung läßt sich nur schwer der Gegenbeweis erbringen. Der absolut gesetzte Gegensatz von Institution und Bewegung, von »ideologisch überhöhter Mission« und rational-planender Verwaltung eines Anliegens, vernachlässigt aber das Spannungsverhältnis zwischen beiden Polen, d. h. wie nach dem Motto »Gefahr erkannt, Gefahr gebannt« in den Binnenstrukturen organisatorischer Verselbständigung entgegenzuarbeiten wäre.

Nolens volens sind die Grünen Partei und nicht Bewegung. Mit der erfolgreichen Beteiligung an Wahlen sind sie den Modi konkurrenzparteilichen Stimmenfangs unterworfen. Das Folgeproblem, die Behauptung der Organisation als Organisation in den ausgelatschten Bahnen herkömmlicher Politik, kann innerorganisatorisch und im Verhältnis der Partei nach außen kaum ohne Konsequenzen bleiben. Der flotte Spruch vom Spielbeincharakter der Partei hilft da wenig, nicht nur, weil hier das in Bewegung Befindliche als Fixum, die feste Form als Movens vorgestellt wird. Negiert wird darin sowohl das Eigeninteresse der Partei als auch die Differenz zu den Bewegungen. Wenn etwa zur Öko-Bewegung noch ein relativ kohärentes Bezugssystem behauptet werden kann, so gilt das in keiner Weise für die Frauenbewegung, von der »Haste-mal-ne-Mark-wir-ham'n-Haus-besetzt«-Bewegung ganz abgesehen.

Zwischen Skylla und Charybdis, zwischen der Partei normalen Typs, die sich als kleineres Übel präsentierte, und der Partei neuen Typs, die letztlich als Bereicherung des parlamentarischen Systems in Erscheinung tritt, ist wenig Platz. Der Versuch, den bösen Zauber der Integration durch organisatorische Vorkehrungen zu bannen, also durch Rotation, imperatives Mandat, Konsensprinzip, Öffentlichkeit etc. die odysseische Fahrspur zu halten, ist sehr schnell unter den Beschuß neuarrivierter Bundestäglichkeit geraten. Der Zweifel an der identitätsstiftenden Wirkung dieser Schutzmittelchen für gremiengestählte Sitzfleischpolitiker mit Korsettstangenbedarf hat insofern Berechtigung, als ihnen der Geschmack nach starrer Parteidisziplin und

organisierter Graumäusigkeit nicht abzusprechen ist. Der nicht minder einfarbige Ton der – wie ich meine – voreiligen Kassandrarufe bedrohter Individualität relativiert dagegen eher den Zweifel an ihrer Tauglichkeit. Nicht als Fixpunkte grüner Beamtenhaftigkeit, sondern als Orientierungspunkte selbstreflexiven Verhaltens in den entfremdenden Sphären abstrakter Politik können jene »Antitoxine« (Narr) durchaus von Nützlichkeit sein. Die Sensibilität für eine primär formbetonte Politik muß über sie hinaus entwickelt werden.

Gegen machtpolitische Korrumpierung scheint die fundamentalistische Seite des landauf, landab wogenden Konfessionsstreits am ehesten gefeit, obgleich die Vielfalt des Angebots reiner Lehren ein eindeutiges Urteil nicht zuläßt. Wie weiland vor zehn Jahren sich der herkömmlich engagierte Student im Multiple-Choice-Verfahren den ihm genehmsten Standpunkt der Arbeiterklasse hat ermitteln können, bietet sich dem heute nach Klarsicht Dürstenden die reichhaltige Palette an die Natur angelehnter Bewußtseinslehren. Das Primat der Ökologie, die Einordnung in Naturkreisläufe: vom Frankfurter Römer bis nach Oregon dienen diese Prinzipien als Grundsokkel geistiger Fertigwohnhäuser Modell Schilda, mit garantiert fensterloser Geschlossenheit.
Das Parlament als Kanzel bewußtseinsverändernder Botschaften? Das alte taktisch-zynische Verhältnis zum Parlamentarismus feiert fröhliche Urständ. Bemühungen um Freiräume und Teilerfolge, das Ausnutzen von Spielräumen im institutionellen Gefüge geraten dabei nicht nur zum unnützen Zeitvertreib, ihnen haftet der Geruch des Prinzipienverrats an, sie sind der Idee der neuen Gesellschaft per se abträglich.
Wie schwer es fällt, im Namen der Natur die parlamentarische Beteiligung zu legitimieren, zeigt sich dann, wenn es versucht wird. Walter Oswalt, ob seiner Wasser-Lehre vielgeschmähter Frankfurter Römer-Grüner, führt seinen parlamentarischen Diskurs über die Philosophie ein:

»Menschenrecht ergibt sich aus der Natur des Menschen, Naturrecht ergibt sich aus der Natur der Natur. Jede gute gewaltfreie Aktion demonstriert die Einheit von Menschenrecht (körp. Unversehrtheit) und Naturrecht (gegen radioakt. Verseuchung bspw.). Dasselbe (?) gilt für den Parlamentarismus. Die tägliche Kompromißlosigkeit der grünen Parlamentarier, sich nicht an der Vernichtung von Lebensgrundlagen zu beteiligen, ist Ausdruck der Tatsache: Natur macht keine Kompromisse.«[2]

Unsere tägliche Kompromißlosigkeit gib uns heute! Der Statthalterkampf eines »jeden guten« Parlamentariers macht schwer Sinn, selbst dann, wenn wie in den folgenden Erwägungen Natur als handlungsanleitendes Kriterium oder als erklärungsrelevante Kategorie ausgespart bleibt:

»Die Grünen werden immer dann für die Herrschenden gefährlich, wenn sie sich daran machen, den demokratischen Parlamentarismus funktionsfähig zu gestalten. Für Politiker wie

Strauß und Dregger ist diese Wirkung der Grünen schon dann unerträglich, wenn die Grünen in den Parlamenten bloß existent sind. Nicht ohne Grund: die Existenz einer inhaltlichen parlamentarischen Alternative ist Grundbedingung für das Funktionieren des demokratischen Parlaments. Da die etablierten Parteien im wesentlichen nur eine personelle, aber keine inhaltliche Alternative darstellen, wird durch das bloße Auftreten der Grünen der Parlamentarismus um eine Qualität funktionsfähiger. Ebenso sind die Grünen für die Herrschenden gefährlich, solange die Grünen selber nicht Herrschende werden.«[3]

Ein Paukenschlag jagt den anderen, es findet sich kaum ein Satz, der mich nicht vom schieren Gegenteil überzeugte. Die Verwirrung Oswalts rührt daher, daß die Natur der Natur sich schwer tut mit gesellschaftlich gewachsenen Institutionen, daß sie als Richtschnur grüner Praxis leicht überfordert ist. Die Natur rächt sich, so einst ein kluger Kopf, indem sie sich nicht wehrt. Ist doch auch was dran, oder?

Während auf fundamentaloppositioneller Seite die Neigung besteht, sich aus solchen Anforderungen positive Entwürfe triefender Zukünftlichkeiten herauszuklauben, wächst im sogenannten realpolitischen Lager der Wille zur Bewährung im harten politischen Geschäft. Der Drang des absichtsvollen Politikmachens führt in der Perspektive eines rot-grünen Bündnisses allerdings auf ein Terrain, das einer entsprechend formierten Partei allenfalls das Etikett des kleineren Übels ließe.

Klar ist: Die Bonner Strukturen drängen und trimmen in diese Richtung einer »ordentlichen« Partei, und keineswegs unberechtigt scheint die Frage, ob die beispielsweise von der Frankfurter Sponti-Wähler-Initiative bevorzugte Reformlinie nicht die beste unter den wahrscheinlichen ist. Zu bedenken wäre dabei aber nicht nur, ob die Bündnisstrategie an illusorischem Gehalt so manche Öko-Idylle hinter sich läßt, sondern auch, ob die implizierte Zurechnung des Protestpotentials nicht eine Falschrechnung ist. Dany Cohn-Bendit in einer Wahlveranstaltung Anfang Februar:

»Die außerparlamentarische Opposition hat das legitime und inhaltliche Recht, radikal, ohne Abstriche Positionen zu formulieren ... Das ist die Funktion einer außerparlamentarischen Opposition. Sie hat an Radikalität realpolitisch nichts zurückzunehmen. Ich ... habe die Grünen gewählt, nicht damit sie die außerparlamentarische Opposition ersetzen in den Parlamenten, geschweige denn vertreten, sondern damit sie Politik machen in den Parlamenten und sich nicht dafür halten, außerparlamentarische Opposition zu sein.«[4]

Die vielbeklatschte Konzilianz gegenüber Bewegungen formuliert im Grunde Banales. Was »Politik-Machen in den Parlamenten« dann heißen soll, das erst wird zum Knackpunkt. Joschka Fischer, an anderer Stelle im selben Duktus:

»Die Funktion einer solchen Partei liegt in der machtpolitischen Vermittlung von minoritären sozialen Bewegungen, in ihrer institutionellen Durchsetzung und Absicherung durch machtpolitische Kompromisse.«[5]

Funktionalistisch, fein säuberlich mit dem Seziermesser des Diplomsoziologen wird der Trennungsstrich zwischen Bewegung hier und Parlament da

gezogen. Geht man davon aus, daß soziale Bewegungen auch ohne parlamentarisches Gutdünken, vom Wesen her kompromißlos auf der politischen Bühne zu erscheinen pflegen, dann lesen sich die altspontanesken Basisgelöbnisse als bloßes Lippenbekenntnis. Daß soziale Bewegungen für »machtpolitische Kompromisse« unbedingt der »machtpolitischen Vermittlung« einer grünen Partei bedürfen, ist jedenfalls weit unwahrscheinlicher als die Bedürftigkeit in umgekehrter Richtung.

»Der Zyklus von Protest, Vereinnahmung und Unterdrückung«, so Real-Fischer in einem früheren Artikel, »wird in dieser Gesellschaft nicht mehr revolutionär durchbrochen, sondern auf absehbare Zeit nur mittels einer verfassungsmäßigen Teilnahme an der Macht. (!) Dies hat seinen Preis: er wird mit dem Verlust an Radikalität bezahlt werden müssen.«[6]

Die scheinbare Alternative Revolution oder Reform würgt die kleinen Utopien ab, die sich in den vergangenen Jahren als Revolte gegen eine reduzierte und um Möglichkeiten beschnittene »diesseitige« Gesellschaftlichkeit wendeten – und gegen jegliche Hoffnung auf die Sozialdemokratie. Ein um seine Radikalität gekürzter radikaler Reformismus, was kann das aber anderes sein als die wohlbekannte Struktur einer Wahlpartei mit außerparlamentarischen Duftnoten. Die Funktionäre im Huberschen Sinn der Intermediären, der Dolmetscher zwischen zwei Kulturen, werden nicht umhin können, die »machtpolitische Vermittlung« im Jargon der Herrschenden zu formulieren und dann doch zu sein, was nicht sein sollte: Repräsentanten einer staatstragenden Partei.
Vielleicht hat Fischer darin recht, daß er eine durchaus absehbare Entwicklung zur »normalen« Partei frühzeitig auf bestimmte, libertär-sozialistische Positionen zu drängen sucht. Das Experiment Grün scheint indessen noch nicht so abgewirtschaftet, daß jenseits fundamental-oppositioneller Abschottung kein anderer Weg mehr bliebe. Der vorschnelle Versuch, den Gegner mit dessen eigenen Mitteln zu schlagen, kann kostenreich sein:

»Der Bonner Wirklichkeitsverfehlung kann man nur dadurch entgegentreten, daß man andere Formen und andere Ebenen politischer Auseinandersetzung wählt, den Aufstand bereichsnaher Interessen und ihrer Organisationen gegen die Bonner Abstraktion . . . Sich auf die herrschende Realpolitik und ihre Formen einzulassen, bedeutet nichts anderes, als einen weiteren Stein zum Gebäude der negativen Utopie, genannt Status quo, hinzuzufügen.«[7]

Das Tragische an Joschka könnte letztlich sein, daß die Zukunft der Grünen in Kanäle, Hände und Köpfe gleitet, die zum Preis der Parlamentarisierung nicht nur die Radikalität früherer Tage, sondern auch einen Joschka Fischer selbst rechnen. Der ausdauernde Grabenkrieg für ein grünes Bad Godesberg leistet der eingangs geschilderten Biedermann-Variante stille Zuarbeit. Die Garde jener Altsozialdemokraten, zwischen dreißig und fünfundvierzig, denen im trüben Ortsvereinsallerlei beim Jubiläum der hundertsten Ablehnung eines selbstformulierten Antrags die leuchtende Erkenntnis zuteil wurde, daß wir die Erde nur von unseren Kindern geerbt haben, hat ihre

eigenen Vorstellungen. Die parteisozialisierte Perspektive der Wählbarkeit leitet den geschulten Blick auf ein ausbaubares Wählerpotential, »das gehobene neue Bürgertum, dem der um konkrete Erfolge eher unbesorgte szenische Radikalismus fremd ist«[8], und sucht die entsprechende Formierung: eine seriöse, also ganz normale Partei des Ökologismus, thematisch so quer zu wie fern von den alten Konflikten der Industriegesellschaft, und fürchterlich offen nach allen Seiten, nimmt man die leidigen Brüskierungen außerparlamentarischer Bewegungsart aus. Der Bürgersteig, dessen Enge erst die Straße als gangbaren Weg hat erkennen lassen, wird wieder kultiviert.

Natürlich »können sie, wie andere Parteien das auch tun, ihnen nahestehenden Gruppen gelegentlich Hilfestellung leisten ... Mit Rücksicht auf gewisse innerparteiliche Selbstverständigungen können die Grünen eine Zeitlang Fundamentalopposition betreiben, um sich in dieser Rolle zu schonen. Will man nicht in die Bedeutungslosigkeit zurückfallen, wird es ab einem bestimmten Punkt unumgänglich werden, offensiv und konstruktiv eine Beteiligung an der politischen Führung des Staates anzustreben.«[9]

So lautet die lapidare Feststellung des Richtungsideologen Huber, nachdem er grüne Anstrengungen, nicht Normalpartei zu werden, mit einigen Federstrichen zu Kinderkrankheiten erklärt hat.
Möglichkeiten, sich den Huber-Orden zu verdienen, bieten sich in der Zeit der »Schonfrist« an der Saubermannfront einer neuen grünen Ordentlichkeit. Der unvermeidliche Hoplitschek in seinem nicht zu stillenden Distanzierungsverlangen, Kretschmann und Hasenclever sind in ihrer Anwartschaft mittlerweile derartig profiliert, daß nichts mehr überrascht hätte als das Ausbleiben einer »unmißverständlichen Stellungnahme« zum greulichen Wiesbadener Blutbad. Dem lobenswerten Umstand grüner Berechenbarkeit verdanken wir somit ein bestechendes Dokument wahrhaft staatsmännischer Gesinnung und verantwortungsethischen Weitblicks, das die blindwütigen Hessen in tiefe Scham versetzen muß:

»Des weiteren kann es nicht die Aufgabe grüner Parlamentarier sein, die Zerstörung der LETZTEN RESTE von republikanischer und demokratischer Kultur zu betreiben: die Gelegenheit zu vernünftigem Gespräch ...
Wenn aber bei solchen Gelegenheiten [gemeint ist noch immer das, was ich bis zur Lektüre einen widerlichen, stiefelleckerischen Staatsempfang von Politgrößen der zweiten Garnitur hielt] die internationalen Gepflogenheiten verletzt werden, und niemand sicher sein kann, ob er nicht ERSCHOSSEN, ENTFÜHRT, EINGESPERRT, VERPRÜGELT, BESPUCKT, MIT FARBE BESCHMIERT ODER MIT BLUT BESPRITZT wird, dann werden solche Kontakte aufhören. DIE GEFAHR VON KRIEGEN UND AUSEINANDERSETZUNGEN JEDER ART WIRD SICH ERHÖHEN UND NICHT VERMINDERN ...«[11]

Mit der Drohung »allerernstester Konsequenzen« wird schließlich die Anwendung des üblichen Bestecks herkömmlicher Parteiküchen gefordert, Distanzierung, Verurteilung, Parteitagsvotum ... was sonst? Hoffnungen, dies Versprechen könnte eingelöst werden, möge sich vorerst keiner machen; noch haben die Grünen Schonfrist.

Der politische Faktor Zeit arbeitet an der Formalisierung apparatemäßiger Parteistrukturen. Das Ausbleiben sozialer Schübe in bewegungskonjunkturellen Baisse-Zeiten stärkt die statischen Momente der Parteibildung, begünstigt funktionale Entscheidungsabläufe und vergrößert den Abstand zu den schwierigen Diskussionsprozessen einer Opposition, die in ihrer Rolle, nichts als Klientel der Grünen zu sein, sich nicht bescheiden wird.
Der fundamentaloppositionelle Impetus der Unversöhnlichkeit mag geeignet sein, der parlamentarischen Korrumpierung zu entgehen. Der immanente Hang zur Eindeutigkeit, so zahlreich und widersprüchlich sich zur Zeit die Wahr- und Klarheiten auch darbieten, weist aber den Weg in eine parteiförmige Versteinerung, die der Partei wenig Chancen lassen dürfte, dem Schicksal ihrer studentischen Vorläufer zu entgehen, eine mehr oder minder kurzfristige Erscheinung zu sein. Die politische Hornhaut der Sitzfleischpolitiker in Kombination mit den Anforderungen, denen die Grünen durch die Mechanismen der Parteienkonkurrenz unausweichlich ausgesetzt sind, hat zweifellos Zukunft, ganz gleich, ob diese eher das Sauermilch-Grau(en) oder das Fischer-Rosa annimmt.
Darum unseren schönen und gepflegten Antiparlamentarismus über den Haufen zu werfen, erscheint dennoch zu früh. Noch sind wir die Wähler, hier und da gar die Bewegung; und mancherorts sind wir die Basis.

Anmerkungen

1 Otthein Rammstedt, *Soziale Bewegung*, Frankfurt 1978
2 Walter Oswalt, »Die Logik der Sonnenblume«, in: W. Kraushaar (Hg.), *Was sollen die Grünen im Parlament*, Frankfurt 1982
3 A. a. O.
4 Dany Cohn-Bendit während einer Diskussionsveranstaltung der Sponti-Wähler-Initiative im HVI der Frankfurter Uni (nach einem AStA-Video-Clip)
5 Joschka Fischer, »Für einen radikalen Reformismus«, in: W. Kraushaar (Hg.), *Was sollen die Grünen im Parlament*, a. a. O.
6 Joschka Fischer, »In die Grünen eintreten!«, in: *Pflasterstrand* 103, 1981
7 Wolf-Dieter Narr, »Realpolitik und Wirklichkeitsverfehlung«, in: Roland Roth (Hg.), *Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen*, Frankfurt 1980
8 Thomas Schmid, »Schwarz-rot-grün: Über eine scheinbare und eine mögliche Wende. Zur Bundestagswahl 1983«, in: *Freibeuter 16*, Berlin 1983
9 Joseph Huber, »Basisdemokratie und Parlamentarismus«, in: W. Kraushaar (Hg.) a. a. O.
10 W. Kretschmann in: *Die Würde einer Uniform ist antastbar*, Dokumentation der hessischen Landtags-Grünen
11 A. a. O.

Roland Schaeffer
Basisdemokratie
Oder: Wenn der Löwenzahn nicht wachsen will, müssen wir eben Kopfsalat essen

1. Über das Unbehagen in der grünen Kultur

Pflicht ist, wenn es keinen Spaß macht. Nein, es macht wirklich keinen Spaß, seinen Pflichten als Parteimitglied nachzukommen.
Da sind die Sitzungen im grünen Kreisverband[1]: zwei Drittel organisatorischer »Kleinkram«, gewürzt mit einem Drittel verdecktes Hauen und Stechen zwischen den Matadoren der unterschiedlichen »Linien«. Da sind die Sitzungen der Parteigremien, jeweils auf Kreis-, Landes- und Bundesebene: Hauptausschüsse, Vorstände und Versammlungen. Und da die Partei bei Wahlen ziemlich regelmäßig die 5 Prozent schafft, kommen die Fraktionen hinzu: im Stadt-, Landes- und Bundesparlament, gewiß, aber auch in Institutionen, von deren Existenz auf seiten der politisch interessierten Linken bisher nur die Sozialkundelehrer etwas ahnten: Ortsbeiräte, Kreistage, Umlandverband, Landeswohlfahrtsverband . . . Überall sitzen grüne Vertreter und warten auf die Basis. Überall wird öffentlich, zumindest mitgliederöffentlich getagt. Überall darf und soll ich mitreden, und wenn gegen meine Vorstellungen und Interessen entschieden wird, bin ich selbst schuld – ich hätte mich ja äußern können. Denn grüne Vertreter vertreten nicht, außer im äußersten Notfall, wenn sie gar nicht anders können, weil die Basis ihren Pflichten nicht nachkommt. Wer also ist schuld, wenn es in der Grünen Partei nicht klappt? Ja, eben.
Dabei, und das ist das Ärgerlichste, gibt es eigentlich keinen Grund zum Jammern. Für die Innenausstattung der Grünen Partei sind nur die Grünen selbst verantwortlich. Die todlangweiligen Sitzungen im Kreisverband, die zugigen Turnhallenversammlungen der Landesparteitage, die Grabenkriege, der fehlende Informationsfluß, die Nervenzusammenbrüche – all das tun wir uns selbst an. Grüne gegen Grüne. Mit den allerbesten Vorsätzen.
»Basisdemokratisch« will die Grüne Partei sein, eine »Anti-Parteien-Partei«. Die Ziele heißen: Überschaubarkeit, Dezentralisierung der Entscheidungen, direkte Demokratie (Bundesprogramm, 1980); »ständige Unterstützung aller Amts- und Mandatsinhaber durch die Basis« (hessisches Landesprogramm, 1982). Als diese Sätze geschrieben wurden, galt es, Ansprüche und Hoffnungen zu formulieren. Heute liegen praktische Erfahrungen vor. Es ist Zeit, Bilanz zu ziehen.

Ein ganz normaler Dienstagabend

Der Kreisverband (KV) Frankfurt trifft sich, wie jede Woche. Von den ca. 300 Mitgliedern sind 33 anwesend, eine normale Beteiligung, die im übrigen der Beteiligungsrate von 10 Prozent der aktiven Mitglieder bei anderen Parteien entspricht.

Zunächst Neuaufnahmen. Ein junger Mann, nahe 30, stellt sich vor, früher mal ein Jahr KBW, dann hat es ihm keinen Spaß mehr gemacht, seither ist er unorganisiert. Fragen? Wo er wohnt, will einer wissen – wegen eventueller Zugehörigkeit zu einer Stadtteilgruppe. Sonst keine Fragen, keine Einwände, damit ist das neue Mitglied aufgenommen.

Nächster Tagesordnungspunkt: Termine und Wahlkampfankündigungen. Vor dem US-Konsulat findet eine Mahnwache für Nicaragua statt, die Grünen haben unterschrieben, wer will mal ein paar Stunden mitmachen? Niemand – eine Liste wird herumgereicht. Aus München müssen mit dem LKW Ständer für eine Ausstellung abgeholt werden. Schweigen. Eine Friedensinitiative will 400 Mark. Der Kassierer ist in Urlaub, über den Kassenstand gibt es nicht einmal vage Vermutungen. Es werden schließlich 200 DM genehmigt. Wer will Plakatständer bauen? Abermals eine Liste. Wer macht mit beim Bücherstand? Wer will Karten für die Busse zur Friedensdemo weiterverkaufen?

Es wäre leicht, hier ein Vollzeit-Arbeitsprogramm für die nächsten 14 Tage zusammenzustellen. Aber fast niemand meldet sich, die Listen werden mit schlechtem Gewissen, aber doch mit einiger Routine weitergegeben, jeder schaut sich um: ist es aufgefallen, daß ich nicht mitmache?

22 Uhr. Bleibt eine knappe Stunde zum Diskutieren. Die Diskussion entsteht ad hoc, weil jemand da ist, der etwas will: Der KV soll sich an den Fastenaktionen beteiligen . . .

Was geht in einer solchen Sitzung vor sich? Die Stimmung ist so, als gelte es, einen Sack Mehl teelöffelweise aufzuessen. Und gleichzeitig haben alle das Gefühl, etwas Wesentlicheres, was immer es sei, zu verpassen.

Ist die politische Apparatur »Grüne Partei« zu groß geworden für die Menschen, die sie errichtet haben und jetzt ihre Hebel zu bedienen versuchen?

Was immer Basisdemokratie sein mag, von »Kontrolle« – geschweige denn einer »ständigen« – »aller« Amts- und Mandatsinhaber durch »die Basis« kann keine Rede sein. Wer sollte da auch wen kontrollieren? Fast überall im Lande ist es inzwischen so weit, daß die Partei mehr Ämter und Mandate zu vergeben hat, als auf den Sitzungen Mitglieder erscheinen.[2] Die Frankfurter Mandatsträger haben daraus die Konsequenz gezogen und besprechen »ihre« Probleme inzwischen auf gesonderten Parlamentariertreffen.

Vor allem die dezentrale politische »Grundeinheit«, die Kreisversammlung, ist fast völlig damit ausgelastet, die dringendsten eigenen Probleme zu erledigen und den Aufgaben nachzukommen, die ihr als Teil einer parlamentarisch repräsentierten Partei von außen zugeschrieben werden. In Frankfurt wird nicht einmal die Politik der »Grünen im Römer« auf den Kreisversammlungen diskutiert.

Fazit: Grüne Politik in den Parlamenten wird, wie in allen parlamentarischen Parteien, von den Parlamentsfraktionen, allenfalls noch von den »oberen« Parteigliederungen (Hauptausschüsse, Vorstände) gemacht. Die untere Ebene segnet allenfalls ab oder protestiert. Falls einmal – ausnahmsweise –

Grundsatzentscheidungen im KV zur Abstimmung stehen, hängt das Ergebnis von der Fähigkeit der Kontrahenten ab, im Vorfeld die passiven Mitglieder für die jeweilige Sitzung zu mobilisieren. Kurz: Der Alltag einer ganz normalen Partei, höchstens etwas schlechter organisiert.

2. Das Prinzip Basis

Wer für die grüne Partei »die Basis« ist, geht aus ihren Publikationen nicht hervor. Einen Klärungsversuch unternimmt J. Huber[3], der eine *Parteibasis* – die einfachen Mitglieder und unteren Parteigliederungen –, eine *Bewegungsbasis* – die Gesamtheit der sozialen Bewegungen, auf die die Grünen sich stützen –, und eine *Wählerbasis* unterscheidet. (Zumindest ein Teil der grünen Theoretiker und Politiker würde an dieser Stelle eine vierte »Basis« hinzufügen. »Ich stehe hier als Vertreter der Kröten im Landtag« – so ein grüner Abgeordneter in Baden-Württemberg. Da allerdings die Kröten, ebenso wie ihre Vettern, die stark bedrohten Rotbauchunken, und überhaupt die ganze Natur nur dann im politischen Alltag eine Rolle spielen, wenn sie solche Vertreter finden, möchte ich mich pragmatischerweise auf diese beschränken.)

Vor einer Antwort auf die Frage, *wer* die Basis sei, muß allerdings geklärt werden, *was* eigentlich »Basis« ist. Das Lexikon hilft da nicht weiter. Unter »Basis – politisch« findet sich dort zum einen die »Masse des Volkes, auf die die Arbeit politischer Parteien abzielt«, zum anderen die »Grundeinheit politischer oder gesellschaftlicher Institutionen«, also z. B. die Orts- oder Kreisverbände einer Partei. Die geradezu magische Wirkung, der Signalcharakter, den das Wort »Basis« hat, wird aus solch prosaischen Definitionen nicht verständlich. Ich möchte deshalb umgekehrt vorgehen und zunächst den sozialen Erfahrungen und Hoffnungen nachspüren, die sich im Lauf der letzten 15 Jahre an das Wort »Basis« geknüpft haben. Dazu sind einige Umwege notwendig.

Ein 68er Trauma

»L'Odéon est ouvert.«[4] Vom 14. Mai bis zum 14. Juni 1968 ist das »Odéon« in Paris, normalerweise der Sitz des Nationaltheaters, der Schauplatz einer »tribune libre«, einer »freien Tribüne«. Jeder kann hingehen und zuhören, jeder darf sprechen, solange das Publikum es duldet. Eine förmliche Explosion von Ideen und Phantasien. Plakate: »Die Revolution ist vor allem Eure Sache.« »Seid Ihr Teilnehmer oder Konsumenten?« »Leistet Widerstand – gegen Euch selbst.« »Umarme deine Geliebte, ohne das Gewehr loszulassen.«

Ein Monat lang Diskussion – über Revolution, Pressefreiheit und Empfängnisverhütung, über Gott und die Welt. Alle gemeinsam verantworten, was geschieht. Selbstorganisation: spontan entstandene Komitees für Ordnung und Brandschutz, Beziehungen zur Presse, Versorgung von Verletzten der Barrikadenkämpfe, Verpflegung der Diskutierenden aus dem Erlös der Geldsammlungen. Morgens um 10 beginnt der Saal des Theaters sich zu füllen, nachts um 4

oder 5 gehen die letzten Diskussionsteilnehmer nach Hause – 150 000, so die Schätzung, sollen es im Verlauf des Monats gewesen sein. Ende des Traums. – Am 14. Juni wird das Odéon ohne Gegenwehr von der Polizei besetzt. Die allgemeinen Wahlen stabilisieren wenig später die Macht der alten Institutionen. Die Rechte regiert mit absoluter Mehrheit.

In solchem Ausmaß haben wir in Deutschland die Lust an öffentlicher Debatte und genußreicher Selbstdarstellung wohl nie empfunden. Aber auch wir hatten unsere teach-ins und Vollversammlungen, hatten bei Großdemonstrationen, in Bürgerinitiativen und Basisgruppen jene Aufbruchsmomente, in denen Menschen das Wort ergriffen, die sich bis dahin noch nie öffentlich geäußert hatten und in ihrem verbissenen Privatismus völlig festgefahren schienen.
Noch die großen Startbahn-Demonstrationen vor zwei Jahren wurden von vielen Tausenden so empfunden: Jetzt äußern wir uns. Jetzt sprechen wir selbst, über das, was uns direkt betrifft und bewegt. Wehren uns gegen die da oben, die für uns sprechen wollen und dabei über unsere Interessen einfach hinweggehen, gegen Bevormundung und Fremdbestimmung, gegen Hierarchien und abstrakte Formalien, die von den Herrschenden sowieso nur ins Feld geführt werden, um uns übers Ohr zu hauen.
Aber das beschränkte sich nicht auf den politischen Bereich. Was die politischen Avantgarden aus Amerika und Frankreich, von den italienischen »Autonomisten« importierten, wurde zu einem Kulturereignis. Und als solches hat es die »Wendung nach innen«, die Abkehr von der »politischen« Politik, nicht nur überstanden, sondern wurde dadurch noch verstärkt. »Basis« steht heute in der Bundesrepublik für eine Emanzipationserfahrung: die »Hoffnung auf einen neuen Weg, sich und andere zu befreien« (H. E. Richter). »Basis«, das klingt nach Gleichberechtigung und kollektiven Lebensformen, nach Überwindung der »Trennung« von Politik und Privatleben, nach gemeinsamer Diskussion und gemeinsamem Handeln.
In den letzten Jahren hat sich das Prinzip auf die gesamte Mittelklassenkultur ausgedehnt. Eine, wie ich finde, sehr genaue Bestimmung der neuen Regeln des Zusammenlebens stammt aus einem nur scheinbar weit entfernten Bereich: der katholischen Kirche. In einem Buch über *Basisgemeinden in Europa*[5] heißt es:

»Das gemeinsame Handeln ist von sich selbst her konstitutiv ein Wir-Akt, der nur durch das ›Zusammenstreben‹, die Konvergenz vieler Personen, unterschiedlicher Meinungen, Erkenntnisse, Traditionen zustande kommt. Er kann seine volle Dynamik und Aktualität nur in der Einheit des Ortes, der Zeit und des Tuns erreichen: Erfahrungen, Erkenntnisse, Entschlüsse werden verändert, korrigiert, bereichert durch die unvermittelte, lebendige, personale Gegenwart anderer.«

Das »vis-à-vis der Mitglieder in letzter Unvertretbarkeit«[6] kennzeichnet die neue »Grammatik« des Zusammenlebens in Kollektiven und Gruppen aller Art, die in den letzten 15 Jahren zum festen Bestandteil des Alltagsbewußt-

seins vor allem der jüngeren Angehörigen der Mittelklassen geworden ist. Für bestimmte Lebenszusammenhänge hat sie sogar verbindlichen Charakter bekommen.
Gewiß: da ist zu unterscheiden zwischen jener (zahlenmäßig relativ kleinen) Gruppe, für die das Leben im Kollektiv auch das Berufsleben bestimmt, und der überwiegenden Mehrzahl, für die diese Normen nur in Ausnahmesituationen gültig sind, während ihr Lebensschwerpunkt in Institutionen liegt, die nach ganz anderen Mustern funktionieren. Hier liegt der Unterschied zwischen einem Alternativprojekt und z. B. einem Gesprächskreis (geleitet von progressiven Sozialtherapeuten) in einer Justizvollzugsanstalt oder einer Infarktklinik für Spitzenmanager. Im letzteren Fall wird nur für einen genau umgrenzten Zweck und für eine bestimmte Zeit die Hierarchie außer Kraft gesetzt. Kurz, die Wege, die auf der Suche nach »Befreiung vom Zwang zu hektischer Leistungsaktivität, zu permanenter Gefühlsunterdrükkung, zu expansiver Rivalität als Prinzip . . .« (H. E. Richter) gegangen werden, mögen in verschiedene Richtungen weisen, und ob die proklamierten Ziele in den jeweiligen Gruppenzusammenhängen tatsächlich erreicht werden, ist durchaus die Frage. Aber das zugrundeliegende »Prinzip«, das ich hier »Prinzip Basis« nenne, hat für weite Bereiche der Mittelstandskultur Gültigkeit bekommen.

3. Basis und Demokratie – die Konkurrenz zweier Legitimationsmuster

Während die Angehörigen der Mittelklassen die »neuen Kommunikationsformen« zur kontrollierten Förderung von »Kreativität« und »Selbsttätigkeit« einsetzen, während BI's und sonstige »autonome« Gruppen im Auf und Ab der Zeitläufte und im Rhythmus der spontanen Fluktuation der Beteiligung leben, haben die Grünen eine Parlamentspartei gegründet. Damit stellen sie eine Grundsatzfrage: Kann es gelingen, die Vielfalt und Lebendigkeit der sozialen Bewegungen in einen solchen neuen Rahmen zu übertragen und auf Dauer zu stellen? Können die Entfaltungsmöglichkeiten und Sicherheiten, die ein einzelner durch die Zugehörigkeit zu einer »Gruppe« erhält, in einer Partei realisiert werden? Verschiedene grüne Autoren – z. B. W.-D. Hasenclever, der die »themenzentrierte Interaktion« als Modell politischer Kommunikationsformen vorschlägt[6] – scheinen das für möglich zu halten.

Die neun Abgeordneten der Grünen im hessischen Landesparlament haben nach der Wahl vor einem Jahr gemeinsam mit den sogenannten »Nachrückern« eine »Landtagsgruppe« gebildet, der alle gleichberechtigt angehören sollen. Ein Jahr später gibt es Neuwahlen. Bei der Kandidatenkür stellt sich die alte »Landtagsgruppe« geschlossen zur Wiederwahl – schon aus soziologischen Gründen ein höchst aussichtsreiches Unterfangen, denn da die »Gruppe« Mitglieder

aus verschiedenen politischen Strömungen und Angehörige von Kreisverbänden unterschiedlicher Landesteile umfaßt, ist sie – Geschlossenheit vorausgesetzt – auf einer Landesversammlung von ca. 250 Personen praktisch nicht zu überstimmen. (Es genügt schon, wenn jeder der Kandidaten vier oder fünf Freunde aus dem eigenen Kreisverband mobilisiert.)
Wie nicht anders zu erwarten, hat das Manöver Erfolg. Die heftige Kritik, der sich die Landtagsgruppe von verschiedenen Seiten wegen ihrer politischen Tätigkeit ausgesetzt sieht, wird mit dem Hinweis gekontert, sie hätten es »als Gruppe« verstanden, trotz unterschiedlicher Ansichten Verständnis füreinander zu entwickeln. Zitierenswert ist die Begründung, die eine Abgeordnete für diese Strategie der kollektiven Machterhaltung gab. »Für mich«, so hielt sie den Delegierten vor, »ist nicht klar, wie ihr von außen überhaupt sehen wollt, was ein Mitglied von uns tut. Von außen könnt ihr das überhaupt nicht sehen. Da müßten wir ja hier gegeneinander konkurrieren. Wenn ihr das wollt, daß wir hier gegeneinander konkurrieren, dann müßt ihr das sagen.«
Obwohl viele in der Versammlung meinen, sie fühlten sich irgendwie über den Löffel balbiert, wird an dieser Äußerung keine Kritik geübt.

Es sind offenbar zwei gegensätzliche Legitimationsmuster, derer sich die Akteure in diesem Beispiel bedienen. Die Mandatsträger berufen sich (entsprechend ihrer momentanen Interessenlage) auf das »Prinzip Basis« – und schränken dadurch die demokratischen Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten der Delegierten (d. h. der Parteibasis) radikal ein. Und »natürlich« will auch von den Delegierten keiner, daß Abgeordnete und Nachrücker etwa gegeneinander um die Listenplätze konkurrieren, daß sie, wenn schon von außen niemand etwas von dem beurteilen kann, was »innen« läuft, sich gegenseitig kritisieren, die Schwächen aufdecken, politische Gegensätze und Konflikte vor der Parteiöffentlichkeit austragen. Sie sollen sich vielmehr so verhalten, wie wir das von jedem vernünftigen Kollektiv erwarten: »solidarisch«. Mehr noch: »Emotionales Verhalten als ein wichtiger Ausdruck unseres Lebens sollte eine offene und öffentliche Selbstverständlichkeit sein, auch für Männer« (Landesprogramm, S. 127).
Auf der anderen Seite kann niemand daran vorbei, daß die Grünen eine Partei sind, die mit der Wahl ihrer parlamentarischen Vertreter eine ihrer demokratischen Pflichten ausübt. Um es in der kalten Diktion Max Webers zu formulieren: sie sind eine jener »auf (formal) freier Werbung beruhenden Vergesellschaftungen mit dem Ziel, ihren Leitern innerhalb eines Verbandes Macht und ihren aktiven Teilnehmern dadurch (ideelle oder materielle) Chancen (der Durchsetzung von sachlichen Zielen oder der Erlangung von persönlichen Vorteilen oder beides) zuzuwenden«. In demokratischen Parteien finden Wahlen nach demokratischen Gesichtspunkten statt, d. h., die Repräsentanten der unterschiedlichen Strömungen bemühen sich, für ihre politische Position eine Mehrheit zu bekommen. Innerparteiliche demokratische Konkurrenz würde also genau das voraussetzen, was das »Prinzip Basis« ausschließt.
Was sich letztlich durchsetzt, ist eine Mischung beider Legitimationsmuster, wobei je nach Interessenlage mal das eine, mal das andere hervorgehoben

wird. Denn selbstverständlich haben es die Akteure längst gelernt, ihre politischen und persönlichen Interessengegensätze auf dem Terrain der »neuen Kommunikationsformen« auszutragen. Während in der Öffentlichkeit Konformitätszwang herrscht und »auch die Männer« sich programmgemäß in der Demonstration des gewünschten »emotionalen Verhaltens« üben, werden unter den Tischen die Messer gewetzt. Wo allzu viel Nettigkeit gefordert wird, da stecken die Dolche zumeist im Rücken.

Der Landesvorstand der hessischen Grünen hat die »Landtagsgruppe« aufgefordert, einen Kandidaten für ein Fernseh-Streitgespräch der hessischen Spitzenkandidaten zu benennen. Sie einigt sich auf die Kandidatin Iris B. Das höchste beschlußfassende Organ zwischen den Parteitagen, der Landeshauptausschuß (LHA), akzeptiert diese Entscheidung nicht, sondern erklärt sich zunächst in einer gesonderten Abstimmung für »zuständig«, um anschließend die stramm fundamentalistische Römer-Abgeordnete Jutta D. zu nominieren. Als der Hessische Rundfunk sie mit dem Hinweis, sie sei nicht Landtagskandidatin, ablehnt, wird das ebenfalls stramm fundamentalistische Mitglied der Landtagsgruppe Jan K. nominiert. Während die LtG sich nach dem ersten Partei-Beschluß noch mit verbalen Protesten begnügt hatte – wiewohl er ja ihre totale Entmündigung enthielt –, kommt es jetzt zum Eklat. K. habe, so wird ihm vorgeworfen, die Gruppensolidarität verletzt, als er sich als möglicher Kandidat zur Verfügung stellte.

Der bei den Sitzungen der »Landtagsgruppe« in regelmäßigen Abständen als Supervisor anwesende Diplompsychologe bemerkt in seiner Zusammenfassung am Schluß der heftigen Debatte, K. sei hier offenbar zum Sündenbock gemacht worden.

War es nicht die demokratische Pflicht Jan K.s, sich der von der Mehrheit des LHA ihm angetragenen Repräsentationsaufgabe nicht zu entziehen? Oder hat er durch seinen Verrat an den Beschlüssen der ihn »tragenden« Gruppe den Prinzipien der »Basisdemokratie« zuwidergehandelt?

4. Von den ungewollten Nebenfolgen der Institutionalisierung – Inspektion einer Anti-Parteien-Partei

Die widersprüchlichen Anforderungen, die das »Prinzip Basis« einerseits, die inner- und außerparteiliche Demokratie andererseits an die Mitglieder und Repräsentanten der Grünen Partei stellen, erzeugen, wie alle »double bind«-Situationen, zunächst einmal Streß. Auf die Dauer können die einzelnen, wollen sie sich nicht zurückziehen, nur mit Zynismus oder mit moralisierenden Durchhalteappellen auf den offenkundigen (und in Privatgesprächen auch offen eingestandenen) Gegensatz zwischen den hohen Ansprüchen und der miesen Wirklichkeit reagieren: Wenn ihr nur wolltet, dann wärt ihr gute Basisdemokraten. Die Schere zwischen Wunsch und Realität klafft trotz solcher pädagogischer Experimente am eigenen Leib unterdessen immer weiter auseinander.

Daß möglichst die unterste Ebene entscheiden soll und daß institutionelle Festlegungen, die die Autonomie von demokratischen Versammlungen ein-

schränken könnten, möglichst vermieden werden sollen, ist ein Erbe der Basisgruppentradition der Grünen. Innerhalb eines Parteiapparats haben diese Grundsätze allerdings paradoxe Folgen. Denn die relativ offene Gestaltung der Satzungen des Bundesverbandes, der Landes- und Kreisverbände macht es beispielsweise möglich, auf einer Landesversammlung die Tagesordnung vom ersten auf den zweiten Tag zu verschieben und umgekehrt. (Das geht bis zu Regelungen wie der in der Hessischen Landessatzung, daß die Wahlordnung für die Wahl von Landtags- bzw. Bundestagskandidaten auf der jeweiligen Landesversammlung jedesmal neu beschlossen wird.) Die Folge: Viele grüne Versammlungen werden zu einem wahren Eldorado der Tages- und Geschäftsordnungsspezialisten. Gerade die institutionelle Nicht-Festgelegtheit ermöglicht also jene formellen Machtspielchen, die doch dadurch vermieden werden sollten. Was für eine selbstbestimmte Versammlung, eine BI, eine Gruppe jeglicher Art Bedingung ihrer größtmöglichen Selbstbestimmung gewesen war, führt in der Parteiorganisation dazu, daß die »einfachen« Mitglieder aufgrund der Kulissenschiebereien informeller Machtgruppen auf den Gang der Ereignisse immer weniger Einfluß haben. Und so wiederholt sich der oben geschilderte Konflikt seiner Struktur nach auf allen Ebenen.

Zu Besuch beim Bundeshauptausschuß. Die BHA-Delegierten sind mir als einfachem Mitglied sämtlich völlig unbekannt, nach Alter und Auftreten wirken sie wie die Angehörigen eines Studentenparlaments. Haupttagesordnungspunkt heute: Entscheidung über den Haushaltsplan der Bundestagsfraktion, Umfang 10 Millionen Mark. Ein Delegierter stellt fest, daß er die einzelnen Haushaltsansätze nicht verstehe, auch die Erklärungen des Beauftragten der Fraktion helfen nicht weiter. Ein anderer stellt aus demselben Grund den Antrag, den ganzen Plan abzulehnen: ein neuer, genauer spezifizierter Plan solle erstellt werden. Nach stundenlangem Hin und Her wird er angenommen – praktisch unverändert.
Weiterer Tagesordnungspunkt: eine Broschüre zum Thema Energie. Die Hersteller, eine Anti-Akw-Initiative, fordern 50 000 Mark, weil sie das Hochglanzprodukt großflächig verteilen wollen – unterstützt von verschiedenen grünen Landes- und Kreisverbänden. Einigen BHA-Mitgliedern gefällt die Broschüre nicht. »Wir lassen uns von den Grünen nichts vorschreiben – das ist eine autonome Initiative«, wird ihnen vorgehalten; lang genug seien sie von einer grünen Institution zur andern immer weiter vertröstet worden. Die BHA-ler ihrerseits wollen sich nicht unter Druck setzen lassen, schließlich kommt es zu einer Ablehnung.
Während der Bundestagsfraktion seitens der BHA-Mitglieder ein ausgesprochenes Mißtrauen entgegengebracht wird (»Die machen sowieso, was sie wollen«), äußert ein MdB – unter vier Augen, versteht sich – so etwas wie Mitgefühl mit den unbezahlten »armen Verwandten«, wie er sich ausdrückt. Kontrolle? Davor hat er keine Angst. »Die beschließen – und der Bundesrechnungshof lehnt es ab.«

Gravierender in den Auswirkungen ist der Verzicht auf die parteiüblichen Formalien, wenn es um das Verhältnis der verschiedenen Parteiinstanzen zueinander geht. Da Zuständigkeiten nicht festgelegt sind, kann sich jeder Vorstand und jeder Arbeitskreis zur »Gruppe« erklären und beschließen, worüber er will. Da kämpft der Bundeshauptausschuß gegen den Bundes-

vorstand und die Bundestagsfraktion (daß sie sich nicht auch »Gruppe« genannt hat, löste einigen Ärger aus), bildet aus eigener Machtvollkommenheit einen »ständigen Ausschuß« zur Kontrolle der anderen Institutionen; und selbst die hessischen Delegierten zum Bundeshauptausschuß bilden zusammen mit »ihren« Nachrückern, den Ersatzdelegierten nämlich, eine »BHA-Gruppe Hessen«, und so weiter. Das Beispiel des hessischen Landeshauptausschusses wurde bereits genannt. Das regulative Prinzip, durch das die Entscheidungsmöglichkeiten bei einer Basisgruppe zwangsläufig eingeschränkt werden – daß sie nämlich selbst ausführen und vertreten muß, was sie zuvor beschlossen hat –, entfällt für diese Parteigremien.
Zu den ungewollten Nebenfolgen der institutionellen Nichtfestlegung kommen die Konsequenzen der organisatorischen Regelungen, die die »Basisdemokratie« bei den Grünen garantieren sollen. Laut Hessischem Landesprogramm:

»Kerngedanke ist dabei die ständige Unterstützung und Kontrolle aller Amts- und Mandatsinhaber und Institutionen durch die Basis. Dies bedeutet: Öffentlichkeit aller Sitzungen, restlose Offenlegung der Einkünfte aller Parlamentarier, Abführung des größten Teils der Diäten und Aufwandsentschädigungen, zeitliche Begrenzung und Trennung von Amt und Mandat. Dies wollen wir im Landtag durch ein Rotationsprinzip erreichen. Wir dulden in unseren Reihen keine politischen Trittbrettfahrer und Karrieristen, wir wollen keine Berufspolitiker . . .«[7]

Zu dem Euphemismus von der »ständigen Unterstützung« aller Amts- und Mandatsinhaber ist eingangs schon einiges gesagt worden. Die »Öffentlichkeit aller Sitzungen« hat vor allem die Zunahme informeller Treffen zur Folge (zu den weiteren Konsequenzen siehe unten). Die »restlose Offenlegung der Einkünfte aller Parlamentarier« ist ebenso wie die Abführung der Diäten wiederholt kritisiert worden; da es sich dabei aber nicht um Fragen der politischen Demokratie, sondern allenfalls der politischen Glaubwürdigkeit handelt, erspare ich mir hier weitere Kommentare. Die »zeitliche Begrenzung« der Mandatsausübung, das Rotationsprinzip, hat unter dem Gesichtspunkt der Machtverteilung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten innerhalb der Partei vor allem eine Folge: die Zahl der Profi-Politiker in den Parlamenten verdoppelt sich, was zu einer enormen Zunahme des innerparteilichen Gewichts der Abgeordneten bzw. Nachrücker führt; überdies hat ein Teil von ihnen jetzt reichlich Zeit, sich mit dem Aufbau innerparteilicher Machtpositionen zu befassen. Und da die Nachrücker nicht wie die Abgeordneten den für Parlamentsmitglieder gültigen Kündigungsschutz genießen, sind im Anschluß an ihre Parlamentszeit alle arbeitslos: die ex-Mandatsträger werden de facto-Berufspolitiker – sie bleiben auf die Partei angewiesen und müssen versuchen, sich in ihr einen neuen Job zu sichern.
Die Zunahme demokratischer Entscheidungsmöglichkeiten für die Basis hingegen bleibt auf einen Punkt beschränkt: die Landesversammlung ent-

scheidet (nach der Bundesregelung) nach zwei Jahren darüber, wer nachrückt und wer nicht. In Hessen, wo »automatisch« rotiert wird, entfällt sogar diese bescheidene Einwirkungsmöglichkeit.
Die »Trennung von Amt und Mandat«, eigentlich eine urdemokratische Einrichtung, hat für die Praxis in der Partei ebenfalls ungeahnte Folgen. Die schmale Personaldecke der Grünen, die es kaum schaffen, die bei Wahlen zur Verfügung stehenden Mandate zu besetzen, zwingt sie, immer häufiger politische »Nobodys« in Parteiämter zu wählen. Auf den mitgliederöffentlichen Sitzungen der Parteigremien werden solche politisch unerfahrenen Schnellaufsteiger dann häufig zur Verfügungsmasse machtbewußter Politkader, die Entscheidungen herbeiführen, ohne selbst in Erscheinung zu treten. Diese Politik des Strohmänner- bzw. Strohfrauentums führt zur Unvorhersehbarkeit und Undurchschaubarkeit von Entscheidungen, zur Unmöglichkeit der Zuordnung von politischer Verantwortlichkeit und zum Vorherrschen informeller Entscheidungsstrukturen; kurz, zur Aushöhlung der politischen Funktion der Partei.
Als letzte jener Regelungen, durch die die Basisdemokratie organisatorisch »garantiert« werden soll, ist das *»imperative Mandat«* zu nennen. Auf die Schwäche dieser Institution – daß nämlich diejenigen, die ein imperatives Mandat erteilen, die Diskussionsprozesse in dem Gremium, das die Entscheidung fällen soll, nicht kennen können und dadurch die politische Handlungskompetenz ihrer Delegierten auf die bloße Briefträgerfunktion reduzieren – hat bereits Robert Michels hingewiesen.[8] Da klare Kompetenzzuschreibungen fehlen, geraten die Parteigremien in die Versuchung, den Parlamentsfraktionen in alles hineinzureden. Davon abgesehen fehlt den (unbezahlten) Amateuren der »Basisgruppen« Landes- bzw. Bundeshauptausschuß meist sowohl die Zeit als auch die Sachkompetenz (siehe oben: Wahl in Parteiämter), sich mit dem Gegenstand, über den sie entscheiden müssen, zu befassen. Die Folge: sie fühlen sich von den (gutbezahlten) Profis hereingelegt, blockieren aus Rache Entscheidungen etc.
Der Demokratie innerhalb der Partei ist diese formelle Allmacht der oberen Parteigremien (kombiniert mit ihrer faktischen Schwäche) nicht förderlich. Denn die Delegierten der Bundes- und Landeshauptausschüsse üben grünem Selbstverständnis zufolge ihr imperatives Mandat gegenüber den Fraktionen mit der Begründung aus, daß sie selbst »direkt« den Basiswillen transportierten. Das ist jedoch nicht der Fall. »Ich habe es vielleicht fünfmal erlebt, daß ein Beschluß alle basisdemokratischen Hürden genommen hat«, d. h. formal korrekt von unten nach oben »durchgestimmt« worden ist – so ein Gründungsmitglied der Grünen und heutiges MdB. Von sehr seltenen Ausnahmen abgesehen (ich selbst kann mich an keinen Fall erinnern, wo etwa ein BHA-Beschluß vorher im Kreisverband diskutiert worden wäre) werden die Mitglieder weder über die Tagesordnung noch über Beschluß-

vorlagen informiert, noch kennen sie die Probleme, um die es bei der jeweiligen Entscheidung geht. Sie erfahren von den Beschlüssen der Bundes- und Landeshauptausschüsse aus der Zeitung oder über »gut plazierte« Bekannte.
Fazit: Das angebliche »imperative Mandat« dieser Gremien entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als reines Repräsentativ-Mandat. Mit einer Einschränkung. Da es sich nämlich dem Selbstverständnis nach um ein imperatives Mandat handelt, wird von denjenigen, die ihre Vertreter in diese Parteigremien schicken, auf die Personen, die es ausüben, nicht sonderlich geachtet – sie sollen ja nicht »vertreten«, sondern die »Weisungen« der Basis nach oben weiterreichen. Während die Angehörigen der Parlamentsfraktionen immerhin noch als Personen ein hohes innerparteiliches Ansehen und einen gewissen Bekanntheitsgrad genießen, bestehen die Parteigremien, die ihnen Weisungen erteilen, zumeist aus völlig Unbekannten.

5. Weder BI noch Avantgarde – aber was?

Als vor einigen Jahren die *taz* gegründet wurde, gab es unter den »Initiativen« in den verschiedenen Städten heftige Auseinandersetzungen um die »Basisberichterstattung«. Denn wie sich bald herausstellte, waren zwölf Seiten zu wenig, um alles unterzubringen, was an Beiträgen von den »Inis« geliefert wurde. Und außerdem, so schien es den Redakteuren in der Berliner »Zentrale«, war vieles überhaupt nicht interessant, schlecht geschrieben, unverständlich, Agitation im Flugblattstil. Am Anfang versuchten sie es mit Kürzen der Artikel – die Reaktion waren wütende Proteste, es fehlte den Schreibern natürlich immer gerade das Wesentliche. Dann gab es Tage, da wurde ein kleinerer Schriftgrad gewählt, um alles auf die zwölf Seiten zu bringen. Die Kontrollbesuche der »Inis« nahmen zu, aber wie merkwürdig: Wenn das frisch in die Zentrale gekommene Basis-Ini-Mitglied dann selbst die Seiten zusammenklebte, wurden die Proteste von »unten« eher noch heftiger – nur die Heimatorte fühlten sich besser bedient. Mit der ihnen zugefallenen Macht aber gingen die Neulinge mangels Erfahrung meist fahrlässiger um als die eingesessenen Redakteure.
Inzwischen haben sich die Interessen der Leser durchgesetzt, der Lärm um den »machtlüsternen Profi-Journalismus« hat der Kritik an professionellen Schwächen Platz gemacht. Die politische Richtung der *taz* hat sich dadurch ebensowenig verändert wie ihre »Nähe zur Basis«. Allenfalls lesbarer ist sie geworden. Die Wiedergabe der Wirklichkeit in einer Zeitung, so hat sich herausgestellt, besteht nicht in der beliebigen Reproduktion dessen, was die Basis zu veröffentlichen wünscht. Es gehört dazu vielmehr eine produktive Verarbeitung dieser Wirklichkeit. Die Menschen, die die Zeitung machen, brauchen deshalb so etwas wie »journalistische Qualifikation«.

Journalistische Qualifikation – politische Qualifikation. Die Repräsentanten der Grünen werden für bestimmte Aufgaben gewählt – sie sollen den sozialen Bewegungen, denen die Grüne Partei ihre Existenz verdankt, im Parlament ihre Stimme verleihen. Sie sollen die Interessen dieser Bewegungen vertreten. Wie das Beispiel der *taz* zeigt, findet auf dem Weg, den ein Inhalt oder Interesse von unten nach oben nimmt, irgendwo ein »Sprung«

statt. Es gibt keinen direkten Weg – sowohl bei der Berichterstattung über irgendein Ereignis als auch bei der Überführung außerparlamentarischer Aktivitäten in parlamentarische Initiativen und Anträge wird das, was »unten« passiert, durch die Köpfe bestimmter, dafür ausgewählter Individuen gefiltert, verändert, angereichert. Und in beiden Fällen ist das ein produktiver Prozeß: die »Verschiebung« auf eine andere Ebene der Auseinandersetzung verändert die Formen und Regeln des politischen Spiels. Da die Tätigkeit der Repräsentanten – denn darum handelt es sich – ein hohes Maß an Sensibilität und Einfühlungsvermögen, aber auch eine ganze Portion Selbstbewußtsein und Entschlossenheit – kurz: die Anwendung individueller Qualifikationen – verlangt, kann sie nur auf Freiwilligkeit beruhen. Kontrolle hilft da nicht weiter. Wer die in ihn gesetzten Erwartungen enttäuscht, muß eben abgelöst werden.

Aufnehmen, was an der Basis gedacht wird, Vertretung von Interessen – darin liegt ein demokratisches Ethos, das im bundesrepublikanischen Parlamentarismus weitgehend verlorengegangen schien, bevor die Grünen antraten, um es neu zu beleben. (Dabei kann es sogar notwendig werden, gegen die eigene Partei zu stimmen. Man erinnere sich an die schändlichen Gehorsamsbeweise der SPD-Linken im Bundestag oder bei dem einstimmigen Votum für den Bau der Startbahn West im Hessischen Landtag.) Worum es bei einer solchen Zusammenfassung und Bündelung von Interessen allerdings nicht gehen kann, das ist der Versuch, die Partei an die Stelle von Bewegungen zu setzen. Die bekannte Formulierung vom »außerparlamentarischen Spielbein« der Grünen deutet so etwas an, ebenso viele Verhaltensweisen grüner Repräsentanten. Demgegenüber ist daran festzuhalten, daß die Bewegung – was immer sie über die Parlamentsarbeit denkt – außerhalb des Parlaments jedenfalls keine Partei nötig hat.

Aus einem Rundbrief der »Hoechster Schnüffler und Maagucker« (einer BI, die sich mit den Umweltproblemen im Farbwerke-geschädigten Hoechst befaßt) an die Grünen und Bürgerinitiativen:

»In der Vergangenheit haben wir leider einige negative Erfahrungen mit dem grünen Parlamentarismus gemacht. Aufgrund dieser Erfahrungen fragen wir uns, ob wir weiter mit den grünen Parlamentariern zusammenarbeiten können bzw. unter welchen Bedingungen dies möglich ist . . .

Aufgrund der Anregung eines einzelnen schlossen sich mehrere Bürgerinitiativen, Privatpersonen und auch die Grünen zusammen, um auf der HV der Hoechst AG als Aktionäre Fragen und Forderungen zum Umweltschutz einzubringen. In der Vorbereitung zur HV wurde die Arbeit noch von allen gemeinsam geleistet. Dann aber kam es anders. Bei der HV waren plötzlich Grüne Parlamentarier aus Landtag und Römer, die an der Vorbereitung nicht beteiligt gewesen waren, anwesend. Diese zogen sofort das Interesse der Presse und des Fernsehens durch bereitwillige Erklärungen auf sich. Sie gaben Interviews über Aktionen, bei denen sie doch allerhöchstens Randfiguren gewesen sind. Es scheint dabei den Grünen wichtiger gewesen zu sein, ihre persönliche Publicity zu pflegen, als sich auf ihre tatsächliche Rolle in dem Aktionsbündnis zu beschränken. Ähnliches Verhalten haben wir bisher nur den sog. etablierten Politikern zugeordnet . . .«

Die Grünen als Partei können, das ist die These dieses Artikels, die sozialen Formen der Bewegungen nicht kopieren. Treten sie außerparlamentarisch in Erscheinung, dann sind sie ständig in Gefahr, die alte Rolle der »Avantgarde«-Parteien zu übernehmen. Sie müssen einen anderen Weg finden: einen Weg des Nebeneinander und der Kooperation, der den bewußten Umgang mit den unterschiedlichen Handlungs- und Organisationsformen einschließt. Wie gesagt: die gesellschaftliche Wirklichkeit zwingt den Grünen diese Sonderrolle unabhängig von ihren Wünschen auf. Die Frage ist nur, wie rational sie mit der neugewonnenen Macht umgehen. Die scheinbar so schwierige Frage, wer denn die »Basis« der Grünen Partei sei, wäre dann sehr schnell zu klären. Der Huberschen Dreiteilung folgend: Politisch vertritt die Partei die sozialen Bewegungen, aus denen sie hervorgegangen ist. Die Art und Weise, wie sie das tut, ist allerdings die eigene Entscheidung ihrer Mitglieder und Repräsentanten und auch nur von ihnen zu verantworten. Demokratisch legitimiert sind die Mandatsträger durch die Partei- und die Wählerbasis; die Inhaber von Parteiämtern können eine solche Legitimation ausschließlich in bezug auf die Parteibasis beanspruchen. Denn sie entscheidet allein über das, was innerhalb der grünen Partei geschieht. Wohlgemerkt: Damit ist nicht ausgeschlossen, daß die Grünen sich in ihren Entscheidungen an den sozialen Bewegungen orientieren – im Gegenteil. Ebensowenig ausgeschlossen sind offene Listen, ist die Zusammenarbeit mit nicht-parteigebundenen Individuen und Gruppen, auch nicht Vereinbarungen, daß man sich in bestimmten Fragen nach deren Entscheidungen richtet – im Gegenteil. Denn was immer über die sozialen Bewegungen und ihre (angebliche) radikale Ablehnung des Bestehenden in grünen Debatten philosophiert wird – vieles davon erinnert an das »wahre Klassenbewußtsein« unseligen Angedenkens –, die empirischen sozialen Bewegungen, die real vorfindlichen Öko-, Frauen-, Friedens- und sonstigen Initiativen erwarten von den Grünen weder eine Verdopplung dessen, was sie selbst tun, noch eine bürokratisch verzerrte Kopie ihrer organisatorischen Formen, sondern zunächst einmal verantwortliches politisches Handeln innerhalb des von den Grünen besetzten politischen Feldes (der Parlamente nämlich) sowie Klarheit von Kompetenzen als Voraussetzung für politische Einflußnahme.

6. Für einen demokratischen Umgang mit grüner Macht

Bedingung für eine (wie ich meine dringend notwendige) demokratische Neubelebung der Grünen Partei ist eine innerparteiliche Reform. Es ist dabei mit großer Sorgfalt vorzugehen. Denn das weitgehende Scheitern des Versuchs, andere und bessere Organisationsformen zu finden, als sie in den

etablierten Parteien üblich sind, beweist ja noch nicht, daß es solche Möglichkeiten nicht gäbe. Die Reform müßte also beginnen mit einer genauen Bestandsaufnahme der organisatorischen Strukturen und ihrer Auswirkungen auf die Entscheidungsfindung und die Partizipationsmöglichkeiten des einzelnen Mitglieds: mit einer Realbilanz von drei Jahren grüner Parteiexistenz, nicht einer ideologischen Wunschliste. Und dann? Hier ein paar Vorschläge:

– Satzungsmäßige *Selbstbeschränkung* aller Parteigremien: z. B. Festlegung von Wahlordnungen, Regelung von Tagesordnungsänderungen etc. Für Bundeshauptausschuß und Landeshauptausschüsse: Sie sind als repräsentative Organe zu verstehen und bilden einen erweiterten Vorstand (Präsidium). Auch ihre Entscheidungskompetenzen werden satzungsmäßig begrenzt. Ein imperatives Mandat gegenüber den Parlamentsfraktionen haben sie nur dann, wenn sie de facto und nachprüfbar auf ein imperatives Mandat der Parteibasis – d. h. der Kreisverbände – verweisen können.

– Das Rotationsprinzip wird abgeschafft (über eine Begrenzung der Mandatsausübung, etwa auf zwei Legislaturperioden, müßte man dann diskutieren).

– Die Trennung von Amt und Mandat wird eingeschränkt: in der Regel sind Amt und Mandat nur dann unvereinbar, wenn sie auf derselben »Ebene« liegen: z. B. ein Stadtratsposten mit einem Kreisvorstandsamt usw. Auf diese Weise soll gesichert werden, daß die Meinungsführer auch Parteiämter übernehmen.

– Professionalisierung – d. h. auch Bezahlung – bestimmter Parteiämter, um den Willensbildungsprozeß innerhalb der Partei unabhängig von den gegenwärtig übermächtigen Parlamentsfraktionen zu fördern. Damit wäre auch ein Zustand beendet, in dem nichtgewählte Parteiangestellte – die Geschäftsführer der Landes- und Bundesgeschäftsstellen nämlich – aufgrund ihrer ständigen Anwesenheit zwangsläufig zu politischen Repräsentanten der Partei werden.

Damit die Basis mehr mitbekommt von dem, was oben und anderswo passiert, ist die Schaffung eines Informations- und Diskussionsorgans überfällig – mit jährlich gewählten, aber ansonsten nicht ablösbaren Vertrauensredakteuren, gesicherter Finanzierung und nur durch ein liberales Redaktionsstatut (Recht auf Gegendarstellungen etc.) begrenzter Autonomie.

Das Ziel einer solchen Reform wäre die Förderung der innerparteilichen Demokratie und der Teilnahme auch von Nicht-Berufspolitikern am Entscheidungsprozeß. Es wäre die Politisierung der Gegensätze, die zur Zeit als Dschungelkrieg von selbsternannten »Basis-Gruppen« auf allen Ebenen und nach dem Prinzip »alle gegen alle« geführt werden. Es wäre das öffentliche und verantwortliche Auftreten der bisher nur informellen Führungsstäbe in den gewählten Parteigremien.

Die Grünen haben ihre Parteiwerdung bisher weder organisatorisch noch intellektuell verarbeitet. Die Schnelligkeit dieses Vorgangs und der triumphale Einzug in die Parlamente lassen häufig übersehen, daß im Innern der Organisation wie der Individuen oft genug das blanke Elend herrscht, ein Chaos von widerstreitenden Interessen, Gefühlen, Ängsten und Zwängen, das nicht nur den Repräsentanten an der Spitze (wie häufig beklagt), sondern auch den Aktivisten unten das Leben sauer macht, die sich zum Dank dann noch als »Basis-Guillotine« beschimpfen lassen müssen.
Als Parteimitglied ist jeder Grüne Teil eines staatsähnlichen Machtapparats. Ob das Parteimitglied oder das Individuum X etwas sagt, ist ein Unterschied, und wenn das Parteimitglied ein Parlamentsmandat oder eine Funktion innehat, ist es ein großer Unterschied.
Gewiß: es gibt die Möglichkeit, davor die Augen zu verschließen, zu beteuern, daß die Grünen keine Partei seien und die Grünen-Mitglieder keinerlei Macht ausübten, ausüben wollten oder dürften, wie auch immer. Damit wird ein rationaler Umgang mit der Macht verbaut – jener Macht, die innerhalb der Partei einzelnen dank ihrer Bekanntheit oder Funktion zufällt und sie von den einfachen Mitgliedern abhebt – jener Macht aber auch, die die Partei nach außen verkörpert – und verkörpern muß. Denn: Nicht Macht an sich ist etwas Unmoralisches, sondern allenfalls die Art ihrer Aneignung oder Verwendung.
Mit dem durch Organisationsarbeit und Wählerstimmen aufgebauten Machtpotential verantwortlich umgehen zu lernen, ist ein langer und mühseliger Prozeß der politischen Qualifizierung. Das »Prinzip Basis« hilft da nicht mehr weiter. Es steht den Grundsätzen innerparteilicher Demokratie ebenso fremd gegenüber wie etwa das Prinzip der Familiensolidarität (dessen modernisierter Abkömmling es ja in der Tat zu sein scheint). Und es gleitet allzu oft ab in die Gemeinschaft derer, die sich kennen, gegen die Fremden, derer, die aufgrund ihrer Funktion gemeinsame Interessen haben, gegen demokratische Einmischung von unten und außen – bis hin zur Isolation in der Gemeinschaft derer, die das Gute wollen gegen den Rest der Welt.
»Die am heftigsten für Basisdemokratie eintreten, erlebe ich am machthungrigsten und nicht sehr bescheiden.« Die Beobachtung eines Baden-Württembergischen Grünen, daß der Ruf nach »Basisdemokratie« eines der beliebtesten demagogischen Spielchen unter Grünen ist, trifft zweifellos zu. Was mir daran nicht gefällt, ist der moralisierende Unterton: Wieso sollte Bescheidenheit, also der Verzicht darauf, eigene politische Positionen zu vertreten und womöglich durchzusetzen, eine *politische* Tugend sein? Gilt das nur im Verhältnis zwischen Grünen oder auch z. B. in Verhandlungen mit der SPD? Wäre in den Parlamenten, im Interesse der grünen Inhalte, nicht vielmehr Unbescheidenheit und Machthunger angesagt?

Interessenvertretung ist etwas anderes als das exemplarische Vorleben von privaten Umgangsformen und Lebensweisen, die in bestimmten sozialen Schichten als wünschenswert angesehen werden. Politik in den Parlamenten ist nur ein sehr kleiner Teilbereich des gesellschaftlichen Lebens (auch wenn er die anderen Bereiche beeinflußt), und es gilt in diesem Bereich ein eigenes Leistungsprinzip, das sich an der glaubhaften Formulierung von Positionen, noch mehr aber an der Fähigkeit und dem Willen zu ihrer Durchsetzung orientiert. Weder »gut sein« noch »recht haben« allein genügen zur Erhaltung der parlamentarischen Existenz einer parlamentarischen Alternative links von der SPD.

Ein Zusammenleben verschiedener politischer Strömungen und Traditionen, wie es die Grünen repräsentieren und auch in Zukunft repräsentieren werden, setzt bewußten politischen Umgang miteinander, setzt Toleranz und Geduld, setzt Respekt vor Minderheiten und den Verzicht darauf, innerparteiliche Gegner zu »vernichten«, voraus.

Wenn das mit dem Begriff »Basisdemokratie« gemeint sein sollte – dann gut. dann sollte man ihn beibehalten. Ich meine allerdings, daß solche Grundsätze mit dem Wort »demokratisch« ausreichend charakterisiert sind.

Eine Partei ist ein unpersönliches Gebilde. In dieser Unpersönlichkeit liegt auch ein Element von Objektivität, von rationaler Beurteilung und kritischer Distanz. In »Basisgruppen« kann das relativ problemlos fehlen – der einzelne entscheidet nur über sich selbst und seinen persönlichen Einsatz. Eine Partei hingegen strebt nach staatlicher und staatlich gesicherter Macht. Sie, d. h. ihre Mitglieder, entscheiden auch über andere Menschen.

Eine linksökologische Partei der Minderheiten, der Arbeitslosen, der Ökologen und Reformer aller Couleur wird es sich auf die Dauer bei Strafe ihrer sozialen Abschottung und politischen Selbstblockierung nicht leisten können, die innerparteiliche Demokratie zugunsten einer verqueren Mischung von Privatmoral, Gruppengefühl und Legitimationsmuster für politische Macht, wie sie gegenwärtig in dem Wort Basisdemokratie zusammengepreßt wird, zu vernachlässigen. Wie wäre es mit:

»Die Grünen: Ökologisch – solidarisch – gewaltfrei«?

Anmerkungen

1 In aller Kürze der organisatorische Aufbau der Grünen Partei: Satzungsmäßig festgelegt sind drei Ebenen, die Kreis-, Landes- und Bundesebene. Der *Kreisverband* besteht aus der Kreisverbandsversammlung (KV) und dem Kreisvorstand, der jedoch kein politisches Organ ist, sondern lediglich administrative Aufgaben (Rundbriefe, Beiträge etc.) wahrnimmt und den Kreisverband nach außen vertritt. (Man mag einwenden, daß das de facto ja doch politische Aufgaben seien. Gewiß, aber dieser Widerspruch durchzieht die Partei insgesamt.) Unterhalb der Kreisebene gibt es, je nach der Satzung des jeweiligen Kreisverbandes

und mit mehr oder weniger weitgehender Autonomie ausgestattet, *Ortsgruppen* bzw. *Stadtteilgruppen*. Auch sie können eigene Finanzhoheit und eigene Vorstände haben. (In Frankfurt z. B. ist das gegenwärtig nicht der Fall, ist aber geplant.)
Auf Landesebene gibt es die Landesversammlung (je nach Satzung des Landesverbands aus Delegierten der KV's oder aus den Mitgliedern bestehend), den Landeshauptausschuß (LHA), der zwischen den Landesversammlungen das höchste Gremium des Landesverbandes ist, sowie den Landesvorstand. Der LHA besteht aus Delegierten der KV's und ist nach grünem Selbstverständnis ein Organ der direkten Demokratie, d. h. die Delegierten unterliegen einem imperativen Mandat. Der Landesvorstand wird auf den Landesversammlungen gewählt und besitzt (formell) kein politisches Mandat.
Auf Bundesebene gelten dieselben Grundsätze: Die Bundesdelegiertenversammlung besteht aus den Delegierten der Kreisverbände, der Bundeshauptausschuß aus denen der Landesverbände, der Bundesvorstand wird auf der Bundesversammlung gewählt. Auch die politische Machtverteilung entspricht derjenigen der Landesverbände. Noch eine Anmerkung: Die Grüne Partei ist organisatorisch relativ wenig gestrafft – Abweichungen von diesem Schema sind also durchaus möglich.

2 Um die Dimensionen zu verdeutlichen, um die es hier geht: Allein bei Kommunalwahlen würde ein Stimmenanteil von 5 Prozent für die Grünen zwischen 400 und 700 Mandate bedeuten (genauer läßt sich das aufgrund der Komplikationen des Kommunalwahlrechtes nicht sagen). Hinzu kommen Hunderte von Mandaten in Ortsbeiräten, Kreistagen etc. – Landes- und Bundesparlament nicht gerechnet. Die Grünen Hessen haben ca. 2800 Mitglieder, auf Landesmitgliederversammlungen erscheinen davon zwischen 200 und 350.

3 J. Huber, »Basisdemokratie und Parlamentarismus«, in: W. Kraushaar (Hg.), *Was sollen die Grünen im Parlament*, Frankfurt 1982, S. 81.

4 Ch. Bouyer, *L'Odéon est ouvert*, Paris (Nouvelles Editions Debresse) 1968. Ich beziehe mich im folgenden Abschnitt auf dieses Buch.

5 Herrmann Pius Siller, »Der theologische Aspekt«, in: *Die andere Kirche/Basisgemeinden in Europa*, Hg. N. Copray, H. Meesmann, Th. Seiterich, Wuppertal 1982, S. 28.

6 Vgl. Connie und Wolf-Dieter Hasenclever, *Grüne Zeiten*, München 1982, S. 20 ff.

7 Landesprogramm Hessen, S. 9.

8 Robert Michels, *Soziologie des Parteiwesens*, Neudruck der 2. Auflage von 1925, S. 37 f. Das Buch von Michels, aus der Beobachtung der Entstehung der ersten Massenparteien, insbesondere der sozialistischen Parteien in Europa geschrieben, liest sich heute wie ein Kompendium all der kleinen Tricks und großen Infamien, mit denen der Kampf zwischen Repräsentanten und Repräsentierten, denen »oben« und denen »unten« in der Partei, auch heute noch ausgetragen wird. Was die konkreten Regelungen bei den Grünen angeht: zur Rotation vgl. S. 92/98 (über die Folgen kurzer Amtsperioden für die verantwortliche Ausübung des Amtes); diverse Diätenregelungen S. 108 ff. Aus Amerika weiß Michels auch schon zu berichten, wie dort 5 Anwesende 6 Delegierte wählten (S. 48). Eine »Parteiorganisation neuer Art«, das läßt sich aus diesem alten Buch (1. Aufl. 1911) lernen, sind die Grünen ganz gewiß nicht.

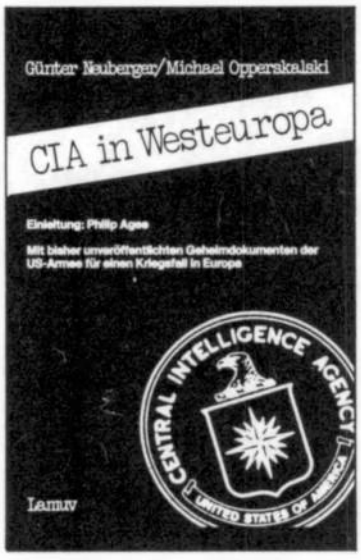
9 Manon Maren-Grisebach, *Philosophie der Grünen*, München 1982, S. 80, 59.

10 Vgl. z. B. Robert Spaemann, »Technische Eingriffe in die Natur«, in: *Scheidewege, Vierteljahresschrift für skeptisches Denken*, Jg. 9, Heft 4/1979.

Lamuv Verlag

Martinstraße 7
5303 Bornheim 3

203 Seiten, 3. Auflage
Lamuv Taschenbuch 29
ISBN 3-921521-95-5
DM 14,80



223 Seiten, 60 Abbildungen,
Broschur
ISBN 3-921521-59-9
DM 19,80

Fordern Sie unser kostenloses Gesamtverzeichnis an!

Robert Dinkel: Krebsen. *Das ironische Melodrama eines von Ereignissen vollen, ereignislosen Lebens. 220 Seiten, 25.–* **Niklaus Meienberg: Vorspiegelung wahrer Tatsachen.** *Berichte und Reportagen aus einer wenig gemütlichen Schweiz. 244 Seiten, 29.–* **Anne Cuneo: Portrait der Autorin als gewöhnlicher Frau: Vor Tau und Tag.** *Die Erinnerungen an ihre Kindheit im Italien des Zweiten Weltkriegs, als Mädchen mit Gespür für verdeckte Zusammenhänge. 248 Seiten, 28.–* **Gisela Widmer: Clara Wendel – Gaunerweib und Flammenzauberblick.** *Die Vita einer Rechtlosen und Frau, die im letzten Jahrhundert als Bettlerin und Hure lebte, legendäre Anführerin einer Gaunerbande wurde und wieder in der Bedeutungslosigkeit versank. 160 Seiten, 20.–* **Jürg Federspiel: Wahn und Müll.** *Berichte über aussergewöhnliche Ereignisse und Begebenheiten, Portraits von eigenwilligen Menschen. 128 Seiten, 18.–* **Alberto Nessi: Terra matta.** *Drei Geschichten vom wilden Aufbegehren des Rebellen Mattirolo, der Tabakarbeiterinnen und des Spanienkämpfers Tonio. 140 Seiten, 18.–*

Gesamtprospekt anfordern!

Limmat Verlag

Wildbachstrasse 48, CH-8034 Zürich

Norbert Kostede
Paternoster: die Folgen des Rotationsprinzips

Als Lenin im September 1917 schrieb: »Im Sozialismus werden alle der Reihe nach regieren und sich schnell daran gewöhnen, daß keiner mehr regiert«, sollte es nicht mehr lange dauern, bis das Gegenteil der Fall war. Die neuen Bürokraten saßen zu jener Zeit bereits in ihren Startlöchern, und Lenin selbst, nach eigener Auskunft »Berufsrevolutionär«, war natürlich im Leben nicht eingefallen, seine Parteiführung durch ein bolschewistisches Rotationsverfahren verkürzen zu lassen. Dies gilt für alle Großen Steuermänner auf den verschiedenen Galeeren der alten Arbeiterbewegung. Die Mehrzahl von ihnen rotierte erst, als sich der Sargdeckel zu schließen begann. Und auch dann wurde noch längst kein Sklave ans Ruder gelassen. In aller Regel folgte der intrigenfähigste Partei- oder Verwaltungsfunktionär dem einhelligen Auftrag des werktätigen Volkes. Senilität, Mortalität, Pensionsberechtigung, Genickschuß aus eigenen oder aus fremden Reihen – dies waren wohl die geläufigsten Rücktrittsgründe für die proletarische Avantgarde.

Ein verbreitetes Mißverständnis also, den Erfinder des Rotationsprinzips auf dem Friedhof der alten Linken zu suchen. Zeitweilige theoretische Spielerei blieb für ihre Praxis nahezu bedeutungslos. Wird man von den Grünen dereinst Gleiches sagen können? »Wir wollen keine Berufspolitiker!« hallt es durch das Parteiprogramm. Nun gut. In zehn Jahren sprechen wir uns wieder. Dann werden wir – ohne kleinlich zu sein – prüfen: war wer »oben« auch mal wieder »unten«; war wer »groß« auch mal wieder »klein«. Eine interessante soziologische Studie wird das sein.

Auch wenn ich der Idee und einer vernünftigen Auslegung des Rotationsprinzips zustimme: Skepsis ist angebracht. Nicht wegen des politischen Traditionalismus in unseren Köpfen, der die Zukunft auf der Grundlage alter reformistischer Geschäftsordnungen verhandeln will; der Radikaldemokratisches wie Referenden, Selbstverwaltung oder aber – innerparteilich – Rotation und imperatives Mandat nicht mit der parlamentarischen Tradition zu verknüpfen weiß. Skepsis auch nicht wegen verschiedener Basisdünste und Bewegungsnebel vor unserem Denkhorizont. Nein, skeptisch macht die Verdrängung eines Problems, das sich hinter dem – immer mit persönlichen Ambitionen und Linienkämpfen verquickten – Für-und-Wider-Rotation

verbirgt. Hinter dem Streit um Modelle. Das Problem und die Frage nämlich, wie Rotation, Machtgewinn und politische Verantwortung zusammenlaufen.
Der Machtbegriff ist unter Grünen ohnehin tabu. In der Kritik an »männlicher«, »karrieristischer« oder »etablierter Machtpolitik« sonnt sich ein Purismus, der, weil er eine schöne Melodie singen kann, »Keine Macht für niemand«, sich deshalb schon schweben sieht. Wer von seiner Macht nichts wissen will, sollte von politischer Verantwortung anderer etwas leiser reden. Lenins auf den Kopf gestellte Prognose führt uns eine alte Erkenntnis vor Augen: im politischen Spiel kommt nur selten heraus, was auch gewollt war. Die Chancen stehen jedenfalls nicht schlecht, daß Rotation erst schafft, was sie verneint: Berufspolitiker ohne Verantwortlichkeiten nämlich. Eine neue Machtelite?

Die Machtschere

Die Geschichte und theoretische Reflexion des Rotationsprinzips reicht natürlich weitaus tiefer als in rote oder grüne Zeitläufe, und ich vermute, der Weg zurück würde über frühbürgerliche Geheimbünde, über mittelalterliche Zunftbruderschaften, über christliche und andere egalitäre Religionsgemeinschaften führen. Mit Sicherheit klärt uns allerdings jedes halbwegs solide Lehrbuch der Geschichte des Altertums über das Ende dieses Weges auf – das Perikleische Athen. Ohne uns den Kopf über Einzelheiten zu zerbrechen, etwa über die Frage, warum Frauen, Ausländer und Sklaven schon damals ihre merkwürdigen »Integrationsschwierigkeiten« hatten, müssen wir feststellen: niemals in der politischen Geschichte wurde so ausschweifend rotiert wie bei den Griechen im 5. Jahrhundert vor Christus. Der Rat der Fünfhundert etwa, zwischen der verfassungszentralen Volksversammlung und den politischen Führungsämtern als ein Beratungs- und Kontrollorgan plaziert, wurde jährlich (durch Losentscheid) neu zusammengestellt, und kein Bürger durfte öfter als zwei Perioden dem Rat zugehören. Dies bedeutete, daß pro Generation ungefähr ein Fünftel der Athener Bürgerschaft im Rat saß. Daß auch die Führungsämter in einem unerbittlichen Turnus (wahrscheinlich Jahr für Jahr) neu besetzt wurden, versteht sich von selbst.
Verglichen damit handelt es sich bei den Grünen offensichtlich um neoperikleische Stümper. Daß sie die parlamentarische Verweildauer eines Bonner Durchschnittsabgeordneten von zwölf Jahren in den eigenen Reihen auf zwei bis vier Jahre verkürzt haben, wäre – mit Blick auf die Drehzahl einer wahren Rotationsdemokratie – nur ein erster bescheidener Schritt. Denn stellen wir uns einmal vor, alle 44 Millionen wahlberechtigten Bundesbürger

wollen und sollen im Deutschen Bundestag zum Zug kommen. Bei 5000 Sitzungsstunden pro Legislaturperiode hätte noch ein jeder von uns ausreichend, nämlich 3½ Minuten Zeit, sich bequem auf seine Ohren zu setzen, den Arm zu heben, »Hört! Hört!« oder »Alte Drecksau« zu rufen. Was immer man von diesem Verfahrensvorschlag halten mag, er macht deutlich, daß zwar nicht der Rotationsphantasie, dafür aber jeder formalen Verantwortungsethik Grenzen gezogen sind. Ob jemand seiner Verantwortung gerecht wird, ist weniger eine Frage des politischen Stils und der Zeit, die er »Verantwortung trägt«, sondern ist selbstverständlich zunächst eine Frage der Entscheidungen, die er fällt oder unterläßt. Nach diesem inhaltlichen Kriterium würden wir 3-Minuten-MdBs wahrscheinlich verantwortlicher handeln als jener Bonner Durchschnittsabgeordnete, dessen düstere Handlungsfolgen als »Nachrüstung« oder »Waldsterben« leidlich bekannt sind. – Diese Einsicht ist so tief wie eine politische Kultur, in der Verantwortlichkeit nach dem Sitz der Krawatte und nach Amtsperioden gemessen wird. Sie ist seicht.

Zurück zu den Athenern. Sie erkannten, daß Demokratie (auch) zeitliche Begrenzung des politischen Mandats heißen muß. Gefahr drohte nicht allein von Adelscliquen, verführbaren Ungebildeten oder fremden Barbaren. In freier Rede stand sie als Demagoge in der eigenen Mitte und brachte die Runde – je nach Anlaß – zum Weinen, zum Lachen, zum Entsetzen. Jeder, ob er nun selbst über dramaturgische und rhetorische Fähigkeiten verfügte oder nicht, jeder von ihnen hatte eine Ahnung von der Süße der Popularität. Wenn sich die öffentliche Anerkennung des sachlichen Arguments mit jener »Liebe der Massen« zu verweben begann, wurde noch der aufrichtigste Demokrat dazu verleitet, den Platz in der Mitte zu okkupieren. Und nicht wenige Tyrannen der Antike und späterer Zeiten wurden auf diesem Platz in der Mitte des Volkes geboren. Jedenfalls hatten die demokratischen Athener diese und weniger subtile Verführungen politischer Macht auf ein »verantwortliches« Maß zu reduzieren versucht, indem sie ihr Mißtrauen gegen sich selbst in diverse Rotationsregeln umgossen. Sich von Beginn an gegen die Okkupation des politischen Mandats zu erwehren, ersparte möglicherweise einen späteren Tyrannenmord.

Die Rotationsregeln der grünen Griechen heute muß man selbstverständlich ebenso als eine Möglichkeit interpretieren, Machtmißbrauch zu verhindern und das subjektive Machtstreben in den eigenen Reihen zu domestizieren. Wie empört und beleidigt sie auch alles Machtstreben von sich weisen, indem sich die Grünen der Mechanik der Rotation unterwerfen, gestehen sie ein: *auch wir* brauchen diesen Zwang. Auch wir sind eher Heutige denn Zukünftige. Allein auf den freien Willen und die Einsicht aller, nach einiger Zeit an prominenter Stelle dann auch wieder im politischen Alltag zu wirken, verläßt man sich besser nicht.

Die Macht-Scham vieler ihrer Sprecher, Männer wie Frauen, wäre verlogen – wenn sie nicht überflüssig wäre: *Jeder* öffentliche Beitrag »zur Sache« ist unauflösbar mit persönlichen bis egoistischen Kalkülen durchsetzt, die allerdings – dies widerspräche dem demokratischen Idealismus – nicht ausgesprochen werden dürfen. Sei es die Erhöhung oder Festigung des eigenen Bekanntheitsgrades, sei es das innerparteiliche Im-Gespräch-Bleiben für zukünftige Wahlen und Mandate, sei es das reine Bedürfnis nach persönlicher Darstellung, oder sei es jenes scheinbar unpopuläre, in Wirklichkeit (bei einem nonkonformistischen Publikum) recht einträgliche Beschimpfen der Zuhörerschaft: persönliche Präsentationskalküle wie diese stecken in jedem – noch so sachlich begründeten und subjektiv wahrhaftigen – öffentlichen Engagement. Diese Doppelstruktur des öffentlichen Auftritts darf also nicht mit Opportunismus, Karrierismus oder Popularitätssucht verwechselt werden. Letztere sind recht *ein*seitiger Natur: wo das Sachliche nur »vorgeschoben« wird; wo Betroffenheit von und Identifizierung mit einer Sache in eine Symbiose des Persönlichen und Sachlichen umschlägt und die Exponenten folglich rein persönliche Motive ihres Engagements gar nicht erkennen, keine Distanz und Kontrolle ihnen gegenüber gewinnen können; wo jemand – mangels Erfahrung oder intellektueller Voraussetzungen – zur Sache nichts zu sagen hat und dennoch immer wieder seine »Berufung« zum Auftritt verspürt.

Ein zweites Kriterium erfüllter Verantwortung heißt also heute wie zu allen Zeiten demokratischen Denkens: Aufklärung über die Gründe und Zwecke, über die Spielregeln und Kontrollmöglichkeiten, über die individuellen Widerspiegelungen der *eigenen* Macht. Sich selbst auf die Spur kommen. Nur dort laufen Macht und Verantwortung zusammen, wo das Streben nach, wo das Ausüben von Macht mit dem Macht balancierenden Geschäft der kritischen Selbstreflexion verbunden bleibt. Keine grüne »Basisdemokratie«, keine fernöstlich erleuchtete Gemeinde, keine noch so glückliche Runde freier und gleicher, um Vernunft und Individualität bemühter Menschen wird politische Macht oder aber jene Doppelstruktur im politischen Diskurs »abschaffen« können. Aber sie lassen sich zur Sprache bringen, lassen sich erkennen und – beherrschen. Am Schicksal der Freunde Wladimirs können wir ja ablesen, wie Verdrängtes *uns* beherrschen kann, wenn der Spieß nicht umgedreht und auf das idealisierende Selbstporträt gerichtet wird.

Zwei Einwände

Selbsterkenntnis und öffentliche Aufklärung bewirken mehr als die bloße Rotationsmechanik. Ohnehin steht alles Mechanische im politischen und sozialen Leben in dem Verdacht, un-persönlich und un-sachgemäß zu sein.

Aus einer langen Reihe will ich zwei bekannte und theoretisch relevante Einwände gegen das Rotationsprinzip auswählen und ansprechen, die von diesem Verdacht getragen werden: Durch Rotation werde Politik anonym und inkompetent.

Zum einen ist bekannt, daß sich die Grünen in einer Öffentlichkeit behaupten müssen, die ohne »Personalisierung« von Politik schwerlich funktionieren würde. Je mehr dort der – aller Politik gemeinsame, weil Orientierung und Handeln erleichternde – Mechanismus »Vertrauen in Personen« potenziert und regenbogenpressekonform eingesetzt wird, um so leichter lassen sich die politischen Inhalte und Entscheidungen, die diese eher künstlichen als »großen« Persönlichkeiten anzupreisen haben, verkaufen. Rotation kann hier einen Widerstand gegen Anpassung und Gleichschaltung einbauen. Sie darf aber nicht so (knapp) bemessen und ausgelegt sein, daß sich die Persönlichkeit grüner Repräsentanten nicht öffentlich entfalten und nicht öffentlich wirken kann; daß – etwa in Wahlzeiten – aus Popularität kein Gewinn für die Sache geschlagen werden kann. Dies ist kein bloßes Zugeständnis an die Funktionsweise der Massenmedien, um in der Konkurrenz politischer Persönlichkeiten bestehen zu können. Dies ist auch ein Zugeständnis banaler Art: daß – auch und erst recht in der Politik – niemand ohne »Vertrauen in Personen« auskommen kann. Kein noch so rasantes radikaldemokratisches Verfahren wird uns in den Gefrierzustand der Reinen Sachlichkeit versetzen.

Zum anderen weiß jeder, daß grüne Gesinnung und heiße Tatkraft nicht hinreichen, um die Rolle auszufüllen, in die man gestellt wurde. Wo es an Sachkompetenz mangelt, dort mangelt es auch an Verantwortlichkeit – ob dieser Satz nun nach dem Verantwortungspathos ergrauter Berufspolitiker klingt oder nicht. Wo sie allerdings in ihren gesinnungslosen Feiertagsreden die bekannte Webersche Entgegenstellung von »Gesinnungs- und Verantwortungsethik« abdreschen, werden sie weder Weber gerecht, der *beides* als Grundlagen des »Berufs zur Politik« gefordert hatte; noch können sie seine Definition der Verantwortungsethik, »daß man für die (voraussehbaren) Folgen seines Handelns aufzukommen hat«, ruhigen Gewissens zitieren.

Daß Sachkompetenz und politische Verantwortlichkeit auf dem »unterprofessionalisierten« Boden sozialer Bewegungen diejenige der Berufspolitik und ihres bürokratischen Führungsstabes weit übersteigen kann, paßt natürlich weder in Webers noch in das Weltbild der politischen Großtheorie nach ihm. Trotzdem zählt dieses formale Verantwortungskriterium, wenn wir uns über die *Dauer* eines Mandats unterhalten. Ein politisches Mandat verantwortlich ausfüllen heißt aber nicht allein: Sachgebiete zu beherrschen und parlamentarisch verwerten zu können; in der Medienöffentlichkeit folgenbewußt handeln zu können. Sondern heißt für Grüne ebenso, eine pre-

Goethe Institut e.V. Bibliothek

käre »institutionelle« Kompetenz gewinnen: auf zwei Gäulen gleichzeitig, parlamentarisch *und* außerparlamentarisch reiten zu können. Gerade derjenige, der sich nicht den vorgefundenen Rollen der Berufspolitik anpassen will, der nicht ihre Verdrängungskraft gegenüber gesellschaftlichen Initiativen verstärken will, braucht Lehrzeit und Routine.
Kurz: Die Kritik, durch Rotation werde Politik anonym und inkompetent, trifft in meinen Augen allein die Ungereimtheiten aktueller Verfahren, vor allem eine übertriebene zeitliche Begrenzung des Mandats.[1] Was gegen seine Auslegung spricht, muß noch längst nicht gegen das Rotationsprinzip selbst sprechen. Dies hat ganz andere Klippen vor sich liegen.

Ein neuer Elitetyp?

Ein letztes Mal: zurück zu den Athenern. Sie wußten sehr genau, warum sie es nicht – wie die Konstrukteure der neuzeitlichen Demokratie – bei der *Möglichkeit* der Ablösung (Wahlprinzip) beließen. Ihre Mandatsbegrenzung war aus einem härteren Material: Wo das Wahlprinzip eine Ablösung nur androht, setzt das Rotationsprinzip ein Faktum, um das Geld, Titel und Charisma, um das Wahlkampagnen mit Amtsbonus nicht so leicht herumführen. Der Unterschied beider Prinzipien liegt also nicht allein in der Konsequenz, mit der sie Machtmißbrauch vorzubeugen und Machtstreben zu zivilisieren suchen. Ihre Rotationsregeln waren zugleich ein Veto gegen Elitebildung und deren unablösbare Kehrseite, die Ent-Politisierung des Bürgertums. Wenn dem späteren Betrachter die perikleischen Athener als homines politici erschienen, dann auch deshalb, weil sie einer elitebildenden Professionalisierung der Politik Einhalt geboten hatten.
Eben dies, politische Aktivität und Kompetenz auf konkurrierende Eliten zu konzentrieren und den Massen-Citoyen mit dem Restposten des passiven Wahlrechts auszustatten, zählt – seit Schumpeter theoretisch fundiert – zu den Funktionsbedingungen der modernen Demokratie. Die ökonomisch und sozio-kulturell begründeten Klassendifferenzierungen werden im politischen Raum durch eine Führungsschicht mit Links-Rechts-Achse ergänzt und überformt, deren »Ablösung durch Wahl« natürlich nie zur Diskussion stand. Kein Regierungs- oder Parteiführungswechsel, keine individuelle Wahlniederlage, kein Verschwinden einer vormaligen Traditionspartei, kein kalkuliertes Neuarrangieren des Persönlichkeitsprofils kann darüber hinwegmogeln: das Wahlprinzip war nicht als Präservativ gegen Berufspolitik gedacht.
Zu den zentralen Institutionen der politischen Elitebildung zählen Parteien und Parlamente. Detailliert hat die (ältere) Parteiensoziologie beschrieben, wie soziale Kompetenz und Mitgliederinitiative durch »professionalisiertes«

Personal und faktische Lebenszeit-Mandate ersetzt werden. Wie Sonderinteressen und Privilegien dieses Personals gegenüber ihrer Wähler- oder Parteibasis herausgebildet werden. Wie durch »Verfilzung« dieses Personals mit demjenigen in Staatsverwaltung und Wirtschaftsverbänden der Prozeß der Elitebildung abgerundet wird.

Betrachten wir dagegen die Grünen und die kommunalpolitischen Listen vergleichbarer Farbe, so zeichnen sie sich (noch) durch zwei Neuerungen aus, mit deren Hilfe sie dem elitären und bürokratischen Sog dieser Institutionen zu widerstehen suchen. In der Vertikale sehen wir einen *Paternoster* (Rotation, imperatives Mandat, keine Mehrfach-Funktionäre . . .) und in der Horizontale eine *Drehtür* ohne Stillstand (»offene Wahllisten«, ein Mehr an Öffentlichkeit selbst höchster Gremien . . .), die unabhängig von Parteimitgliedschaft und innerparteilichen Karrierestufen Diskussions- und Einflußchancen gewährt. Sicherlich verfügen auch etablierte Parteien über vergleichbare Einrichtungen. In ihrem Fall handelt es sich allerdings weniger um transparente, kontinuierliche Personen-Auf-und-Abzüge, eher um geschlossene, »von oben« gesteuerte und nach Opportunitätsgründen betätigte Aufzüge. Und ihre Drehtür befindet sich auf einer sehr exklusiven Etage: zwischen Partei-, Verwaltungs-, Verbands- und Wirtschaftsspitzen.

Diese neue Innenausstattung der Grünen, hier grob skizziert als Paternoster und Drehtür, ist nicht das Ergebnis radikaldemokratischer Experimentierlust. Sie ist eine schlichte Bedingung dafür, daß einmal erworbenes Vertrauen, jenes der »neuen sozialen Bewegungen«, auch erhalten bleibt: wer sich an die demokratischen Standards, an die Partizipationschancen, an das individuelle Engagement in Alternativprojekten oder kritischen Bürgerinitiativen, in Frauengruppen oder Friedensinitiativen gewöhnt hat, wird auf keinem »Grünen Tanker« reisen wollen.

Ob und wie sich Paternoster und Drehtür, insbesondere die unterschiedlichen Rotationsregeln, auf dem parlamentarischen Terrain einspielen, bleibt abzuwarten. Eines jedoch steht bereits heute fest: Rotation kann – und dies wäre Verdienst genug – die Herausbildung einer neuen Elite hemmen und abschwächen, *verhindern* kann sie sie nicht. Da wären noch ganz andere Berufe als nur der »Beruf zur Politik« in Umlauf zu bringen. Ja, eine enge zeitliche Begrenzung des Mandats kann sogar dazu beitragen, daß sich ein neuer Elitetypus festsetzt.

Zunächst einmal ist jedem cleveren Parteifunktionär und Mandatsträger bewußt, und dies gilt auch für die grüne Spezies, wie man sich gegen mögliche Abwahl widerstandsfähiger machen kann. Die einfachste Formel für politische und innerparteiliche »Unabkömmlichkeit« lautet: Kompetenzmonopolisierung plus Popularität. Wo nun die Rotationsmechanik diese Unabkömmlichkeit grausam ignoriert und man im Paternoster unter Tränen nach

unten befördert wird, bleibt eine letzte Chance, diesem harten Schicksal zu entkommen. Durch das System der optischen Rotation. Wenn es nicht zu vernünftigen Regelungen kommt, läßt sich unschwer voraussagen, daß entweder die Gegner des Rotationsprinzips sich mehren und durchsetzen werden, weil mit einer dogmatischen Auslegung das Prinzip selbst in Mißkredit gerät. Oder es kommt – verstärkt durch einen schnellen Turnus – zur optischen Rotation: Wechsel von Vorstands- in Parlamentsfunktion und umgekehrt; von Geschäftsführung, Verwaltungs- oder wissenschaftlicher Beratungsfunktion in *politische* (Mandats-)Funktionen und umgekehrt; Wechsel von Rats- oder Landtagsbank auf Bundestagsbank. Dieselbe Mann- und Frauenschaft wechselt sich an den verschiedenen Turngeräten ab. Durch sympathische Ausnahmen, durch zeitweilig eingelegte »Basispausen« sollte man sich nicht täuschen lassen. Gerade in einer Zeit, in der jeder Dritte oder Vierte von Arbeitslosigkeit bedroht ist, ist die Versuchung groß, politisches Engagement, und sei es noch so ernst, mit dem eigenen »Unterkommen« zu verknüpfen. Und bare Münze ist noch die geringste der Verführungen im »Beruf zur Politik«. Manch einer gab für ihn das Leben hin.

Man vergrößere den Maßstab und stelle sich einmal vor, die sowjetische Führung würde den Anachronismus ihres Regierungsstils erkennen und wäre – getrieben durch eine demokratische Opposition – zum Handeln gezwungen. Da die jetzige Elite selbst über das charismatische Minimum nicht verfügt (es handelt sich um Verwaltungsbeamte), der Charisma-Multiplikator des Medienapparates also nur begrenzt Abhilfe schaffen kann, würde sich ein Rotationsverfahren empfehlen. Die interne Mobilisierung der Elite und wechselseitige Ablösung der Funktionäre müßte bis zu einem Grad vorangetrieben werden, von dem ab nicht länger – wie heute der Fall – an der bloßen Verweildauer und Amtszeit von Führung und Funktionärskader abgelesen werden kann, wie es um die »sozialistische Demokratie« bestellt ist. Und jene staatseigene, monumentophile Wladimir-Forschung könnte vermelden, daß eine weitere seiner zahlreichen Prognosen verwirklicht wurde. Zum Teil, versteht sich.

Zur optischen Rotation zählt ebenso (wiederum besonders dann, wenn ein schneller Turnus den Gewählten keine Entfaltung erlaubt), daß sich *außerhalb* der umlaufenden Turnerschaft die eigentlichen, nicht gewählten und formell niemandem verantwortlichen Zentren der Willensbildung und Entscheidung festsetzen. Solche Zentren liegen keineswegs auf »Basisniveau«! Um Zeitschriften, Verbände oder Fakultäten herum organisierte Seilschaften, etablierte Intellektuelle in Dauerkommunikation oder aber beruflich und zeitlich ungebundene Reisekader werden dort zur »letzten Instanz«, wo weder die (gewählte) Führung noch irgendeine (häufig individualisierte) Basis solche Kompetenz- und Organisationsvorsprünge einholen kann.

Wenn ich heutige Erscheinungen in die – drastisch formulierte – Perspektive

einer »Grünen Elite« gestellt habe, dann um zweierlei deutlich zu machen. Erstens: übertriebene Rotationsregeln provozieren selbst, was sie zu verhindern suchen: Berufspolitiker mit fragwürdiger Verantwortlichkeit. Und zweitens die (für antike und moderne Zeiten) entscheidende Grenze des Prinzips. Wenn das Rotationsprinzip ein Veto gegen *politische* Elitenbildung einlegt, dann muß in einer Gemeinschaft, deren innere Hierarchien auf anderen als nur politischen Gründen ruhen, dieses Veto entsprechend schwach bleiben. Über den politischen Raum hinaus weist die Idee der Rotation auf jenen Stern Égalité. Wo der so ferne funkelt, wird sie so recht nicht warm.

Anmerkung

1 Etwa die 1982 beschlossene Regelung für Bundestagsabgeordnete der Grünen (zwei Jahre plus Verlängerungschance für wenige) wäre hier zu erwähnen. Sie spitzt die Konkurrenz unter den Abgeordneten, ebenso die Konkurrenz zwischen ihnen und den Nachrückern, unangemessen zu; Abgeordnete, die nach zwei Jahren gerade ihr Arbeitsgebiet in den Griff bekommen haben, müssen sich aus der parlamentarischen Öffentlichkeit verabschieden; usw. In diesem Text geht es um keine Modelldiskussion, die konkrete Gesichtspunkte zu berücksichtigen hätte. Dennoch will ich meine Vorstellung von einer vernünftigen »Bonner Regelung« andeuten: (a) Ausscheiden nach einer Legislaturperiode als Grundsatz; (b) eine kleine, festgelegte Zahl von Abgeordneten durchläuft eine zweite, für sie dann endgültig letzte Legislaturperiode.

Gregory Bateson
Geist und Natur
Eine notwendige Einheit
Übersetzt von Hans-Günter Holl
288 Seiten. Leinen. DM 44,–

Gregory Bateson
Ökologie des Geistes
Anthropologische, psychologische, biologische und epistemologische Perspektiven
Übersetzt von Hans-Günter Holl. Mit einer Einleitung von Helm Stierlin
680 Seiten. Leinen. Im Weißen Programm: DM 28,–

»Der rote Faden, der alle Arbeiten Batesons durchzieht – seien es nun Untersuchungen über die Entwicklung von Stammesstrukturen in Neuguinea, die Kommunikation in Familien mit einem schizophrenen Mitglied, das Lernen der Delphine, die Kunst in Bali oder die Wurzeln ökologischer Krisen – ist die Frage nach der Dialektik von Erkenntnis und Umweltstrukturen.« *(Fritz B. Simon in: »Spektrum der Wissenschaft«)*

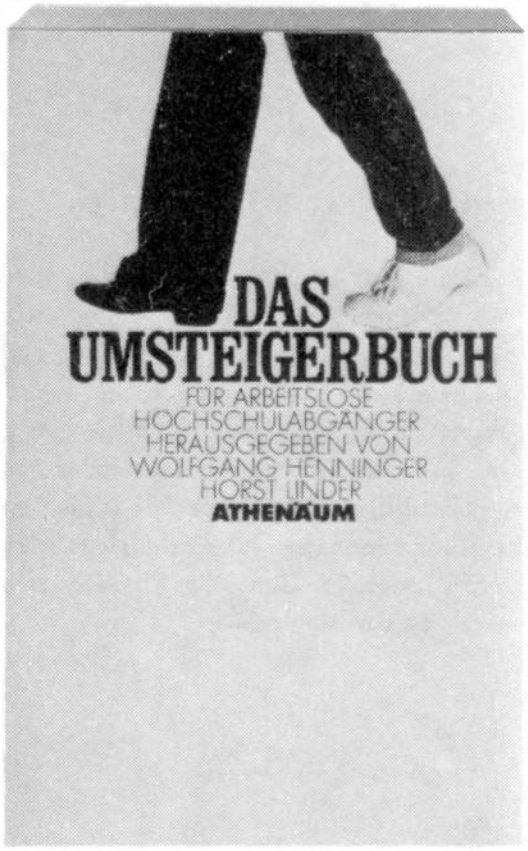
Hartmut Böhme/
Gernot Böhme
Das Andere der Vernunft
Zur Entwicklung von Rationalitätsstrukturen am Beispiel Kants
516 Seiten. Gebunden. DM 58,–

»Vielleicht wären bei den emphatischen Hoffnungen, die gerade auch die vom Leib her neu gedachte Vernunft erfüllen soll, Einschränkungen nötig. Doch das führt weit über dieses Buch hinaus. Eines scheint sicher, bei allen Zweifeln: keine Diskussion über das Schicksal der Vernunft in vernunftfeindlicher Zeit wird sich um dieses Buch herumdrücken können. Anregende, aufregende Lektüre, Denkbewegungen, die an Grenzen führen, Provokationen, die den Leser zur produktiven Auseinandersetzung zwingen – kann man heute viel mehr verlangen. . . .? Ich glaube nicht.«
(Klaus Podak, Süddeutsche Zeitung)

Suhrkamp

Athenäum

Informationen, Tips, Adressen für alle, die lieber einsteigen als aussteigen



Das Umsteigerbuch informiert u. a. über

- berufliche Alternativen und die Existenzgründung
- richtige Verhaltensweisen für den beruflichen Start
- Chancen im Ausland, Jobben mit Kalkül und Hilfen der Arbeitsverwaltung

Mit vielen praktischen Hinweisen von Branchenkennern, Tips und Kontaktadressen.

268 Seiten, 15 Cartoons, kt. DM 16,80

Athenäum Verlag
Königstein/Taunus

Ulrich Enzensberger
Macht? Nein danke –?

Nicht alle Abgeordneten seiner Fraktion lieben ihren stv. Pressesprecher. Wenn Georg vom Nebentisch aufsteht und mit halblangen Locken und zurückgestutztem Bart der Bundestagscafeteria enteilt, mit schlackernden Armen, auf feinen, weichgeklopften himmelblauen Wildlederschühchen, wie ein Hermes, fällt aus fraulichem Abgeordnetenmund eine Bemerkung ins bittere Müsli, das eine glacierte Kirsche krönt. Die Nachrückerin generalisiert die ad-hoc-Kritik an dieser Eleganz.

Georgs Sommeranzug beweist Methode, und bestimmt ist an ihm schon mehr als eine Spitze abgeprallt. Vom Revers lacht mit Halskrause ein dreidimensionaler Harlekin. Mit einer Feststellung ist das nicht abzutun. Vergebliche Wut staut sich bei seinem Anblick.

Georg, so heißt es, gehört zur Machtfraktion. Das ist ein Wort, das einmal so unauffällig vorbeischwebt wie ein erstes Herbstblatt. An einem der letzten Sommertage des Jahres 1983 findet er abends in der schon verwaisten Eingangshalle des Hochhauses am Tulpenfeld vor der Pförtnerloge einen hochgewachsenen, athletischen, etwa 35-jährigen Mann im Anorak vor, der einen schweren Bergrucksack mit zusammengerollter Isoliermatte trägt und nach dem Abgeordneten Reents, Hamburg, fragt. Georg führt für den Mann sehr freundlich ein Gespräch vom Apparat des Pförtners und hinterläßt ihm, da Reents nicht da ist, einen guten Rat. Später sieht er denselben Mann vom Balkon einer alten Villa aus, gegenüber dem Bundeshaus, und zieht sich eilig ins Innere zurück, wo die Berliner *Tageszeitung* ihr Quartier aufgeschlagen hat. Er hat Angst, der Mann könnte um ein Nachtlager bitten. Rucksäcke hat er schon immer verabscheut.

Als Georg in diesen Wochen vor der hessischen Landtagswahl die dpa-Nachricht in Händen hielt, ein bestimmter hoher grüner Funktionär habe schwere Verluste seiner Partei prognostiziert, murmelt er bitter: »So ein Idiot, das zu sagen. Der gehört in die Straßenbaukolonne!«

Georg machte mir das Leben lebenswert in Bonn, und das hat er nun davon. Mögen das all jene bedenken, die in ihm nur eine Kreatur von Otto, dem teuflischen Advokaten, erblicken!

Der Advokat sah mich an und sah mich auch nicht. Eisig huschten seine Augen über meine Finger, die in der Fraktionssitzung links hinter seinem

Rücken kritzelten. Zweimal wandte er mir käuzchenhaft sein Gesicht zu, in dem das eiserne Lächeln der Effizienz saß. Dann hob er beide Hände zum GO-Antrag und machte darauf aufmerksam, daß man doch beschlossen habe, bei Diskussionen über Redebeiträge die Öffentlichkeit auszuschließen. Doch man ließ Gnade walten.
Es war wie im SDS, auch genauso eng. Immer neue Nachrücker und Zuarbeiter quetschten meine quergestellten Knie gegen die Wand. Wie damals sprachen sich alle mit Vornamen an. Außer Otto erkannte ich nur Gert und Petra und Roland, der sich mit einem Glas Mineralwasser in der Hand an mir vorbeidrückte und dabei eine Presseerklärung abwarf: »Ein zeitlich unbefristetes Fasten (›open end fast‹) beginnt am 6. 9. 83 der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Roland Vogt.«
Rolands Klause in luftiger Höhe scheint ein wahrer Wallfahrtsort zu sein. Anders kann ich mir den Kriechstrom im Kopf des Pförtners nicht deuten, der mir einen Passierschein auf Vogt ausschrieb, obwohl ich ihm doch einen ganz anderen Namen genannt hatte. Eine dunkelgraue Krähe hatte den Schuhputzautomaten neben der Loge in wirbelnden Betrieb gesetzt, und anstatt, wie angewiesen, auf meine Abholung zu warten, war ich zwischen ihr und den zwei Sicherheitsgeiern zum Aufzug durchgebrochen.
Roland ist der einzige Abgeordnete der Grünen auf der Etage, und gerade das gefällt ihm. Er stellte mich Herrn Ellsberg vor, einem feinen, eleganten Männchen in schmalen, gewienerten, schwarzen Schuhen, drahtig, gewandt, dessen hochgezüchtete Kultur, gestählt im weißglühenden Zentrum einer Supermacht, erst vor kurzem von den Wasserwerfern in Bitburg wieder erprobt worden war. Der Mann, der 1971 die Pentagon-Papiere an die Öffentlichkeit gebracht hatte, berichtete Roland von seinem Besuch bei Frau Jordan, die seit einem Monat für den Frieden hungerte. Sie hatte ihm ihre Vermutung mitgeteilt, ihr Intelligenzquotient sei bestimmt niedriger als der seine, am Ende diesen Verdacht aber wieder zurückgenommen.
Ellsberg präzisierte in der Tür und schloß sie. Dann wandte sich Roland an mich. Er sieht aus wie ein Prophet. Das Schlimmste seien die Büroprobleme. »Ich bin auch eins«, kommentierte jemand, der in dem kleinen Zimmer zwischen Koffern saß. Roland hob ein Blatt und ließ es wieder sinken. Alfred, sein abwesender Assistent, besitze große Fähigkeiten, aber so gehe das nicht. Unmöglich könne dies der gesamte Posteingang sein. Gabi nickte betroffen. Sie ist eine Bekannte von Petras Mitarbeiter Peter und hat darüber den Job bekommen. Eigentlich ist sie wie 38 der 40 Angestellten der grünen Fraktion Studentin und schreibt an ihrem Doktor in Kunstgeschichte. Bezahlt wird sie vom Bundestag. Ihr Vertrag ist so labil, daß sie an der Bereitschaft der Gewerkschaft zweifelt, sie aufzunehmen. Mit Roland kam sie gut aus, und sie wußte nicht so recht, ob es gut war, daß die Fraktion, nicht der

Abgeordnete bei den Grünen über das Arbeitsverhältnis entschied. »Beide können Macht ausüben«, bemerkte sie weise.
Nach einem Monat hatte sie der Advokat wahrgenommen. Seine eisigen Augen hatten sie fixiert, sein Mund hatte sich geöffnet und gefragt: »Wer hat dich hier eingestellt?« Unter normalen Verhältnissen, sagt sie, hätte sie gezittert. Zusammen fuhren wir hinab in die Fraktionssitzung, wo Roland nun seine Erklärung verteilte. Einige seiner vielen Forderungen waren: Zerstörung einer SS 20 pro Woche, Bildung eines Krisenstabes der Bundesregierung, eine Stunde Sendezeit, eine konsultative Volksbefragung, über deren Termin einige Fraktionskollegen hinter vorgehaltener Hand leise gackerten: 17. Juni 1984. Essen wollte er erst wieder zusammen mit den Fastenden für das Leben, oder aber, wenn sein Zustand lebensbedrohlich würde.
Während noch hinter mancher Stirn der unvernünftige, wilde Wunsch hochkochte, Roland möge endlich in die SPD eintreten, erhob sich bereits der fäßchenhafte Michael, Träger eines Seehundbartes, dessen beleidigte Miene darauf deutete, daß er zwar den Grünen, nicht aber der Fraktion angehörte, mit den Worten, er sei es gewohnt, nicht für voll genommen zu werden. »Was soll der Quatsch!« konterte Willi hart. – Damit »aber« die Fastenden für das Leben nicht sterben müßten, bitte er die Fraktion, für den 18. ein allgemeines Fasten mitzutragen und mitzuorganisieren, »ein internationales Fasten in Kultstätten und Nachbarschaftsgruppen, damit Hunderttausende oder Millionen durch ihr Fasten die Fastenden für das Leben vom Fasten abbringen«. Widerspruch wurde laut. Aber es gehe doch nur um Organisatorisches, sagte er, das laufe dann sowieso alles über die ADREMA, ihn reiße der Hungerstreik auch nicht vom Hocker, »Flop«. Gegen diese Parteibasis war Roland noch Gold. Aber obwohl ich ihm, dem Säulenheiligen, ein Ehrfurchtsalmosen nicht verweigern mochte, verzichtete ich dann doch auf das Interview, das er mir bereitwillig zugesagt hatte. Einige Tage später ging er in der Lobby, eine Wasserflasche in der Tasche, sehr nahe an mir vorbei. Ich mied seinen Blick und sah auf die ausgeglühte, breitgehämmerte Lebensrune, die an einem Lederriemen um seinen Hals hing. Er wirkte zu in sich gekehrt, als daß ich den Mut gefunden hätte, ihm meine Standardfrage zu stellen: »Willst du an die Macht?«

Petra im strahlenden Ringelpulli hielt sich die wachsbleiche Stirn. Vor ihr lagen tip top die bunten Ordner. Durch die weißen Gardinen sah sie die Blöcke, Raster, einen verschwommenen Himmel, grüne, rote, weiße Fahnen. In Bitburg war sie auf der Wiese gesessen und hatte geheult. Was hatten sie schon getan, um das Leben der Fastenden zu retten. So wenig hatten sie unternommen. Mein Gott. Aber wenn Solange und die anderen wirklich glaubten, Indira Gandhi, die ein Solidaritätstelegramm geschickt hatte, meine es ernst, müßte man sie bitten, das Fasten zu beenden.

»Meldungen in meiner Abwesenheit, ich hätte im Verteidigungsausschuß der Beschaffung von Kampfhubschraubern zugestimmt, entbehren jeglicher Grundlage. Die entsprechenden Sitzungsprotokolle habe ich mitgebracht.« Neben ihr sprach Gert, zurückgekehrt aus Nicaragua. Das Land hatte ihn begeistert. Dort wurde »die Gesellschaft nicht militarisiert, sondern das Militär popularisiert«.

»In Wahrheit ging es in den fraglichen Sitzungen darum, zum Panzerabwehrhubschrauber PAH 1 und 2 Stellung zu nehmen. Ich habe an Dr. Wörner Kritik geübt und in diesem Zusammenhang die Entwicklung und Verwendung von Panzerabwehrhubschraubern einer neuen Generation auf dem Weg zu einer defensiven Verteidigungskonzeption begrüßt.«

Knatternd ließ er seine Batterien spielen. Auf dem Marienplatz in München hatte ich ihn schon einmal gehört. Genußvoll hatten die Zuhörer die Arschbacken zusammengekniffen. Neidisch riefen die CSU-Abgeordneten, wenn er sprach: »Zack, zack, Herr General!« Doch sein energischer, männlicher Ton disziplinierter Routine zündete nicht in der grünen Brigade.

»Panzerabwehrhubschrauber fliegen einzig und allein über eigenem Gebiet in Baumwipfelhöhe.« Ein leises »toll« war zu hören. »Panzerabwehrhubschrauber darf man nicht mit Kampfhubschraubern verwechseln, wie sie in Vietnam eingesetzt wurden. Sie dienen einzig der Stärkung der Abwehrkraft, sind offensiv nicht mißdeutbar und nicht imstande, in feindliches Gebiet einzudringen!«

Petra wollte nicht an die Macht, nein. Wenn die Grünen an die Macht kämen, wäre etwas bei ihnen schief gelaufen. Außerdem konnte sie sich das in den nächsten zwanzig Jahren sowieso nicht vorstellen. Die Macht der Grünen war die Bewegung, aber eine Bewegung, die in die Gänge der Macht kam, änderte grundsätzlich ihre Position. Sie sah nicht wie Otto die Grünen als Juniorpartner der SPD an der Regierung. Sie glaubte lieber an die Idee als an die Partei.

»Ich habe schon vor längerer Zeit zum Ausdruck gebracht, daß ich auch die Ablösung unserer überalterten Verbindungshubschrauber durch eine Neuentwicklung befürworte. Diese Ablösung ist beschlossene Sache, und meine Befürwortung bedeutet keineswegs eine Zustimmung zu einem neuen Beschaffungsvorhaben.« – »Aber lassen sich solche Verbindungshubschrauber nicht umrüsten?« Die Fraktion war bedenklich. Kraftvoll kam die Antwort: »Die Umrüstung eines Verbindungshubschraubers, der genau zu diesem Zweck entwickelt wurde, in einen Kampfhubschrauber wäre ein ausgesprochener Unsinn, wäre völlig unzweckmäßig, wäre ganz und gar ausgeschlossen! Ich wollte und konnte nicht darauf verzichten, mein Aktionsschema im Ausschuß deutlich zu machen.«

Gert war davon überzeugt, daß die Bevölkerung mit der Forderung nach sofortiger, völliger Abrüstung nicht zu gewinnen war. Schritt um Schritt

mußte man das noch panische Bewußtsein verändern, eine defensive Verteidigungskonzeption durchsetzen, bis hin zur »Endlösung« soziale Verteidigung. Ich schaute mich entsetzt um, ob nicht ein *Bild*-Reporter im Raum war.
Ein Namensvetter von Gert zeigte sich über den Ausdruck »feindliches Land« erschüttert. Man müsse sich doch fragen, wer sei denn da drüben. Weitere Einwände kamen. Auch defensive Hubschrauber seien doch in das militärische Konzept nahtlos eingebunden. Das Wort System fiel. Gert, der Ex-General, knabberte sanft mit dem Mund. Petra regte an, die Diskussion über das Konzept »Soziale Verteidigung« einmal offensiv in die AG Frieden und Internationale Beziehungen einzubringen.
Ihr wurde es schwummrig. Seit sie im Bundestag war, war sie zwanzigmal krank geworden. Die Post kam waschkorbweise, von Gefangenen in Korea, auf den Philippinen. Sie hatte inzwischen einen Nierenstein, war völlig ausgelaugt, wagte nicht mehr, alleine zu verreisen.
Auch ihre Mitarbeiter waren am Ende ihrer Kräfte. Sie hatten alle mit ihr in Mutlangen und Bitburg blockiert. Auf nächtlicher Landstraße hatte sie versucht, Grass zu überreden, nach Bitburg mitzukommen. Der gewaltlose Widerstand mußte unberechenbar sein, völlig unberechenbar. Veränderungen ließen sich nur draußen erzwingen, die Gewaltfreiheit als subversives Prinzip war im Parlamentssaal nicht zu verwirklichen.
»Sie sind eine Kriminelle«, bekam sie in der Bitburger Feuerwache zu hören, als sie die im Keller eingesperrten Festgenommenen besuchen wollte. Man warf sie hinaus, obwohl sie ihren Abgeordneten-Ausweis vorwies, der »Zugang zu allen Polizeibehörden« garantiert und diese zur Hilfe verpflichtet. »Da sieht man, wieweit unsere Macht geht«, sagt sie, blaß um die Nase, und legt die Hände zusammen. Am liebsten würde sie im Oktober den Plenarsaal nicht mehr verlassen. Einfach nicht mehr aufstehen. Aber da machte Otto nicht mit.

Am nächsten Morgen lief ich neben einem Alt-SDSler her, der mit Joschka Otto flankierte und mitschrieb. Während ich vom Brunnen am Tulpenfeld bis zum Bundeshaus über Anlagengitterchen und auf Randsteinen hoppelte, um gleichauf zu bleiben – Ottos Käuzchenaugen blieben einen Moment lang in meinen kleben, aber inzwischen hatte er mich schon wortlos, mit weitgestreckter Hand begrüßt –, meinte ich etwas von Durchmarsch zu hören, von Spaltung, die sowieso komme, nicht zu verhindern sei, also nur gut, dann gebe es eben – oder sauste der Wind nur so? – eine neue APO . . .
Waren am Ende auch sie, die beiden Säulen der Machtfraktion, schon am Resignieren? Oder hatte ich mich verhört? Hatte nicht Joschka vor dem Einzug in den Bundestag erklärt: »Die Grünen müssen bei Strafe ihres Un-

tergangs zu einem politikfähigen Konsens finden, welcher sich vor allem nicht beständig um ihre parlamentarische Existenzfrage drückt: wie halten es die Grünen mit der Macht«? Hatte er nicht betont, daß gerade die Grünen Ausdruck der Resignation jener weitaus radikaleren außerparlamentarischen Bewegungen vor der Machtfrage seien?
Der Pförtner stellte mir einen Laufzettel für einen Besuch des Abgeordneten Fischer aus. Als ich den Vorraum des Plenarsaales betrat, schwebte eben der Nachfolger Heckers, der für diesen nach dem Rotationsprinzip in den Bundestag einzog, auf Wunsch des Fernsehens flott die Treppe in die Lobby hinab in den Fokus der Linse. Milan Horacek war sein Name, er besaß einen biegsamen, schmiegsamen Molluskenblick und kam aus der Frankfurter Stadtratsfraktion, der fundamentalistischen Römer-Gruppe.
Ein Aufsatz über die »politische Logik der Sonnenblume«, verfaßt von dem Frankfurter Gärtner Oswalt, hatte mich über die Grundsätze dieser Riege orientiert. Oswald plädierte für ein »Nichteinlassen auf die Mechanismen der Macht«. Auf berufliche Erfahrung pochend, behauptete er: »Die Natur kennt keinen Kompromiß.« Er prägte den apodiktischen Satz: »Taktierend stolpert man über die eigene Taktik, nicht weil die Taktik schlecht ist, sondern weil der Fehler der Taktik die Taktik ist.«
Heeremann von Zuydtwyck, CDU, verließ den Plenarsaal, sprach kurz mit einem der Parlamentsdiener, die im Lakaien-Schwalbenschwanz imitierten Stilmöbeln ähnelten, und durch die offene Tür quoll die sonore Herrenstimme von Stoltenberg: »Maßlose Neuverschuldung . . . Gesundung . . . die Arbeitsplatzlücke von heute ist die Investitionslücke von gestern.«
»Stoltenberg müßte mir doch etwas vermitteln.« Milan war nach seinem Akzent zu urteilen ein Ostflüchtling der ersten Generation. »Aber er kann uns gar nicht verstehen. SPD und CDU verstehen einander ungefähr. Aber wir haben einen ganz anderen Zugang zum Sein und zum Sinn des Lebens.«
– »Was hälst du dann von Ottos Vorstellung: die Grünen als Juniorpartner der SPD?« – »Das möchte ich nicht, das ist Quatsch.«
Milan wünschte sich ein Europa der Regionen: Bayern, Ostfriesland, Hessen . . . Selbstverwaltungsebenen auf echter Basis. Der Bundestag könnte mit Zweidrittel-Mehrheit die Auflösung der Republik beschließen, die Grenzen zwischen den europäischen Ländern könnten abgebaut werden.
»Aber das geht doch nur, wenn ihr die Macht habt?« – »Nein«, sagt Horacek. »Macht, das bedeutet immer Zwangsmittel, und wenn man Zwangsmittel gebraucht, müssen die anderen Widerstand leisten. Die Einsicht entscheidet. Macht als solche ist verwerflich. Man darf nicht danach streben, Macht zu bekommen, andere zu unterdrücken. Man muß Macht, die mißbraucht wird, weil sie Macht ist, analysieren, bekämpfen.«
Der Mann konnte einfach nicht logisch denken! Entweder war Macht immer schlecht, oder sie war nur dann schlecht, wenn sie mißbraucht wurde.

Wütend setzte ich mich auf einen der Klappsitze, die an der Rückwand des Plenarsaales stehen. Ich wollte nicht in einem autonomen Bayern leben. Dem Abgeordneten Apel machte gerade ein dümmlicher und primitiver Antiamerikanismus Sorgen, Sorgen machte ihm aber auch der Dollarkurs. Bestimmt hätte auch er nicht einfach »Ja!« gesagt, hätte ich ihn gefragt, ob er an die Macht wolle. Nachdenklich musterte ich die Lieblingsruine meiner Weltanschauung: Der Staat ist das Machtinstrument, mit der eine Klasse die andere niederhält, bestehend aus besonderen Formationen bewaffneter Menschen, Gefängnissen, Steuereintreibern usw.
Der Plenarsaal sah aus wie ein Kino der fünfziger Jahre. In diesem Punkt hatte Milan recht. Vor meinem Sitz lief ein grauer Plastikstreifen am Boden, den nur Abgeordnete überschreiten durften. Die Diener wieselten auf und ab, guckten wie Croupiers.
Unter der Empore, im toten Winkel der Kameras, lag die Zone der Schande. Hier saßen nur Grüne und Einzelgänger. Inzwischen beschwerte sich ein SPD-Redner über einen Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, der dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, SPD, als Antwort auf eine Anfrage den *Bayernkurier* geschickt hatte. Der einsame SPD-Hinterbänkler rechts von mir haute aus Protest mit seiner zusammengerollten Zeitung so auf sein Pult, daß die ganze leere Bankreihe, mit der es verschraubt war, mitschepperte.
Die grüne Fraktion protestierte nicht mit. Sie hatte beschlossen, grundsätzlich bei Plenarsitzungen anwesend zu sein. »Natürlich fallen die Entscheidungen woanders«, sagte mir Christa. »Im Ältestenrat, in den Ausschüssen. Aber ich stimme Hans zu, wenn er sagt, das Volk habe ein Recht auf unsere Anwesenheit. Ich will mich hier einbringen, das Parlament muß wieder Diskussionsforum werden.«
»Wie ist das, wollt ihr an die Macht?« – »An die Macht oder die Macht?« fragte sie zurück. »Wenn wir an der Macht sind, wollen wir die Macht zurückführen auf die Dienstleistung am Souverän.« – »Und meinst du, das geht gewaltlos?« Was hätte sie antworten sollen? Aber ich hatte das Gefühl, sie war tief überzeugt.
Offensichtlich litt ich an einer nicht politikfähigen idée fixe. Blutgierig durchschritt ich die Lobby, diesen angenehm schäbigen, hellen, sauberen, zweckdienlichen Raum ohne Säulen, hinter denen Verschwörer hätten wispern können. Dort gab jemand ein Interview. Ach, das war ja Gert! Der Interviewer klatschte in die Hände: »Flugzeugabschuß, zweite Frage, dritte Aufnahme . . . Das war gut jetzt.« Diese Aula hatte nichts Heroisches, nichts Fundamentales, eher etwas von einem gut eingeführten Geschäft. Mit dem Neubau soll allerdings bald begonnen werden.
Erika fand die Macht, die sie hier erlebte, so abstoßend und pervers, daß sie daran nicht teilhaben mochte. Dieter meinte, jede Koalition jetzt stabilisiere

das System. Hans dachte, die Gewaltfreiheitsfrage würde sich ernsthaft erst stellen, wenn sie an der Macht seien. Hubert meinte, den Einsatz staatlicher Machtmittel dürfe man mittelfristig nicht vertreten, höchstens dulden. Julius wollte die Macht, die sei aber nicht im Parlament.

Einige von ihnen waren dunkel gekleidet oder trugen Binden um den Arm. Eine einheitliche dunkle Kleidung als Zeichen der Trauer um den Türken Altun, der aus dem Fenster des Berliner Verwaltungsgerichts in den Tod gesprungen war, hatte Petra nicht durchsetzen können. »Soll ich mir extra einen schwarzen Anzug kaufen?« hatte Joschka wütend gefragt.
Am späten Nachmittag hatte er die Fraktionssitzung verlassen. Otto war auch gegangen. Marie-Louise hatte die Leitung übernommen. Der Abend war gekommen. Dann war Dirk aufgestanden, hatte sein aschgraues Antlitz erhoben und starren Blicks, gepreßten Tons, erklärt, er lege seine Mitarbeit im Arbeitskreis für ausländerpolitische Fragen nieder.
Otto hatte seine Presseerklärung zu Altun in unglaublicher Weise vom Tisch gewischt. Otto hatte keine Zeit gehabt. Otto hatte die Pressegruppe wieder einmal mit einem Ukas belegt. Georg hatte sich geweigert, die Erklärung rauszugeben. Was politisch interessant war, machte die Spitze. Stunden hatte Dirk an dieser Erklärung gesessen. Das war nicht das erstemal gewesen. Weggewischt hatte Otto seinen Entwurf. Wenn Otto sagte, das kommt nicht, dann kam das nicht. Otto. Flugzeug, Flugzeug, hatte Otto gesagt, und so gehe das nicht und weg. Wir kleinen Läuse.
»Tritt ihm vors Schienbein!« hatte die Fraktion gerufen. »Niederlegen hilft nichts!« »Ich verstehe nicht, wie Otto zur Zensurbehörde werden kann!« »Mit so etwas Viertel vor sechs zu kommen, ist immer ungut!« »Die Sitzung ist zu Ende!« »Abstimmung!« »Formalistisch!« »Keine Diskussion im Rumpfkabinett!« »Das wäre nicht das erstemal, daß ein Rumpfkabinett entscheidet!«
Marie-Louise war gegangen, nach einiger Zeit Joschka hereingeschlappt. Stumm hatte er zugehört, bis Dirk sich beschwerte, daß Joschka und nicht er den Antrag auf Rücktritt der Minister Engelhardt und Zimmermann wegen des Todes von Altun begründen sollte.
Da hatte Joschka losgebrüllt. Es war ein kunstvolles, herrschaftstechnisch einwandfreies Brüllen mit Adernschwellen, dicht am Rande des Röchelns gewesen, ein geradezu unnatürliches Gebrüll, ohne erkenntlichen Inhalt. Dirk hatte Luft geholt, die Wüste hatte gerufen: »Komm mit raus!«
Und während Dirk noch hinausjagte, war schon Gelächter aufgeperlt, waren die Damen auf Joschka zugeeilt, hatte Petra ihn umarmt, hatte der Frauenflor brüllend vor Lachen gefleht: »Nein, Joschka, nicht, bleib hier, nein . . .«, und summend war die grüne Fraktion in den Abend hinausgeschwärmt.

»Die Grünen und die Macht?« sagte Joschka. »Das erinnert mich an einen Verdurstenden in der Wüste, der plötzlich ein Wasserloch findet. Er trinkt und trinkt, das Wasser aber wird nicht reichen, das er da gefunden hat. Und seine einzige Hoffnung ist, daß es das Wasser des Lebens ist.«
Am 8. September 1983 stellten die Fraktionen der Grünen und der SPD Antrag auf Entlassung des Justizministers Engelhardt und des Innenministers Zimmermann wegen ihres Verhaltens in der Sache des Türken Altun. Plötzlich verschärften die Parlamentsdiener die Kontrolle an den Türen des Plenarsaales. Fischer sprach, und ich hatte vor dem Video im Presseraum nicht den Eindruck einer Schwatzbude. Nicht wenige Abgeordnete der SPD klatschten, trampelten, und selbst das Schnipsel in den Abendnachrichten wirkte ungewohnt. Sein Nachredner, ein CSU-Abgeordneter, schleuderte den Zeigefinger auf ihn und schrie: »Wenn Sie an die Macht kommen, sind Sie schlimmer als die Nazis!« Während des halbstündigen Tumultes, der sich an diese Äußerung anschloß, zerschlug sich Gabriele entsetzt, erschrocken, außer sich auf dem Pult ihren Armreif.

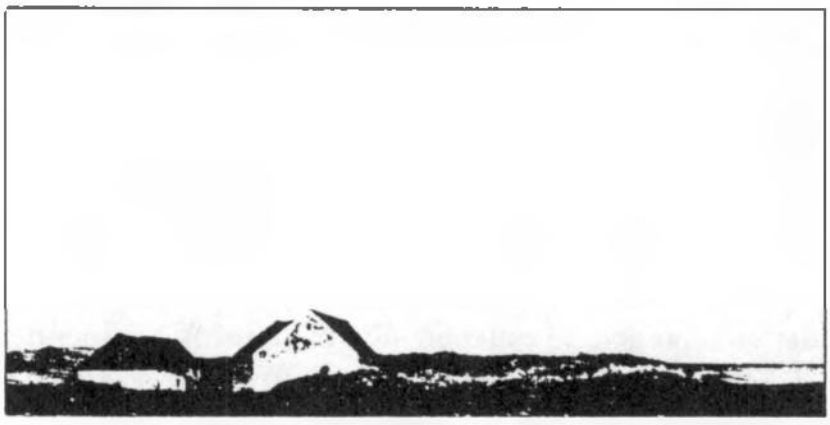
Schließlich hatte mir Otto mit strahlenden Augen, die eiserne Cäsarenlocke auf dem Haupte, doch einen Termin gegeben. »Dem darf man nicht trauen!« hatte er dabei die Umstehenden gewarnt.
Mir war unbehaglich, doch stellte ich mich pünktlich in seinem Vorzimmer ein. Dort fand ich keineswegs nur die verdächtig hübsche Sekretärin vor, der ein Nachrücker soeben zum Wochenende einen kleinen Blumenstrauß verehrte. Sympathisch hatte sie aufgelacht, als ich sie einige Tage zuvor das erstemal um eine Verabredung mit Otto gebeten und ihr mein Thema genannt hatte. Zeitweilig standen sechs Personen im Zimmer.
Auch ein Berliner Brillenträger, der hastig eine nach der andern rauchte und mir gesagt hatte, das sei gar nicht so einfach, war wieder da. »Wenn ich keinen Termin bekomme, ist das auch eine Äußerung!« hatte ich wütend gezischelt. Auch eine alte Bekannte von mir, die mich danach erschrocken im Gang gefragt hatte: »Hast du wirklich gedroht?«, spitzte herein. Sie hatte Loyalitätsprobleme und hielt sich fern von mir.
An der offenen Tür gingen Krawattenträger vorbei und wünschten ein schönes Wochenende ins Gewimmel. Das Telefon läutete ununterbrochen, und die Sekretärin hatte Angst vor dem Durchstellen. Otto war schrecklich genervt, egal, wer es war. Offene Gesetzbücher lagen herum; im offenen Rollschrank neben mir erspähte ich eine Mappe mit der Aufschrift »Autogrammwünsche«.
Ständig klopften Knöchel an Ottos Tür, hinter der es murmelte, drangen störende Entschuldigungen durch den Spalt, wechselten die Partner.
Natürlich kam jetzt Georg auf seinen himmelblauen Schühchen und reichte ein wehendes Blatt hinein: letzte Nachgefechte, Aufforderungen an die

CDU/CSU, sich für den tosenden Beifall zu entschuldigen, der nach der Beleidigung Joschkas losgebrochen war.
Der alte SDSler beruhigte mich. Er sprach sehr präzise, sehr langsam und schien seinen Schlaf in Sekundenbruchteile atomisiert auf vierundzwanzig Stunden zu verteilen. Meine Munterkeit war ihm angesichts der Tatsache, daß ich nun schon eine Stunde wartete, etwas unheimlich. Neben mir saß ein Mädchen von einem Sender, ihre Hände umklammerten ein Tonband.
Ob er an die Macht wollte, konnte ich Otto nicht mehr so recht fragen. Im Rincon de España, einem Lokal am Fuße des Venusbergs, hatte er sich einmal zwei Stühle entfernt von mir für eine Minute niedergelassen und mich unvorsichtig lange angeguckt. Ich hatte ihm kurz berichtet, daß ich kaum jemanden in seiner Fraktion gefunden hatte, der an die Macht wollte. »Ich glaube, dir brauche ich die Frage gar nicht stellen!« hatte ich ihm übermütig zugerufen. Sein Lächeln hatte bedrohliche Formen angenommen.
Mich packte der Drang, mich endlich anständig auf dieses Interview vorzubereiten, und ich knödelte eine Frage aus. Als ein jüngerer Mann mit schütterem Haar aus Frankfurt das Zimmer verließ, drängelte ich mich vor: »Nur eine Frage!« flehte ich. Otto deutete auf einen Stuhl.
»Meine Umfrage bei den grünen Abgeordneten hat ergeben, daß einige von ihnen nicht an die Macht wollen und ziemlich viele deine Idee von den Grünen als Juniorpartner der SPD ablehnen. Ist dadurch nicht das Scheitern der Grünen im Parlament vorprogrammiert?«
»Eine Parlamentsfraktion«, antwortete Otto hinter seinem Schreibtisch, »die auf Dauer sagt, wir protestieren nur, wir klären nur auf, und die nicht den staatlichen Bereich der Regierung ins Auge faßt, wird sich verzehren. Aber ich bin kein Prophet. Zeitweise schien es mir, als setzten sich in der Partei allmählich die Kräfte durch, die eher auf eine realitätsbezogene Politik bedacht sind, aber ob diese Entwicklung anhält, weiß ich nicht.«
Ich schwieg ehrfürchtig. Nach einem kurzen Stocken fuhr er fort: »Es ist nur natürlich, daß die Fraktion den Stand der Partei spiegelt, und die Partei ist in einem verflüssigten Zustand und besitzt noch keine kristalline Struktur. Ich wünschte mir ein bißchen mehr Skelett.«
»Tja«, sagte ich. »Ich sagte zwar, ich hätte nur eine Frage, aber soll Skelett das letzte Wort sein?« Er lächelte unzermürblich. »Was ich nicht verstanden habe, ist euer Verhältnis zu Bastian und Kelly.« Sein Lächeln schwand. »Was meinst du mit ›ihr‹?« – »Nun ja, dann anders.« Ich reichte ihm die Rede des Abgeordneten Reents, Hamburg, über den Tisch, in der dieser am 9. 9. die »Anschaffung von ständig neuen Militärhubschraubern« scharf angegriffen hatte.
»Es gilt nur das gesprochene Wort!« sagte Otto. »Wie? Reents hat das nicht gesagt?« – »Nein.« – »Reents hat außerdem in seiner Rede die SPD sehr

scharf angegriffen.« – »Und das ist richtig. Man darf nicht verschweigen, wie die Politik der SPD ist, wenn sie an der Regierung ist. Gerade, wenn man Überlegungen anstellt wie ich, muß man betonen, daß die SPD in der Alleinregierung denselben Unrat produziert . . . Bei ihm muß man aufpassen!« Er wandte sich an den Alt-SDSler, der dabeigesessen war, und erhob sich. »Kinder«, meinte er rasch, »ich habe jetzt einfach nicht die Zeit, über die SPD zu diskutieren!«

Dieter erkennt man auch im Bahnhofsgewühl schon von weitem. Sein Bart ist zwar nicht ganz so groß wie der von Gert, mit dem er oft zusammen abgelichtet wird und im Parlament zusammensitzt, aber doch von Kropotkinschen Ausmaßen.
Er ist Maurer von Beruf und leidet in Bonn ständig unter dem Gefühl, nicht zu arbeiten. Dabei wühlt er sich durch Aktenberge, ganze Wagenladungen von Materialien, schreibt Gutachten für den Verkehrsausschuß, von denen er das Gefühl hat, die wandern sowieso in den Papierkorb. Sein Gegner ist die Autoindustrie.
Trotzdem will er nicht an die Macht. Er will die Partei überflüssig machen, sein Ziel ist die Auflösung der Partei. Er will ohne Gewaltverhältnisse existieren. Er sieht die Gefahr darin, daß die Bewegung unter dem Druck von außen hierarchische Strukturen entwickelt. Die Bewegung muß herrschaftsfrei bleiben. Der Faschismus war nur dadurch möglich geworden, daß die Gegner autoritäre Organisationen gewesen waren. Weil die pazifistischen Organisationen in den zwanziger Jahren zu wenig Einfluß hatten.
Er verfaßt Schreiben gegen die Jet-erei der Grünen, dagegen, daß Militärmaschinen benutzt wurden. »Um unseren Ansprüchen gerecht zu werden«, meint er, »müssen wir sie auch vorleben.« Ins Rincon geht er nicht, er geht auch nicht ins Casablanca. Er fürchtet die Gespräche, aus denen einem dann ein Strick gedreht wird, die Sekretärinnen, die in den Bonner Diskotheken lauern.
Er hat wieder angefangen zu rauchen. Wenn er am Wochenende heimfährt, fürchtet er das Fremdeln der Freunde dort. In Bonn ist er völlig allein. Er hat niemanden, mit dem er einfach mal so quatschen kann. Er lebt dort in einem Appartement mit Matratze, Regal, Stuhl und Tisch und nun, seit neuestem, einer Stereoanlage. Veränderung gebe es nur durch Bewußtseinsveränderung, durch Verständlichmachung von Zusammenhängen nicht bloß in der Natur, sondern auch in Familie und Staat. Überall müßten herrschaftsfreie Räume geschaffen werden, auch im Parlament.

Raben Verlag München



Grün kaputt

Landschaft und Gärten der Deutschen

Das Buch zur Ausstellung von
Dieter Wieland, Peter M. Bode, Rüdiger Disko
200 Seiten, über 230 Vierfarbabb., DM 28,--
Raben Verlag, Frohschammerstr. 14, 8 Mü. 40

Charles C. Roberts
Die Grünen – Retter des Spätkapitalismus?
Kritik eines Wirtschaftsprogramms

Was wollen die Grünen?

Während die etablierten – vielleicht sollte man besser sagen: die verschanzten – Parteien zur Zeit nur in Nuancen voneinander abweichende Strategien zur Stabilisierung der etwas ins Schleudern geratenen Marktwirtschaft bieten, streben die Grünen langfristig eine ökologische, soziale und basisdemokratische Gesellschaft an. Die beiden ersten Begriffe wurden den Menschen in den letzten zehn bzw. hundert Jahren so um die Ohren gehauen, daß sie fast Worthülsen geworden sind; sie fehlen in keinem Parteiprogramm. Die Grünen versuchen in ihrem Programm eine Präzisierung: *Ökologisch* meint vor allem, daß die Natur nicht mehr als Ausbeutungsobjekt der Menschen angesehen und behandelt werden darf; es geht nicht nur darum, mit den Ökosystemen schonend umzugehen, sondern darüber hinaus eine andere Beziehung zwischen Mensch und Natur herzustellen. Unter *sozial* verstehen die Grünen eine Art der Arbeit und eine Verteilung der Produkte, die eine Grundlage für die Persönlichkeitsentfaltung aller Mitglieder der Gesellschaft bilden. Der Begriff *basisdemokratisch* ist – zumindest vorerst – noch nicht so abgegriffen wie die anderen Schibboleths: Die Grünen haben im vergangenen Wahlkampf auch nicht viel Aufhebens um ihn gemacht. Mit basisdemokratisch ist nicht nur eine enge Bindung der Mandatsträger an die Basis gemeint: Der Begriff, so wie die Grünen ihn verwenden, geht weit über den politischen Bereich hinaus und erstreckt sich insbesondere auf das wirtschaftliche Leben. Was den wirtschaftlichen Bereich betrifft, so wird man sicher nicht fehlgehen, wenn man Basisdemokratie gleich Arbeitnehmerselbstverwaltung setzt (wenngleich die Grünen selber diese Bezeichnung nicht verwenden). Die Produktion sei dezentral, überschaubar, genossenschaftlich zu organisieren; die Produzenten sollen entscheiden, was, wie und wo produziert wird. Diese basisdemokratische Organisation der Produktion soll die Voraussetzung dafür schaffen, daß eine Harmonie zwischen Mensch und Natur hergestellt wird, welche die Verschwendung von Bodenschätzen oder die Überbeanspruchung der Ökosysteme effektiv ausschließt, *und zwar wegen der Einsicht der Entscheidungsträger* (der Basis) *und ohne bürokratische Reglementierung.*
Darüber hinaus versprechen sich die Grünen von der basisdemokratischen Organisation der Wirtschaft eine Gestaltung der Arbeit und eine Verteilung

der Produkte, die es allen Mitgliedern der Gesellschaft erlauben, ihre Persönlichkeit zu entfalten, denn »*nur* eine von unten – von Produzenten und Konsumenten – gesteuerte Wirtschaft kann gewährleisten, daß die Arbeit und die Verteilung der Produkte sich an den Bedürfnissen aller Gesellschaftsmitglieder orientiert«.[1] Dies mag sich utopisch anhören, aber in einem wichtigen Punkt ist den Grünen ohne Abstriche recht zu geben: Für die Lebensqualität – und natürlich auch für die Erhaltung der Umwelt – kommt es entscheidend auf die Gestaltung der Produktion an. Die Beschränkung auf die Verteilung der Produkte ist ein verhängnisvoller Fehler des sozialdemokratischen, wohlfahrtsstaatlichen Programms.[2]

Das langfristige grüne Programm holt also recht weit aus; es zielt auf nicht weniger als eine totale Umkrempelung unserer gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse. In der Reichweite seiner Zielsetzungen steht es keineswegs hinter dem marxistischen Programm zurück. Wie die Gesellschaft zum erwünschten Ziel hingeführt werden soll, ist indessen bei den Grünen weit weniger klar als bei den Marxisten. Der klassische Marxismus ging davon aus, daß der Kapitalismus aufgrund seiner inneren Widersprüche von einem bestimmten Punkt seiner Entwicklung an nicht mehr imstande sein werde, seine Produktivkräfte weiter zu entfalten und den institutionellen Rahmen für die Organisation der Produktion abzugeben. Angesichts dieser Krise werde die radikale Umgestaltung der Produktionsverhältnisse (und mithin der ganzen Gesellschaft) möglich, ja unumgänglich, und es gebe nur eine Kraft, die dieser Aufgabe gewachsen sei: das politisch bewußte Proletariat.[3] So einfach indessen war und ist es wohl nicht, und den Linken – namentlich den deutschen Linken – ist dieser Glaube mittlerweile ziemlich abhanden gekommen. Mag sein, daß die Grünen ebenfalls an einen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung glauben, und zwar deshalb, weil deren grenzenlose Profitgier sie die Natur und die Ökosysteme bis zu jenem Punkt ausbeuten läßt, an dem die Grundlage unseres Lebens zerstört wird. (Anzeichen dafür, daß wir auf dem Weg dorthin sehr weit fortgeschritten sind, gibt es genug.) Aber diesen Zusammenbruch kann man nicht einfach geschehen lassen: Es gilt, unsere gesellschaftlichen Verhältnisse und Verhaltensweisen so weit zu ändern, daß der Zusammenbruch noch rechtzeitig verhindert wird. Der Gegensatz könnte nicht krasser sein: Revolution zur Verhinderung des Zusammenbruchs löst die klassische marxistische Position ab, wonach die institutionelle Krise des Kapitalismus die Voraussetzung für die sozialistische Revolution schaffe.

Die Marxisten hatten es leichter: Sie brauchten nur die Unvermeidbarkeit der Krise plausibel zu begründen. Die Grünen müssen mittlerweile die Möglichkeit eines ökologischen Zusammenbruchs nicht mehr eigens begründen, aber sie müssen die Möglichkeit seiner Vermeidung plausibel machen, um sodann ihren Weg hin zu der angestrebten Neuordnung der Ge-

sellschaft überzeugend darzustellen. Dies geschieht in ihrem Programm *nicht:* Konkrete Vorschläge enthält nur der Katalog der Sofortmaßnahmen, für die allerdings beansprucht wird, sie zeigten die Richtung auf, die zu den langfristigen Zielen hinführe, wenngleich deren vollständige Verwirklichung mit den Sofortmaßnahmen nicht möglich sei (S. 10). Die Sofortmaßnahmen sind also hinsichtlich ihrer sofortigen Wirkung (z. B. auf die Umwelt, die Arbeitsmarktlage oder die sozialen Beziehungen) zu beurteilen, aber auch im Hinblick darauf, ob sie mindestens den Anfang eines Wegs hin zu den langfristigen Zielen andeuten.

Die Sofortmaßnahmen

Worin besteht das Sofortprogramm? Seine Schwerpunkte sind:
- Massive öffentliche Investitionen für Umweltschutz und Infrastruktur (insbesondere im Energie- und Verkehrsbereich)
- ökologische Agrarpolitik
- Nullwachstum
- Arbeitszeitverkürzung
- Sicherung der Sozialeinkommen
- Förderung von alternativen Projekten.

Was die staatlichen Investitionen betrifft, so liegen die Schwerpunkte auf sanften Energien, Energieeinsparung (intensivere Benutzung der Abwärme, Wärmedämmung), Massenverkehrsmittel (Bus, Bahn), Stadtsanierung, Wasserwirtschaft (Kläranlagen auf biologischer Basis). In vielen Punkten unterscheiden sich die grünen Vorstellungen nicht grundsätzlich von sozialdemokratischen Überlegungen, so wie sie in den Vorschlägen zu Zukunftsinvestitionen enthalten sind, welche die SPD-Fraktion in ihrem sogenannten Beschäftigungshaushalt 1983–85 vorbrachte. In einem wichtigen Punkt gibt es bei den Vorstellungen der Grünen einen qualitativen Unterschied: Durch alle ihre Vorschläge zieht sich wie ein roter Faden die Forderung, vom Gigantismus abzurücken. Die Projekte sollen dezentral, überschaubar, menschlich dimensioniert sein. Im übrigen weisen die Grünen darauf hin, daß mit solchen Projekten viele Arbeitsplätze geschaffen werden können. Finanziert werden sollen diese Projekte zum größten Teil durch Ausgabenkürzungen in anderen Bereichen: Rüstung, Autobahnausbau, Rhein-Main-Donau-Kanal, Startbahn West und Kabelfernsehen stehen ganz oben auf der Abschußliste. Subventionen sind zu streichen, steuerliche Begünstigungen und Privilegien abzubauen und die Spitzensteuersätze anzuheben; das Vermögen soll stärker besteuert werden. Diejenigen, welche die Umwelt über Gebühr belasten, sollen konsequenter als bisher mit Abgaben nach dem Verursacherprinzip belegt werden. Die Grünen stellen in ihrem Programm

fest, daß sie eine Ausweitung der Staatsverschuldung als generelles Finanzierungsinstrument für ökologische Zukunftsinvestition im Prinzip zwar ablehnen, aber diese Möglichkeit doch nicht ausschließen. Man darf sich also auf eine defizitäre Finanzierung gefaßt machen, was übrigens der Beschäftigungswirkung der Infrastrukturmaßnahmen nur zugute kommen kann.

Die agrarpolitischen Vorschläge der Grünen sind schon eher kontrovers. Die Grünen erkennen, daß sich die Landwirtschaft immer mehr der Chemie und der technischen Rationalisierung bedient, um die Produktion zu erhöhen und die Rendite zu verbessern. Auch trauern die Grünen dem der Landwirtschaft zuarbeitenden Handwerk wie Schreiner oder Schmied sowie der örtlichen Nahrungsmittelverarbeitung nach, die eine zentrale Industrialisierung verdrängt hat. Hier sprechen sie aus gesellschaftspolitischen und ökologischen Erwägungen ein Problem an, das gemeinhin unter rein ökonomischen oder produktionstechnischen Gesichtspunkten betrachtet wird: das Problem der optimalen Betriebsgröße. Die Grünen mögen es eher klein. Und in der Tat ist es sehr zu begrüßen, wenn dieses Problem einmal unter dem Aspekt der Bedeutung der Betriebsgröße für die arbeitenden Menschen oder die Umwelt gesehen wird. In der Landwirtschaft jedoch dürften eventuell vorhandene zwischenmenschliche Probleme im Betrieb nicht mehr auf die Betriebsgröße zurückzuführen sein, denn es gibt kaum noch Lohnarbeit in diesem Sektor (von diesem Punkt wird noch zu sprechen sein), und die viel zu große Zahl von Nebenerwerbsbetrieben, die eine Familie nicht ernähren und folglich ihre Besitzer zur Arbeit in der Industrie zwingen, deutet darauf hin, daß gerade in der Landwirtschaft die ökonomisch optimale Betriebsgröße nicht selten *unterschritten* wird.

Den Grünen ist zuzustimmen: Ausgerechnet in der Landwirtschaft nehmen unökologische Produktionsmethoden in besorgniserregendem Ausmaß überhand. Die von ihnen vorgeschlagene Remedur gibt jedoch zur Skepsis Anlaß. Im agrarpolitischen Teil ihres Programms fordern die Grünen Einkommensverbesserungen für die Landwirte, und zwar durch Subventionen. Dies kommt einem vertraut vor. Allerdings knüpfen die Grünen daran die weitergehende Forderung, die Subventionen seien so zu gestalten, daß sie den kleinen und mittleren Betrieben zugute kommen. Damit soll erreicht werden, daß sich die Bauern nicht noch stärker zu Chemieeinsatz und Massentierhaltung gezwungen sehen. Für die Milchwirtschaft, die im Programm besonders ausführlich behandelt wird, sähe dies etwa so aus: Jeder Milchbetrieb erhält für eine bestimmte Menge einen relativ hohen Preis, wobei Menge und Preis auf die Produktionskosten und -möglichkeiten kleiner und mittlerer Betriebe abgestellt sind; für die darüber hinaus erzeugte Milch wird weniger bezahlt. Auf diese Weise soll nicht nur den – vermeintlich ökologischeren – kleinen und mittleren Betrieben geholfen, sondern auch

der Überschuß in der Milchproduktion abgebaut werden. Dieser Vorschlag birgt das Eingeständnis, daß die großen Betriebe ökonomisch effizienter wirtschaften, wobei der Beweis ausbleibt, daß die kleineren Betriebe ökologisch rücksichtsvoller, also in Anbetracht aller Effekte besser produzieren. Würde dieser Vorschlag in die Praxis umgesetzt, so wäre sichergestellt, daß die Milch für die Konsumenten noch teuerer wird; nicht sichergestellt dagegen wäre die angestrebte Entlastung der Natur, denn es würde sich den kleinen Betrieben geradezu aufdrängen, mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln ihre Produktion auf die Höchstmenge zu bringen. Anscheinend übersteigt die grüne Phantasie auch die Vorstellung, daß ein Großbetrieb auf mehrere Kleinbetriebe mit einer im Hinblick auf die festgelegte Abgabemenge optimalen Betriebsgröße aufgeteilt werden könnte (etwa durch Verpachtung), so daß im Endeffekt nicht einmal der angestrebte Abbau des Milchüberschusses, sondern nur eine Verteuerung herauskommt.
Im Hinblick auf das eigentliche Problem – die Herbeiführung einer ökologischen Produktionsweise – stellt das Programm fest:

»Der ökologische Landbau ist die beste Form der Landbewirtschaftung, weil er auf den natürlichen Kreisläufen aufbaut, bessere Lebensmittel erzeugt und die geringsten gesellschaftlichen Kosten hinsichtlich Energieverbrauch und Umweltbelastung aufweist. Er ist eine Chance für kleine und mittlere Betriebe, ihre Existenz zu sichern, da er geringere Kosten mit höheren Erlösen verbindet.« (S. 20)

Ja, wenn dem so wäre, dürfte sich der ökologische Landbau von selbst durchsetzen. Aber vielleicht ist dem nicht so? Das Programm stellt weiter fest, daß dem heutigen Trend zum ökologischen Landbau, den die Grünen konstatieren, durch eine Verteuerung der in der Landwirtschaft eingesetzten Chemikalien etc. nachgeholfen werden solle. Sehr beipflichtungswürdig ist jedenfalls die Feststellung: »Der ökologische Landbau kann nicht von oben durchgesetzt werden, sondern nur von unten wachsen. Es kann nur darum gehen, Hindernisse zu beseitigen« (S. 20). Diese Einstellung kennzeichnet das gesamte grüne Programm: Zwar werden Eingriffe in den gesamtwirtschaftlichen Rahmen gefordert, aber eine dirigistische Reglementierung des einzelnen wird abgelehnt.
Aber die industrielle Produktion ist der entscheidende Faktor im Wirtschaftsleben und die größte Gefahr für die Umwelt. Was für einer Industriepolitik reden die Grünen das Wort? Bei Lichte besehen haben sie keine Industriepolitik, oder allenfalls eine, die in den anderen Programmteilen impliziert wird. Getreu ihrer basisdemokratischen Grundhaltung erklären sie sich bereit, »alle betrieblichen Aktivitäten, wo sich Arbeitskollegen für Projekte (die auf sinnvolle Produktionsumstellungen in Abkehr von schädlichen oder überflüssigen Produktionen abzielen) zusammenschließen, zu unterstützen« (S. 21). Sie verraten zwar nicht, wie viele solcher Projekte es gibt, erklären indessen fröhlich-beschwingt, daß »die Suche nach ökologisch

und sozial sinnvollen Produktalternativen bei Einschränkung bzw. Einstellung schädlicher Produktionen kein ernstes Problem« sei (S. 21). Dies ist nur allzu wahr, erinnert aber an die Prahlerei, die Shakespeare in *Heinrich dem Vierten* Glendower in den Mund legt: »Ich rufe Geister aus der wüsten Tiefe« – worauf Hotspur einwendet: »Ei, ja, das kann ich auch, das kann ein jeder. Doch kommen sie, wenn Ihr nach ihnen ruft?« Es ist gewiß nicht schwierig, sinnvolle Produktalternativen zu suchen und auch zu finden; allein, ihre praktische Umsetzung ist oft nur allzu schwierig.

Das oberste wirtschaftspolitische Prinzip der Grünen ist Nullwachstum, wenngleich der Begriff im Programm nicht vorkommt (dafür aber zahlreiche kritische Seitenhiebe auf die vorherrschende Wachstumsideologie sowie an verschiedenen Stellen die – wohl auch zutreffende – Feststellung, es werde eher zu viel als zu wenig und vor allem zu viel Falsches produziert). In den Ausstieg aus dem Wachstum müsse eingestiegen werden (S. 21). Einige Schritte in diese Richtung sind bereits im finanzpolitischen Programmteil enthalten, so z. B. die Kürzung der Rüstungsausgaben und die Streichung von Projekten im Straßen- und Kanalbau. Überdies haben die Grünen die chemische und pharmazeutische Industrie wie auch die Verpakkungsindustrie als Kandidaten für Sonderbehandlung im Visier, während der Haushaltsgerätesektor und die Unterhaltungselektronik (welche die Regierung zum Renner der achtziger Jahre machen will, denn Zombie-Filme und Telespiele helfen auch den Arbeitslosen über die Trostlosigkeit des Alltags hinweg) infolge Marktsättigung schrumpfen werden und sollen. Auch die Autoindustrie, an der jeder siebte Arbeitsplatz hängt, hat den grünen Vorstellungen zufolge ziemlich ausgewirtschaftet. Wie dieses Branchensterben bewerkstelligt werden soll, ist indessen nicht so klar: Wo Marktsättigung nicht gegeben ist, erscheinen gezielte Maßnahmen nötig. Eine gezielte Maßnahme, an welche die Grünen *nicht* denken, wäre eine Kürzung des Masseneinkommens (hierauf wird im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung zurückzukommen sein).

Die Belastung industrieller Umweltfrevler mit Abgaben (Geldstrafen) nach dem Verursacherprinzip müßte wenigstens in den unmittelbar betroffenen Bereichen wachstumsbremsend wirken. Die Grünen setzen auch auf die Wirkung, die durch die Bereitstellung öffentlicher Güter auf die private Nachfrage ausgehen soll. Indem beispielsweise ein dichtes Netz von attraktiven und preiswerten öffentlichen Verkehrsmitteln angeboten wird, sollen die Autofahrer vom lieb gewonnenen Pkw entwöhnt werden. Das Schwergewicht liegt hier also nicht auf einer massiven Verteuerung oder verwaltungsmäßigen Behinderung des individuellen Verkehrs, sondern auf der Bereitstellung einer attraktiven Alternative. Aber auch wenn das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln auf breiter Basis angenommen wird, ist es dennoch denkbar, daß sich die überwiegende Mehrheit der Autobesitzer nicht

entschließen kann, sich vom Auto zu trennen. Insgesamt wird weniger gefahren, weil z. B. der Weg zur Arbeit mit der U-Bahn oder dem Bus zurückgelegt wird, aber das Auto wird fürs Wochenende und für Ferienreisen usw. beibehalten. Dies wäre aus ökologischer Sicht bestimmt ein Schritt in die richtige Richtung, aber die Autoindustrie sowie der massenhafte Individualverkehr mit allen seinen Begleiterscheinungen bestünden in etwas vermindertem Umfang fort.

Andererseits würden gerade die von den Grünen beabsichtigten öffentlichen Investitionen die Produktion in anderen Bereichen, wie beispielsweise Eisen und Stahl (wichtig sowohl für den Verkehrsbereich als auch für den Bau), eher beleben. Dies alles müßte unweigerlich gewaltige Strukturverschiebungen zur Folge haben; gerade in den schrumpfenden Bereichen der Wirtschaft ist damit zu rechnen, daß eine steigende Zahl von Betrieben vom Zusammenbruch bedroht wird. Pleite und Vergleich sind der im Kapitalismus vorgesehene institutionelle Mechanismus, der dafür sorgt, daß die Produktionsmittel und Arbeitskräfte von Betrieben, die nicht ökonomisch effizient bzw. für gesättigte Märkte produzieren, anderen Verwendungen zugeführt werden. (Die unmittelbar Beteiligten werden diese Charakterisierung der Rolle von Pleiten und Vergleichen wohl etwas kaltherzig finden: Sie würden eher sagen, diese Rechtsinstitutionen seien der Mechanismus, mittels dessen die Arbeitnehmer gezwungen werden, die Folgen der Fehlplanungen und der Kurzsichtigkeit sowohl der Betriebsleitung als auch der wirtschaftspolitischen Instanzen auszulöffeln.) Die Grünen haben anscheinend die in ihrem Programm fest eingeplante Konkurswelle vorausgeahnt und Vorkehrungen getroffen:

»Speziell für die Weiterführung vom Konkurs bedrohter Unternehmen ist das geltende Konkursrecht so zu verändern, daß die Möglichkeit der Weiterführung der Produktion Vorrang erhält vor der weitestgehenden Abfindung der Gläubiger.« (S. 22)

Das Zitat ist wörtlich wiedergegeben (wir können nur hoffen, daß, bevor die Gesetzesvorlagen der Grünen im Parlament mehrheitsfähig werden, etwas begabtere Formulierer am Werk sein werden); aber es kann wohl nicht wörtlich gemeint sein: Bei einer gewollten gewaltigen Strukturverschiebung kann es nur darum gehen, die Produktion von fallierenden Betrieben in neue Bahnen zu lenken, was vor allem dadurch zu geschehen hätte, daß gesunde Betriebe, die bereits zukunftsträchtige Güter produzieren, die Ausrüstungen – soweit verwendbar – und hoffentlich auch die Belegschaften von eingegangenen Betrieben übernehmen. Der Versuch, diesen Prozeß aufzuhalten, müßte Reibungsverluste zur Folge haben. Auf jeden Fall ist es unsinnig, Strukturwandel und Struktureinfrierung gleichzeitig anzustreben.

Noch ein Wort zum Nullwachstum, das ja in der grünen Ideologie ein ganz wichtiger Punkt ist: Stagnation – das lateinische und stark negativ geladene Wort für Nullwachstum – ist ein überaus widernatürlicher Zustand für eine

kapitalistische Wirtschaft. Dabei hört es sich so locker an: Wir produzieren in einer Periode nur so viele Maschinen und sonstige Ausrüstungsgegenstände, wie in der Produktion der laufenden Periode verschlissen worden sind (oder vielleicht sogar etwas weniger, da die neuen Maschinen dank dem technischen Fortschritt immer leistungsfähiger werden); wir produzieren in der laufenden Periode nur so viele Güter, wie wir in der vorangegangenen Periode konsumiert haben. Daß dieser simple Zustand, der für eine sich zahlenmäßig nicht verändernde Bevölkerung keinen Verlust an materiellem Wohlstand bedeutet, im Kapitalismus alles andere als natürlich ist, liegt am Zusammenhang zwischen dem kapitalistischen Akkumulationsprozeß und der Gewinnentstehung. Der Besitz von Produktionsmitteln, also von »Kapital«, ist nur dann interessant, wenn es dem Besitzer Gewinn bringt; gesamtwirtschaftlich entstehen Gewinne dadurch, daß investiert, also neues Kapital gebildet wird. Freilich, Gewinne können auf andere Weise entstehen, etwa dadurch, daß der Staat defizitäre Ausgaben tätigt, oder daß die Kapitalbesitzer aus entstandenen Gewinnen Geld für Luxuskonsum ausgeben[4], aber die Möglichkeiten, das Gewinnniveau auch angesichts fehlender privatwirtschaftlicher Investitionen aufrechtzuerhalten, stoßen früher oder später auf Grenzen.

Aus historischen Erfahrungen wissen wir, daß alle möglichen Wachstumskonstellationen denkbar sind: langanhaltende Phasen langsamen Wachstums, Perioden spektakulärer Schrumpfung (z. B. Großbritannien oder Amerika in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre), Zyklen von Wachstum und Schrumpfung um einen Trend, abwechselnd schnelles Wachstum und langsames Wachstum. Nur Stagnation über längere Zeiträume kommt in entwickelten kapitalistischen Wirtschaften nicht vor. Die Aufrechterhaltung von Stagnation müßte die wirtschaftspolitischen Instanzen vor die kaum lösbare Steuerungsaufgabe stellen, auch angesichts des Akkumulationsstillstandes jene Gewinne entstehen zu lassen, die ausreichen, den Besitz von Produktionsmitteln noch lohnend zu machen, ohne jedoch den – im Hinblick auf das Stagnationsziel unerwünschten – Akkumulationsprozeß wieder anzukurbeln.

Die Grünen erkennen ganz klar, daß die Entwicklung zu einem weiteren ungeheuren Anstieg der Arbeitslosigkeit führt. Die ökologisch mörderischen Wachstumsraten, die notwendig wären, um Vollbeschäftigung herbeizuführen, halten sie – wohl mit Recht – für weder erreichbar noch erwünscht. Aber getreu ihrer wachstumsfeindlichen Grundhaltung lehnen sie auch bescheidenere positive Wachstumsraten ab, selbst wenn diese den Arbeitsmarkt wenigstens etwas entlasten würden. So ist es nur konsequent, wenn sie eine drastische Umverteilung der noch vorhandenen Arbeit fordern. Sie unterstützen mit Nachdruck die gewerkschaftliche Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für die unteren und

mittleren Lohn- und Gehaltsgruppen. Dies ist ein Nahziel; aber unter den Sofortmaßnahmen findet sich (auf S. 25) die Forderung nach schneller Einführung der 31-Stunden-Woche. Eine Arbeitszeitverkürzung in diesem Umfang sei nötig, um die zwei Millionen Arbeitslosen in Brot und Arbeit zu bringen. Bezogen auf das gegenwärtige Ausmaß der Arbeitslosigkeit erscheint diese Rechnung etwas überzogen: eine 22prozentige Verringerung der Arbeitszeit, um eine 10prozentige Arbeitslosenquote wegzukriegen. Bedenkt man jedoch, daß die 31-Stunden-Woche bestimmt nicht mit einem Mal erreichbar ist, daß aber die Job-Killing-Rationalisierung sowie der jährliche Schub an Job-suchenden Schulabgängern andauern werden, so ist die Rechnung keineswegs übertrieben.

Was die grüne Forderung nach dem vollen Lohnausgleich für kleine und mittlere Verdiener betrifft, so ist sie allein aus der Überlegung heraus berechtigt, daß eine Arbeitszeitverkürzung in diesem Ausmaß ohne Lohnausgleich erschreckend viele Arbeitnehmerfamilien an oder sogar unter das Existenzminimum drücken würde.[5] Allein, die Aussichten, einen hinsichtlich der Kaufkraft effektiven Ausgleich zu erreichen, sind trübe; dies liegt z. T. an der derzeit beklagenswert schwachen Verhandlungsposition der Gewerkschaften, vor allem aber an der unangefochtenen unternehmerischen Preisgestaltungsmacht. Lohnerhöhungen in der Größenordnung von 20 Prozent würden unweigerlich eine Verteuerung der Lebenshaltung um ungefähr den gleichen Betrag nach sich ziehen, es sei denn, die Bundesbank legt durch rigorose Restriktionen die Wirtschaftstätigkeit derart lahm, daß den Unternehmen die Lust an Preiserhöhungen, welche die reale Nachfrage noch drastischer zurückgehen lassen, vergeht. Die Notenbank kann dies erreichen, das Instrumentarium besteht und hat sich – z. B. 1974/75 – als recht wirksam erwiesen. Auch ist ihr angesichts einer inflationären Gefahr der Wille zu einer solchen arbeitsmarktpolitisch katastrophalen Politik durchaus zu bescheinigen.

Aber den Grünen geht es keineswegs nur um die Entlastung des Arbeitsmarktes: Sie haben ja – dies sei ihnen hoch angerechnet – ein durchaus gebrochenes Verhältnis zu fremdbestimmter Arbeit. Aber sie erkennen, daß Freizeit, die nicht freiwillig ist und eine Existenzbedrohung darstellt, keine emanzipatorischen Perspektiven eröffnet. Sie erhoffen sich aus der breiten Arbeitszeitverkürzung die Schaffung von Freiräumen; das Arbeitnehmerleben soll nicht länger hauptsächlich aus U-Bahn, Maloche und Glotze bestehen.

Die Grünen widmen dem derzeit auf vollen Touren laufenden sozialen Abbau ein Kapitel unter den Sofortmaßnahmen. Sie fordern, daß »Leistungen nicht mehr an die Wachstumsraten des kapitalistischen Systems gekoppelt werden sollen, die Verteilung und Höhe der Leistungen nicht mehr alle Diskriminierungen, Ungerechtigkeiten und auch Privilegien des Erwerbssy-

stems widerspiegeln und noch verstärken soll« (S. 27). Also: Sozialstaat mit Konsequenz; nur, mit der Frage der Finanzierung befassen sie sich nicht mit der gleichen Konsequenz, denn die von ihnen beabsichtigte Verschiebung der Steuerlast zu Ungunsten des Kapitals beruht auf keiner ernsthaften Analyse der Überwälzungsmöglichkeiten, die den Besitzern von Produktionsmitteln zur Verfügung stehen. Solange es keine soziale Kontrolle über den Produktionsapparat gibt, haben diejenigen, die über ihn verfügen können, vielfältige Möglichkeiten, sich der demokratisch beschlossenen Besteuerung zu entziehen. Eine solche Möglichkeit bietet die unternehmerische Preisgestaltungsmacht, eine andere der Kapitalstreik bzw. die Kapitalflucht. Die Festlegung, wie die Steuerlast verteilt wird, ist keineswegs vorrangig ein Problem von politischem Willen und Mehrheitsverhältnissen; vielmehr spiegelt diese Verteilung die bestehenden Machtverhältnisse wider, und ihre Revision erfordert zuallererst eine Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse. Die Grünen verkennen hier – wie auch bei der Frage des Lohnausgleichs bei Arbeitszeitverkürzung – die Grenzen, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln dem staatlichen (bzw. gewerkschaftlichen) Handeln auferlegt, und setzen damit eine schlechte Tradition des deutschen Sozialreformismus fort.

Das grüne Programm enthält hingegen einige sehr überlegenswerte Anregungen zur qualitativen Umgestaltung des Sozialstaates. Plädiert wird für ein kleines soziales Netz: Erziehungsaufgaben, die Pflege von Alten und Kranken, die Betreuung von Selbsthilfegruppen (z. B. Drogensüchtigen) und ähnliche Aufgaben sollten mit staatlicher Unterstützung in der Nachbarschaft und von den Nachbarn in eigener Regie übernommen werden. Dies wäre ein Ausweg aus der überhandnehmenden Bürokratisierung, die mit den konventionellen wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen anscheinend zwangsläufig verbunden ist.

In eine ähnliche Richtung geht die grüne Forderung nach staatlicher Unterstützung grün-alternativer Projekte und Initiativen. Es handelt sich hier – so führt das Programm aus – um selbstorganisierte und -bestimmte Gruppen, die ökologische, zwangsfreie und auf freiwilliger Zusammenarbeit basierende Aktivitäten entfalten. Jeder Leser wird spontan an den biologisch-dynamischen Lebensmittelladen, den antiautoritären Kinderladen oder die sagenumwobene Landkommune denken, welche die grüne Bewegung gewissermaßen versinnbildlichen. Den Grünen schwebt ihr Ausbau zu ganzheitlichen, alle Lebenszusammenhänge umfassenden Gemeinschaftsprojekten vor, wodurch »alle Elemente der alternativen Lebensgestaltung und Produktion auf der Grundlage einer ökologischen Kreislaufwirtschaft, Selbstbestimmung und dezentraler Organisation zusammengeführt und miteinander vernetzt werden sollen« (S. 23). Das bedeutet, daß innerhalb des Kapitalismus ein weitgehend selbstversorgender Sektor der Wirtschaft entstehen

soll, in welchem die vom kapitalistischen System auferlegte Fremdbestimmung überwunden wird. Niemand hält die Alternativler davon ab, bereits jetzt ihre Projekte zu betreiben; nach grüner Schätzung sind derzeit rund 150 000 Menschen daran beteiligt. Es gelingt ihnen jedoch nur relativ selten, daraus eine selbsttragende ökonomische Grundlage zu schaffen; und es gelingt nur ausnahmsweise, eine übergreifende Arbeitsteilung zuwege zu bringen.[6] Und da dies alles nicht urwüchsig und von sich aus wächst, muß ein bisserl nachgeholfen werden. Von wem, wenn nicht vom Staat? Zum einen fordern die Grünen naheliegenderweise, daß alle Benachteiligungen bei der steuerlichen Behandlung und der Subventionsvergabe schleunigst einer Bevorzugung zu weichen hätten, und zwar ohne daß in die inneren Strukturen der Projekte und Initiativen eingegriffen werde; zum anderen seien staatlich finanzierte Selbstverwaltungsfonds einzurichten, deren finanzielle Mittel durch Kürzung der Subventionen für die Industrie aufgebracht werden sollen.

»Die Mittelvergabe aus den Fonds soll über Selbstverwaltungsorgane (bestehend) aus Vertretern von alternativen Projekten erfolgen. Diese Organe entscheiden autonom ohne staatliche Auflagen über die Mittelversorgung; die Selbstverwaltung der Mittel schließt einen öffentlichen und demokratischen Entscheidungsprozeß ein.« (S. 24)

Die Vorstellung von einer Förderung genossenschaftlicher, in Konkurrenz zum Kapitalismus stehender Projekte mit Mitteln, die durch die Streichung von Subventionen an die kapitalistischen Unternehmen zusammenkommen, ist schön, wahrscheinlich zu schön, um realistisch zu sein. Der ganze Plan erinnert an Lassalles Ansinnen an Bismarck, der preußische Staat möge doch bitte die genossenschaftlichen Produktionsstätten, die dem Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein vorschwebten, finanziell unterstützen. Und die Selbstverwaltung der Mittel hört sich besonders schön an, zumal eine bürokratische Reglementierung der Projekte gleichzeitig ihren Tod bedeuten müßte. Aber daß die Projekte über ihre Förderung selber bestimmen sollen, heißt im Klartext: Gießkanne. Denn objektive, operationale und konsensfähige Kriterien für die Vergabe sind schwer vorstellbar. Und da die Teilnehmer an einem bestimmten Projekt schwerlich einsehen würden, daß ein anderes Projekt wichtiger und förderungswürdiger sei, ist die Mittelvergabe nach dem Gießkannenprinzip fast eher zu empfehlen, verhinderte sie doch, daß sich die zahlenmäßig größeren oder ökonomisch mächtigeren Projekte auf Kosten der schwächeren, mehr auf Unterstützung angewiesenen Projekte am gemeinsamen Topf gütlich tun.

Beurteilung

Der grüne Katalog von Sofortmaßnahmen ist unter zwei Aspekten zu beurteilen:
– ihre kurzfristige Auswirkung z. B. auf die Arbeitsmarktlage;
– ihre mittel- oder längerfristige Chance, einen Ausweg aus der ökologisch zerstörerischen und entfremdeten kapitalistischen Produktionsweise aufzuzeigen.
Da die Grünen eine Bewegung sind, die eine grundsätzliche Systemveränderung mit reformistischen Mitteln anstrebt, ist ihr Programm sowohl in seinen kurzfristigen wie in seinen längerfristigen Aspekten vor allem unter dem Gesichtspunkt zu beurteilen, inwieweit es bestehende Strukturen (einschließlich der Strukturen in den Köpfen der Menschen) realistisch berücksichtigt, *ohne jedoch vor diesen Strukturen zu kapitulieren.* Dies ist eine Grundproblematik jeder reformistischen Bewegung mit systemüberwindendem Anspruch.
Der Katalog von Sofortmaßnahmen ist im Hinblick auf ihre sofortige Wirkung deshalb schwer zu beurteilen, weil er sowohl systemstabilisierende als auch systemunterminierende Elemente enthält. Nehmen wir die Forderungen, die, wie z. B. Auflagen oder Abgaben nach dem Verursacherprinzip, darauf abzielen, die kapitalistische Produktion von der Zerstörung der Umwelt abzuhalten. Freilich, sie sind in einen ganzen Maßnahmenkatalog eingebettet; dennoch ist damit zu rechnen, daß sich gerade *diese* Maßnahmen politisch durchsetzen lassen, wenn die Umweltbelastung einmal eine kritische Grenze erreicht oder überschritten hat. Unter solchen Bedingungen kann es sogar dazu kommen, daß selbst Kapitalinteressen »Umweltschutz« verlangen, und sei es durch Auflagen oder gar Abgaben. Das mittlerweile ziemlich fortgeschrittene Waldsterben hat z. B. etliche Interessenverbände im kapitalistischen Lager plötzlich ökologisch sensibilisiert. Die Umweltschutzmaßnahmen, die aus einem Interessenausgleich beispielsweise zwischen den holzverarbeitenden und -bearbeitenden Industrien und der Energiewirtschaft unter Innenminister Zimmermanns Ägide hervorgehen, werden wohl kaum systemüberwindenden Charakter haben.
Vielfach wird für Auflagen und Abgaben zu Lasten der Industrie mit dem Argument plädiert, dadurch würden Arbeitsplätze geschaffen.[7] Einem Industriezweig, dessen Produktionsstätten gewaltige Mengen Dreck, Ruß, Staub, Schwefel usw. in die Luft speien, wird nunmehr der Einbau von Filteranlagen auferlegt. Die Produktion in diesem Zweig wird zwar teuer, weil die Luft nicht mehr unbegrenzt als Abladeplatz für den in der Produktion anfallenden Dreck benützt werden darf, dafür aber wird die Produktion in anderen Zweigen (bei den Filteranlagenherstellern und deren Zulieferern) angeregt. Nun gehen die Wirtschaftswissenschaften gemeinhin da-

von aus, daß sich Kosten und Wachstum zueinander verhalten wie der Teufel und das Weihwasser. Aus betrieblicher Sicht bedeutet das Verbot, ein ökologisches System weiterhin als Abladeplatz zu benützen, eine zusätzliche Kostenbelastung, die entweder an die Endverbraucher weitergegeben wird (ihre Kaufkraft sinkt) oder im Betrieb bleibt (die Gewinne werden geschmälert). In beiden Fällen müßte das Wachstum geringer ausfallen. Wenn aber in anderen Bereichen Produktionsanlagen ungenützt zur Verfügung stehen, was aus betrieblicher Sicht auch Kosten darstellt, und wenn diesen Anlagen nunmehr durch die Umweltschutzmaßnahmen zum Einsatz verholfen wird, ist die Kosten*be*lastung des einen eine Kosten*ent*lastung des anderen. Der Gesamteffekt mag sehr wohl produktionsbelebend sein – allerdings kann die so entstandene Produktionsbelebung eine zusätzliche Umweltbelastung nach sich ziehen, welche die mit den Schutzmaßnahmen beabsichtigte ökologische Entlastung mindestens zum Teil aufwiegt.

Es ist durchaus richtig, angesichts der sozialen Probleme, welche die bereits vorprogrammierten drei bis vier Millionen Arbeitslosen – und zwar als Dauerzustand – mit sich bringen werden, produktionsbelebende und Arbeitsplätze schaffende Umweltschutzmaßnahmen zu ergreifen. Nur: Solche Maßnahmen können nicht als systemüberwindend gelten. Und zwar sind sie es in zweifacher Weise nicht: Zum einen helfen sie die von der Massenarbeitslosigkeit herrührenden Spannungen mildern, und zum anderen hindern sie den Kapitalismus daran, die ökologischen Grundlagen der Produktion zu vernichten. Der Vergleich mit dem Kampf gegen die Kinderarbeit im 19. Jahrhundert drängt sich auf. Die zunehmende Verwendung von Kindern als Arbeitskräfte gefährdete die Reproduktion einer qualifizierten Arbeiterschaft, auf welche die kapitalistische Produktion angewiesen war und ist. Aber kein kaufmännisch denkender Fabrikbesitzer hätte von sich aus darauf verzichten können, die billigsten zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte – und seien es achtjährige Kinder – für die unqualifizierten Aufgaben zu verwenden, um die für den technischen Fortschritt erforderlichen Facharbeiter heranzubilden. Die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften (zugegeben: mit Unterstützung humanistisch Gesinnter aus dem Bürgertum) mußten mit gesetzlichen Mitteln den Kapitalismus vor seiner ureigenen Raffgier schützen, und dies gegen den wildentschlossenen Widerstand der Fabrikherren, die steif und fest behaupteten, das Verbot der Kinderarbeit würde Kosten verursachen, an denen sie und das kapitalistische System unweigerlich zugrunde gehen müßten.[8]

Aber das Programm der Grünen strebt, seiner Intention nach, eine vollständige Umkrempelung der Gesellschaft an. Es wird ein harter Test für die Grünen sein, ob sie sich dem Herauspicken von systemkonformen Programmteilen seitens des Gesetzgebers widersetzen werden und ob es ihnen gelingt, der Öffentlichkeit eine solche Haltung zu vermitteln. Sie werden auf

jeden Fall die scheinheilige Vorhaltung zu hören bekommen: Sie können doch nicht gegen diese oder jene Maßnahme sein, denn die steht ja in Ihrem eigenen Programm! Die Grünen, wie mittlerweile wohl auch die meisten kritischen Linken, glauben nicht daran, daß das kapitalistische System an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde geht und daß sein Zusammenbruch die Möglichkeit zur Umgestaltung der Gesellschaft eröffnet. Vielmehr wollen gerade die Grünen den – ökologischen – Zusammenbruch verhindern, dabei die gesellschaftlichen Verhältnisse gründlich umgestaltend. Die neue Gesellschaft soll gegenüber der Natur schonend sein (»Die unvermeidbaren Eingriffe . . . in die Natur müssen in einer Art und Weise erfolgen, die die Gesetzmäßigkeiten des Naturhaushalts unserer Erde berücksichtigt und die Natur – unsere Lebensgrundlage – schützt«); gegenüber den Menschen emanzipatorisch (»Die Art der Arbeit und die Verteilung ihrer Produkte müssen die Grundlage sein für eine real gleichberechtigte Persönlichkeitsentfaltung aller Gesellschaftsmitglieder«). Um dies zu erreichen, setzen die Grünen auf Basisdemokratie und dezentrale Entscheidungen, denn:

»Die herrschenden privaten Eigentums- und Verfügungsverhältnisse über die Produktionsmittel sind mit Ursache für die gesellschaftliche Fremdbestimmung und die Ausbeutung von Mensch und Natur. Eigentum in privaten – aber auch in staatlichen – Händen darf nicht mehr länger Machtausübung über andere Menschen, Zerstörung der Natur und Steuerung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ermöglichen.«

Vor allem treten die Grünen – der Abneigung großer Bevölkerungsteile gegen mehr Bürokratie und staatliche Reglementierung Rechnung tragend – für eine ökologische und menschliche Produktionsweise aus Einsicht ein. Die angestrebte Art der Arbeit und die Verteilung der Produkte können nicht von oben angeordnet werden, sie müssen vielmehr von unten wachsen. Am Ende steht eine »gewaltfreie und in Übereinstimmung mit der Natur lebende und sich entwickelnde Gesellschaft«, in der kein Mensch in seinem individuellen Handeln imstande wäre, der Natur etwas zuleide zu tun, keine Gruppe in ihrem kollektiven Verhalten eine andere Gruppe an deren Entfaltung behindern könnte. Die Grünen machen mit aller Deutlichkeit klar, daß sie hierbei *nicht* auf Reglementierung von oben setzen, aber sie führen nicht aus, wie das alles funktionieren soll, auf welchen Strukturen, allgemein anerkannten und befolgten Verhaltensregeln und Tabus diese Harmonie beruhen wird. Oder wird man aus der folgenden Prosastelle schlau?

»Eine Wirtschaftsordnung mit selbstverwalteten Betrieben ohne hierarchische Strukturen muß gewährleisten, daß die betrieblichen Entscheidungen den gesamtgesellschaftlichen Interessen in sozialer und ökologischer Hinsicht gerecht werden. Zu diesem Zweck werden auf allen Ebenen demokratische Selbstverwaltungsgremien geschaffen, z. B. Wirtschafts- und Sozialräte. In ihnen wird die Zusammenarbeit der Produzenten mit anderen Bevölkerungsgruppen (Anwohner der Betriebe, Verbraucher usw.) organisiert. Es ist Sache der Betroffenen, die Art und Weise der Kooperation zu bestimmen.« (S. 8)

Der eine mag hierin eine zu rigide Festlegung sehen, der andere wird vielleicht empfinden, daß hier wiederum Geister aus der wüsten Tiefe gerufen werden.

Aber die Grünen tragen vor allem dem nicht Rechnung, daß die meisten von uns mit Strukturen im Kopf herumlaufen, die das grüne Programm nicht gebrauchen kann: Konkurrenzdenken, die Überbewertung des greifbar materiellen Vorteils u. a. m. Die Grünen stehen vor dem gleichen Dilemma wie der Politiker, der mit moralischen Appellen jeden einzelnen zu einem für die Gesamtheit vorteilhaften Verhalten bewegen will, einem Verhalten aber, das der einzelne aus seiner partikulären Situation heraus nicht an den Tag legen würde. Wenn ein Politiker die westdeutschen Autofahrer beschwören würde, sie möchten doch zur Senkung des Energieverbrauchs und der Immissionen sowie zur Schonung des Waldes langsamer fahren, so würde er auch von den Grünen nur ein nachsichtiges Lächeln ernten. Denn jeder kann sich ausrechnen, daß es nur dann einen Sinn hat, diesem Appell zu folgen, wenn sichergestellt ist, daß alle anderen – oder zumindest die allermeisten – dies auch tun; kann ich dessen nicht sicher sein, so habe ich möglicherweise nur Nachteile, wenn ich ihm folge, und die Umwelt hat keinen Vorteil. Dieses Problem, das als das Gefangenendilemma[9] veranschaulicht werden kann, wird um so schwieriger, je mehr Handelnde im Spiel sind. Effektiver erscheinen verhaltenslenkende Maßregeln: beispielsweise eine rechtsverbindliche Geschwindigkeitsbegrenzung oder eine schmerzhafte Benzinpreiserhöhung.

Nun werden die Grünen einwenden, daß sie weit mehr als nur ein aufgrund von Einsicht verändertes Verhalten fordern: Sie streben eine ganz andere, eine genossenschaftliche Organisation der Produktion an. Der glücklichste Zustand für eine Gesellschaft ist jener, in dem sich das partikuläre Handeln aller einzelnen zu einem das Wohl der Gesellschaft fördernden Gesamtergebnis summiert. Adam Smith ist es gelungen, sich über 200 Jahre hinweg den ersten Platz unter den bürgerlichen Ökonomen zu sichern, indem er nachwies, daß in einer liberal verfaßten Marktwirtschaft die Wirtschaftssubjekte ein Wohlfahrtsoptimum herbeiführen. Ohne es zu wollen, ja ohne es zu merken, kollaborieren der Metzger, der Brauer und der Kerzenmacher darin, den Konsumenten, die sie ja eigentlich nur ausnehmen wollen, das höchste erreichbare Maß an Befriedigung zu verschaffen. Allerdings gibt es zwei Bedingungen, die erfüllt werden müssen, damit sich das Wohlfahrtsoptimum einstelle: Ein wirkungsvoller Wettbewerb muß das Gewinnstreben der Unternehmer unter Kontrolle halten, und es darf keine »Externalitäten« wie beispielsweise die kostenlose Benützung der Luft oder der Flüsse als Mülldeponie geben. Nun ist es seit Jahrzehnten nicht mehr verkennbar, daß keine dieser Bedingungen auch nur annähernd erfüllt ist. Die Schlußfolgerung Smiths, daß die Marktwirtschaft die bestmögliche Verwendung

der Ressourcen einer Gesellschaft zur Gewährleistung des höchsten erreichbaren Grades der Bedürfnisbefriedigung sicherstelle, hält einer kritischen und empirischen Überprüfung nicht stand, was natürlich die Apologeten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht davon abhält, die Smithsche Theorie als die einzige nicht ideologisierte Wirtschaftstheorie zu preisen. Aber Smiths Grundgedanke, daß es doch sehr schön wäre, der Gesellschaft eine Verfassung zu geben, die auf schmerzlose und fast unbemerkte Weise das Handeln der vielen einzelnen zu einem harmonischen und günstigen Ganzen koordiniert, hat an Anziehungskraft nichts verloren. Die Grünen scheinen diesem Gedanken in starkem Maße nachzuhängen; dabei ist ihr Rezept – wie oben erläutert – die basisdemokratische Organisation der Produktion in kleinen Einheiten.

Daß dies nicht zwangsläufig zu der angestrebten ökologischen Einstellung gegenüber der Natur führt, läßt sich empirisch belegen. Es gibt nämlich in der deutschen Wirtschaft einen namhaften Produktionsbereich, in dem sich die Arbeitnehmerselbstverwaltung bereits sehr weitgehend durchgesetzt hat; es ist außerdem ein Bereich, in dem der Produzent mit der Natur unmittelbar konfrontiert wird: die Landwirtschaft, in der die abhängig Beschäftigten mittlerweile zahlenmäßig unbedeutend geworden sind.[10] Gerade in diesem Bereich, wo die Produktionsmittelbesitzer gleichzeitig die Arbeit ausführen, findet zwecks Produktionssteigerung und Einkommensverbesserung eine rücksichtslose und überaus antiökologische Rationalisierung statt; sie reicht von rigoroser Beseitigung aller natürlichen Hindernisse für die Bodenbewirtschaftung über die widernatürlichsten Formen von Tierhaltung bis hin zum konsequenten Einsatz von Chemikalien, seien es Kunstdünger, Schädlingsvertilgungsmittel oder Hormone. Es gibt sogar Landwirte, die sich auf das Experiment einlassen, die Bodenerholung beinahe ausschließlich durch chemische Mittel zu bewerkstelligen. Dies macht weniger einträgliche Arten der Bodennutzung oder gar das Brachliegen überflüssig und steigert somit eine Zeitlang den Ertrag – aber nicht unbedingt die Qualität des Erzeugnisses. Aber in dem Maße, wie der Boden durch diese Art der Bewirtschaftung immer mehr ausgelaugt wird, werden immer mehr und immer schärfere Düngemittel erforderlich. Basisdemokratie allein scheint also keine Garantie für eine umweltfreundliche Produktion zu sein, jedenfalls dann nicht, wenn die genossenschaftlichen Produzenten kapitalistischen Zielsetzungen und Vorstellungen wie Einkommenserzielung, Produktionsrationalisierung etc. anhängen.

Es kommt noch hinzu, daß das grüne Programm über einige zaghafte Elemente (Beseitigung gesetzlicher Nachteile, Bereitstellung von Fördermitteln) hinaus überhaupt keinen plausiblen Weg zur genossenschaftlichen oder basisdemokratischen Organisation aufzeigt. Eine Möglichkeit, dieser Organisationsform zum Durchbruch zu verhelfen, wäre, dem Kapitalismus

wo es nur geht in den Arm zu fallen, ihn an der Entfaltung seiner gigantischen, umweltzerstörenden Kräfte zu hindern. Das grüne Programm, als ganzes betrachtet, enthält zwar Ansätze in dieser Richtung (Nullwachstum), aber eben nur Ansätze, und auch nur, wenn man es als ganzes verwirklichen würde. Vielmehr zeichnet sich das grüne Programm durch eine merkwürdige Konfliktscheu aus.[11] Es baut eher auf eine Verweigerungsstrategie: Die Menschen werden sich nach und nach von der kapitalistischen Produktion und Konsumption zurückziehen. Tatsächlich steht in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nirgends geschrieben, daß der freie Mensch dem Kapitalismus als Arbeitskraft und Konsument zur Verfügung stehen muß. Und doch gehört arg viel Vertrauen in die liberal-demokratischen Rechte dazu, um nicht zu befürchten, daß die Aussteiger, sobald sie als Arbeitskräfte und Konsumenten dem Kapitalismus schmerzhaft fehlen, wieder in die kapitalistische Wirtschaft – nicht unbedingt mit verfassungskonformen, aber doch mit gesetzlichen Mitteln – zurückgedrängt werden.

Von Zeit zu Zeit findet es der Kapitalismus zweckmäßig, zur Disziplinierung der Arbeitnehmerschaft einige Arbeitnehmer auf die Straße zu setzen und im Wohlfahrtsstaat die sozialen Absicherungen abzubauen, teils aus finanzpolitischen Gründen, teils aber auch, weil dadurch die Disziplinierung eindrucksvoller funktioniert. Die Grünen sehen hierin eine Chance, die Chance nämlich, daß die Menschen dem Kapitalismus den Rücken kehren, um die Produktion ökologisch und emanzipatorisch zu organisieren. Das ist die eine Möglichkeit; die andere ist, daß sie in den wildwüchsigen Kapitalismus der Schattenwirtschaft gezwungen werden, in welcher weder die emanzipatorischen Möglichkeiten einer basisdemokratischen Wirtschaftsordnung noch die vermeintliche soziale Sicherheit des sozialdemokratisch gezähmten und verfaßten Kapitalismus gegeben sind. Falls die Menschen in der Tat in großen Scharen aussteigen, dem Kapitalismus dabei Ungemach verursachend, so ist nicht damit zu rechnen, daß der Kapitalismus dies in Ermangelung verfassungskonformer Mittel einfach geschehen ließe. Der Kapitalismus ist – namentlich dann, wenn er seine Lebensinteressen gefährdet wähnt – alles andere als konfliktscheu, und die liberale Variante ist nur eine seiner Erscheinungsformen – sozusagen der Sonntagskapitalismus.

Die Kernthese der Grünen – Basisdemokratie als Garant für ökologische und emanzipatorische Formen der Produktion und des Zusammenlebens ohne zentrale Reglementierung – ist sehr schön; wahrscheinlich zu schön, um wahr zu sein. Auf jeden Fall wird die These im Programm einfach vorausgesetzt. Auch wird der Weg dorthin kaum mehr als angedeutet. Die Reichweite der grünen Vorstellungen wird einem bewußt, wenn man sich überlegt, daß die Grünen, indem sie davon ausgehen, daß der Mensch aus Einsicht Rücksichten auf die Umwelt (und auf die anderen Menschen) neh-

men wird, wenn Produktion und Gesellschaft genossenschaftlich und dezentral organisiert sind, nicht weniger verlangen als die Überwindung der in der abendländischen Kultur und im Rationalismus tief verwurzelten Einstellung gegenüber der Natur: der Einstellung nämlich, die Natur sei ein Ausbeutungsobjekt des Menschen. Sie ist weit älter als der Kapitalismus, der ihr aber kräftig Nahrung gegeben hat und gibt; sie begann sich wahrscheinlich beim Übergang vom Jäger und Sammler zum Ackerbauern herauszukristallisieren; und sie ist den verschiedenen Strömungen der abendländischen Kultur gemein: dem Christentum (der Mensch mache sich die Erde untertan) wie dem Marxismus (der Mensch drücke in der Arbeit der Natur seinen Stempel auf). Mit dem Hinweis auf die tiefe kulturelle Verwurzelung einer radikal antiökologischen Einstellung gegenüber der Natur ist selbstredend keinesfalls der Beweis erbracht worden, daß das von den Grünen als Voraussetzung für die Verhinderung einer ökologischen Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes geforderte Umdenken unmöglich wäre. Unbestritten ist hingegen, daß überaus radikale Umwälzungen in unseren Denkstrukturen notwendig sind, wenn das grüne Programm *als ganzes* auch nur eine *Chance* haben soll.

Anmerkungen

1 Es wird Bezug genommen auf das im Jahr 1983 auf der Bundesdelegiertenversammlung der Grünen verabschiedete Programm: *Sinnvoll Arbeiten – Solidarisch Leben. Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau.* Dieses Zitat findet sich auf S. 6.

2 Im sozialdemokratischen Programm soll die betriebliche Mitbestimmung den Arbeitnehmern die Möglichkeit eröffnen, auf die Gestaltung der Produktion Einfluß zu nehmen. Auch dort, wo es eine paritätische Mitbestimmung gibt, beschränkt sie sich jedoch auf eine Einflußnahme auf die innerbetriebliche Arbeitsmarktpolitik sowie auf das Tempo der Einführung arbeitssparender technischer Neuerungen.

3 So weitgehend ist den deutschen Linken der Glaube an den notwendigen Untergang des Kapitalismus infolge der ihm inhärenten Widersprüche abhanden gekommen, daß diese Interpretation in weiten Kreisen auf Unverständnis stoßen dürfte. Sie ist indessen wohl nach wie vor die orthodoxe marxistische Auslegung; bis Bernstein war sie die alleinige.

4 Diese Einsichten über die Gewinnentstehung in der Zirkulationssphäre sind Gemeingut von Marxisten und Keynesianern. Siehe hierzu J. Robinson, *The Accumulation of Capital,* London 1966, S. 76 et passim.

5 Hierzu Ch. C. Roberts, »Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe: Die Einkommensverteilung in der BRD im Jahre 1978«, in: *WSI-Mitteilungen* 3/1984.

6 Siehe J. Huber, *Wer soll das alles ändern? Die Alternativen der Alternativbewegung,* Berlin 1980.

7 Siehe hierzu R.-U. Springer, »Beschäftigungseffekte der Umweltpolitik. Gutachten des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Industrie«, München 1978.

8 Hierzu K. Marx, *Das Kapital,* 1. Bd. (Berlin 1972), Kap. 8 et passim.

9 Einige U-Häftlinge sind des gleichen Verbrechens verdächtig. Jeder wird einzeln verhört; jeder weiß, daß, wenn keiner gesteht, alle wegen fehlender konkreter Beweise eine nur sehr leichte Strafe erhalten werden; wenn aber nur einer gesteht, genießt er Straffreiheit, während alle anderen hart bestraft werden; wenn alle gestehen, kriegen alle eine relativ milde Strafe. In einer solchen Situation wird sich der *Homo oeconomicus* mit dem Gebot der Solidarität schwer tun; das wahrscheinlichste Verhalten wird ein allseitiges, unsolidarisches Gestehen sein.

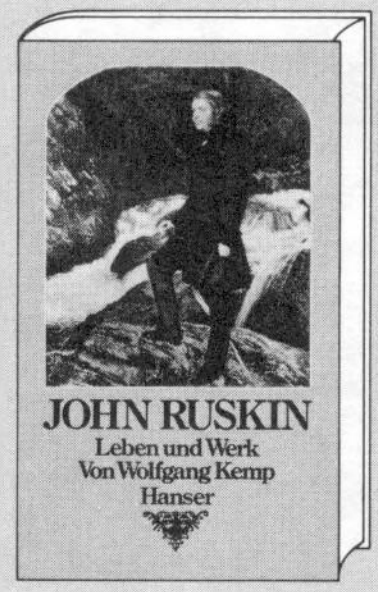
10 Diese Sicht der Dinge ist vielleicht ungewöhnlich, aber deshalb nicht unzutreffend. Laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung standen 1981 in der Land- und Forstwirtschaft und der Fischerei 1155 Tausend Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen 247 Tausend abhängig Beschäftigte gegenüber. Das heißt, daß in diesem Bereich – im Gegensatz zum Verarbeitenden Gewerbe – die Arbeitsleistungen zum allergrößten Teil von den Produktionsmittelbesitzern erbracht werden, aber auch, daß die betrieblichen Entscheidungen über das Wie und Was in der Produktion von den unmittelbaren Produzenten gefällt werden.

11 Vergleiche in diesem Zusammenhang W. Elsner, »Die Alternativen der Alternativbewegung. Bemerkungen zu einigen Denkfehlern einiger Theoretiker der alternativen Ökonomie«, in: *WSI-Mitteilungen* 1/1982.

HANSER

Die Faszination eines viktorianischen Weisen für das 20. Jahrhundert

»Die Grundlagen der Gesellschaft waren niemals so erschüttert, wie sie es heutzutage sind. Daran schuld ist nicht der Umstand, daß die Massen zuwenig Brot, sondern daß sie keine Freude an der Arbeit haben, mit der sie ihr Brot verdienen.«
Diese so aktuell anmutenden Sätze schrieb John Ruskin vor über hundert Jahren. Der Schriftsteller und Zeichner erkannte die Gefahr, sich angesichts einer Zeit großer gesellschaftlicher Veränderung in einen Elfenbeinturm zurückzuziehen: Kritik an der Volkswirtschaft, Natur- und Denkmalschutz sowie eigene sozialreformerische Pläne machte er zu seinen Hauptaufgaben. In einer Zeit, in der wir nach neuen Wegen suchen, kann die Lektüre der Biographie dieses ungewöhnlichen Mannes Zusammenhänge erkennen lassen und wichtige Denkanstöße geben.



Wolfgang Kemp · John Ruskin
Leben und Werk 1819–1900
472 Seiten mit 16 Seiten Bildteil
Leinen. DM 54,–

Josef Winfried Grüter
Ein bißchen Wärme braucht der Mensch
Eine energiepolitische Rechnung

Die heißen Streitgespräche darüber, wie unser »bißchen Wärme« bereitzustellen sei, sind weitgehend abgekühlt, die großen fernsehträchtigen Demonstrationen um den Schnellen Brüter, das Kernkraftwerk Brokdorf Historie. Aus den Gedanken von Bastlern, Aussteigern, Unzufriedenen wurde eine politische Richtung, eine Partei, die in Konkurrenz mit den anderen parlamentarisch etablierten Parteien um Anerkennung, ja um Mehrheiten ringt. Was also bleibt von den revolutionären Ideen über eine Welt ohne Kernenergie und Öl, wo Sonnenschein und Strohfeuer, Gas aus Gülle und Holz das bißchen Wärme unserer täglichen Energieversorgung sicherstellen sollen? Liest man das Wahlprogramm der Parteigrünen, verabschiedet am 15./16. 1. 1983 auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Stuttgart-Sindelfingen, dann existiert wohl immer noch der Anspruch, alternative Energiepolitik zu betreiben. Die Sofortmaßnahmen und der Katalog längerfristiger Projekte sehen jedoch sehr bescheiden aus, als ob den grünen Revoluzzern nach der Formulierung der griffigen Wahlkampfparole »Die Grünen treten ein für die sofortige Einstellung des Baus und Betriebs aller Atomprojekte« die aggressive Puste ausgegangen wäre. Da erfährt der erstaunte Leser, daß Sonnenkollektoren, Biogasanlagen, Wind- und Wasserkraftwerke einen Beitrag zur Energieversorgung liefern *können*. Welch eine Erkenntnis! Das kann man schon in Textbüchern des 19. Jahrhunderts lesen. Wieviel – und darauf kommt es an, sollte Sonnenenergie eine Alternative sein –, das wird wohlweislich verschwiegen. Die Liste der Sofortmaßnahmen von der Einsparung bis zu einer verbesserten Architektur ist in allen anderen Parteiprogrammen in ähnlicher Form zu finden. Das Ziel, der Sitz im Bundestag, wurde erreicht, der große Plan einer Energieversorgung, alternativ zum Strom aus dem Atom, blieb auf der Strecke.

Ganz sicher ist jedoch der Wunsch, unsere natürlichen Umweltbedingungen wiederzugewinnen, und dies womöglich unter radikaler Abkehr von den großindustriellen Pfaden, noch immer eine tragende politische Kraft der Grünen und alternativer Gruppen und Zirkel. Die verstärkte Beachtung ökologischer Fragestellungen durch unsere staatstragenden Parteien deutet an, daß in ihrem Bauch, der Basis, ebenfalls dieses Unbehagen rumort.

Die Lebensgewohnheiten von uns Bundesbürgern werden ganz wesentlich dadurch geprägt, daß Kohle, Gas, Uran, Öl, die von irgendwoher herbeigeschafft worden sind, in Öfen, Motoren, Reaktoren das freisetzen, was der Physiker Energie nennt. Fast 60mal mehr dieser Energie braucht jeder Deutsche für seine Bedürfnisse und seine Arbeit, als er durch Nahrung seinem Körper zuführt. Ja, selbst zur Herstellung dieser Nahrung läßt er bis zu neunmal soviel Energie verbrauchen, wie in seinem »täglichen Brot« enthalten ist.

Summiert man die energiefressenden Privatgewohnheiten jedes einzelnen Bürgers auf, so stellt man fest, daß diese persönlichen Ansprüche fast 60 Prozent der insgesamt zugeführten Energie verschlingen. Ihren Bedürfnissen entsprechend verbrauchen die Bürger diese Energie als Kraftstoff fürs Auto, Brennstoff für Heizung und Strom für alle Geräte, die das Leben interessant und bequem gestalten, zu Hause oder im Betrieb. Im Fachjargon wird diese verbrauchte Energie »Endenergie« genannt, vielleicht um auszudrücken: »endgültig vertan«.

Der Anteil der Energie, der nach physikalischer Definition des Begriffs unserer täglichen Arbeit dient, also mechanische Kraft für Maschinen zur Produktion liefert, ist inzwischen auf weniger als ein Drittel des Gesamtverbrauchs gesunken, mit weiter sinkender Tendenz! Selbst wenn wir zum Volk der Dichter und Denker würden, wir brauchten doch den überwiegenden Teil der Energie, den wir jetzt verbrauchen, denn wir wären ein Volk der Dichter und Denker mit Komfort.

Wo immer wir sind, wir wollen es warm haben, individuell entscheiden, wann wir wohin fahren, Helligkeit um uns verbreiten, wann wir es wollen, und dies zu bequemsten Konditionen. Deshalb heizen wir mit Vorliebe mit Öl oder Strom, nicht mit Kohle, machen Licht mit Strom, nicht mit Gas, fahren mit dem Auto zum Zigarettenholen, nicht mit dem Rad. Unsere Gewohnheiten, Bedürfnisse und Vorlieben erzeugen eine Energienachfrage, die eine Wagenkolonne von Schwerlastern, dicht an dicht entlang der Äquatorlinie rund um die Erde aufgestellt, mit Steinkohle füllen würde, ca. 150 Millionen Tonnen.[1] Bezogen auf die Einzelperson braucht jeder Bundesbürger jährlich ein Energieäquivalent von 2,5 tSKE, die ihm frei Haus oder frei Büro geliefert werden müssen. Dazu ist ein aufwendiger Verteilungsapparat notwendig, der z. B. dafür sorgt, daß nicht jeder Hausvater seinen kleinen Reaktor für den täglichen Strom selbst betreiben muß oder seine Destille, um aus Rohöl Heizöl und Benzin zu gewinnen. Diesen Verteilungsapparat nutzen wir auch, um unsere Industrie in Gang zu halten; sie braucht für die Produktion all der Geräte und Systeme, die unseren Komfort erhalten, weitere 100 Mio tSKE Jahr für Jahr. Insgesamt werden somit

jährlich 250 Mio tSKE aus ihren verschiedenen Trägern – Kohle, Strom, Gas, Öl und Kraftstoffe – in allen Teilen unseres Landes in Wärme, Bewegung und Licht verwandelt.
Strom und Kraftstoffe sind nicht die *primären* Darbietungsformen der Energieträger, wie sie uns die Natur zur Verfügung stellt. Wir müssen die Energieträger Kohle, Uran und Öl zuerst in Kraftwerken und petrochemischen Anlagen umwandeln und in Netze bzw. über Tankstellen verteilen. Dieses Umwandlungs- und Verteilungssystem ist sehr verlustreich. Umgerechnet müssen wir auf die genannten 250 Mio tSKE, die beim Verbraucher genutzt werden, nochmal fast die Hälfte an Energieeinheiten drauflegen, um die Gesamtenergienachfrage der Bundesrepublik zu decken. Damit ergibt sich insgesamt eine Nachfrage von 350–370 Mio tSKE, ein Wert, der im Wirtschaftsteil der Zeitungen als *Primärenergie*nachfrage bezeichnet und diskutiert wird.
In den siebziger Jahren rankten sich um diese Zahl und ihre Abhängigkeit von den ökonomischen Parametern unserer Gesellschaft große Kontroversen. Stein des Anstoßes wurde ein vielfach formuliertes energiewirtschaftliches »Gesetz«: Wenn unser Bruttosozialprodukt steigt, erhöht sich mit demselben Prozentsatz die Primärenergienachfrage. Die Realität der letzten 30 Jahre sieht anders aus, wie ein Blick in die Energiestatistiken beweist:
Im Jahre 1950 haben wir je tSKE ein Bruttosozialprodukt von ca. 2000 DM erwirtschaftet. In den fünfziger Jahren, als Energie relativ teuer war, wurde die Energieausnutzung bedeutend verbessert, und seit dem Eindringen des billigen Öls (1960) haben wir nahezu konstant etwas über 3000 DM Bruttosozialprodukt je tSKE erzeugt. Dieser Wert hat sich bis in die Jahre 1975/76 gehalten. Seitdem aber gehen wir mit Energie wieder sparsamer um. Zur Zeit erwirtschaftet die Bundesrepublik je eingesetzter tSKE an Primärenergie fast 4000 DM mit deutlich steigender Tendenz. (Alle Preise in DM-Wert von 1980.) Letzteres ist sicherlich nicht zufällig mit den Preissteigerungen in der Mitte der siebziger Jahre erfolgt. Der Energieverbrauch in unserem Land ist genausowenig eine feststehende Größe wie andere Parameter, die unsere Wirtschaft beeinflussen. Es ist eine Frage der Kosten, der Auslastungen der Kraftwerke, des Marketing, der Technologie, ob wir viel oder wenig Energie benutzen, um uns Reichtum und Komfort zu erwirtschaften. Und bisher können wir uns energetische Verschwendung noch ganz gut leisten. Wir sind bereit, für unseren Komfort zu zahlen: 100–150 DM für die Wärme, 150–200 DM fürs Benzin, 50 bis 100 DM für Licht und Strom, dies monatlich. Das ist nicht viel mehr, als wir für modische Kleidung, Telefon, Lesestoff und Fernsehgebühren ausgeben. Ähnlich verhält es sich in unserer Wirtschaft. Der Anteil der Energiewirtschaft mit ca. 100 Milliarden DM ist weit geringer als 10 Prozent des erwirtschafteten Brutto-

sozialprodukts von ca. 1400 Mrd. DM. Mit diesen 100 Mrd. DM, die für die anderen Branchen unter der Rubrik »Kosten« auftreten, werden jährlich bundesweit Produkte und Dienstleistungen von 13mal höherem Wert erbracht. Wundert sich da eigentlich jemand, daß Energie immer noch vielfach als Rationalisierungsgröße, als Optimalisierungsfaktor zur Kostenminimierung genutzt wird?

Energieprognosen: Trau schau wem

Die Energieversorgung der Zukunft ist eines der Hauptthemen der neuen fakultätsübergreifenden Wissenschaften, der Systemanalyse und ihres politisch brisantesten Kindes, der Prognostik, auch Futurologie genannt.
Die in den Energieprogrammen der Bundesregierung vorgesehene Zahl von 40 Kernkraftwerken bis zum Jahre 2000, gefordert zu Beginn der siebziger Jahre, basiert auf Aussagen, zu denen sich die neue Wissenschaft – man würde heute sagen – verstieg. Die Methoden der Prognostik waren noch zu sehr von dem technologischen Optimismus bestimmt, der die ersten 20 Jahre der Nachkriegszeit prägte. Man war sicher, die Entwicklungslinien der Zukunft zu erkennen und genügend genau beschreiben zu können. Die Wirklichkeit scheint komplizierter zu sein, als dies in den Modellen der Futurologie zum Ausdruck kommt.
Aktuelle Beispiele aus jüngster Vergangenheit: In den Jahren 1972 und 1974, also in der Zeit der sogenannten Energiekrise, wurden Prognosen gemacht, die den heutigen Primärenergieverbrauch (1982) von knapp 370 Mio tSKE um gute 150 Mio Tonnen überschätzten, beide von der Bundesregierung veröffentlicht. Nachdem zwischen 1973 und 1975 der Primärenergieverbrauch rückläufig gewesen, aber 1976 wieder angestiegen war, wagte die Bundesregierung im Jahre 1977 erneut eine Prognose bis zum Jahre 1985 und überschätzte wiederum den heutigen Verbrauch um fast 100 Mio Tonnen.
Die Prognostiker geben ihre Daten immer zusammen mit dem Bündel an Voraussetzungen und Annahmen bekannt, unter denen sie entstehen. Letztere werden aber in der Öffentlichkeit zumeist verschwiegen, da zu detailliert oder zu kompliziert; veröffentlicht werden zumeist nur die Vorhersagen, und wenn sie nicht eintreffen, wird der Autor gehörig gescholten. So befinden sich die Prognostiker heute in einem Dilemma. Selbstverständlich sind den meisten die Unsicherheiten der Vorausschau klar. Andererseits erwarten die Entscheidungsträger der Energiewirtschaft und der Politik vorausschauende Daten, da sie Aufbereitungs- und Verteilungskapazitäten bereitstellen müssen. Entscheiden sie, zu investieren, dauert es fünf bis zehn Jahre, bis zum Beispiel ein Kraftwerk oder eine Raffinerie produktionsreif

ist, ganz zu schweigen von Kohlebergwerken, wo die Installationszeiten noch länger sind. Nicht zuletzt die unumgänglichen Genehmigungsverfahren verlangen es so. Zum Vergleich: Im Großanlagenbau, z. B. bei Stahlwerken, liegen die Installations- und Entscheidungszeiten unter fünf Jahren.

Diese Zwangslage machte die Prognostiker zu Pfadfindern: Statt wie in den Anfangszeiten der Futurologie nur *eine* Zukunft auszurechnen, werden mehrere »Pfade der Energieversorgung« bekanntgegeben. Es setzt sich die Erkenntnis durch, daß Abschätzungen – und mehr sind ja solche Vorausberechnungen nicht – darauf abgeklopft werden müssen, wie die Zahlen sich ändern, wenn die Annahmen und Voraussetzungen variiert werden. Diese unterschiedlichen Bündel an Annahmen werden in »Pfaden« von wahrscheinlichen oder wünschenswerten Kombinationen zusammengefaßt. Ein typisches Beispiel sind die vier Voraussagen für den Energieverbrauch im Jahre 2000, die von der »Enquete-Kommission für die zukünftige Kernenergiepolitik des deutschen Bundestages« gemacht wurden; die Enquete-Kommission wurde damals auf Drängen der SPD vom Bundestag eingesetzt. Da gibt es den Pfad des unbeeinflußten Energieverbrauchs, von manchen kurz »der Kernenergiepfad« genannt, der zu ca. 600 Mio tSKE Primärverbrauch im Jahre 2000 führt, eine Prognose, zu der nicht einmal der hartgesottenste Kernenergielobbyist noch Zutrauen hat. Die Zahl von 600 Mio tSKE betrachtet die Kommission als obere Grenze ihrer Vorausschau. An der unteren Grenze liegt der grüne Pfad mit einem Ausstieg aus der Kernenergie und harten Energieeinsparungsmaßnahmen. Auf diesem Pfad gelangt man, über einen Hügel von 400 Mio tSKE in den achtziger Jahren, zu 350 Mio tSKE Jahresverbrauch für das Jahr 2000. Dieser geringe Primärenergieverbrauch verlangt aber einen äußerst umsichtigen und intelligenten Umgang mit der Energie und hohe Investitionen in die energiefressende Infrastruktur unseres Landes, um ihrer Freßlust beizukommen. Wie wir bereits heute wissen, ist selbst diese grüne Studie für die Entwicklung der Jahre '80–'83 von Voraussetzungen ausgegangen (wie z. B. einem Anwachsen des Bruttosozialprodukts von 2 Prozent und der Unmöglichkeit, energiesparende Maßnahmen sofort zu ergreifen), die die Wirklichkeit falsch wiedergeben. Wir haben seit längerem nahezu Null-Wachstum, und die Möglichkeiten der Energieeinsparung haben weit schneller gegriffen, als selbst die Grünen erwartet hatten. Nach den bisherigen Daten dürfte der Energieverbrauch des Jahres 1983 bei ca. 350 Mio tSKE liegen; damit hat die Bundesrepublik in den vier Jahren 1980 bis 1983 gegenüber den von der Enquete-Kommission gemachten Voraussagen, die sie als obere bzw. untere Grenze angab, zwischen 150 und 250 Mio tSKE *nicht* verbraucht. Diese Fehlprognose entspricht einer Fehlermarge von 10 bis 17 Prozent für einen Voraussagezeitraum von nur vier Jahren.

Der Bürger muß den Experten gegenüber ein gesundes Mißtrauen aufrechterhalten. Dies gilt nicht nur für Prognostiker, sondern in viel größerem Maße noch für technische Experten. Während die Zukunftsforscher zumeist einen Hauch von Unsicherheit verspüren lassen, sind unsere Techniker, insbesondere in Diskussionen mit technisch Ungebildeten, arrogant, herablassend und absolut selbstsicher in ihren Aussagen. Viele unter ihnen haben noch gar nicht begriffen, daß sie mit dieser Attitüde die heutige Technologiefeindlichkeit selbst heraufbeschworen haben.

Technik hat das weiße Kleid der Objektivität verloren. Zu oft kam die Verquickung von Lobby und Technik ans Tageslicht. Wenn ein Kernphysiker sich in einem Leserbrief zu Fragen des Risikos von kerntechnischen Anlagen äußert, so gibt er sich gern den Anschein des Fachmanns, obwohl ein Kernphysiker im allgemeinen davon genausoviel versteht wie ein Kardinal, der sein Predigeramt dazu nutzt, seine wirtschaftspolitischen Ansichten dem gläubigen Volk zu verkünden, von Ökonomie versteht. Es täte dringend Not, die Diskussion technischer Einzelheiten und Schwierigkeiten wieder dort zu führen, wo sie geführt werden sollte, nämlich in den technischen Zirkeln der Hersteller, Nutzer und Betreiber. Aber leider ist die Vertrauensbasis zur Zeit nicht gegeben.

So erhält auch die Energieversorgung, an sich ein Thema, dessen Erörterung auf den ersten Blick Irrationalismen wenig Spielraum läßt, weil primär technische Sachverhalte gegeneinander abzuwägen sind, einen hohen politischen Rang. Erst durch das hartnäckige Eingreifen der Grünen wurde deutlich, daß »Sachverhalte« sich keineswegs so sachlich verhalten, wenn sie auf dem Forum der Öffentlichkeit dem nicht sachverständigen Publikum vorgetragen werden. In einer Folgeabschätzung neuer Technologien liegt vielleicht ein Ansatz, der Öffentlichkeit das verlorengegangene, jedoch dringend notwendige Vertrauen in ihre Experten wiederzugeben. Der Primat volkswirtschaftlicher Betrachtung muß dabei die Systemanalyse unserer Energietechnologien bestimmen, da nur eine derartige Betrachtungsweise dem Bürger wirkliche Entscheidungshilfe sein kann. Die Einbeziehung *aller* Kosten ist das Gebot der Stunde; der saure Regen und seine Folgen machen es uns überdeutlich. Der Blick in die Zukunft, die Prognose, ist in diesem Kontext sicherlich ein notwendiges Hilfsmittel. Es kommt jedoch nicht darauf an, die Summe aller Maßnahmen, die schließlich zu einer Globalzahl »Primärenergieverbrauch« führt, in ihrem Verhalten abzuschätzen, sondern jedes Einzelvorhaben, das man für die Gestaltung der Zukunft durchführt, so zu planen, daß die Schäden minimalisiert, der Nutzen für das Gesamtwohl optimalisiert werden, egal, ob betriebswirtschaftlich errechnete Kosten dagegensprechen.

Energieressourcen: Genug für alle!

In christlicher Einmütigkeit nimmt sich die industrialisierte Welt, was sie für ihren Reichtum braucht: Rohstoffe und Energieträger. Wäre nicht den Arabern irgendwann Anfang der siebziger Jahre ein Licht aufgegangen, wir würden dies alles, was unseren Reichtum begründet, weiterhin fast geschenkt bekommen. Man stelle sich vor, noch im Jahre 1970 verkauften uns die Saudis ihr Öl zu Preisen, die in Deutschland einen Ölpreis von 9 Pfg/l Öl zuließen. Die Energiekosten für Heizung und Auto machten weniger als 5 Prozent des Gesamtetats einer Familie aus gegenüber bis zu 20 Prozent in den achtziger Jahren: weit weniger, als der Durchschnittsbürger für sein tägliches Bier und sonstiges Vergnügen ausgab, obwohl Heizung und Auto unseren Grundlebensstandard gegenüber unseren Vorfahren entscheidend verbessert haben. Wir leben wie die Könige und reisen, wie das nie ein Volk in der Vergangenheit gekonnt hat. Wo soll die Energie dafür herkommen?

Weltweit beträgt der Energieverbrauch zur Zeit ca. 10 Mrd tSKE, so unterschiedlich verteilt, daß die Entwicklungsländer mit nur 1/2000 tSKE je Einwohner zufrieden sind (sein müssen?), während die Industrieländer auf 6 tSKE für jeden Einwohner bestehen. Wenn die Industrieländer vorsichtiger mit Energie umgehen und die noch unterentwickelten Länder sich ein wenig entwickeln, verschieben sich natürlich diese spezifischen Verbräuche. Das mag in der Summe zu einer Verdoppelung des Energieverbrauchs in der Welt um die Jahrtausendwende führen. Öl, Gas, Uran und Kohle sind schon jetzt in solchen Mengen nachgewiesen, daß an nach heutigen Maßstäben ökonomisch gewinnbaren fossilen und nuklearen Energiereserven über 1000 Mrd tSKE anzusetzen sind. Hinzu kommen solche Vorräte, die nach heutigen Maßstäben nur unter ökonomischen Schwierigkeiten gewinnbar wären; aber sie sind immerhin bekannt oder aufgrund geologischer Erkenntnisse als höchst wahrscheinlich angesetzt. Diese belaufen sich auf 15 000 Mrd tSKE. Die Quelle dieser Zahlen wurde durch die »Vereinigte Deutsche Elektrizitätswirtschaft« im August 1983 veröffentlicht. Somit lassen die schon jetzt bekannten Energiereserven uns und vielen Generationen nach uns genügend Zeit, nach anderen Energiesystemen Ausschau zu halten, sollten wir und sie mit den bestehenden Techniken nicht zufrieden sein.

In den Diskussionen über unsere Energiereserven wird immer wieder das Argument gebracht, Steinkohle und Uran machten uns politisch unabhängig, die Steinkohle, weil wir sie haben, das Uran, weil wir es im Brüter mehren können und uns somit – jedenfalls auf Dauer – nicht mehr auf Verkäufer im Ausland verlassen müssen. Zwei Argumente dagegen:

1. Seit der Lösung »Weg vom Öl«, die uns ja von Importen unabhängig

machen sollte, ist unsere Energieimportquote konstant geblieben bzw. nur ganz leicht gesunken, obwohl die Ölimporte um fast 20 Prozent sanken. Gas, Uran und billige Kohle fehlen eben auch in unserem Land. Eine Importunabhängigkeit in der Energie ließe sich zwar unter größten finanziellen Anstrengungen durch Einsatz von Kohle und Kernenergie bis zum Brüter und zur Wiederaufbereitung bewerkstelligen, jedoch wozu? Statt in der Hand der Araber wären wir dann in der Hand der Uranlieferanten oder der wenigen Großunternehmen, die die Großtechnologie bereitstellen können.

2. Ein politisch unabhängiges Deutschland gibt es nicht, denn ein Land, dessen Bruttosozialprodukt sich zu 50 Prozent auf Exporte stützt, ist nie politisch unabhängig. Es wäre auch gar nicht wünschenswert: Abhängigkeiten stabilisieren die politische Landschaft, wenn nur die Gewichte der Importabhängigkeit über mehrere Länder verteilt sind. Libyen als alleiniger Öllieferant wäre sicher ein Alptraum. Aber Öl ist auf vielen Feldern zu finden. Wenn wir schon vom Export leben, wer soll dann unsere Waren kaufen, wenn er uns nichts für uns Notwendiges liefern kann? Die Milliarden der Scheichs haben unseren Industrieofen in der Vergangenheit ganz schön angeheizt. Hätte ein Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) oder ein Uranlieferant, z. B. die USA oder Südafrika, in ähnlichem Umfang bei uns gekauft?

Weit mehr Sorgen über einen zu eiligen Verbrauch der einfach ausbeutbaren Weltenergiereserven oder Ressourcen bereiten uns die Verschwender: Wer redet eigentlich den USA endlich einmal ins Gewissen, ihre Intelligenz und Geld in Energieeinsparungsmaßnahmen zu stecken? Sind die New Yorker denn von allen guten Geistern verlassen, an schönen Sommertagen mehr Energie in ihren Klimaanlagen zu verbraten, als die Sonne auf ihre Häuser einstrahlt? Dem muß sicher Einhalt geboten werden, wie auch in den Entwicklungsländern, die den gleichen Weg gehen wollen, nämlich Klimaanlagen statt pfiffige Architektur gegen die Hitze einzusetzen.

Abgesehen von einem eiligen Verbrauch der Energieressourcen durch Verschwendung könnten wir mit der uns jetzt schon bekannten Reserve auf lange Zeit und über viele Generationen so weiter wirtschaften wie bisher, ohne unsere Technologie und Verbraucherstruktur ändern zu müssen.

Energietechnik heute: Effizient und sparsam?

Die Energieressourcen sind vorhanden, um unsere Nachfrage auf lange Zeit zu befriedigen. Entspricht diese Nachfrage nach Energie aber auch dem *Bedarf* an Energie, d. h. der *notwendigen* Menge an Energieträgern, der richtigen Struktur der Energieversorgung, mit dem die Komfortansprüche

des Bürgers und seine Produktwünsche befriedigt werden? Die Grünen stellen überdies die nicht ganz unwichtige Frage, ob die Komfortansprüche und die Produktion in unserem Lande gerechtfertigt sind.
Jahrtausendelang haben wir uns mit Brennholz aus dem Wald versorgt und damit unsere Speisen schmackhafter und unser Heim behaglicher gemacht. Solange wir wenige waren, schien uns der Vorrat unendlich, bis die ersten Wälder verschwunden waren und der Förster auf den Plan treten mußte. Doch die Gier wuchs. Nicht nur ein Zimmer, das ganze Haus sollte geheizt sein. Wir brauchen Stahl, forderten die Häuserbauer, Motoren müssen laufen, wir brauchen Autos, forderten die Massen. Sie hatten Glück. Kohle brachte den Stahl, das Öl die Massenmotorisierung. Prozentuales Wachstum wurde zum Goldenen Kalb unserer Industriegesellschaft.
Doch das ist die Grundlage jeder Explosion, und so explodierte unser Reichtum, aber auch die Umweltverschmutzung. Gigantomanie brach aus. Die Kraftwerksbauer denken nur noch in Gigawatt, Firmen versorgen ganze Nationen mit Öl, Monokulturen entstehen: das Ruhrgebiet macht Kohle und Stahl, in Köln stinken die Chemiegiganten, Wolfsburg wird zur Autostadt, Bremen verläßt sich auf den Schiffbau. Dazwischen weben die Elektrizitätsversorger ihr Netz. Dieses gewachsene System des Energieverbrauchs ist nur selten nach dem Gesichtspunkt maximaler Ausnutzung der eingesetzten Energieträger entwickelt worden. Die geringen Kosten für Energie in der Vergangenheit zwangen ja auch nicht dazu. Argumente wie Versorgungssicherheit, Unabhängigkeit, Kraftwerksausnutzung, Komfort bestimmten weit entscheidender die Struktur unserer Energieversorgung als die möglichst vollständige Nutzung der in den Energieträgern enthaltenen Energie.
Die Entscheidung darüber, ob der Bürger seine Heizung als Nachtstromspeicherofen oder Kohlezentralheizung ausführen läßt, hat für die Primärenergienachfrage ganz erhebliche Bedeutung, obwohl ihn privat diese Frage nicht betrifft. Die Kosten beider Heizungsformen unterscheiden sich nur unwesentlich. Vergleicht man beide Wege, aus dem Energieinhalt der Kohle des Bürgers Wohnzimmer zu wärmen –
A: Stromerzeugung im Steinkohlenkraftwerk (Verlust zwei Drittel), Leitung zum Haus des Bürgers, Verwandlung in Wärme;
B: Transport der Kohle zum Haus und Verbrennung in der Zentralheizung, Wärmeverteilung zum Wohnzimmer
– so wird bei Weg B der Energieinhalt der Kohle etwa doppelt so gut genutzt wie bei Weg A: Effizient ist er nicht, dieser Weg des Stroms, aber bequem. Energiepolitisch müßte sich der Bürger also unbedingt für Weg B entscheiden, alle Politiker und Techniker müßten ihn darin bestärken. Was sagt unser Bürger? »Strom kostet kaum mehr, und ich mache mir doch die Finger nicht schmutzig. Kohle schippen? Nie!« Auch die Umweltschützer

werden ihre Argumente haben: »Wieder Kohleeinzelfeuerung? Jetzt sind wir endlich den Gestank der Kohlefeuer los, und da wollt ihr die Kohle wieder in die Häuser bringen? Wie soll denn da eine wirkungsvolle Rauchgasentschwefelung stattfinden?«

Als den Kraftwerksbetreibern auffiel, daß sich ihr Nachttal in der Stromverbrauchskurve nicht verringern ließ, wurden die Nachtspeicheröfen propagiert. Vom energetischen Standpunkt aus eine Todsünde, da über zwei Drittel der für die Heizung zu erbringenden Energie bereits im Kraftwerk verlorengehen, ohne daß man sie nutzen könnte. Mit den Konditionen, die die Elektrizitätsversorgungsunternehmen den Nachtspeicheröfenbenutzern einräumten, wären dennoch die Heizkosten für den Benutzer gleich gewesen, hätte man ihm diese Kraftwerkskohle zum Verheizen ins Haus geliefert. Heute jedoch werden in vielen Verteilungsgebieten Anträge auf Nachtspeicheröfen negativ beschieden, da die Lastspitzen, die ja verschwinden sollten, nun bereits in der Nacht auftreten, das Tal also zum Berg gemacht wurde.

Ende der siebziger Jahre machten die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) in ihrem Verteilungsbereich für den Einsatz von elektrisch betriebenen Wärmepumpen große Reklame. Motto: »Holen Sie sich Ihre Heizkosten aus der Luft.« Elektrische Wärmepumpen haben die schöne Eigenschaft, Heizwärme zu erzeugen, wobei sie nur ein Drittel der abgegebenen Wärme aus Strom, den Rest aus der Luft, dem Erdreich oder einem vorbeifließenden Bach holen können. So kann der Verbraucher mit einer guten elektrisch betriebenen Wärmepumpe die im Kraftwerk verlorene Energie wiedergewinnen. Energetisch eine hervorragende Sache, und die RWE würden eine Großtat an verbesserter Energienutzung vollbringen, wenn sie den Einsatz der Wärmepumpen erst einmal bei den Nachtspeicheröfenbenutzern empfehlen und damit ihre energetische Sünde wenigstens teilweise wieder ausbügeln würden. Zugegebenermaßen ein technologisch schwieriges Unterfangen, da Wärme schlechter zu verteilen ist als Strom. Somit eine Kostenfrage. Die RWE allerdings wollten bis zu drei Millionen Wärmepumpen zusätzlich installieren, die in den lastärmeren Zeiten durch Fernbedienung betrieben werden können. Dieser Anschluß ans Netz sei ohne zusätzlichen Kraftwerks- oder Netzausbau möglich. Was wären die Folgen für den Strombedarf? Die RWE könnten zu Zeiten, wenn das Netz nicht voll belastet ist, Verbraucher zuschalten, was eine gleichmäßigere Auslastung des Kraftwerks erlaubte; insbesondere könnte der Grundlastbereich ausgedehnt werden. Bis zu drei Millionen Wärmepumpen bedeuten eine zusätzliche Last von wenigstens vier bis fünf Gigawatt, was die Statistik der Kraftwerksauslastung erfreulich verbessern würde und den RWE über den zusätzlichen Stromverbrauch fast 10 Prozent Mehreinnahmen bescheren könnte, fast ohne zusätzliche Investition.

Dieses clevere Marketing wäre hinsichtlich des Primärenergieverbrauchs neutral, da nur eine Verlagerung der Wärmeversorgung von Gas, Kohle und Öl zu Kraftwerksbrennstoffen erfolgte, also zu Kohle oder Uran. Zu einer Reduzierung des Energieverbrauchs würde der Einsatz von elektrischen Wärmepumpen nicht führen. Gaswärmepumpen hingegen, die ebenfalls unter Nutzung der Umgebungswärme und des zugeführten Gases Heizwärme erzeugen, wären richtige Energiesparer, da solche Geräte bis zu 50 Prozent mehr Heizenergie erzeugen, als ein entsprechender Gasbrenner in die Heizungen liefern würde. Leider gibt es da zwei Hindernisse: 1. Solche Geräte existieren als Öl- oder Gasbrennerersatz nur in Prototypen; 2. Gas gibt es nicht überall, obwohl die Gasverkäufer ihr Netz sehr stark erweitern, so daß der Traum vom zweiten Netz, also einer zweiten leitungsgebundenen Energieversorgung parallel zum Stromnetz, fast schon Realität ist.
Hört man Experten im Hausbau, in technischen Konstruktionen und im Heizungsbau aufmerksam zu, so ist in diesem Bereich noch einiges an Einsparungen zu erwarten, ganz zu schweigen von unserem liebsten Kind, dem Auto, wo ein Benzinverbrauch von 8–9 Liter pro 100 km bei Mittelklassewagen inzwischen fast die Norm ist – Werte, die von der Autoindustrie noch vor zehn Jahren als völlig utopisch abgetan wurden.
Ob Energie effizient genutzt wird, hängt ganz wesentlich von den ökonomischen und technologischen Randbedingungen und den Zielen unserer Energieversorgung ab. Solange uns privat und in der Industrie der energetische Schuh noch so wenig drückt, wird sich Entscheidendes nicht ändern. Bedarf, also der notwendige Energieverbrauch, und Nachfrage, also die verkaufte Energie, werden weiterhin nicht deckungsgleich sein. Diese Tatsache kann einen überzeugten Energiesparer zwar in Mißstimmung versetzen, den Energiepolitiker aber sollte sie mit Euphorie erfüllen, da sie ihn vom Zeitdruck dringender Entscheidungen befreit.

Kohle oder Uran – ist das die Frage?

Beobachtet man, wie sorgsam das in Jahrtausenden gewachsene System Natur mit jedem Gramm Rohstoff und jedem Quentchen Energie umgeht, dann ahnt man, warum die Natur durch unser Hinklotzen geschunden wird, sich windet und ächzt, da sie den Abfall unserer Wegwerfgesellschaft nicht verwinden kann.
Seit unsere Vorfahren zum ersten Mal gelernt hatten, Feuer unter ihrer Bratpfanne anzuzünden und damit dem Erfinder der Dampfmaschine, James Watt, Tausende von Jahren später die Gelegenheit gaben, die Kraft des Dampfes im Kochtopf seiner Mutter zu beobachten, hat sich an der Art der Wärme- und Krafterzeugung nichts Wesentliches entwickelt. Immer noch

wird Hitze unter oder in einem Kessel erzeugt und Wasserdampf durch Turbinen getrieben. Im Prinzip unterscheidet sich das Kraftwerk, das 1883, also vor genau 100 Jahren, als erstes in New York seinen Dienst aufnahm, nicht wesentlich vom Kernkraftwerk Biblis, nur daß der Brennstoff unterschiedlich ist und die Effizienz um etwa den Faktor zwei verbessert wurde, so daß die physikalisch-technisch mögliche Grenze, die uns das Gesetz des Herrn Carnot[2] vorschreibt, nahezu erreicht ist. Das bedeutet aber, daß bei diesem thermodynamischen Krafterzeugungsprozeß fast zwei Drittel der eingesetzten Energie verlorengehen. Höchste Leistungen im Maschinen- und Anlagenbau waren erforderlich, die Anforderungen der Großanlagen mit ihren immensen Fliehkräften an den Riesenturbinenschaufeln zu erfüllen. Ingenieure jeglicher Couleur haben Meisterleistungen der Werkstoff- und Materialverarbeitung vollbracht, und doch sind zwei Drittel der eingesetzten Energie immer noch für die Katz, weil das Prinzip der Krafterzeugung über die Thermodynamik anderes nicht zuläßt. So werden Jahr für Jahr Millionen tSKE ungenutzt in die Atmosphäre freigesetzt, für deren Sammlung die Natur Tausende von Jahren benötigt hat. Diese langen Produktionszeiten der Natur sollten uns einen Hinweis auf den hohen Wert dieser Rohstoffe geben.

Neue Werkstoffe auf der Kohlenstoffbasis mögen sehr bald die Nachfrage nach Öl und Kohle für nichtenergetischen Verbrauch so stark erhöhen, daß sich ein einfaches Verbrennen auch aus ökonomischen Gründen verbietet. Schwerer als dieses ökonomische Argument gegen die Verbrennung muß jedoch das ökologische Risiko wiegen, das der Kohlendioxidausstoß aus Kraftwerken und Autos für das Klima unseres Planeten darstellt – ein Risiko, das womöglich das Leben unserer Enkel und ihrer Nachkommen viel gravierender beeinflussen wird als die Notwendigkeit, auf Jahrtausende Tabuzonen für unsere radioaktiven Abfallstoffe einzurichten. Mit unserer gegenwärtigen Energietechnologie nehmen wir einen Kredit auf die Zukunft auf! Unsere Kindeskinder werden fragen, wieso wir uns eigentlich das Recht dazu angemaßt haben. Immerhin deutet das Phänomen des Waldsterbens auch unserer Zeit schon das Ende der Kohle- und Ölnutzung als zukunftssicherer und billiger Energieträger an, da nur umfangreiche und teure Reinigungsanlagen in Kraftwerken und Autos dieser sich anbahnenden Katastrophe Einhalt gebieten können.

Nun wäre Uran, jedenfalls nach unserer jetzigen Kenntnis, für nichts anderes nützlich, als im Reaktor zur Stromerzeugung eingesetzt zu werden. Aber auch Uran gibt es nicht im Überfluß. Diese Restriktion würde erst durch den Brüter fallen, der den eingesetzten Brennstoff durch Umwandlung anderer Elemente erneuert, so daß nach erfolgreicher Einführung dieser Technologie das Brennstoffproblem für die Elektrizitätserzeugung auf Generationen hin gelöst wäre. Ein faszinierender Gedanke, aber die Vorbe-

halte gegen diese Supertechnologie lassen uns noch zögern. Immerhin wäre es ein gangbarer Weg, dessen Folgen und Notwendigkeiten man überdenken muß, dessen Risiken und Vorteile kühl abzuwägen sind, da die Brütertechnik eine endgültige und vollständige Lösung des Energieversorgungsproblems für viele Generationen darstellen könnte. Da unsere Energieversorgung zumindest für die nächsten zwei Generationen mittels der jetzt schon bekannten Techniken gesichert ist, kann man sich eine vorsichtige und umsichtige Abschätzung des Brüterweges ohne weiteres leisten.

Und die Sonnenenergie?

Die bisher beschriebenen Techniken haben alle den Nachteil, daß der eingesetzte Energieträger nach seiner Nutzung im Energiekonverter unwiederbringlich verloren ist. Die Erzeugung der Energieträger hat – wie bei Uran – bei der Entstehung unserer Welt stattgefunden oder – wie bei der fossilen Energie – Tausende von Jahren gebraucht. Beim Uran kann durch den Einsatz von Brütern und anderen nicht als Kernbrennstoff nutzbaren Rohstoffen – den Brutstoffen – ein neuer Kernbrennstoff gebrütet werden. Die Brutzeiten liegen allerdings bei der bisher bekannten Brütertechnologie noch immer sehr nahe bei der Gesamtlebensdauer der Brüteranlage.
Für die fossilen Brennstoffe ist uns bisher noch keine Erneuerungstechnologie eingefallen. Durch ihr Verbrennen machen wir nur die CO_2-Absorption, die über Tausende von Jahren in den grünen Pflanzen aus der Atmosphäre stattgefunden hat und zur Bildung der Kohle- und Öllager führte, binnen weniger Dekaden rückgängig. Die dadurch zu erwartenden Klimaveränderungen sind zur Zeit noch Gegenstand heftigster Kontroversen in der Fachwissenschaft. In einem Punkt sind sich die Kontrahenten allerdings einig: Die Zukunft wird unerfreulich werden, wenn wir so fortfahren.
Einen Ausweg aus dieser Zwangslage bietet das alte Prinzip der Natur: So wenig Energie wie möglich und diese aus der Sonne. Die Sonne liefert uns die sicherste Energie aus einem nuklearen Prozeß. Der zugehörige Reaktor befindet sich weit weg, so daß auch gelegentliche größere Explosionen und Eruptionen unser Wohlbefinden nicht stören. Sonnenstrahlung steht überall zur Verfügung; kein Staat dieser Welt kann uns erpressen mit der Drohung, uns keine Sonnenenergie mehr zu geben. Da die Sonnenstrahlung die Erde trifft und sich in Wärme verwandelt, egal, ob wir sie zwischendurch für andere energetische Zwecke nutzen oder nicht, liegt die Umweltverträglichkeit ihrer Nutzung auf der Hand. Die Energie der Sonne steht, verglichen mit dem Leben der Menschen, auf ewige Zeit zur Verfügung, so daß auch eine schlechte energetische Effizienz keine Rolle spielt. Restriktionen sind nur durch Kosten, Flächen- und Materialbedarf gegeben.

Beim derzeitigen Stand der Biotechnik können wir die eingestrahlte Sonnenenergie bei biologischen Verfahren, also durch Ausnutzen des Pflanzenwachstums, zu etwa 0,5 Prozent nutzen. Der Prozeß der Photosynthese bietet nicht mehr. Die riesigen landwirtschaftlichen Flächen zeugen von den in der Biologie üblichen niedrigen Energieumsetzungswirkungsgraden. Technische Verfahren wie die direkte Wandlung in Strom oder Wärme erlauben zur Zeit Wirkungsgrade von 10 bis 30 Prozent, wobei das Problem, daß die Sonne gerade dann scheint, wenn wir wenig Wärme und Strom brauchen, nicht gelöst ist. Der billige Energieträger, mit der Sonne erzeugt, dessen Energie wir nach Bedarf freisetzen können, fehlt uns noch.
Nähmen wir also biologische Verfahren, die uns zum Beispiel Gas oder Alkohol liefern, so würden wir bei der hierorts üblichen Sonnenenergieeinstrahlung von jährlich umgerechnet 0,12 Mio tSKE/qkm zur Erzeugung unseres jährlichen Primärenergiebedarfs von 350 bis 400 tSKE und bei dem oben genannten Wirkungsgrad von 0,5 Prozent mehr als das Doppelte der Fläche benötigen, die der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung steht. Die Möglichkeit einer vollständigen Energieversorgung aus Gülle, Mist und Stroh als Produkten biologischer Prozesse scheidet somit bei den bisher bekannten Verfahren als einzige Versorgungsform aus. Andererseits, würde man die Überschußfläche der Landwirtschaft[3] für die Energieerzeugung aus Biomasse nutzen, könnten an die 20 Mio tSKE, das sind um die 5 Prozent unseres Primärenergiebedarfs, aus dieser zur Zeit sinnlos verwendeten Anbaufläche geholt werden. Der Landwirt hat Gestehungskosten von 25 bis 30 Pfg/qm Anbaufläche, wenn er darauf Nahrung anbaut. Verwendete er die Fläche zum »Energieanbau«, dürften die Gestehungskosten etwa gleich sein, da die entsprechenden Pflanzenarten sich in ihren Bedürfnissen nicht wesentlich von Nahrungspflanzen unterscheiden. Kann der erzeugte Energieträger, Gas oder auch Alkohol, Ölprodukte ersetzen, wird auf der Energieanbaufläche ein Wert erzeugt, der mindestens um ein Drittel über den Gestehungskosten liegt. Somit würde im zukünftigen Energieversorgungsmix der »Energiebauer« durchaus seinen Ertrag finden können. Natürlich ist das Geld härter verdient als bei den Einkommensgarantien, die die Nahrungsbauern jetzt durch die EG erhalten und die dazu führen, daß die Flächenerträge doppelt so hoch sind wie die Gestehungskosten. Im politischen Sinne ist die Verdrängung von Nahrungsanbau zugunsten von Energieerzeugung zudem außerordentlich sensitiv. Aber die Frage dürfte doch wohl gestattet sein, ob die Vernichtung von Lebensmitteln zwecks Marktregulierung sinnvoller ist, als diese Lebensmittel erst gar nicht anzubauen und die Flächen für andere Zwecke zu nutzen. Im Sinne geforderter Wahlmöglichkeiten wird durch den Energiepflanzenanbau nichts verbaut; wenn mehr Nahrungsmittel benötigt werden, kann der Bauer binnen ein bis zwei Jahren wieder darauf umsteigen, ohne seine Anbauflächen anders behandeln zu

müssen. Energiepflanzen in unseren Breiten wären nur ein weiterer Schritt in der Fruchtfolge.
Im Juni dieses Jahres gab der Bundesforschungsminister, Herr Riesenhuber, der Wochenzeitung *Die Zeit* ein Interview, in dem er bestätigte, was in vielen Energiezirkeln bereits bekannt ist: daß durch pfiffigen Umgang mit Energie im privaten Bereich sowie im Bereich der Kleinverbraucher zur Wärmeerzeugung aus Sonnenenergie verbunden mit Einsparungsmaßnahmen, verbesserter Architektur und Einsatz von Wärmepumpen ca. 50 Mio tSKE jährlich zu ökonomisch vernünftigen Preisen beigesteuert werden können. Rechnet man diese 50 Mio tSKE als Ölersparnis, entsprechen sie bei den heutigen Ölpreisen einem Gegenwert von 30 Mrd DM jährlich. Bei Einsatz dieses Geldes in Sonnenenergieversorgungssysteme muß im wesentlichen in Geräte und Ausstattung mit langer Lebensdauer investiert werden. Die Betriebskosten spielen bei solchen Systemen eine untergeordnete Rolle. Ein gut kalkulierender Hausvater wird auf sie umsteigen, wenn er sich ausrechnen kann, daß durch die Ersparnis an Öl die Investitionen in fünf bis zehn Jahren zurückgezahlt sind. Nach dieser groben Abschätzung würden die jährlichen 50 Mio tSKE Energie- und damit Kosteneinsparung durch Energieerzeugung aus Sonne und Umgebungswärme ein Investitionsvolumen von wenigstens 150 Mrd DM bedeuten – wenn der Herr Minister mit seinen Zahlen recht hat.
Dieses gewaltige Investitionsvolumen hätte, da im wesentlichen über die kleinen und mittleren Betriebe getätigt, außerordentlich positive Auswirkungen auf unsere Wirtschaft. Warum greift dies kein Wirtschaftspolitiker auf? Der Lohn wäre tatsächlich ein Aufschwung und nicht nur eine Wende.
Neben der biologischen und thermischen Nutzung, die schon jetzt einen erheblichen Beitrag zur Deckung unseres Energiebedarfs liefern könnte, wenn wir es nur wollten, bietet die Technik der Direktumwandlung von Sonnenenergie über die Photovoltaik-Konverter[4] einen äußerst eleganten Weg der Nutzung. Statt daß sich irgendwelche Teile in Lagern verschleißen müssen, so daß Kraftwerke nur eine Lebensdauer von 20 bis 30 Jahren aufweisen, wird hier auf einem physikalischen Weg, ohne daß irgendein Teil bewegt werden müßte, Licht in Strom gewandelt. Die Effizienzen lassen noch zu wünschen übrig: bei der zur Zeit gängigen Technologie sind nur Umwandlungswirkungsgrade von ca. 10 Prozent zu erreichen. Rein rechnerisch bräuchten wir, da der Wirkungsgrad der Photovoltaik-Systeme mehr als 20mal so hoch ist wie der der biologischen Wandlung, nur die landwirtschaftliche Überschußfläche unseres Landes, um den gesamten derzeitigen Primärenergiebedarf der Bundesrepublik Deutschland aus der Sonne zu stillen. Es gibt nur das Problem, daß Elektrizität nicht lagerfähig ist und unser Energiebedarf und das Sonnenenergieangebot in Deutschland nicht aufein-

anderpassen. Man kann dieses Problem umgehen, indem man den erzeugten Strom zur Elektrolyse verwendet: dabei entsteht mit etwa 50 Prozent Wirkungsgrad das Gas Wasserstoff, das wir wie Stadtgas in unseren bestehenden Energiesystemen einsetzen könnten. Wäre das Verfahren so einfach anwendbar, wir würden unsere Energieversorgung längst auf dieses Basis gestellt haben. Leider steht dem bislang entgegen, daß das Photovoltaik-System in den spezifischen Kosten noch 20- bis 30mal so teuer ist wie ein herkömmliches Kraftwerk. Aber die Photovoltaik-Pioniere haben schon einen großen Teil des Weges zur ökonomischen Anwendung zurückgelegt. In den siebziger Jahren kostete das System, z. B. bei der Energieversorgung für Satelliten, noch mehr als 1000mal so viel wie ein konventionelles Kraftwerk gleicher Leistung. Die moderne Technik, die zur Zeit in den Labors der Entwicklungsfirmen auf dem Prüfstand ist, läßt einige Hoffnungen zu, daß Photovoltaik-Systeme einmal konkurrenzfähig werden könnten. So hat die japanische Industrie schon jetzt begonnen, in einer breiten Anwendungspalette photovoltaische Komponenten in Massenartikeln wie Taschenrechnern und Batterieladegeräten salonfähig zu machen. Obwohl die deutschen Wissenschaftler mit an der Weltspitze der photovoltaischen Forschung stehen, betrachtet die deutsche Industrie die Zukunftsaussichten dieser Technologie eher skeptisch. Hoffentlich ist dies nicht wieder ein ähnliches Fehlurteil wie das über die Aussichten der Halbleitertechnik in der Unterhaltungselektronik und über den Markt für Mikroprozessoren.

Gas ohne Abgas: Der Traum von der Wasserstoffwelt

Wir werden noch lange aus unseren fossilen Energiereserven leben können. Wir sollten es nicht tun. Öl und Kohle sind wertvolle Rohstoffe, die in anderen Zweigen industrieller Produktion weit bessere Verwendung finden können. Ihre Verbrennung läßt die Zeitbombe CO_2 in der Atmosphäre ticken, bis eines Tages eine irreversible Änderung des Klimas das Leben des Menschen so nachhaltig schädigen könnte, daß unsere Kinder uns verfluchen werden. Somit müssen wir uns Energieträgern zuwenden, die diese Gefahr nicht in sich tragen: Uran mag – sollte sich der Brennstoffkreislauf je schließen lassen – eine Alternative sein. Die Risiken aus der Radioaktivität sind berechenbar und einzugrenzen. Es verlangt jedoch viel Zeit für Aufklärung, um unserem Volk die Angst vor dem Atom wieder zu nehmen. Sollte das Akzeptanzproblem gelöst sein, wäre Uran der ideale Energieträger, um in zentralen Großeinheiten den Grundstock unserer Energieversorgung zu liefern. Die Standortbedingungen für Uranreaktoren machen die Abwärmenutzung jedoch fast unmöglich. Hinzu kommt wohl noch die politische Brisanz von Großeinheiten.

Gas aus fossilen Quellen birgt die gleiche Kohlendioxid-Problematik wie Öl und Kohle. Immerhin wäre das Umweltproblem aus Schwefeldioxid und Oxiden des Stickstoffs weit besser in den Griff zu bekommen als z. B. bei Kohlekraftwerken oder benzingetriebenen Autos. Gas hat die angenehme Eigenschaft der Speicherfähigkeit, andererseits ist es wie Elektrizität über Netze verteilbar. Dies erlaubt die automatische Verteilung des Energieträgers ohne menschlichen Einsatz. Wird fossiles Gas wegen der Umweltproblematik unbenutzbar, könnte der Wasserstoff als gasförmiger Energieträger fossiles Gas sofort ersetzen. An den bestehenden Verbrauchern sind keine wesentlichen Änderungen vorzunehmen. Wasserstoffverbraucher können so betrieben werden, daß auch eine NO_x-Produktion[5] weitgehend unterdrückt wird. Der Einsatz von Wasserstoff als Kraftstoff im Verkehr ist noch in der Erprobung, das Problem der Speicherung, z. B. in Metallhydridspeichern, gilt bisher als ungelöst. Weltweit wird jedoch mit großem Optimismus an der Vergrößerung der Speicherfähigkeit der eingesetzten, recht teuren Materialien gearbeitet.

Wasserstoff als Energieträger zur Versorgung der Industrie- und Bevölkerungszentren bietet einen Vorteil, den kein anderer Energieträger aufweist: seine energetische Nutzung hinterläßt keine Spuren in der Umwelt.[6] Die Forderung nach flexiblen Energiekonvertern wird für Wasserstoff leicht erfüllbar sein, da die ganze Palette der derzeitigen Gastechnologie mit geringen Modifikationen nutzbar ist. Darüber hinaus bietet die Brennstoffzelle, eine Art mit Wasserstoff betriebene Batterie, deren Entwicklung leider nur in den USA große Bedeutung zugemessen wird, die Möglichkeit, die Energie des Wasserstoffs verbrauchernah, emissionsfrei und mit hohen Wirkungsgraden in Strom zu wandeln. Brennstoffzellen können (wie Blockheizkraftwerke die Energie der Kohle) die Energie des Wasserstoffs zu mehr als 50 Prozent nutzen, verlangen aber nicht die Kombination von Strom- und Wärmeverbrauchern. Gasleitungen werden in der Erde verlegt und verschandeln nicht wie Überlandleitungen die Landschaft.

Wo ist der Haken? Erstens muß noch einiges an Entwicklungsarbeit geleistet werden; zur Zeit ist die Wasserstofftechnologie noch nicht wirtschaftlich. Zweitens kommt Wasserstoff als Energieträger nicht in der Natur vor, müßte also dem Verbrauch entsprechend erzeugt werden. Da Wasserstoff aus Wasser gewonnen wird, kann die Erzeugung an jedem beliebigen Ort der Erde vorgenommen werden, vorausgesetzt, Wasser ist vorhanden und es steht ein Energieträger bereit, mit dessen Hilfe durch Elektrolyse oder thermochemische Reaktionen aus Wasser Wasserstoff gewonnen werden kann. Dies kann man als Vor- oder auch als Nachteil ansehen. Der Vorteil ist die große Flexibilität bei der Wahl der Standorte, an denen Wasserstoffproduktionszentren nach den Erfordernissen des zur Erzeugung eingesetzten Energieträgers eingerichtet werden sollen. Erzeugt man Wasserstoff durch Nut-

zung der Uranspaltung, wird man für diese Reaktoren möglichst siedlungsfreie Gegenden wählen. Will man die Sonneneinstrahlung zur Wasserstoffproduktion nutzen, z. B. mit Hilfe photovoltaischer Großkraftwerke oder aber mit hochkonzentrierenden Spiegelsystemen, wird man wegen des Flächenbedarfs in die sonnenreichen unbewohnten Regionen gehen müssen. Dahlbergs Traum[7], mit Hilfe der Sonne den Wasserstoffbedarf der Welt zu decken, würde z. B. den arabischen Ländern, die jetzt schon über ihr Öl einen Großteil unseres Energiebedarfs decken, die politisch wichtige Zukunftsperspektive eröffnen, nach Verbrauch ihrer fossilen Energievorräte uns weiterhin mit Energie versorgen zu können und damit wichtige Handelspartner des Industriegürtels nördlich des 30. Breitengrades zu bleiben. Bis das gelingen kann, muß noch vieles an Entwicklungsarbeit geleistet werden und bei den Völkern des Industriegürtels die politische Einsicht wachsen, daß eine weltweite Arbeitsteilung auch regionale Arbeitsteilung bedeutet und daß Abhängigkeit den Frieden sichern hilft.

Gedanken zu einer demokratisch orientierten, ökologisch gerechtfertigten Energiepolitik

In einer demokratischen Gesellschaftsordnung muß stets der Primat der politischen Entscheidung erhalten bleiben. Der Staat muß Rahmenbedingungen setzen, an denen sich auch die technologische Entwicklung orientieren kann. Selbstverständlich müssen diese Rahmenbedingungen langfristig angelegt sein, um den beteiligten Industrien eine ausreichende Planung zu ermöglichen. Andererseits unterliegt das Überzeugungsbild einer demokratischen Gesellschaft Schwankungen und Wandlungen. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen des Staates flexibel genug sein, um sich diesen stetigen Veränderungen mit einer gewissen Retardierung und Glättung anpassen zu können. Insbesondere müssen Wahlmöglichkeiten, Alternativen für alles geschaffen werden, damit man aus Gründen, die uns heute verborgen sind, in späterer Zukunft Entscheidungen korrigieren kann. Aus dieser Maxime der Demokratie, nämlich wählen zu können, sind alle Technologien, die uns auf eine Einbahnstraße setzen wollen, abzulehnen. Solche Techniken dürfen keinen wesentlichen Einfluß auf die Befriedigung unserer Bedürfnisse erlangen, da sie uns in Zwangslagen versetzen. Kommen neue Technologien auf, besteht eine Hauptaufgabe staatlicher Forschungspolitik darin, die in diesen Technologien steckenden Folgen, Abhängigkeiten und Entscheidungen offenzulegen. Für den Privatmann wie den Politiker muß klarwerden: Gebe ich mich mit Windrädern ab, bedeutet das verstärkte Abhängigkeit von den Schwankungen der Natur; betreibe ich den Schnellen Brüter, impliziert dies Großenergieversorgungsunternehmen, einen Ratten-

schwanz von Regularien und Investitionen mit hohem Kapitaleinsatz auf Jahrzehnte, die eine einzelne Kommune nie, aber selbst ein Land wie Nordrhein-Westfalen oder Bayern allein nicht mehr bewältigen kann.
Eine Mixtur aus unterschiedlichen Techniken, deren Zusammensetzung leicht geändert werden kann, ist daher ein politisches Muß, es sei denn, es findet sich eine Technik, die alle ökonomischen, ökologischen und politischen Forderungen erfüllt, die an unsere Energieversorgung gestellt werden.
Wir müssen wieder zu den Regeln der Natur zurückfinden. Symbiose ist das Motto einer intelligenten, modernen Energiewirtschaft, die die Grünen auch ökologisch nennen mögen. Bausteine einer solchen intelligenten Energiewirtschaft müssen modulare, anpassungsfähige Energiekonverter sein, in der Nähe der Ballungsräume betreibbar, um möglichst viele Arten von Symbiose zwischen Energieerzeugung und Verbrauch zuzulassen. Die Verwendung des Stroms, bei dessen Erzeugung große Verluste hinzunehmen sind, muß auf seine spezifischen Anwendungsfälle beschränkt werden: Kraft, Licht, Kommunikation. Der Wärmemarkt sollte weitgehend aus den anderen Energieressourcen – Gas, Umgebungswärme, Öl und Abwärme aus der Stromerzeugung – gedeckt werden.
Eine umweltgerechte Energieversorgung verlangt erstens den sorgfältigen Umgang mit der Energie, der am besten durch eine Symbiose von Energiekonversion und verschiedenen Verbrauchern zu gewährleisten ist, zweitens den Übergang auf weitgehend emissionsfreie Energieträger, drittens die Abkehr von der Nutzung fossiler Energieträger, solange der Einfluß der CO_2-Emission auf das Klima der Erde nicht geklärt ist. Der Übergang von der derzeitigen Versorgungsstruktur auf eine Alternative, die diesen Forderungen genügt, kann langsam vollzogen werden, da für wenigstens zwei Generationen weltweit noch genügend konventionelle Energieträger vorhanden sind. Dies gestattet es unserer Generation und der unserer Kinder, das Energieversorgungsproblem auch unter politischem Aspekt in Ruhe zu überdenken. Aufgabe des Staates wird es sein, die Möglichkeit der Wahl zwischen Kernenergienutzung und neuen Technologien offenzuhalten.

Anmerkungen

1 Das Beispiel könnte man auch mit Öltankern ausführen, wobei dann die Energieinhalte der unterschiedlichen Energieträger auf den Energieinhalt des Öls umzurechnen wären. Die deutschen Energiewirtschaftler haben sich darauf geeinigt, den historisch wichtigsten Energieträger in Deutschland, die Steinkohle, zur Referenz zu erheben als »Steinkohleneinheit«, abgekürzt SKE, mit der Mengeneinheit kg oder t. Im internationalen Sprachgebrauch hat sich inzwischen das auch gesetzlich vorgeschriebene, aber unanschauliche Joule durchgesetzt: 1 tSKE = 29,7 Gigajoule.

2 Carnot, französischer Physiker, der die grundlegenden Gesetze zur Umwandlung von Wärme in mechanische Energie fand.

3 Als landwirtschaftliche Überschußfläche bezeichnet man die Fläche, die zur Produktion der überschüssigen Nahrungsmittel notwendig ist; das sind in der Bundesrepublik zur Zeit ca. 20 Prozent oder ungefähr 30 000 qkm.

4 Photovoltaik ist das Phänomen, daß durch Lichteinwirkung in bestimmten Festkörpern elektrische Ladungspaare aufgebrochen werden und unter Einwirkung eines internen elektrischen Feldes in positive und negative Ladungsträger getrennt werden. Ein solcher Festkörper verhält sich unter Lichteinwirkung wie eine Batterie, der man Strom entnehmen kann. Gebräuchlichstes Material heutiger Solarzellen ist Silizium, das im Quarzsand der Wüsten in nahezu unerschöpflicher Menge vorkommt.

5 NO_x ist ein gasförmiges Verbrennungsprodukt und wichtigster Smog-Auslöser.

6 Bei der Verbrennung von Wasserstoff, der bereits jetzt schon im Stadtgas enthalten ist, entsteht Wasser, sonst gar nichts.

7 Dr. Dahlberg, ehemaliger Entwicklungschef bei AEG, hat in vielen Publikationen seinen Traum dargestellt, mit Hilfe von Solarzellen in den Wüsten dieser Erde Wasserstoff zu produzieren.

Literatur

Ich habe nur eine Auswahl mir wichtig erscheinender Schriften aufgeführt, wobei mir die Briefdiskussion zwischen den beiden Physikern Professor H. Maier-Leibnitz und Prof. P. Kafka besonders bemerkenswert erscheint als symptomatisch für den Stand der Energiediskussion. Den beiden Wissenschaftlern gleicher Fakultät gelingt es besonders eindringlich, die gegensätzlichen Standpunkte und die Art und Weise der Argumentation beider Seiten pointiert darzustellen. Aus den übrigen Schriften möge man die zusätzlich erwünschte Sachinformation entnehmen.

Bundesparteiprogramm der Grünen, *Sinnvoll arbeiten – solidarisch leben,* verabschiedet auf der Bundesdelegiertenversammlung am 15./16. Januar 1983 in Stuttgart-Sindelfingen

Robert Gerwin, *Die Weltenergieperspektive,* vorgelegt von der Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1980. Eine deutsche Kurzfassung der Analyse bis zum Jahr 2030 nach dem IIASA-Forschungsbericht *Energy in a finite world*

Frank Haenschke, Gerd Schuster, *Die gigantische Verschwendung,* München 1982

Peter Kafka, Heinz Maier-Leibnitz, *Streitbriefe über Kernenergie,* München 1982

»Entscheidungen für eine langfristige Energiepolitik«, Vortrag von Dipl.-Ing. Dr. Ing. E. h. Ludwig Bölkow vor dem Peutinger Collegium in München am 25. 3. 1982, Eigendruck der Fa. MBB/München

K. Schmitz, T. Hildebrandt, H. Kollmann, W. Terhorst, A. Voß, *Analyse und Bewertung von Energieprojektionen für die Bundesrepublik Deutschland,* Spezielle Berichte der Kernforschungsanlage Jülich Nr. 133, Jülich 1981

Energieflußbild der Bundesrepublik Deutschland, erscheint jährlich bei RWE-Anwendungstechnik, Essen.

pro familia magazin

Sexualpädagogik und Familienplanung

Heft 5/1983 (September)
Schwerpunktthema:
Pro Familia Praxis
Die bisher umfassendste Dokumentation. Mitarbeiter und Mitglieder berichten aus ihrer Arbeit: Schwangerenbetreuung, Sexualerziehung in Schulen und Jugendzentren, Beratung auf dem flachen Land und in der Großstadt. Reportagen aus dem Alltag der *Pro Familia*, selbstkritische Reflexionen, Ängste über die Zukunft nach der „Wende".

Heft 6/83 (November)
Schwerpunktthema: Sexualerziehung und kein Ende
Es ist ruhig geworden um die Sexualerziehung in „diesem unserem Lande".
Kein Bedarf mehr? Resignation? Sieg der Gegner?
Rückzug der Sexualpädagogen?
Dieses Heft versucht aufzuarbeiten. Kritisch und selbstkritisch. Aber keinesfalls ohne neue Anregungen

Ankreuzen und einsenden an:
Gerd J. Holtzmeyer Verlag
Weizenbleek 77, 3300 Braunschweig

- ☐ **Heft 6/82** (November) **Männer**
- ☐ **Heft 1/83** (8. Januar) **Familie und Bevölkerungspolitik**
- ☐ **Heft 2/82** (11. März) **Sexuelle Gewalt**
- ☐ **Heft 5/83** (5. Sept.) **Pro Familia Praxis**
- ☐ **Heft 6/83** (11. Nov.) **Sexualerziehung und kein Ende**

☐ Bitte, schicken Sie mir das „Kennenlernpäckchen" des ***pro familia magazins*** „Sexualpädagogik und Familienplanung" (4 Ausgaben ab 1981 je nach Lagerbestand) zum Preis von DM 10,– (Schein/Scheck beigefügt).

☐ Bitte, schicken Sie mir das oben angekreuzte Heft gegen Rechnung (6,20 DM + 0,80 DM Porto). Wenn ich innerhalb von drei Wochen die Zeitschrift abonniere, brauche ich die Rechnung nicht zu bezahlen.

Name

Vorname

Straße

PLZ, Ort

K.-W. Brand, D. Büsser, D. Rucht
Aufbruch in eine andere Gesellschaft
Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik

Campus

1983. 300 S., DM 29,–
ISBN 3-593-33238-8

Dieses Buch verfolgt den roten Faden, der die Anti-Atomkampagne, die Studentenbewegung, die Bürgerinitiativen, Jugendproteste, die Ökologie-, Alternativ-, Friedens- und auch Frauenbewegung miteinander verbindet. Materialreich analysiert es deren Entstehungshintergründe, Entwicklungsdynamiken, innere Struktur und politische Wirkung.

Georg Vobruba (Hg.)
Wir sitzen alle in einem Boot
Die politische Realität eines Gemeinplatzes

1983. 160 S., DM 19,80
ISBN 3-593-33277-9

Die Rede von dem Boot, in dem wir alle sitzen, hat Konjunktur. Die Beiträge dieses Bandes fragen nach den politischen Orientierungen, die das »Boot« transportiert.

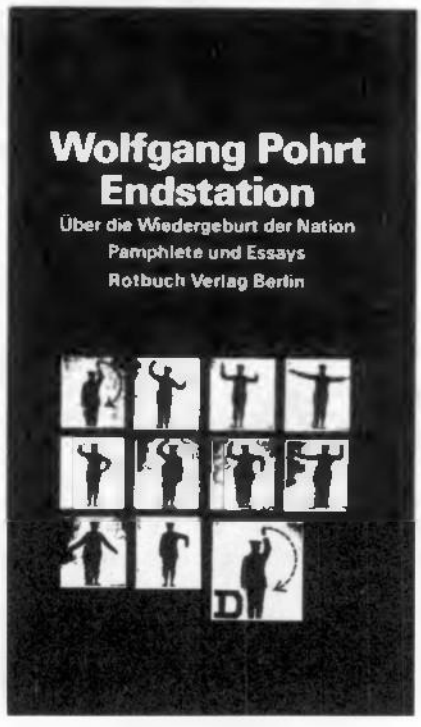
Campus Verlag, Myliusstr. 15, 6 Frankfurt 1

campus

Aus dem Inhalt: Wie praktisch ist die alternative Praxis? Das Trugbild der »alternativen Ökonomie« / Einfach immer mehr? / Innere Grenzen der Projekte / Wie systemstabilisierend ist die Alternativbewegung? / Zwei Kulturen – Nein Danke! / Etablierte, Subkulturelle und Intermediäre / Alternativbewegung und Entwicklung der Industriegesellschaft / Kriterien für intermediäre Projekte.

Joseph Huber
Wer soll das alles ändern
Die Alternativen der Alternativbewegung
Rotbuch 229 · 144 Seiten · 9 DM (Abo 8)

Aus dem Inhalt:
Mut zur Zukunft / Vier Milliarden Ausländer / Ein Volk, ein Reich, ein Frieden / Deutsche Friedensmahner, polnischer Widerstand / Endstation / Wir Deutsche



Wolfgang Pohrt
Endstation
Über die Wiedergeburt der Nation
Pamphlete und Essays
Rotbuch 267 · 144 Seiten · 10 DM (Abo 9)

Sie erhalten kostenlos
»Das kleine Rotbuch« beim:
Potsdamer Straße 98
1000 Berlin 30

Rotbuch Verlag

Otto Kallscheuer
Fortschrittsangst

1. Semantischer Salat

– *Kann* man aus dem Fortschritt aussteigen? (Und: Weiß man darum?)
– *Will* man aus dem Fortschritt aussteigen? (Und: Warum will man?)
Beide Fragen besagen nicht nur nicht dasselbe, auch die Antwort auf die erste präjudiziert nicht bereits die Beantwortung der zweiten Frage. Selbst wenn man in unzulässiger Vereinfachung unterstellen wollte, der Grund (warum?), dessentwegen man aus dem Fortschritt aussteigen oder nicht aussteigen *will*, sei in der Antwort auf die *Kann*-Frage enthalten, so gäbe es immer noch vier Möglichkeiten der Verknüpfung der beiden Antworten, die alle plausibel sind.

Man kann, weil man *nicht* kann (und darum weiß),
– gerade deshalb (vergeblicherweise) wollen: romantische Antwort;
– aus diesem Grunde (vernünftigerweise) es eben nicht wollen: realistische Antwort.
Man kann, eben *weil* man (weiß, daß man es) kann,
– es darum auch (realistischerweise) wollen: erwähnt seien die messianische Version »Das Heil liegt im Exodus« (Bahro), auf die wir zurückkommen müssen, und die Punk-Version »Fortschritt verrecke«;
– es gerade deshalb (vernünftigerweise) nicht wollen: verantwortungsethische Antwort.

Mit diesen Antwortmustern könnte man schon beliebig viele zeitgenössische Dialoge zwischen Fortschrittlern und Aussteigern inszenieren: zwischen fortschrittlichen Befürwortern der Gewaltenteilung und aussteigewilligen Basisdemokraten, zwischen fortschrittlichen Vertretern der Arbeitsteilung und aussteigewilligen Land- oder Alternativkommunarden, zwischen Vertretern wertfreier Wissenschaft und solchen ganzheitlicher Denkformen (seien es die *unio mystica* oder *positive vibrations*) . . . bis hin zu fortschrittlichen Befürwortern und Gegnern der Mikroelektronik, der Nuklearenergie etc. Natürlich behält bei solchen Dialogspielen schon deshalb jeder gegen den anderen recht, weil die Bedeutung der verwandten Termini unklar ist. Das fängt etwa an beim ›Wollen‹: Heißt es hier *wünschen* (begehren, ›abfahren auf‹) oder *›checken‹* (die für *sich* relativ besten Ergebnisse im Auge haben[1]) oder (nach dem *Fairneß*-Prinzip) das für *alle* Betroffenen[2] Zumutbare und Konsensfähige anstreben?

Zum Beispiel: »Ich weiß zwar – antwortet der Romantiker dem Realisten – daß ich den Fortschritt (sc. Rüstungswahnsinn, Atomstaat etc.) nicht aufhalten kann, aber ich *will* mich nicht darauf auch noch einlassen . . .«

Oder: »Gerade weil die Menschheit in der Lage ist, sich selbst auszulöschen – antwortet der Verantwortungsethiker dem Nihilisten – und damit aus der Geschichte ihrer möglichen Vervollkommnung auszusteigen, darum *will* ich von meinen Bemühungen um den Fortschritt (und den Frieden als seine Grundbedingung) nicht ablassen.«

Nun würde es zu weit führen, diese Grammatik von ›Wollen‹ hier noch weiter auszudifferenzieren. Ihre Zerfaserung im Streit um die Alternativen zum Fortschritt gilt uns hier nur als Indiz dafür, daß das, was jeweils mit dem (erlittenen, gewollten oder aufzukündigenden) Fortschritt gemeint ist, selbst ebenso kontrovers wie hochgradig unscharf ist. Anders gesagt: ›Fortschritt‹ ist unter seinen Befürwortern wie unter seinen Gegnern oder (um eine andere Scheidelinie zu nennen) unter den Fatalisten seiner Unabwendbarkeit und den Voluntaristen seiner Ersetzbarkeit durch eine andere ›Tradition‹[3] zu einer Worthülse oder Projektionsfläche für die unterschiedlichsten Optionen (oder Ängste) geworden. Was auch innerhalb der streitenden Parteien unklar geworden ist, betrifft dabei offenbar ebenso die Strukturen der *Vorstellungen von Zukunft* als auch die Dynamik der *Wünsche an Zukunft*. Die Frage nach dem Fortschritt wird polyvalent. Diese *Polyvalenz* der Ideen vom Fortschritt gilt es daher zunächst zu erinnern. Sie allerdings ist nicht neu, wie die ›Tradition des Fortschritts‹ zeigt. Es kommt uns dabei weniger auf die *Inhalte* dessen an, was vom Fortschritt erwartet (oder befürchtet) wird, vielmehr auf die *Strukturierung* dieses Erwartungshorizontes in der Geschichte des Fortschritts selbst. Spezifisch für eine Krise des Fortschritts ist nicht die Vielzahl seiner Bedeutungen, sondern der Umstand, daß sie Dissonanzen erzeugt.

Denn: Die ›Tradition des Fortschritts‹, die auf einmal zum Felde der Zwietracht geworden ist, war nie *ein*-deutig, sondern immer ein *mixtum compositum* unterschiedlichster Bedeutungen oder Bewertungen geschichtlicher Entwicklung. In den letzten vier Jahrhunderten allerdings (wenn wir mit Francis Bacon den Anfang der neuzeitlichen Vorstellungen und Theorien vom Fortschritt ansetzen) haben sich diese Hinsichten aufsummiert und teilweise wechselseitig implementiert.[4] Der heutige Streit um den Fortschritt hat also immer schon mannigfache geschichtsphilosophische Obertöne. Genannt seien wenigstens die folgenden:

– Der Begriff der *Geschichte* selbst als innerweltlich sinnhafte, d. h. gerichtete Bewegung, der (insofern er sich von antiken zyklischen Weltbildern unterscheidet) im alteuropäischen Schoße der Mutter Kirche entsteht; setzt doch die ›Säkularisierung‹, die Verweltlichung der Heilsgeschichte oder ihre Emanzipation aus göttlicher Sinngebung[5] ihrerseits voraus, daß zuvor (eben in der Kirchengeschichte) die christlich-jüdische Eschatologie der unmittelbaren Erwartung des Advents (der Wiederkunft des Messias) verzeitlicht[6], auf die lange Bank geschoben wurde: schließlich läuft sie als Menschenwerk auf eigenen Füßen.

– Der neuzeitliche Begriff der *Wissenschaft* als objektives System methodisch zu sichernder Erkenntnisse, der die ›semantische Revolution‹ der Vorstellungen über das Wesen der Erkenntnis im 17. Jahrhundert[7] ebenso voraussetzt wie die systematische Rolle des Experiments; mit

der Entstehung der neuzeitlichen Naturwissenschaften als »Kind einer Ehe zwischen Philosophie und Handwerk« (C. F. v. Weizsäcker) wird der Horizont des ›Kosmos‹ einer vorausgesetzten Weltordnung zum menschlich erdeuteten, hypothetisch konstruierten (und empirisch überprüften) ›System‹: die vormals in sich ruhend kreisende göttliche Schöpfungsordnung wird als ›Natur‹ zum Gegenstand menschlichen Erkennens und Handelns.[8]

– Das Bild des Menschen als Handelnden, als Subjekt der Geschichte und als Konstrukteur der (Natur-)Erkenntnis läßt auch die *Zukunft offen*[9], d. h. zum Gegenstand der Arbeit des *homo faber* werden; die Vorstellung der Vervollkommnung menschlicher Lebensbedingungen und Lebensorientierungen wird mit der Aufklärung zur regulativen Idee, zum Anspruch an menschliches Handeln: mit dieser Idee der *»perfecitibilité«* (Condorcet) taucht jedoch gleichzeitig das Bewußtsein des Nicht-Zusammenfallens von gesellschaftlichem (oder: Gattungs-) und individuellem Fortschritt auf (Kant), das später durch elegantere Formulierungen zum Fortschritt der Gattung als Arbeit des Geistes (Hegel) oder als Weg zum allseitigen Individuum durch Beseitigung der Klassenhindernisse für die Entfaltung der menschlichen Wesenskräfte (Marx) zwar rationalisiert, aber nicht beseitigt wird.

– Mit dem Verlust ihres transzendenten Heilsgrundes und ihres kosmologischen Hintergrundes können die Formen, Regeln und Institutionen *gesellschaftlichen Zusammenlebens* als spezifische Realitätsdimensionen begriffen werden: Bereiche *autonomer Rationalitätsmuster,* deren Funktionsweise erkannt, gehandhabt, legitimiert (bzw. kritisiert) werden kann. Ob man den Prozeß, in dem der politischen Ordnung zunehmend das »Tor zur Transzendenz«[10] verschlossen wird, als Verlust beklagt oder als Emanzipation begrüßt[11] – erst mit der Entstehung des Staates als säkularer Institution[12], mit der *Autonomie des Politischen* verwandelt sich ›Staatskunst‹ in einen Gegenstand von Wissenschaft; erst mit dem Wegfall theologischer Legitimität kann mit dem *naturrechtlichen Denken* ein »ausschließlich auf dem Konsens beruhendes Legitimationsprinzip«[13] für die politische Gesellschaft formuliert werden (dessen universalistische Orientierung später bekanntlich auch zum Kritikmaßstab der ›bürgerlichen Gesellschaft‹ werden konnte). Ob man das Ende der institutionellen ›Einbettung‹ des wirtschaftlichen Handelns in hauswirtschaftliche und herrschaftliche Beziehungen[14], in soziale und religiöse Normen mit Werturteilen versieht oder nicht – jedenfalls läßt sich die *Rationalitätsform der Ökonomie* als eigenständige Untersuchung der Erfolgsbedingungen, Regeln und Konsequenzen wirtschaftlichen Handelns (als Marktkalkül) ohne diesen Prozeß der ›Herauslösung‹ des selbstregulierenden Marktsystems nicht begreifen (und kritisieren). Auf den spezifisch modernen Begriff des *Individuums,* dessen Identität nicht (nur) durch seine soziale und institutionelle Rolle definiert ist (oder werden will)[15] und das sich in den differenten, aber komplementären Sphären von *Öffentlichkeit* und *Privatleben* bewegt[16], sei hier nur hingewiesen.

2. *Wunschmaschine*

Die Aufzählung ist natürlich unvollständig. Doch reicht sie hin, um die innere Spannung deutlich zu machen, die jede Rede vom Fortschritt charakterisiert: zwischen seiner Natur als *›linearem Richtungsbegriff‹* (Koselleck), die historisch ihre Wurzel in der kirchlichen Verzeitlichung der jüdisch-christlichen Eschatologie hat, und der, wenn man so will, ›fortschreitenden‹ *Polyvalenz seiner Kriterien,* die durch die Säkularisierung von Geschichte und die Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft ›freigesetzt‹ wurden. Diese Vielfalt seiner Hinsichten bedeutet nämlich gleichzeitig eine *Differenzierung der Rationalitätsstandards,* nach denen Fortschritt (als Sin-

gular) zu beurteilen wäre. Die Nicht-Koinzidenz der Maßstäbe von wissenschaftlich-technischer und moralischer ›Vervollkommnung‹, von ökonomischer Effizienz, politischer Stabilität, sozialer Gerechtigkeit (usw.) produziert auch die Möglichkeit des Konflikts dieser verschiedenen Fortschritte (im Plural) untereinander.[17] Mit anderen Worten: Die ›Krise des Fortschritts‹ ist logisch bereits im Begriff des Fortschritts eingebaut.
Denn: Auch wenn wir uns die klassischen Ausprägungen der ›Tradition des Fortschritts‹ vornehmen, Galilei und Bacon, Turgot und Condorcet, Rousseau und Kant, Marx und Hegel, St. Simon und Comte . . ., so ergibt sich, näher besehen, die jeweils anvisierte Entwicklung zum Besseren nicht einfach aus der bloßen, problemlosen *Summe* der Einzelfortschritte, sondern eher aus der *Kumulation* verschiedener Hoffnungen oder Ansprüche (vom physischen Überleben, dem wichtigsten *output* des Hobbes'schen Gesellschaftsvertrags, bis zu ökonomischem Wohlstand, sozialer Sicherheit, kultureller Entwicklung, individueller Entfaltung in späteren Modellen) und deren *Projektion* auf einen ausgezeichneten Bereich oder Rationalisierungsmotor, der dann als Triebkraft für alle anderen Fortschritte funktionieren soll und damit zum ›Zentralgebiet‹ des jeweiligen Zukunftsmodells wird.

»Die Vorstellung von Fortschritt z. B. als einer Besserung und Vervollkommnung, modern gesprochen einer Rationalisierung, wurde im 18. Jahrhundert herrschend, und zwar in einer Zeit humanitär-moralischen Glaubens. Fortschritt bedeutete infolgedessen vor allem Fortschritt in der Aufklärung, Fortschritt in Bildung, Selbstbeherrschung und Erziehung, *moralische* Vervollkommnung. In einer Zeit ökonomischen oder technischen Denkens wird der Fortschritt stillschweigend und selbstverständlich als ökonomischer oder technischer Fortschritt gedacht, und der humanitär-moralische Fortschritt erscheint, soweit er überhaupt noch interessiert, als Nebenprodukt des ökonomischen Fortschritts. Ist ein Gebiet einmal Zentralgebiet geworden, so werden die Probleme der anderen Gebiete von dort aus gelöst und gelten nur noch als Probleme zweiten Ranges, deren Lösung sich von selber ergibt, wenn nur die Probleme des Zentralgebiets gelöst sind.«[18]

Ob der Motor in die Zukunft (und der ausgezeichnete Indikator für Fortschritt) nun gesehen wurde im Grad der wissenschaftlichen Naturbeherrschung (Bacon), der Annäherung an die das Recht verwaltende bürgerliche Gesellschaft (Kant), der Fähigkeit der Individuen, ein allgemeines Leben zu führen (Hegel), der Verwirklichung von Kriterien industriell-planmäßiger Rationalität in der Gesellschaftsordnung (St. Simon) oder einer Verkoppelung des Hegelschen und des St. Simonschen Modells, ins Laufen gebracht durch den Klassenkampf als ›Motor der Geschichte‹ (Marx): in allen Fällen ergibt sich die Konstruktion einer ›sinnvollen‹ Geschichte als gerichtete Entwicklung zum Besseren bei gleichzeitigem Wissen um die *Heterogenität* von wissenschaftlicher und moralischer Rationalisierung, ökonomischer und sozialer Entwicklung (usw.) nur dadurch, daß eine *Hierarchie* zwischen diesen Einzelfortschritten hergestellt wird. Der Orientierung auf das jeweilige Zentralgebiet entspricht also eine Neutralisierung der anderen Fort-

schritte, ihre Verdrängung zu Fortschritten zweiten Ranges. Diese wird jedoch insofern verdeckt, gerechtfertigt oder ›kompensiert‹, als sie mit der Annahme verbunden ist, der Hauptfortschritt werde die Nebenfortschritte nach sich ziehen. Wenn diese Nebenerwartungen weiterhin aber als Motivationen erhalten bleiben – und dies wird in aller Regel bei den Anhängern, Nachfolgern oder schlicht ›Konsumenten‹ solcher Fortschrittsmodelle der Fall sein[19] –, so müssen sie in die *Zukunft* verlagert werden; und diese *Projektion* von weitgefächerten Hoffnungen auf den zukünftigen Zustand (der weltbürgerlichen Aufklärung, der kommunistischen Gesellschaft, des wirtschaftlichen Wohlstands u. ä.) produziert dann das Streben nach *Beschleunigung* der gesamten Bewegung. Die ›Revolution der Erwartungen‹, die nach neokonservativer Sichtweise spezifisches Charakteristikum der Nachkriegsentwicklung wohlfahrtsstaatlicher Demokratien ist[20], gehört strukturanalytisch somit bereits in die Denkmodelle neuzeitlicher Zukunftserwartungen – nicht immer die ihrer Erfinder, aber immer die ihrer Abnehmer. Natürlich hängt das Funktionieren solcher Zukunftsentwürfe, die Bündelung von Hoffnungen auf ein Zentralgebiet – und die gelingende Kompensation von widerstreitenden Ängsten – von der Plausibilität des Modells ab. Eine Kumulation von entgegengesetzten Erfahrungen wird nicht auf unbegrenzte Zeit (etwa nach Festingers Modell der ›kognitiven Dissonanz‹) verdrängt werden können. Es kann dann zu einer ›Fortschrittskrise‹ kommen. Und wenn auch neuerlich möglicherweise die Akzeptanzschwelle für Mißerfolge gesunken ist, die Rationalisierungsbereitschaft für Frustrationen abgenommen hat (»fehlende Opferbereitschaft der Jugend«) und der Zyklus des Umschlags von Erfahrungsraum in Erwartungshorizont generell in westlichen Industriegesellschaften beschleunigt erscheint: wenn etwa gegenüber einer noch in Generationen von Kindern und Kindeskindern denkenden klassischen Arbeiterbewegung für heutige mittelständische, ehemals studentische Linke schon ein Erfahrungshintergrund von maximal 15 Jahren ›Bewegung‹ als Basis für weltgeschichtliche Schlußfolgerungen auszureichen scheint (Abschied vom Proletariat, vom westlichen Rationalismus etc.) – an der Struktur des Krisenzyklus hat sich wenig geändert.

Wie nun funktioniert eine *Krise* des (oder: die Krise eines) Fortschrittsbegriffs? In dem Moment, wo eine herrschende Hierarchie von Fortschrittskriterien an Plausibilität verliert und es *weder* gelingt, ihre Glaubwürdigkeit durch neue, bessere Methoden der Verfolgung derselben zentralen Ziele zu re-etablieren (z. B.: die Verfolgung sozialer Sicherheit für die arbeitenden Klassen statt durch Klassenkampf durch wohlfahrtsstaatliche Kompromisse anzustreben), *noch* ein neuer ›Motor‹ in den kollektiven Vorstellungen von geschichtlicher Bewegung bereits etabliert, also ein neues ›Zentralgebiet‹ als Hoffnungsträger wieder gefunden ist: in einer solchen Situation *fällt die ›Wunschmaschine‹ vom Fortschritt ihrem eingebauten eigenen Beschleuni-*

gungsmechanismus zum Opfer. Die Kumulation von Erwartungen an die Zukunft läuft nämlich auch dann weiter, wenn ihre Neutralisierung (oder, im Jargon: die Reduktion ihrer Komplexität) durch eine Hierarchie von ›Zentralgebiet‹ und nachgeordneten Fortschritten (im Jargon: Haupt- und Nebenwidersprüchen) nicht mehr funktioniert. Im Gegenteil, sie wird, wenn weder die Reform noch der Wechsel des Paradigmas gelingt (oder eine Kombination aus beiden), eher noch weiter *heißlaufen*, da ja der ›Rationalisierungseffekt‹ wegfällt, der in der Regel dadurch gegeben ist, daß man sich erst mal »aufs Wesentliche konzentriert« (auf die Revolution oder den nächsten Aufschwung). Parallel dazu kommt es zu einer nicht mehr ›verdrängten‹ oder im Dienste des Fortschritts ›bewältigten‹ *Kumulation von Ängsten:* Die Polyvalenz der Erwartungen an den (vorher noch glaubwürdigen) Fortschritt führt zur zunächst schleichenden Dispersion der Angst, daß sie nicht mehr erfüllt werden können: Vormaliger Triebaufschub (auf die Zeit *nach . . .*) wird dann *auf einmal* »sinnlos« (Warum habe ich Idiot jahrelang gespart, oder: um fünf Uhr morgens Flugblätter verteilt, wenn letztlich *doch nicht . . .*?).

In solch einer Konstellation von um sich greifender *Dis*-Orientierung vormaliger Hoffnungen, von Polyvalenz nicht mehr bewältigter Zweifel reicht dann oftmals *ein* für alle Beteiligten sichtbares Ereignis aus (das Erdbeben von Lissabon, der Unfall von Harrisburg), um den ›Erwartungshorizont‹ *kippen* zu lassen. Und dann funktioniert die Beschleunigung anders herum: statt zur Konzentration aller Wünsche auf einen Königsweg kommt es zur *Totalisierung der Ängste*, zu ihrer ›lauffeuerartigen‹ Verbreitung. Die ›Befreiung‹ vom kollektiven Hang, alle Wünsche an die Zukunft durch das Nadelöhr eines Fortschrittsmodells passieren zu lassen, kann dabei zunächst durchaus als ›entlastend‹ empfunden werden und die Verbreitung des Zweifels am vorher angestrebten Fortschritt noch weiter befördern: *Bekehrung* zum Zweifel, *Bekenntnis* zur Angst kann in der ersten Phase einer solchen Krise kollektiver Zukunftsvorstellungen geradezu lustvoll, Selbstzweck sein.

Auf die Dauer jedoch wird eine solche Ausbreitung von Ängsten sehr viel schneller zu unerträglichen emotionalen und kognitiven *Dissonanzen* führen, da (im Unterschied zu kollektiv geteilten Hoffnungen auf einen positiv besetzten Fortschritt) nunmehr die Aussicht auf Gratifikationen in der Zukunft fehlt. Dann bedarf die sprunghaft angewachsene Dissonanz selbst wiederum *neuer Entlastung* (ich nenne zwei idealtypische Extreme): *entweder* durch ein neues Fortschrittsparadigma *oder* durch die Projektion nicht bewältigter Unsicherheit auf einen Verursacher, ein Feindbild. Im ersten Fall (›weiche Landung‹) würde ein neuer Zyklus eines Fortschrittsmodells eingeleitet, im zweiten Falle (›harte Landung‹) käme es zum Um-sich-Greifen apokalyptischer Endzeitvorstellungen, die eine ›totale‹ Wende verlangen

und psychologisch gegen die Vertreter des ›alten‹ Fortschritts einen imaginären Religionskrieg erforderlich machen können. Zu welcher (Mischung) der beiden Varianten es kommt, hängt natürlich nicht alleine vom Lager der Zweifler ab, sondern auch vom Verhalten der Fortschrittler: Eine versuchte ›weiche Landung‹ kann, wenn sich die Verteidiger des alten (bzw. Gegner des neuen) Fortschrittsparadigmas aggressiv verschanzen, auch zur Bruchlandung werden und damit das Terrain für chiliastische Propheten der ›totalen‹, ›fundamentalen‹ etc. Wende vorbereiten; ein als Kreuzzug begonnener ›militanter‹ Zweifel am ›alten‹ Fortschritt kann, wenn sich Dialogmöglichkeiten, Experimentierfelder und Kompromißspielräume eröffnen, in einen neuen Fortschrittszug umsteigen (und nur einige fundamentalistische Sekten übrig lassen).

3. Z. B. Atombombe

Wie gesagt: das skizzierte Strukturmodell einer Fortschrittsvorstellung war eine idealtypische (besser: unter idealisierenden Annahmen[21] gebildete) Konstruktion. Abstrahiert wurde nämlich z. B.:

– von den *Gründen*, die für die jeweilige Fortschrittsperspektive (bzw. für ihr In-die-Krise-Geraten) aufgeführt werden: dies aufgrund der Annahme, daß auch ›rationale‹ Gründe für bestimmte Hoffnungen oder Ängste nicht notwendigerweise vor ihrer kollektiv ›irrationalen‹ Verarbeitung bewahren müssen;
– vom Unterschied zwischen (›elaborierten‹) *Fortschrittsphilosophien* und kollektiven (›restringierten‹) *Fortschrittsvorstellungen*, die sich – nicht notwendigerweise zu Recht (s. die Querele um Marx und den Marxismus) – auf sie berufen, aus ihnen speisen;
– von den möglicherweise differierenden, konkurrierenden Zukunftsvorstellungen *anderer* Gruppen derselben gesellschaftlichen Öffentlichkeit: d. h. es wurde (in einer Art *ceteris paribus* – Annahme) nur die *interne* Dynamik betrachtet[22], nach der *eine* fortschrittliche Zukunftsperspektive funktionieren (und sich dann möglicherweise disintegrieren) kann; in einer heutigen, weltanschaulich pluralistisch strukturierten Gesellschaft[23] werden jedoch in der Regel nicht nur verschiedene soziale Interessen, sondern auch verschiedene ›Philosophien‹ den gemeinsamen Erwartungshorizont bestimmen, die sich wechselseitig verstärken, neutralisieren, modifizieren können;
– von den *realhistorischen* Erfahrungen, die in die jeweilige Zukunftserwartung eingehen (und sei es durch Verdrängungszwang . . .).

So sehr darum die Schlußphase des oben modellierten Zyklus an derzeitige apokalyptische Stimmungen in Teilen der Ökologie- und Friedensbewegung (und oft gerade derjenigen, die vor kaum einem Jahrzehnt noch die wildesten ›Fortschrittler‹ waren) erinnert, so wenig kann das Modell selbst bereits die aktuellen Fortschrittsängste erklären. Dazu müßte man in der Tat sehr viel stärker in die »historische Gruppendynamik«[24] der westdeutschen Nachkriegsgeschichte einsteigen, als dies hier möglich ist.
Dennoch soll verdeutlicht werden, wie derartige Erklärungen aussehen

könnten, indem ich die letzten beiden angeführten idealisierenden Annahmen ein wenig lockere, ein (selbstverständlich immer noch völlig unrealistisches) Modell der BRD konstruiere und dieses zu zwei unterschiedlichen Zeitpunkten vergleiche. Ich kann dann allerdings nicht mehr einfach ›den Fortschritt‹ als Vergleichsmaßstab nehmen, sondern muß bestimmte, immer auch sinnliche Imaginationen, bildhaft verdichtete Symbole untersuchen, an denen sich kollektive Zukunftsvorstellungen festmachen wie (positiv:) Eigenheim, Auto, Fernseher oder (negativ:) Mikrochip, Saurer Regen u. a.[25] Ich wähle ein Negativsymbol: Atombombe.

Nun zum Modell dieses unseres Landes: Es ist insofern völlig unrealistisch, als zwar nicht seine Entwicklung, aber seine öffentliche Meinung *nur von zwei Gruppen* bestimmt werden soll. Die größere Gruppe heiße »normale Arbeitnehmer«, die kleinere heiße »kritische Zeitgenossen«. Es gibt zwar noch andere Gruppen wie die Arbeitgeber und die Vertreter der öffentlichen Hand (bei denen schließlich unsere beiden Gruppen beschäftigt sind), aber wir nehmen mal an, daß sie ebenso wie die ländliche Bevölkerung oder die kleinen Selbständigen für die öffentliche Meinung nicht ins Gewicht fallen. Auch die Erfahrungen, die diese Gruppen machen, haben in unserem Modell *nur zwei Dimensionen:* die Wirtschaftsentwicklung (Arbeitsplätze, Einkommen, Technologie) und die Erfahrung von Krieg oder Frieden. Wenn es Gefahren gibt, so werden sie zunächst eher (definitionsgemäß) von den »kritischen Zeitgenossen« wahrgenommen, die aber natürlich ansonsten die gleichen Erfahrungen machen wie die »normalen Arbeitnehmer« auch. Jetzt vergleichen wir *zwei Zeiträume* von Erfahrung, die fünfziger Jahre (obwohl sie etwas früher anfangen) und die siebziger Jahre (die etwas später aufhören).

In den fünfziger Jahren haben beide Gruppen die Erfahrung des Weltkriegs gerade hinter sich und erleben eine Phase beschleunigten wirtschaftlichen Wachstums, die privatistische Zukunftsplanung (»auf die eigene Leistung kommt es an«) nicht nur – zur Entlastung von den kollektiven Ängsten, Verantwortungen und Erfahrungen der vorhergehenden Periode – als wünschbar, sondern auch als realisierbar erscheinen läßt. In einer Situation nahezu unbegrenzter Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt werden auch technologische Neuerungen keineswegs mehrheitlich als bedrohlich empfunden, sondern eher als Chancen, sofern sie nur zivil, dem Frieden, der Wirtschaftsentwicklung vorbehalten bleiben. Dies gilt nicht zuletzt für »die Urkraft des Atoms«, deren Kriegsanwendung (Hiroshima) den Deutschen womöglich knapp erspart geblieben war, deren friedliche Nutzanwendung aber im Lichte der kumulierenden Erfahrungen wirtschaftlichen Fortschritts geradezu zum Wunschbild einer positiven Zukunft wird, wie es ein Dokument der Partei der »normalen Arbeitnehmer« gegen Ende der fünfziger Jahre ganz im Geiste Bacons prägnant zusammenfaßt:

»Aber das ist auch die *Hoffnung* dieser Zeit,
daß der Mensch im atomaren Zeitalter sein Leben erleichtern,
von Sorgen befreien und Wohlstand für alle schaffen kann,
wenn er seine täglich wachsende Macht über die Naturkräfte
nur für friedliche Zwecke einsetzt.«[26]

Die in dieser Periode von den »kritischen Zeitgenossen« zum Ausdruck gebrachten Ängste vor der Atombewaffnung (vor allem nach der Zündung transportfähiger Wasserstoffbomben durch USA und UdSSR in den Jahren 1952/53), die anfänglich von einer großen Anzahl der »normalen Arbeitnehmer« geteilt werden und auch in den Bewegungen gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik ihren Ausdruck finden (»Kampf dem Atomtod«), können sich in der machtvollen Aufschwungphase eines Zyklus von Erwartungen in wirtschaftliches Wachstum, privatistische Erfolgskalküle und die Segnungen der Technik kaum durchsetzen; sie werden dann zunehmend neutralisiert und schließlich von den gemeinsamen Wirtschaftswundererfahrungen absorbiert: Die Atombombe wird an den Rand des kollektiven Bewußtseins gedrängt und auch hier als »Gleichgewicht des Schreckens« neutralisiert; es bleiben als Bodensatz Vermutungen über den Einfluß der ›Atomversuche‹ auf das Wetter oder sonstige kleinere Unbilden des Alltags. Es sollte vielleicht noch erwähnt werden, daß gleichwohl in dieser Zeit des sogenannten Kalten Kriegs spannungsgeladene Konfrontationen bis kurz vor die Schwelle von Kriegsdrohungen in unmittelbarer Nähe stattfinden. Berlinblockade, 17. Juni, Mauerbau, Ungarnaufstand . . .
In den siebziger Jahren haben beide Gruppen eine längere Friedensphase und Periode außenpolitischer Entspannung hinter sich, sie erleben jedoch zunehmende wirtschaftliche Krisenprozesse, die häufig genug private Zukunftsplanungen durchkreuzen. Neben enttäuschte individuelle Aufstiegserwartungen treten zunehmend auch Bedrohungen des sozialen Besitzstandes. Die veränderte Arbeitsmarktsituation läßt Rationalisierungseffekte technologischer Neuerungen immer direkter durchschlagen. Damit wächst auch die Bereitschaft, den technischen Fortschritt als gefährlich oder zumindest ambivalent aufzufassen (als ›Jobkiller‹, aber auch als Träger diverser technischer Risiken, die es natürlich vorher ebenso gab); und diese diffuse Verunsicherung muß daher zunächst – nicht zuletzt von den Interessenorganisationen der »normalen Arbeitnehmer« – militant verdrängt werden. Dies zeigt sich etwa anhand der Auseinandersetzung um die Gefahren der friedlichen Nutzung von Atomenergie, die von immer mehr »kritischen Zeitgenossen« vorangetrieben wird[27] (und durch ein geographisch fernes Ereignis »Harrisburg« auf dem Bildschirm sichtbare Bestätigung erfährt), aber in einer ersten Phase auf aggressive Taubheit der Mehrheit der Arbeitnehmer stößt. Die zunächst implizite, noch weitgehend verdeckte Verbindung der Ängste vor Atomkraftwerken als »ruhenden Bomben« mit dem

Bewußtsein vom nuklearen Kriegspotential der Nato-Führungsmacht auf westdeutschem Boden (die nach C. F. v. Weizsäcker die rapide Ausbreitung der Ökologiebewegung in der BRD allerdings erst erklären kann) wird dann in einer späteren Phase mit der Ausbreitung von Massenarbeitslosigkeit und dem Um-sich-Greifen diffuser Zukunftsängste zum Kristallisationspunkt. Erst jetzt – d. h. *ex post* – wird der zunächst nur von kritischen Minderheiten bemerkte ›Nato-Doppelbeschluß‹ auch von »normalen Arbeitnehmern« *als* Ereignis (mit möglicherweise verhängnisvollen Folgen) überhaupt wahrgenommen; die zuvor die Kritik an der Atomenergie aggressiv abwehrenden Gewerkschaften werden jetzt von der Angst vor der atomaren westlichen ›Nachrüstung‹ nahezu plötzlich und um so nachhaltiger erfaßt. Waren die »kritischen Zeitgenossen« als bloße Ökologen, Kernkraftgegner und ›postmaterialistische‹ Alternativlinge noch von der Mehrheit der Arbeitnehmer durch tiefe psychologische Gräben getrennt, so kommt es nunmehr – mit der ›Friedensbewegung‹ – zu einer wachsenden Durchmischung, wechselseitigen Beeinflussung und positiven Rückkoppelung zwischen recht unterschiedlichen Ängsten[28], die gleichsam durch die *Super*-Angst eines bevorstehenden oder doch hochgradig wahrscheinlichen Nuklearkriegs auf mitteleuropäischem Boden absorbiert, überhöht, totalisiert werden. Die sprachlichen Markenzeichen für die Angst vor der Atombombe als kollektivem Negativsymbol – *»atomarer Holocaust«*, *»Euroshima«* – lassen allerdings *auch* den Schluß zu, daß sich jene in vergleichsweise kurzer Zeit um sich greifende »Gewißheit, über Deutschland werde (im Falle der Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen) die atomare Vernichtung hereinbrechen«, gleichzeitig aus jenen historischen Ängsten, Schuldgefühlen und ›Bestrafungserwartungen‹ speist, die in den fünfziger Jahren scheinbar erfolgreich verdrängt werden konnten.[29]

Nochmals: das Modell ist völlig unrealistisch. Zu viele Faktoren fehlen (vom Klassenfeind über die Supermächte, von den Massenmedien bis zu den Mittelschichten, vom Ausbildungsstand bis zum Konsumniveau . . .); Übereinstimmungen mit tatsächlichen Ereignissen wären rein zufällig. Innerhalb dieses Modells läßt sich aber zeigen, daß die Verbreitung von Fortschrittsoptimismus und Zukunftsangst ganz *andere* als die von den Beteiligten angeführten ›rationalen‹ Gründe haben kann. Die Glaubwürdigkeit der, so sei unterstellt, in beiden Fällen rational begründeten Ängste der »kritischen Zeitgenossen« vor den Folgen atomarer Bewaffnung und Nukleartechnologie (sowie dann, in den siebziger Jahren, der Tendenzen zur Einrichtung eines speziell europäischen »Theaterraums« für nukleare Kriegführung) hängt hier entscheidend davon ab, was *andere* gesellschaftliche Gruppen über ihre Zukunft glauben; und diese wechselseitige ›Überdeterminierung‹ von verschiedenen Erwartungshorizonten führt zu entgegengesetzten Ergebnissen: je nachdem, ob die »normalen Arbeitnehmer« sich in der *auf-*

steigenden Phase ihrer Zuversicht in ein Fortschrittsmodell (hier: Wachstum der individuellen Lebenschancen in der sozialen Marktwirtschaft) oder kurz vor dem kritischen Punkt befinden, an dem die Erwartungshaltung ins Negative *kippt*. In den fünfziger Jahren werden anfänglich *gemeinsame* Ängste vor Kriegsgefahren und Wiederaufrüstung durch Wirtschaftswunder und *individualistische* Erfolgshoffnungen neutralisiert und schließlich überlagert, obwohl Kalter Krieg und mitteleuropäische Krisen herrschen. In den siebziger Jahren treten anfänglich sehr *heterogene* Ängste (vor den Gefahren der friedlichen Atomenergienutzung, vor Arbeitsplatzverlust) zunächst in eine paradoxe, aggressive Beziehung zueinander (»Atomenergie sichert Arbeitsplätze«), um dann nach dem Kippen des Erwartungshorizontes in einem gemeinsamen *kollektiven* Schreckensbild (»atomarer Holocaust«) verdichtet zu werden, obwohl das relevante Ereignis, der Nato-Doppelbeschluß, von der Mehrzahl der Beteiligten erst im nachhinein als solches wahrgenommen wird (denn das ferne Ereignis »Harrisburg« hatte nur für »kritische Zeitgenossen« den Charakter eines solchen Schlüsselerlebnisses).

4. Apocalypse now?

Modell beiseite: Es sollen hier weder die nicht zu verantwortenden Gefahren der großindustriellen Verwertung der Kernspaltung noch die destruktive Logik atomarer Auf- und Nachrüstung verharmlost werden. Der hier modellhaft geäußerte Verdacht, daß in der sprunghaften Verbreitung der Ängste vor diesen Gefahren noch ganz *andere* (aber nicht zur Sprache kommende) Motive eine Rolle spielen könnten, für die hier der wirtschaftliche Erwartungshorizont als *ein* Beispiel stand (für andere mögliche), soll darauf hinweisen, daß auch kollektiven Phantasien eine destruktive Logik innewohnen kann. Dies wird um so wahrscheinlicher der Fall sein, je weniger neben der Haltung der identifikatorischen Bestärkung von Ängsten (im Jargon: »dazu zu stehen«) das Moment der reflektierten Distanz (»daneben zu stehen«), als Voraussetzung ihrer beständigen Überprüfung, im öffentlichen Bewußtsein auffindlich ist. Die Bannung diffuser Ängste im endzeitlichen Bild des »atomaren Holocaust«, der übermorgen vor der Tür steht, *hat* solche destruktiven Konsequenzen[30]:

– Sie führt zur Konstruktion verhängnisvoller Feindbilder, von mordlüsternen Cowboys bis zu rüstungsgeilen Christdemokraten, die als Handlanger oder (in der Sprache Heiner Geißlers, die für das regierungsamtliche Lager ähnliche Effekte hervorrufen soll) als *»fünfte Kolonne« des Todes* mit dem »Reich des Bösen« verwachsen;

– sie führt zur Konstruktion eines *»Gegenprinzips (Über-)Leben«*, das in

der Assimilation von staatlicher Sicherheitspolitik an individuelle Notwehr (ein Argumentationsmuster übrigens, das mir noch aus der »Gewissensprüfung« als Kriegsdienstverweigerer geläufig ist: damals als Frage der Inquisitoren) *alles und nichts* rechtfertigen kann[31], das ethische Problem von Verteidigungspolitik jedenfalls ebenso verfehlt wie die Fragen der Rechtfertigung zivilen Ungehorsams[32];
– sie führt zu einer *»Kaninchen vor der Bombe«*-Haltung, die die Diskussion und den Kampf um die Durchsetzung alternativer Sicherheitsstrategien gerade verhindert. Schon heute ist die *»negative Utopie«* des thermonuklearen Untergangs als Minimalkonsens innerhalb der Friedensbewegung zum Deckel geworden, der über alle Töpfe gleichzeitig gestülpt werden kann und die Auseinandersetzung über die verschiedenen Optionen innerhalb der friedliebenden Menschen (allerdings wohl nicht mehr sehr lange) blokkiert.
Wenn nun (was ich behaupten will) das Problem einer »Friedenskultur« vornehmlich in der Fähigkeit eines nicht-destruktiven Umgangs mit *Konflikten* besteht, so ist diese Pazifizierung der Konflikte innerhalb des Pazifismus, die – *sit venia verbo* – Friedhofsruhe innerhalb der Friedensöffentlichkeit (hinter deren Kulissen natürlich das taktische Gerangel um so brutaler stattfindet) für die Friedensbewegung perspektivisch tödlich: Die Konflikte äußern sich nämlich trotzdem, allerdings destruktiv – als »Gewaltfrage« . . .
Wenn diese Diagnose stimmt, so impliziert sie übrigens auch eine »Zumutung an die Grünen«, nämlich die Aufforderung an diese neue Partei, auf den kleinsten gemeinsamen Nenner der Angst innerhalb der Friedensbewegung nicht hereinzufallen (und ihn gar noch gesinnungsethisch zu überhöhen), sondern endlich als politische Kraft in die Auseinandersetzungen um die Veränderung von militärischer Sicherheit mit eigenen Vorschlägen einzusteigen, die es auch innerhalb der ›Bewegung‹ auszufechten gälte.[33] Deren baldige Zersetzung, Ausdifferenzierung und (hoffentlich) Neugruppierung ist ohnehin nicht zu vermeiden: »Es gibt – vom Krieg abgesehen – nur zwei Mittel, dem Zerfall der Masse entgegenzuwirken. Das eine ist ihr *Wachstum*, das andere ihre regelmäßige *Wiederholung*.«[34] Das erste haben wir nunmehr mit der Ausbreitung der Friedensbewegung erlebt. Es hat nicht nur die Grünen in den Bundestag gebracht, sondern das Problem der Rüstungspolitik der Alleinverfügung der militärischen Planungsstäbe und Verteidigungsausschüsse entrissen und zum Problem der öffentlichen politischen Kultur gemacht. Trotz der irrationalen Muster einer Ausbreitung von Ängsten dabei ist das Ergebnis *bisher* vermutlich (um den maoistischen Standard-Satz aus den Anfängen der siebziger Jahre zu verwenden) »gut und nicht schlecht«. Die *Wiederholung* dieser Muster trüge jedoch zur Problemlösung wenig bei.

Man könnte sogar die durch *die-ins* symbolisch beschworene (und durch unbegrenztes »Fasten für den Frieden« real in Kauf genommene) Gewißheit des Endes als bloße Umkehrung jener Verdrängungshaltung ansehen, die in den fünfziger Jahren im Bilde vom »Gleichgewicht des Schreckens« zum Ausdruck kam. In der Vorstellung einer *berechenbaren* Sicherheit damals, wonach – durch das »atomare Patt« – nichts passieren werde, wie heute in der einer *berechenbaren* Nähe des Atomkrieges wird nämlich sozusagen spiegelverkehrt die radikale Veränderung unseres, des menschlichen Zukunftshorizontes, der *point of no return,* den die Existenz der thermonuklearen Waffenpotentiale auf unserem Planeten bedeutet – die erstmals absolute Öffnung der Zukunft, ihre mögliche Entkoppelung von der Gesamtheit der bisherigen menschlichen Geschichte –, in die Gewißheit vom guten oder bösen Ende ver*ein*deutigt. In den fünfziger Jahren half das »Gleichgewicht des Schreckens«, den Umstand zu verdrängen, auf den damals nur einzelne Rufer in der Wüste aufmerksam machten, daß die bloße Möglichkeit der Selbstvernichtung der Spezies Mensch für den (damals liberalkapitalistisch gefaßten) Fortschrittsbegriff in der Geschichtsphilosophie ebenso vernichtende Konsequenzen hat wie die existenzialistische Thematik des *Suizids,* der »Freiheit zum Tode« für die christliche Ontologie.[35] Wie wir sahen, ist der neuzeitliche Fortschrittsbegriff der *zur Vervollkommnung* »offenen Zukunft« (Koselleck) der christlichen Heilsgewißheit historisch entsprungen, hatte sich aber der Rückbindung *(re-ligio)* des Fortgangs der Geschichte an einen ihr bestimmten Sinn nur teilweise entledigt. Die Säkularisierung der Geschichte bedeutete eher die Transformation der Erlösungshoffnungen – die nunmehr zur *verité à faire*, als Prozeß, sozusagen als ›Arbeit‹ auf die lineare Zeitreihe uminterpretiert oder ›rationalisiert‹ wurden – als die Emanzipation vom Heilsgedanken selbst. Mit der in diesem ›Prozeß-Progreß‹ entstandenen Möglichkeit, durch thermonukleare Energie die *gesamte* menschliche Zukunft auszulöschen *(Holo-zid)*, wird erstmals und unwiderruflich der Fortgang menschlicher Geschichte zur *absolut* offenen Zukunft: Die absolute Offenheit der Zukunft fällt zum ersten Mal mit der Möglichkeit des *absoluten Endes* geschichtlicher Zeit zusammen.[36] Was die konservativ-katholische Zeitdiagnose beklagt – menschliche Freiheit als »Gegenteil einer Schöpfung *aus* dem Nichts, nämlich die Schöpfung *des* Nichts als der Bedingung der Möglichkeit der Selbstschöpfung einer stets neuen Weltlichkeit«[37] – wird zum realen Handlungshorizont des Menschenmöglichen, auch noch die ›stets neue Weltlichkeit‹ definitiv zu vernichten.[38] Die Zukunft geht des *telos* der Geschichte, eines Sinns, der trotz zeitweiliger ›Rückschritte‹ schließlich unweigerlich zur Geltung kommen müsse, verlustig. Mit der Atombombe wird sichtbar, daß

»es keine Garantie für die Zukunft gibt. Trotz des gewaltig fortschreitenden Wachstums seiner Erkenntnisse über die Vergangenheit der Menschheit und über die Umwelt, in der die menschliche Gattung zu leben bestimmt ist, weiß der Mensch nichts über das Endziel der Geschichte. Wir sind wie Reisende auf einem Schiff, dessen Herkunftshafen wir kennen, über dessen Bestimmungshafen wir jedoch nichts wissen. Wir wissen nicht einmal genau, wer der Steuermann ist.«[39]

Diese radikale Kontingenz der Zukunft, die allen außer- und innerweltlichen Heilslehren den geschichtsphilosophischen Boden entzieht, wirft die Frage der lebensfähigen und lebenswerten menschlichen Ordnung völlig auf menschliches Handeln, menschliche Institutionen und ihre regulativen Prinzipien zurück. Es gibt – und *dasselbe* gilt auch für die später ins öffentliche Bewußtsein gedrungenen ökologischen Gefahren, die aus der industriellen Zivilisation für *natürliche* Überlebensbedingungen der Menschheit erwachsen – keine Instanz außerhalb der Menschen als moralischer, vernunftbegabter Wesen mehr, an die die Hoffnung (oder Angst) delegiert werden könnte.[40] Dieses Bewußtsein der »Entscheidung unter Risikobedingungen« (um einen Terminus der Spieltheorie zu verwenden, die nicht zufällig ihre enorme Entwicklung in den letzten 20 Jahren den *strategic studies* nuklearer Planungsstäbe verdankt) ist kognitiv, vor allem aber emotional schwer zu bewältigen. Läßt sich in den fünfziger Jahren die Vorstellung des »Gleichgewichts des Schreckens« als »typische Form falschen Bewußtseins« analysieren, die das Fortschreiben einer »optimistischen Geschichtsauffassung« erlaubt[41], so überwiegt heute im Öko-pax-Spektrum eher die umgekehrte Vision der Endzeit. Auch diese erlaubt es jedoch wieder – und damit ist sie gewissermaßen die Umkehrform des fortschrittsoptimistischen falschen Bewußtseins –, der Geschichte *als ganzer* einen Sinn zu verleihen, die Kontingenz der offenen Zukunft fiktiv erneut zu schließen. Sie hat damit eine analoge Entlastungsfunktion, denn die Weltgeschichte erhält wieder einen orientierenden Sinn:

»Exterminismus ist ein bestimmter Gesichtspunkt, unter dem die Weltgeschichte vor ihrem möglichen Ende erscheint. Diese destruktive, d. h. selbstdestruktive Tendenz war immer enthalten . . . Es ist das Überhandnehmen dieser destruktiven Tendenz in der menschlichen Praxis, das uns dazu zwingt, apokalyptisch zu denken.«[42]

6. . . . *und die eschatologische Rückkehr*

Auch wenn Rudolf Bahro heute sicher kein für die grüne und pazifistische Bewegung insgesamt repräsentativer Denker (mehr) ist, so soll er doch deshalb hier ausführlicher zu Wort kommen, weil er die Logik des endzeitlichen Bewußtseins, die in der ›Bewegung‹ noch diffus und sehr viel weiter gefächert ist, ziemlich prägnant auf den Begriff bringt. Deutlich wird bei ihm vor allem, daß die Vorstellung der bevorstehenden Katastrophe not-

wendiges Element jener »Wendezeit«[43] *(kata-strophé)* ist, die die geschichtliche Zeit aufheben, ihre unerträgliche Kontingenz beseitigen, ihren wahren (sprich Gattungs-)Sinn »aufdecken« *(apo-kalypto)* und damit die geschichtlich eingetretene Entzweiung menschlicher Existenz von ihrer Heilsbestimmung überwinden soll. Auch hier wird also ein Ausweg aus der Geschichtsphilosophie versucht, allerdings ein Weg *zurück* zu ihren eschatologischen Quellen, deren Verzeitlichung die Vorstellung von Geschichte einst entsprungen war; um dann zuletzt ihren Heils-sinn in der absoluten Kontingenz der Zukunft zu verlieren. Der eschatologische Ausweg (oder Weg zurück) bewältigt diese existentielle Heils- oder Heimatlosigkeit des Menschen dadurch, daß er die aktuellen geschichtlichen Gefahren als *Zeichen* einer anderen, verborgenen Heilsgeschichte nimmt, die sich in der Endzeit *(eschaton)* als Wende bewahrheitet, aber als solche noch enthüllt werden muß.

»Die Indizien zeigen einfach die Realgefahr der Totalkatastrophe, die zunächst – an der Oberfläche – von dem unvergleichlichen Umfang und der unvergleichlichen Wirkung unserer Technologie ausgeht« (S. 24). Unterhalb der Oberfläche lassen sich diese Indizien jedoch darauf zurückführen, »daß es ein auf den menschlichen Genotyp zurückgehendes anthropologisches Dilemma gibt, das zwar vielleicht nicht zwangsläufig zum Überhandnehmen der exterministischen Tendenz führen mußte, aber jedenfalls bedingend, ermöglichend darin eingeht« (S. 30). Die ›gattungsgeschichtliche‹ Variante der *Erbsünde* besteht also darin, daß »zumindest die in die Natur eingreifende Praxis großer Stufenleiter generell ein Moment von *Hybris* ein(schließt)« (S. 25), das sich dann – nach dem *Bruch* der paradiesischen Einheit von Individuum, Gemeinschaft und Natur – zuerst in der archaischen Großen Kooperation, dann in der europäischen Zivilisation zur zweiten Natur, zum »Zirkel des Mammon, des Karma, oder wie auch immer das Integral der entfremdeten Praxismächte genannt werden mag« (S. 31), verfestigt hat. Kurz gesagt: *»Neolithische Revolution = Sündenfall«* (S. 27). *Industrielle Zivilisation = Reich des Antichrist:* »Herausgekommen ist auf diesem Wege tatsächlich etwas, das eine Weile wie ein auch emanzipatorischer Fortschritt aussah: der Wohlfahrts- und Sozialstaat für die größte privilegierte Minderheit der Weltgeschichte, die Unterklassen der Metropolen, des kapitalistischen Zentrums, Toynbees inneres Proletariat.« Durch die Gefährdung der Interessen der Dritten Welt, der äußeren und der inneren Natur ist diese Zivilisationsform zur ›Megamaschine‹ geworden. »Es ist der Eingang zur Megamaschine, die dabei herausgekommen ist, über dem Dantes Worte stehen müßten: Die Ihr hier eingeht, laßt alle Hoffnung fahren. Sie befreit nicht nur nicht, sie tötet. Ihr werdet nicht den Zipfel jenes Himmelreichs auf Erden erhaschen in der kurzen Spanne bis dahin« (S. 23).

Die Wiedergewinnung des Heilssinns der Geschichte gelingt also dadurch, daß die bisherige historische Entwicklung der Menschengesellschaften als ›falsche‹ Geschichte, als Fehlevolution erscheint: »Der Tod muß sich in dem Regelkreis eingenistet haben, der unsere Gattungsentwicklung lenkt« (S. 20). »Der emanzipatorische Prozeß verläuft exterministisch, verläuft selbstzerstörerisch zumindest seit Beginn der Moderne« (S. 23). Die Wahrheit dieses Falschen offenbart sich in der Katastrophe, als Chance zur Wende. Erst die ›Fülle der Zeiten‹ sieht die Wiederkunft des Messias.

»Es hat uns immer festgehalten, wir waren zu der großen Arbeit an uns selber nicht gezwun-

gen. Jetzt gibt es einen Zwang wie nie zuvor, aus den von uns selbst entfesselten Naturkräften, aus der von uns erzeugten ökologischen Krise. Es liegt in der Bombe und im ›Global 2000‹ auch eine äußerste Chance.« (S. 22).

Bis hierher gleicht das Bahrosche Modell ziemlich genau der Struktur der eschatologischen Zeitvorstellung, vor allem in der Vergegenwärtigung, die sie in den millenaristischen Sekten des europäischen Mittelalters erfahren hat.

Daß sich der Auszug ins heilige Land (die ›wilden‹ Kreuzzüge gehörten zu den breitesten millenaristischen protokommunistischen Massenbewegungen, sie hatten auch einen handgreiflichen Begriff vom Antichrist: die Juden, der Klerus, oder beide zusammen[44]) nunmehr als *Exodus* innerhalb der Industriegesellschaft, als Ausblutung der ›Megamaschine‹ durch die Bildung von Kleinkommunen auf der Basis ›einfacher Reproduktion‹ darstellt[45], daß der Kampf der Mächte des Lichts gegen die der Finsternis sich vornehmlich (gruppendynamisch gesteuert) innerhalb der Seele jedes einzelnen vollziehen soll – als »Suche nach dem wahren Selbst« –, auf diese Details soll hier nicht weiter eingegangen werden. Ebenso erspare ich mir eine ausführliche Bewertung dieses – als gesellschaftliche Perspektive ziemlich reaktionären – Modells, sondern weise abschließend nur darauf hin, daß es *nicht funktioniert*. Die blumenreichen Attribute der Charakterisierung dieser Version der ›Idee der allgemeinen Emanzipation‹ – es solle so ähnlich laufen wie bei den Sannyasin, aber mit europäischer Kultur (Kathedralen und Mozart)[46], ein »neues Benediktinertum« auf kommunitärer Basis, aber mit Sex, als neuer Gral, aber ohne Askese (S. 32, 38) und ähnliches mehr –, vermögen nämlich die zentrale Leerstelle kaum zu überbrücken, mit der die Funktionsfähigkeit des gesamten Modells steht und fällt: *Was fehlt, ist der Messias*. Ohne den aber läuft die ganze Chose nicht. Ein zarter Hinweis auf »einen materialistischen Gottesbegriff«, auf »Gestalten wie Buddha oder Christus, Franz usw.« (S. 31, 33) vermag ihn wahrlich nicht zu ersetzen. Mit dem Hinweis auf die unzweifelhafte historische Existenz religiöser Erwekkungs- und Umkehrbewegungen wird noch kein soteriologisches Charisma erzeugt. Der »*individuelle* Aufbruch zu Gott« kann Produkt von individueller oder Kleingruppenmeditation sein, »der *kollektive* Aufbruch in das Reich Gottes« hatte zwar »historisch viele Namen« (S. 33), aber für die jeweils Aufbrechenden immer nur *einen*. Eine *Person* (Gott, sein Sohn, sein Prophet), die jeden Bekehrten *als* Person ansehen, ansprechen, in den heilsgeschichtlichen »Ausnahmezustand« versetzen konnte: *Kehre um und glaube!* Dies kann nur eine Gott-gesandte oder göttliche Person zu mir sagen, die Gattung aber ist keine Person.

»Das Problem kann auch ganz einfach ausgedrückt werden. Ein politischer Mythos, der offen als solcher erklärt wird, funktioniert nicht mehr als Mythos. Ein Mythos, dessen relativistisch-funktionale Züge man sofort erkennt, verwandelt sich *eo ipso* in die schwächste Ideologie. Ein

Mythos ist nicht nach abstrakt konstruierten Erfordernissen durch bloßen Willensakt herstellbar. Er ist entweder da oder nicht . . . Der Fürst mag ein völliger Atheist sein, aber er wird dies nicht mitten in der Messe erklären. Der ›Generalstreik‹ funktionierte als erklärter Mythos – und hat sich in der Tat in der Arbeiterbewegung nie durchgesetzt. Der Marxismus hat in der Arbeiterbewegung die allen bekannte entscheidende Rolle innegehabt, *weil er eine Politik des Mythos bekämpfte* – oder vielmehr, weil er seine Mythen *nicht* zu solchen erklärte, sondern, im Gegenteil, gegenüber seinen eigenen Mythen nicht ›atheistisch‹ war.«[47]

7. Muddling through

Fortschritt *ohne* Angst, so scheint es, ist nicht zu haben – und die Orientierung auf ›Natur‹ ist als Gegenmodell unbrauchbar: Denn wo die Gefahr ökologischer Katastrophen nicht (wie im eschatologischen Modell) in die offene Stelle des *Zeichens* für die Heilsvergessenheit der industriellen Zivilisation einrückt, bildet ›Natur‹ schlicht Grenze und Ressource für menschliches Handeln. Grenze, weil *knappe* Ressource. Sanfte Technologien versuchen, mit dieser Grenze (die immer eine offene Grenze ist) möglichst flexibel umzugehen. Wir beherrschen die Natur, indem wir ihr gehorchen – so schon Bacon, die zweite Hälfte des Satzes schien im Wachstumsoptimismus der letzten Jahrzehnte in Vergessenheit geraten zu sein.[48] Gut, daß wir uns ihrer entsinnen.

Die Ängste, die Fortschrittsvorstellungen immer dann auslösen, wenn in einer Krise die Überbeanspruchung des ›Zentralgebiets‹ zu Bewußtsein kommt (insofern die verdrängten anderen Ansprüche wieder hochkommen), scheinen nicht prinzipiell heilbar, vielleicht graduell einschränkbar – aber *irgendwelche* Ansprüche werden immer zu kurz kommen. Die ökonomischen, sozialen und ökologischen Grenzen des Wachstums berauben die absehbare Zukunft zudem des wichtigsten bisherigen Palliativs zur Kompensation solcher Ängste, zur Neutralisierung von Konflikten.

Ein möglicher (aber, wie gesagt, nicht absoluter) Ausweg könnte allenfalls darin liegen, die *Rigidität* der Orientierung auf einen Fortschrittsmotor, der auf der Trasse der linearen Zeit alle anderen Ansprüche an die Zukunft nach sich zieht, zu *flexibilisieren*, im Bewußtsein, daß die Ansprüche an die Zukunft prinzipiell *nicht* auf einen Nenner zu bringen sind, daß (um nur die klassische Trias zu nehmen) die Verwirklichungsmodi von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit (oder heute: Konvivialität) untereinander unweigerlich Konflikte produzieren. Zwischen ihren Vergesellschaftungsmedien besteht keinerlei prästabilierte Harmonie. Die Konflikte zwischen Freiheit und Gleichheit sind so alt wie die politische Philosophie selbst; in der jüngsten historischen Vergangenheit hatten sie mit dem keynesianischen Wachstums- und Sozialstaat einen rechtlich geregelten, *direkt* privatwirtschaftlich und *indirekt* staatlich gesteuerten Kompromiß von Sozialismus und Markt

gefunden, eine vergleichsweise flexible Bewegungsform, die nunmehr an ihre Belastungsgrenze gestoßen ist: Rechtlich geregelte Gleichheit geht pari passu mit bürokratischem Wachstum, die liberale Freiheit endet bei Lambsdorff.

Jetzt scheint also die Brüderlichkeit wieder mal dran zu sein: mehr »überschaubare« Sozialbeziehungen, mehr Gruppendynamik, zweiter Sektor (im Gegensatz zum formellen) oder dritter (im Gegensatz zu Markt und Staat) als Alternativökonomie und soziale Selbsthilfe. Gelänge es, solche kommunitären Prinzipien als *gesamt*gesellschaftliche verbindliche Bewegungsgesetze zu etablieren, so würde morgen die Euphorie der Erwartungen vermutlich schneller in Enttäuschungen umkippen, als dies gestern bei der sozialen Marktwirtschaft als Hoffnungsträger der Fall war. *Mindestens* Freiheit und Gleichheit würden unter der ›Tyrannei der Intimität‹ zu leiden haben. Etwas anderes ist es, kommunitäre Selbstorganisation und Selbsthilfe als *Korrektive* einzusetzen, was allerdings (wie zuvor schon der Sozialstaat) einen *gesellschaftlichen* Kompromiß über die wechselseitige Abgrenzung der Sphären von Markt, Staat und informell-gemeinschaftlichen Formen der Produktion von Gütern und Leistungen voraussetzt und die sozialstaatliche Letztverantwortung für diejenigen, die auch durch die kleinen Netze fallen, nicht in Frage stellen dürfte.[49] Die Rationalitätsform solcher Kompromißbildung zwischen *heterogenen* Ansprüchen und vorgegebenen, konfligierenden Realisierungsbedingungen heißt in der amerikanischen Politikwissenschaft »Durchwurschteln« – muddling through. Sie dürfte einer nicht nur nach Klassen oder Interessengruppen, sondern auch nach Rationalitätsmodi zunehmend *polymorpher* werdenden Zivilisation, die gleichzeitig *mehr Staat*, *mehr Markt* und *mehr* nicht durch Markt- oder Rechtsformen geregelte *Freiräume* verlangt[50], am ehesten entsprechen. Sie garantiert freilich auch kein gutes Ende der Geschichte, sie weigert sich nur, die Vielfalt der institutionellen Muster von Problembewältigung (wie: Verstaatlichung, Kommunalisierung, Privatisierung . . .) über einen Leisten zu schlagen. Ökologisch gesprochen, verschafft (oder erhält) diese kompromißlerische Denkweise damit dem Gesellschaftssystem »einen positiven Vorrat an Flexibilität« und hindert es zugleich daran, »sie unmittelbar zu vereinnahmen«.[51]

Anmerkungen

1 Durch eine *ausschließlich* individualistische Bewertung (sei sie nun »zynisch« oder »kynisch«) würde natürlich bereits die *Frage* nach dem ›Fortschritt‹ ein Ding der Unmöglichkeit; denn das für jeglichen Begriff von Fortschritt charakteristische *Problem* des Verhältnisses von Entwicklung der Menschen-Gattung zur begrenzten Lebenszeit, Lernfähigkeit

und Interessenlage jedes einzelnen (I. Kant, *Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht*) verschwände. Vgl. J. Ritter, »Fortschritt«, in: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. II (Darmstadt 1972), Sp. 1032 ff., hier v. a. 1047 f.

2 Zum Problem, daß zu *allen* Betroffenen heutiger Entscheidungen auch zukünftige Generationen gehören, s. U. K. Preuß, »Die Zukunft: Müllhalde der Gegenwart?« in: *Freibeuter* 9 (1981).

3 Zur »Tradition des Fortschritts« s. W. Krohn, »Der Zwang zum Fortschritt«, in: *Kursbuch* 73 (1983).

4 s. R. Koselleck, »Fortschritt«, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. II (Stuttgart 1975), S. 351–423; und Ritter, a. a. O.

5 K. Löwith, »Das Verhängnis des Fortschritts«, in: Löwith, *Vorträge und Abhandlungen. Zur Kritik der christlichen Überlieferung* (Stuttgart–Berlin–Köln–Mainz 1966), S. 139 ff., hier S. 143.

6 H. Blumenberg, *Säkularisierung und Selbstbehauptung* (Frankfurt/M. 1974), hier v. a. S. 57 ff.

7 M. Riedel, »Die Universalität der europäischen Wissenschaft als begriffs- und wissenschaftsgeschichtliches Problem«, in: *Zeitschr. f. allg. Wissenschaftstheorie*, Jg. X (1979), H. 2.

8 R. Spaemann, »Naturteleologie und Handlung«, in: Spaemann, *Philosophische Essays* (Stuttgart 1983), S. 41 ff.; H. Blumenberg, »›Nachahmung der Natur‹. Zur Vorgeschichte der Idee des schöpferischen Menschen«, in: Blumenberg, *Wirklichkeiten in denen wir leben* (Stuttgart 1981), S. 55 ff.

9 R. Koselleck, *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten* (Frankfurt/M. 1979), S. 315, 359 ff.; sowie »Fortschritt«, a. a. O., S. 389, 412, passim.

10 C. Schmitt, *Der Begriff des Politischen* (Berlin 1963²), S. 122 f.; vgl. auch Schmitt, *Politische Theologie* (Berlin 1979³), III. Kapitel.

11 K. Marx, »Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie«, in: *Deutsch-Französische Jahrbücher*, 1844 (Darmstadt 1967).

12 E.-W. Böckenförde, »Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation«, in: H.-H. Schrey (Hg.), *Säkularisierung* (Darmstadt 1981), S. 67–89.

13 N. Bobbio, »Il modello giusnaturalistico«, in: N. Bobbio/M. Bovero, *Società e stato nella filosofia politica moderna* (Milano 1979), S. 59.

14 K. Polanyi, *The great transformation* (Frankfurt/M. 1978), 4–6. Kapitel.

15 Berger/Berger/Kellner, *Das Unbehagen in der Modernität* (Frankfurt/M.–New York 1975), hier S. 75–85.

16 J. Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (Darmstadt–Neuwied 1962); R. Sennett, *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens* (Frankfurt/M. 1983).

17 Ein schönes Beispiel ist der Streit zwischen »Fortschritt« (F. J. Raddatz) und »Fortschritten« (C. Lévi-Strauss), in: *Die Zeit*, Nr. 36 (Sept. 1983).

18 C. Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, a. a. O., S. 85.

19 Man denke etwa an die nette »Überdeterminierung« der Vorstellungen von kommunistischer Zukunft und sexueller Promiskuität bei der *Rheinischen Zeitung*.

20 Vgl. C. Offe, »Unregierbarkeit«, im Bd. 1000 der edition suhrkamp; J. Habermas, »Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und in der Bundesrepublik«, in: *Merkur*, Nr. 11/1982.

21 Über den Unterschied von »Idealtypus« und »idealisierender Abstraktion« s. L. Nowak, »Weber's Ideal Types and Marx's Abstraction«, in: *Neue Hefte für Philosophie*, Nr. 13 (1978), S. 81–91.

22 Für ein elaboriertes einer solchen »internalistischen« Methodologie folgendes theoretisches Modell eines »Erwartungs/Enttäuschungs«-Zyklus kollektiver Verhaltensmuster und *be-*

liefs s. das hervorragende Buch von A. O. Hirschman, *Shifting Involvements. Private Interest and Public Action* (Princeton, N. J. 1982).

23 P. L. Berger, *Der Zwang zur Häresie. Religion in der pluralistischen Gesellschaft* (Frankfurt/M. 1980); Berger/Berger/Kellner, a. a. O.

24 U. Volmerg, in: *Links*, Nr. 162 (1983).

25 Eine Bemerkung am Rande: Es wäre eine eigene Betrachtung wert, die *Nationalität* solcher Kollektivsymbole für gute oder schlimme Zukunft zu untersuchen. Eigenheim, Auto, Fernseher als positive Symbole sind eindeutig *deutsche* Wertarbeit; der »Jobkiller« Mikrochip kommt aus *Japan*, der saure Regen bedroht den *deutschen* Wald; während die (im Folgenden thematische) friedliche Nutzung der Atomspaltung auf *deutsche* Physiker zurückgeht (wie ja auch das Abenteuer des Weltraums auf Wernher von Braun), kommt die gefährliche Atombombe eindeutig aus *Amerika* (wie die Killersatelliten) . . .

26 Präambel des *Godesberger Programms* der SPD (1959).

27 Für ein soziologisch präziseres Modell vgl. H. Kitschelt, »Kernenergie und politischer Konflikt«, in: *Leviathan*, Nr. 4 (1979).

28 Die Ausbreitung der Friedensbewegung stellte übrigens einen entscheidenden »politischen Mehrwert« für die entstehende politische Partei *Die Grünen* dar, ohne den sie vermutlich die 5%-Hürde nicht übersprungen hätten. Aber auch das ist komplizierter als in unserem Modell. Vgl. dazu A. Bolaffi/O. Kallscheuer, »Die Grünen: Farbenlehre eines politischen Paradoxes«, in: *Prokla*, Nr. 51 (1983).

29 D. Diner, in: *Links*, Nr. 162 (1983).

30 s. die Beiträge in: *Links*, Nr. 162, a. a. O.

31 s. W. Pohrt, in: *taz*, 1. 9. 83.

32 s. G. Frankenberg/U. Rödel, *Von der Volkssouveränität zum Minderheitenschutz* (Frankfurt/M. 1981) sowie die aktuellen Diskussionsbeiträge von G. Frankenberg (*Süddeutsche Zeitung*, 1. 10. 1983) und J. Habermas (*Die Zeit*, Nr. 39).

33 Das ist natürlich gleichbedeutend mit der Zumutung, die Grünen sollten *mehr Partei* werden. Vgl. dazu allgemeiner Bolaffi/Kallscheuer, a. a. O.

34 E. Canetti, »Hitler, nach Speer«, in: Canetti, *Das Gewissen der Worte* (München 1976²), S. 164.

35 s. K. Löwith, »M. Heidegger und F. Rosenzweig, ein Nachtrag zu ›Sein und Zeit‹«, in: Löwith, *Gesammelte Abhandlungen* (Stuttgart–Berlin–Köln–Mainz 1969), S. 80 f.

36 Insofern ist die Zukunft »zerspalten«, wie Canetti sich 1965 ausdrückte. »Realismus und neue Wirklichkeit«, in: *Das Gewissen*, a. a. O., S. 70.

37 C. Schmitt, *Politische Theologie II* (Berlin 1970), S. 125.

38 Nach H. Ebeling verliert angesichts des »Megatods« sogar die individuelle Freiheitsbestimmung des Selbstmordes ihren *Eigen*-Sinn: *Freiheit, Gleichheit, Sterblichkeit* (Stuttgart 1982), S. 152 f.

39 N. Bobbio, *Il Problema della guerra e le vie della pace* (Bologna 1979), S. 11 (der Aufsatz stammt aus d. J. 1966).

40 Also auch nicht die Instanz »Natur«, wie dies etwa M. Maren-Grisebach, *Philosophie der Grünen* (München–Wien 1982) versucht.

41 Bobbio, a. a. O., S. 43–49.

42 R. Bahro, »Notizen für eine Vorlesung über ›Dimensionen des Exterminismus und die Idee der allgemeinen Emanzipation‹«, in: *Befreiung*, Nr. 27 (1983), S. 24. Im Folgenden beziehen sich Seitenzahlen im Text auf diesen sowie den nachfolgend in derselben Ausgabe abgedruckten Aufsatz »Kommune wagen. 10 Thesen über die Richtung der sozialen Alternative«.

43 So auch der Titel des Bestsellers von F. Capra, der die zivilisatorische Erbsünde mit dem »kartesianisch-mechanistischen Weltbild«, der analytischen Methode neuzeitlicher Wissen-

schaften ansetzt. Bahro, der ihn zustimmend anführt, gräbt allerdings, wie wir noch sehen werden, tiefer.

44 s. N. Cohn, *The pursuit of the millenium* (London–Toronto–Sidney–New York 1970³), 3.–5. Kapitel.

45 s. auch Bahro, »Bedingungen einer sozialistischen Perspektive am Ende des 20. Jahrhunderts«, in: *Kommune*, Nr. 5 (1983); und sein Papier »Für eine ökologische Antwort auf die Wirtschaftskrise«, in: *Grüner Rundbrief Nr. 3* (Bremen, Dez. 82).

46 s. das Bahro-Interview (*taz* vom 29. 8. und 30. 8. 83) in der Bhagwan-Kommune Rajneesh-Puram. Die Bahrosche Interpretation des Bhagwanschen Modells von »surrender« als Weg zu ›geistiger Militanz‹ scheint allerdings eher von eigenen Wunschvorstellungen geprägt zu sein. Es mag schon sein, daß die Sannyasin Bhagwan als »Mission« verstehen, diese aber befähigt sie in hohem Maße zu einem *weltlichen* Verhalten (und ich meine jetzt nicht nur ihre Discos), das von nahtloser Anpassungsfähigkeit und Flexibilität gegenüber allen möglichen ›externen‹ Sach- oder Systemzwängen und Verhaltenserwartungen geprägt ist, also die ›authentischen‹ Glückswünsche gerade *nicht* missionarisch in die Gesellschaft projiziert. Ein durch Bhagwans Schule Gegangener hat gerade jene Trennung von ›Privatheit‹ (in seinem Falle: der Familie der Sannyasin) und ›Öffentlichkeit‹ *wieder* hergestellt, aus deren Vermengung in der öffentlichen Tyrannei der Intimität (Sennett) sich vermutlich häufig die Unzufriedenheit ergab, die ihn *vorher* zu dieser Gruppe führte. Der messianische Impuls der *Welt*-Veränderung (den viele Sannyasin vielleicht früher mal hatten, wenn es denn stimmt, daß ein Großteil von ihnen aus den politischen Generationen der Protestbewegung kommt), ist, da er zur *Selbst*-Findung wenig beitragen konnte, nunmehr, wenn der *vibration*-Haushalt innerhalb der Familie optimal geregelt ist, gerade stillgestellt, ent-spannt . . . Vom rosa Inhalt ihrer Lebensführung einmal abgesehen, bildet ihr Gesellungsmodus eher eine Alternative als einen Weg zum grünen Fundamentalismus.

47 M. Cacciari, »Sinisteritas«, in: AA. VV., *Il concetto di sinistra* (Milano 1982), S. 18.

48 »Der Mensch, als Diener und Ausleger der Natur, wirkt und weiß so viel, als er von der Ordnung der Natur durch Versuche oder durch Beobachtung bemerkt hat; weiter weiß und vermag er nichts. (. . .) Denn der Natur bemächtigt man sich nur, indem man ihr nachgibt, und was in der Betrachtung als *Ursache* erscheint, das dient in der Ausführung als *Regel*.« F. Bacon, *Neues Organon*, I.1–3 (Darmstadt 1974, S. 26).

49 s. E. Matzner, *Der Wohlfahrtsstaat von morgen* (Wien bzw. Frankfurt–New York 1982); P. Rosenvallon, *La crise de l'état-providence* (Paris 1981).

50 A. Minc, *L'après-crise est commencé* (Paris 1982).

51 G. Bateson, »Ökologie und Flexibilität in urbaner Zivilisation«, in: Bateson, *Ökologie des Geistes* (Frankfurt 1983⁵), S. 634 ff.

Peter Schneider
Keine Lust aufs grüne Paradies

Ich stelle mir vor, das weise und kinderliebe Monster E. T. wäre statt im amerikanischen Westen im Herbst 1983 auf einer deutschen Wiese gelandet und würde in einem schwäbischen oder niedersächsischen Landkreis die ersten Laute einer irdischen Sprache vernehmen – was wäre das erste Wort, das E. T. hervorbrächte? Es wäre nicht das Wort »Ball«, auch nicht das Wort »Wald«, auch nicht das Wort »dankeschön«, auch nicht das Wort »Heimweh«. Nein, das erste Wort, das E. T. zum Entzücken der ganzen Familie mit seinem zarten Computerstimmchen nachplappern würde, wäre das schöne deutsche Wort »Frieden«. Denn gleichgültig, ob er mit seinem überlangen Zeigefinger an einem Radioknopf spielen, aus Versehen ein Fernsehgerät einschalten, aus einer Zeitung buchstabieren oder ein Mondschein-Gespräch belauschen würde, auf kein Wort würde er häufiger stoßen. Aus dem Weltraum befragt, was dieser Menschenlaut zu bedeuten habe, würde E. T. an den Mutterstern zurückfunken, es sei ihm trotz seines sechsstelligen Intelligenzquotienten nicht gelungen, den Sinn des Wortes zu ergründen. Zwar drehe sich in Deutschland alles um den Frieden und es gebe kaum noch eine Tätigkeit, die nicht in seinem Namen geschehe: man schweige, rede, hungere, singe, schreibe, male für den Frieden, man sitze, stehe auf, gehe, radle, liege und man rüste für den Frieden. Aber niemand habe ihm zu dem Wort ein anschauliches Bild vorlegen können. Vermutlich handele es sich um eine Substanz, die auf der Erde rar geworden sei, etwas wie Wasser oder Sauerstoff. Wenn er jedoch frage, was für eine Substanz das sei, was man mit ihr anzufangen gedenke, so sei nur zu erfahren, daß Frieden die Vermeidung einer Katastrophe namens Atomkrieg bedeute. Er, E. T., habe deshalb den Eindruck, daß der von allen so sehnlich erwünschte Zustand auf die Beibehaltung des gegenwärtigen hinauslaufe. Offenbar hätten die Menschen unter dem Druck einer tödlichen Bedrohung das Wünschen verlernt. Es sei so weit mit ihnen gekommen, daß sie eine Bedingung für das menschliche Leben, die wahrscheinlich so unentbehrlich sei wie Wasser und Sauerstoff, nun zu ihrem Lebensziel erklärten. Einen Zustand aber, in dem sich kein anderer Wunsch mehr rege als das Bedürfnis, zu überleben, halte er, E. T., für so eine Katastrophe, daß er bitte, ihn sofort abzuholen.

Ich halte die Angst vor einer nuklearen Katastrophe keineswegs für paranoid. Wer keine Angst hat in Deutschland, ist ein Idiot oder hat keine Phantasie. Vermutlich ist die Welt in einem Zustand, der durch die Visionen eines Paranoikers einigermaßen zutreffend beschrieben wird. Die neuen Waffen Cruise missile und Pershing II dienen erklärtermaßen der Vorverlegung eines gedachten atomaren Schlagabtauschs zwischen den Großmächten. Wo immer man sich die Grenzen eines solchen taktischen Atomkrieges vorstellen mag, sicher ist, daß Deutschland in ihrer Mitte läge. Nachdem die Deutschen die Welt in den Zweiten Weltkrieg gestürzt haben, scheint die Welt entschlossen, den dritten, wenn er sich nicht vermeiden läßt, auf dem Boden des bösen Buben zu beginnen. Das ist wahrscheinlich normal, aber normal ist es auch, daß sich die Deutschen vorher etwas unruhiger zeigen als ihre Nachbarn. Für die Amerikaner und Russen, vielleicht auch für die Briten und Franzosen, die immerhin selber entscheiden können, ob sie auf den Knopf drücken, mag es einen Unterschied zwischen einem taktisch und einem strategisch geführten Atomkrieg geben. Die Deutschen könnten sich diesen Unterschied nur von einem Platz im Himmel aus angucken.

Aber diese begründete Angst paart sich fatal mit einer seltsamen Passion, die ich die Liebe für die Katastrophe nenne. Ich meine damit die Neigung der Deutschen, ihr alltägliches Leben auf die Vermeidung eines kleinen oder großen Ernstfalls auszurichten. Nicht von ungefähr setzen italienische oder französische Übersetzer deutsche Begriffe wie »Angst« oder »Vorsorge« gerne in Anführungszeichen; sie haben das Gefühl, die einheimischen Entsprechungen für diese Wörter träfen die Sache nicht. Es liegt auf der Hand, daß ein Volk, dessen Alltag schon im tiefsten Frieden von den Leidenschaften des Vorsorgens und Vorbeugens bestimmt ist, nicht eben zur Anarchie neigt. Auch wenn keine Katastrophe in Sicht ist, erzeugt die latente Erwartung des Ernstfalls eine hohe Bereitschaft zum Gehorsam. Wie aber, wenn das Schlimmste, auf das man eigentlich immer gefaßt war, plötzlich eine reale Möglichkeit geworden ist?

Vor diesem Erwartungs-Hintergrund wird die vernünftige Angst vor dem Atomkrieg leicht zu einem Instrument der Erpressung, mit dem sich die Bedürfnisse gleichschalten lassen. Wenn das Überleben der Spezies auf dem Spiel steht, muß jedes andere Menschenrecht in die Knie gehen. Es entsteht eine Art Friedens-Frömmigkeit, ein Friedens-Gehorsam, ein leiser, getragener Tonfall, vor dem jede Freiheitsregung als dummerhaft dasteht. Denn die Drohung der atomaren Katastrophe hat eine unangreifbare Autorität. Vor ihrem Schreckgesicht haben die Widersprüche zu schweigen, die Menschen müssen zusammenrücken, sich an den Händen halten, singen und still sein. Natürlich schafft die Katastrophen-Erwartung auch ein ideales Terrain für Menschheitsretter, Einheitsverkünder, Überlebensphilosophen aller Art. Ihr Wort bezieht sein Gewicht aus zig Millionen Tonnen von Sprengstoff:

wer nicht hören will, fliegt in die Luft. Nicht zufällig kehrt in den einschlägigen Texten das Bild von der Arche Noah wieder, von dem *einen* Boot, in dem alle sitzen, dem *einen* Strang, an dem alle ziehen müssen. Denn die Katastrophe kennt keine Klassen mehr, nur noch Deutsche.

Dieser Zug ins Totalitäre läßt sich quer durch alle politischen Lager beobachten. Schon hat Helmut Kohl die Friedensbewegung, die nach Millionen zählt, als eine ferngesteuerte Hilfstruppe Moskaus erkannt und sie vorbeugend für ein Scheitern der Genfer Verhandlungen verantwortlich gemacht: Wer gegen die Stationierung der neuen Raketen protestiere, schwäche die westliche Verhandlungsposition, gefährde den Frieden. Andererseits fällt es liberalen Publizisten zusehends schwer, den Ausnahmezustand in Polen einen Ausnahmezustand und den Abschuß einer koreanischen Verkehrsmaschine über Sachalin einen Massenmord zu nennen. Die Wahrheit zu sagen, scheint inzwischen ein friedensgefährdender Luxus zu sein, den manche sich lieber jetzt schon abgewöhnen. In Mutlangen schließlich, wo am 1. September die Aktionen gegen die Stationierung begannen, waren nur solche Friedensfreunde zugelassen, die zuvor an einem Training in »gewaltfreiem Widerstand« teilgenommen hatten.

Der Friedensforscher Robert Jungk hat exemplarisch die Zwänge beschrieben, die in einem Atomstaat zur fortschreitenden Kontrolle und Uniformierung der Gesellschaft führen. Ich möchte hier einige konvergierende Rituale und Denkmuster jener Bewegung kenntlich machen, die angetreten ist, den Atomstaat zu verhindern. Dabei teile ich keineswegs die Befürchtung mancher Kritiker, die vor einer »grünen Diktatur« warnen. Eine solche Warnung scheint mir angesichts der tatsächlichen Kräfteverhältnisse lächerlich. Eher fürchte ich, daß die Umwelt- und Friedensbewegung an sich selber scheitert, bevor sie an ihre gesellschaftlichen Schranken stößt. Auch beziehe ich mich in meiner Betrachtung nicht auf die Bewegung als Ganzes, sondern auf einen Teil, einen Unterstrom, den ich auf den Namen »ontologische Fraktion« taufen möchte.

Es ist nämlich bei einem Teil der Grünen und Friedensfreunde die große Sehnsucht nach dem Ganzen und Heilen ausgebrochen, nach dem endlichen Ende der Widersprüche. Ein Buch, das die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Manon Maren-Grisebach, nicht zögert, *Philosophie der Grünen* zu nennen, beginnt mit dem Satz: »Philosophie soll wieder als Ort angesehen werden, an dem keinerlei Trennungen, keine Abspaltungen vor sich gehen dürfen.« Und später, unter der Überschrift »Ganzheit – Zusammenhang – Einheit«, heißt es: »Je näher wir die Dinge zusammenbringen, desto mehr ersteht vor uns eine Vision der Ganzheit, mit vielen Brüchen und Abgründen zwar und vorübergehenden Trennungen, aber letztlich vereint zu einer Arche, in der wir mit allen Anderen zusammensitzen . . . Holismus ist wieder in, von griechisch holos = ganz.«

Ich würde es den Freunden und Feinden aus der Friedensbewegung ersparen, aus diesem Buch zu zitieren, wäre ich nicht in Mutlangen gewesen. Denn in Mutlangen war eben nicht nur eine eindrucksvolle und politisch erfolgreiche Blockade des gleichnamigen US-Raketen-Stützpunktes zu bestaunen, sondern auch ein Stück gelebter grüner Utopie.

Um mit einer Nebensache zu beginnen: Schon beim ersten Hinsehen zeigte sich, daß die Philosophin nicht zuviel verlangt hatte mit ihrer Forderung, das äußere Aussehen müsse »Zeichen des Inneren sein: selbstgestrickte Pullover, Sandalen aus Leinen und Rohleder, nein, da wird keiner vom Hang zum Luxus getrieben!« Und es wurde wahr, was Maren-Grisebach zum Apriori grüner Lebenshaltung erklärt: ». . . Sachen weggeben, Weniges um sich sehen mögen, Selbstgemachtes, in der Herstellung nachvollziehbar, dem Herzen mehr als dem Portemonnaie verpflichtet«. Nun mag all dies Selbstgemachte, Selbstgestrickte dem Herzen der Grünen nahe sein, darüber will ich nicht rechten. Falls aber mit der Nähe zum Herzen auch eine Nähe zur Natur, zum Natürlichen, zu den Naturvölkern gemeint ist, möchte ich widersprechen. Denn ausgerechnet die Naturvölker waren weit von der Vorstellung entfernt, ein Mensch, der aus dem Bett aufsteht und das Notwendigste anzieht, sei deswegen auch schön. Die Schönheitsideale der Olmeken, Tolteken, Azteken zum Beispiel waren äußerst kompliziert, mit stundenlanger Arbeit und Schmerzen verbunden und zeigten einen ausgeprägten Hang zum Luxus. Waren denn etwa die Ausbildung der Tellerlippe, die sich über Jahre hinzog, die Durchbohrungen von Mund, Nase, Wange, in die dann entsetzlich schwere Schmuckstücke eingehängt wurden, die künstliche Längung der Köpfe im Kindesalter schlicht »nachvollziehbar«? Die Idee, daß ein Mensch natürlich aussehe, wenn er unter Verzicht auf Schmuck und Schminke eine Latzhose über ein paar Rohledersandalen wirft, kann sich allenfalls auf einen spätbürgerlichen Überdruß an Industriemoden und auf einen Mangel an Phantasie berufen, keineswegs auf Natürlichkeit. Was die Nähe zur Natur angeht, sind die aggressiven und schmerzhaften Modeeinfälle der Punks mit Sicherheit »natürlicher« als die Verweigerungsrituale der Latzhosenkultur.

Aber auch eine andere Vision von Maren-Grisebach, die ich, als Satz genommen, gern überlesen hätte, sah ich in Mutlangen erfüllt. Denn da saßen sie wirklich, wie es auf Seite 23 der *Philosophie der Grünen* versprochen war: ». . . so rücken wir zusammen, . . . abends in kleinen Gruppen, erdhockend oder im Gras, sind gern still miteinander . . . stehen zusammen in Schweigeminuten, Schweigestunden«. Tatsächlich mußte ein Passant, der sich in jenen Tagen dem Eingang zum Raketenstützpunkt Mutlangen näherte, den Eindruck gewinnen, er sei Zeuge einer seltsamen Trauerfeier. Vor dem Stacheldrahtzaun bemerkte er eine kleine Gruppe von Menschen, die sich im Kreis um etwas Unbewegtes gruppierten, an den Händen hielten

und schwiegen. Erst im Nähertreten konnte der Passant erkennen, daß sich im Innern des Kreises nicht etwa eine Leiche, sondern eine andere Menschengruppe befand, die auf dem Boden hockte und ebenfalls schwieg. Nach genau zehn Minuten wurde das Schweigen durch eine behutsam gezupfte Gitarre unterbrochen, und es erklangen Lieder der getragenen Art, am häufigsten: »Wir wollen wie das Wasser sein / weiches Wasser bricht den Stein . . .«

Das beschriebene Ritual macht Sinn, wenn der Gruppe der Blockierer sich von außen eine Gefahr nähert, eine Gegendemonstration, Polizei, wütende Anwohner. Für diesen Fall kann die sogenannte »Patengruppe«, die die Blockierer-Gruppe umringt, einen Schutz darstellen. Wenn es aber über drei Tage lang ausgeübt wird, ohne daß am Horizont irgendeine Störung zu bemerken ist, erhält es Zeichencharakter. Was ist die Botschaft einer Gruppe, die sich ohne Not diese Form gibt? Sie lautet etwa so: Was wir wollen, ist so geartet, daß man sich am besten an den Händen faßt, schweigt oder singt. Spiele, laute Reden, Witze, Elektrogitarren, Dissonanzen, Bosheiten sind in dem, was wir wollen, nicht vorgesehen. Seid lieb zueinander.

Dasselbe überwältigende Harmoniebedürfnis drückt sich in der Sprachgebung der Friedensbewegung aus. Das Wort »Bezugsgruppe« evoziert die Vorstellung, Menschen, die für den Frieden kämpfen, müßten erst einmal einen »Bezug« herstellen – sie haben sonst keinen –, sie brauchten einen Herd, einen Anker, eine Familie, die sich um sie schart. Außenstehende, die an Aktionen teilnehmen möchten, aber das Gruppen-Training nicht mitgemacht haben, können von einer Gruppe zusätzlich »adoptiert« werden – auch hier das Bild von einer Welt, in der die Menschen grundsätzlich als Waisen herumstolpern und ständig auf der Suche nach Eltern sind. Vor sie, die Waisenkinder, stellt sich im Aktionsfall schützend die »Patengruppe«, die sie mit Obst und Liedern versorgt.

Am ärgsten stößt mir das neue Zauberwort vom »Konsens« auf. Der Konsens wird in einem Handbuch gerühmt als eine »Form der demokratischen Entscheidung, ohne abzustimmen«. Dem Mehrheits- oder Abstimmungsprinzip sei der Konsens-Gedanke überlegen durch das Ziel, »alle Ideen und Vorschläge zu sammeln und miteinander zu verschmelzen«. Ich möchte nicht darüber spekulieren, ob ein solches Entscheidungsmodell funktionieren kann. Schlimmer als der Gedanke, es sei unpraktikabel, ist mir die Vorstellung, es könnte sich in der Friedensbewegung bewähren. Denn eine Gruppe von 10 oder 15 Menschen, die vier Wochen zusammensitzt und nach dem Konsensprinzip, also einstimmig, ihre Entscheidungen trifft, ist entweder betäubt oder hypnotisiert oder besoffen, jedenfalls nicht bei klarem Verstand. Auch wenn niemand sie manipuliert, ist sie das Opfer einer Manipulation. Jede gemeinsame Willensentscheidung unter lebendigen

Menschen setzt die Unterdrückung eines anderen Willens voraus, sei es der eines einzelnen, einer Minderheit oder auch einer Mehrheit. Das Mehrheitsprinzip und auch das autoritäre Führer- oder Leithammel-Prinzip ist vergleichsweise menschenfreundlich, weil in beiden Prinzipien die Tatsache anerkannt ist, daß es in jeder Gruppe notwendigerweise Widerspruch gibt, und sei er nur durch Neid oder Profilierungssucht motiviert. Konsens ist der Glücksfall für eine Gruppendiskussion; zum Prinzip erhoben wird der Glücksfall zu einem Instrument der Vorbeugung gegen jeden Dissens. Tatsächlich empfiehlt das Handbuch die Lust am Widerspruch der Selbstzensur jedes einzelnen an: »Wir müssen beim Reden, beim Entscheiden unserem Verhalten immer wieder einen Spiegel vorhalten lassen, um uns mehr zu spüren: ›Aha, jetzt rede ich schon fünf Minuten‹ . . . oder ›Verflixt, eigentlich bin ich gar nicht anderer Meinung, ich habe bloß einen persönlichen Ärger‹.« Ich gestehe, auf mich macht die Einübung des Unisono einen makabren Eindruck. Denn es ist klar, wer der eigentliche Beweger und Dirigent der Einstimmigkeit ist: Guru Atombombe. »Unter meinem Regime«, flüstert dieser Tyrann den Mitgliedern der Bezugsgruppen zu, »hat jeder Einzelwille zu schweigen. Widerspruch, Neid, Eifersucht, Konkurrenz, all die niedrigen Beweggründe, die die Menschen bisher umtrieben, gehören der Vergangenheit an, und alle Stimmen vereinen sich zu dem einzigen Satz: wir wollen leben!«

An dieser Stelle ist vom Bekenntnis zum Prinzip der Gewaltfreiheit zu reden. Zwischen dem Satz: ich werde bei meinem Protest gegen die Stationierung keine Gewalt anwenden, und dem anderen: ich verpflichte mich auf das Prinzip der Gewaltfreiheit, besteht ein grundsätzlicher Unterschied. Im ersten Fall werde ich Gründe für meinen Gewaltverzicht abgeben. Ich werde etwa darauf hinweisen, daß die Friedensbewegung in jeder direkten militärischen Konfrontation unterlegen sein wird und daß eine Mehrzahl der Bürger, die man gewinnen will, sich über einen Stein im Fenster immer noch mehr aufregt als über eine Pershing im Garten. Ich werde vielleicht noch der Wahrheit zuliebe hinzufügen, daß ich persönlich Gewalt eher verabscheue, weil ich Angst vor körperlichen Schmerzen habe und sie auch anderen ungern zufüge, weil ich im Wegrennen begabter bin als im Angreifen. Im zweiten Fall ersetze ich solche Begründungen durch ein Prinzip: ich erkläre mich für gewaltlos, sogar für gewaltfrei, ich verpflichte mich also, die Gewalt in mir und in der Welt zu überwinden, denn ich habe verstanden, was die Philosophin Maren-Grisebach, die nach eigenen Angaben vom »Standpunkt der Gesamtnatur« und aus Einsicht in die großen »Gesetze des Seins« spricht, mir auf den Weg gibt: »Wir lernen daraus, daß Kampf überhaupt zum sinnlosen Westverhalten geworden ist: derjenige der Natur gegenüber wie derjenige unter den Menschen.« Nur verstehe ich jetzt mich selber nicht mehr, weder meine Angst vor Gewalt noch die Beobachtung,

daß andere in meiner Lage gewalttätig werden. Wenn jemand zentnerweise Sprengstoff vor meiner Haustür aufhäuft, ist es eigentlich normal, daß ich mit allen Mitteln gegen ihn vorgehe. Selbstverständlich werde ich ihn hassen, ihn mir, notfalls mit Gewalt, vom Halse halten, und nur die Einsicht in meine Erfolglosigkeit können mich abhalten, ihn die Treppe hinunterzuwerfen.

Meine Einwände laufen in ein grundsätzliches Bedenken zusammen. Ich unterstelle einem Teil der Grünen und Friedensfreunde den Glauben, das Böse, das uns bedroht, sei außerhalb von uns. Die Atombombe stellt sich dar als der monströseste Ausdruck einer aggressiven, Mensch und Natur ausbeutenden Zivilisation, sie ist der moderne Antichrist, das objektivierte Böse. Wer gegen dieses Böse kämpft, ist verführt, die Kräfte, die es hervorbrachten und nähren, als widernatürlich zu verdammen. Dabei wird sein Verdikt nicht nur die technische Zivilisation treffen, die die Atombombe hervorbrachte, sondern auch ihren kulturellen Apparat, ihre Seele, in der Machtstreben, Gewalt, Egoismus, Konkurrenz, Ich-Kult toben. Folglich wird er sich und der Welt beweisen, er sei frei von jenen aggressiven Strebungen, die in der Auftürmung immer neuer Over-kill-Kapazitäten Gestalt angenommen haben. Er wird alle Regungen in sich unterdrücken, die ihn von ferne an jene Fratze des Bösen erinnern, und ihr das Bild von einer Zivilisation entgegenhalten, in der die Menschen friedlich nebeneinander herleben »wie die Fische im Wasser«. Aber wo außer im Aquarium leben Fische denn friedlich?

Die Operation der Auslagerung des jeweils Bösen ist von allen Erneuerungsbewegungen gemacht worden, seien sie politischer, religiöser, kulturrevolutionärer Art. Sie ist auch bei jenen Grünen, für die Maren-Grisebach spricht, in vollem Gange. So kann es nicht wundern, daß auf die Projizierung des Bösen in die technische Zivilisation eine Rückprojektion folgt: die geforderte »Runderneuerung« (Maren-Grisebach) sei in Wahrheit nichts anderes als eine Rückkehr zu der wahren Natur des Menschen. Das Wunschbild von einer künftigen friedlichen Zivilisation wird zurückverlegt in den Ursprung der Geschichte, man fühlt sich als Dolmetscher des Schöpfungsplans. Auf diese Weise werden historisch mögliche und notwendig gewordene Forderungen aufgeblasen zu »Gesetzen des Seins«. Der Krieg ist nun nicht mehr eine durch die Atombombe absurd gewordene Form der Austragung von Konflikten, er war von der Schöpfung nicht vorgesehen. Der Eingriff der Technik in die Natur bedarf nicht deswegen einer ökologischen Kontrolle, weil die Beherrschung der Natur in deren Zerstörung umschlägt, der Eingriff an sich ist ein Verbrechen: »Jedes Handhaben technischer Apparate, ja schon ihr Herstellen bewirkt ein Verändern des Natürlichen, und wie sanft wir auch immer dabei zu Werke gehen möchten, es werden halt materielle, für die Natur fühlbare Eingriffe ausgelöst.«

Egoismus, Konkurrenzdenken, Machtstreben, aber auch Angst- und Einsamkeitsgefühle sind nicht etwa natürliche, womöglich sogar lustvolle Strebungen, sie sind uns durch gesellschaftliche Verhältnisse aufgezwungen, die ein paar Abartige um uns herumgestellt haben. Und schließlich die Atombombe selbst, diese von Menschen gemachte Sonne: sie ist nicht etwa das logische Endprodukt einer Zivilisation, an der wir alle teilhaben – sie ist ein Irrtum, ein Monster, von Monstern erfunden, denn wir, wir Eigentlichen, Wahren, Naturnahen, »die wir so hellhörig sind für das Gebläse, das der Geschichtswind in Richtung Zukunft bläst . . .«, wir wollen Frieden.

Diese Kritik wäre kaum mehr als ein Aufruf zur Sorgfalt im Denken – vom Schreiben will ich nicht reden –, wäre die Verwechslung politischer Forderungen mit Gesetzen des Seins nicht so folgenreich. Denn die Rückprojizierung von erwünschten sozialen Verhaltensweisen in irgendein Wesen der Natur oder des Menschen führt zu zwei Fehlern. Erstens verkürzt sie die Erkenntnis zur Propagandaveranstaltung für einen politischen Entwurf. Zweitens verschafft sie diesem Entwurf eine falsche Autorität: Die Natur selbst, das Wesen des Menschen, die große Vernetzung des Lebens verlangt . . . usw. Der notwendig experimentelle Charakter des politischen Entwurfs wird ersetzt durch einen rechthaberischen, im Prinzip totalitären Gestus. Denn der Entwurf, der als Geschichts- oder Naturgesetz daherkommt, muß sich nun nicht mehr fragen lassen, ob und in welchem Ausmaß er sich bewährt. Da er längst als bewiesen gilt, muß er sich nicht mehr beweisen und sperrt sich gegen jede Falsifikation. An die Macht gekommen, verwandelt er sich rasch in eine Maschine, deren wichtigstes Ziel es ist, die Falsifikation unmöglich zu machen. Er verhält sich dann wie der Computer in Kubricks *2001*, der seine ganze Intelligenz darein setzt, zu verhindern, daß ihm jemand den Stecker aus der Steckdose zieht. Ein Beispiel für diesen Gestus ist die Bewältigung des Falles Hecker durch die Grünen im Bundestag. Hecker falsifizierte die These, daß grüne Männer frei von einer Unart sind, die die Grauen »draußen im Lande« immer noch üben: dem Grabschen nach Busen. Statt der These wurde Hecker fallengelassen.

Nach einigen hunderttausend Jahren Menschheitsgeschichte läßt sich über das Wesen des Menschen nicht viel Verläßliches sagen. Zumindest müssen wir es für möglich halten, daß die industrielle Zivilisation, die wir heute aus guten Gründen mit Schrecken betrachten, aus uns hervorgegangen ist. Vermutlich läßt sich die menschliche Geschichte als ein Versuch darstellen, die dunklen, gefährlichen, asozialen Regungen in uns zugunsten sozial erwünschter immer weiter zurückzudrängen. Dieser zivilisatorische Fortschritt ist zwangsläufig mit einer Verringerung und Ausrottung menschlicher Arten verbunden, wobei mit »Arten« nicht nur die netten gemeint sind. Vom »Standpunkt der Gesamtnatur« aus gesprochen ist die allmähliche Abschaffung von Zivilisationsschädlingen wie Tyrannen, Sklavenhaltern,

Chauvis, Mördern, Vergewaltigern wahrscheinlich ein ebenso großer Verlust wie das Verschwinden der Maikäfer. Auf einen Willen der Natur jedenfalls können sich die Grünen mit ihren so notwendigen und richtigen Forderungen nicht berufen, auch nicht auf die Ursprünge der Menschengeschichte. Denn die gern zitierten Naturgesellschaften kannten eben nicht nur das Matriarchat und das friedliche Leben im Kollektiv, sondern auch Sklaverei, Ausbeutung, imperiale Unterdrückung von Nachbarvölkern, Männerherrschaft und Krebs. Was die vorindustriellen Zivilisationen allerdings von der unseren grundsätzlich unterscheidet, ist die Tatsache, daß ihnen der Dialog mit dem Kosmos wichtiger war als der mit den Menschen. In diesem Licht stellt sich der nukleare Alptraum, den unsere Zivilisation träumt, als die Kehrseite ihrer Glücksträume dar: Die Idee, daß Gott Mensch geworden ist und der Mensch die Natur ausbeuten darf ohne Gegenleistung, steht an der Wiege nicht nur aller Utopien vom neuen Menschen, sondern auch der Atombombe.

Man begreift hoffentlich, daß ich nicht einem Fatalismus das Wort rede, der auf die Empfehlung hinausliefe, die Zerstörungskräfte, die in unserer Zivilisation wüten, ihrem Selbstlauf zu überlassen. Vielmehr möchte ich den politischen Ansatz der Grünen und der Friedensbewegung gegen seine Ontologisierung verteidigen. Eine Bewegung, die ihren Behauptungscharakter verleugnet und ihre Wünsche und Hoffnungen nur noch als Naturnotwendigkeiten erlebt, kann leicht erstarren, bevor sie etwas bewegt. Aus Grün wird dann sehr schnell Grau, und es besteht die Gefahr, daß dem Leben im Namen seiner Erhaltung die Lebendigkeit ausgetrieben wird. Der Satz »Wir wollen ohne Raketen leben und die Natur mit dem Menschen versöhnen«, ist das Ergebnis einer Wahl, kein Gesetz. Da dieser Satz ein Behauptungssatz ist, ist er verletzlicher als ein Gesetz, aber auch optimistischer: er könnte sich nämlich bewähren.

Nicht von ungefähr fehlt dem Ruf nach dem Frieden bisher jeder Freiheitsbegriff. Dieser wird kampflos den Aufrüstern überlassen. Unter dem Druck der drohenden Katastrophe hat sich die Vorstellung vom Frieden zum bloßen Überlebenswunsch reduziert, und »Frieden« bedeutet kaum mehr als die Abwesenheit von Krieg. So entsteht allmählich die Bereitschaft, jeden Zustand unterhalb des Atomkrieges zu akzeptieren. Wenn wir aber für den Frieden, den wir wollen, gar keine Bedingung mehr nennen, sind wir bereits das Opfer der atomaren Erpressung, die wir bekämpfen. Wer, wie ich, für einseitige Abrüstung ist, muß auch erklären, auf welche Freiheiten er unter keinen Umständen verzichten wird, und wie er sie notfalls verteidigen will.

Anmerkungen der Redaktion

Reinhard Kaiser, geb. 1950, lebt als Übersetzer in Frankfurt; Hinweise auf Weltenden jeder Art sind ihm stets willkommen. – In *Kursbuch* 73 fehlt die Angabe, daß Garton Ashs Artikel »Eiserne Lady und Superman« von Reinhard Kaiser ins Deutsche übertragen wurde. Die Redaktion bedauert diese Panne.

Ludwig Trepl, geb. 1946, ist Biologe; seit 1974 arbeitet er am Institut für Ökologie der TU Berlin.

Stefan Welzk, geb. 1942, Physiker, Philosoph und Ökonom, lebt in Holland und befaßt sich vor allem mit Konzernverhalten und Wirtschaftskrise.

Ulrich Linse, geb. 1939, studierte Geschichte, Politische Wissenschaften und Anglistik. Lebt in München, Schuldienst. Bei dtv hat er den Band *Zurück o Mensch zur Mutter Erde. Landkommunen in Deutschland 1890-1933* herausgegeben.

Winnie Geipert, geb. 1948, Politologie-Student an der Uni Frankfurt.

Roland Schaeffer, geb. 1951, studierte Soziologie und arbeitet z. Z. als freier Journalist in Frankfurt.

Norbert Kostede, geb. 1948, lehrt Soziologie an der Universität Bielefeld. 1983 erschien von ihm *Die Zukunft der Stadt*.

Ulrich Enzensberger, geb. 1944, lebt als Journalist, Übersetzer und Schriftsteller in München.

Charles C. Roberts, geb. 1938, studierte Ökonomie und lebt heute als Sprachlehrer in Passau.

Josef Winfried Grüter, geb. 1941, Physiker, arbeitet in einer großen Forschungsanlage, vorwiegend auf dem Gebiet erneuerbarer Energiequellen.

Otto Kallscheuer, geb. 1950, lebt derzeit als freischwebender Intellektueller in Berlin. Zuletzt erschien von ihm »Die Grünen: Farbenlehre eines politischen Paradoxes« (in: *Prokla*, Nr. 52 – zusammen mit Angelo Bolaffi).

Kursbuch 75	**Computerkultur**	März 1984
Kursbuch 76	**Die Mütter**	Juni 1984
(siehe Beihefter)		

Carlo Ginzburg

Spurensicherung

Über verborgene Geschichte, Kunst und soziales Gedächtnis

Eine Sammlung der wichtigsten Aufsätze des bedeutenden italienischen Historikers: Beiträge zur niederen Geschichte, zur Spurensicherung eines untergegangenen Alltags – der Wissenschaftler als Sherlock Holmes.

Aus dem Italienischen von Karl Friedrich Hauber.
Broschur, 192 Seiten, DM 29.80

Georg Simmel

Philosophische Kultur

Über das Abenteuer, die Geschlechter und die Krise der Moderne

Mit diesem Band ist ein Philosoph wiederzuentdecken, der zwischen die Fronten geriet, weil er die Aporien der modernen Industriegesellschaft beschrieb, ohne zugleich einer wutentbrannten Zivilisationsfeindlichkeit das Wort zu reden.

Mit einem Nachwort von Jürgen Habermas.
Broschur, 256 Seiten, DM 34.–

Yann Richard

Der verborgene Imam

Die Geschichte des Schiismus in Iran

Dank Richards wissenschaftlicher Verläßlichkeit sowie seiner Fähigkeit, in allen Abschnitten das jeweils Wichtige klar herauszuarbeiten, kann das Buch gleichermaßen dem interessierten Laien als Informationsquelle sowie dem Studierenden orientalistischer oder Orient-bezogener Fächer als wissenschaftliche Einführung dienen.

Bibliotheca orientalis

Aus dem Franz. von Beate Seel.
Broschur, 160 Seiten, DM 29.80

Peter Brückner

Zerstörung des Gehorsams

Aufsätze zur politischen Psychologie

Eine umfassende Sammlung der verstreuten Aufsätze von Peter Brückner, ein Einblick in wichtige Aspekte der Geschichte der Bundesrepublik und zugleich in die Entwicklung einer originären Wissenschaftrichtung – der Politischen Psychologie.

Herausgegeben von Axel-R. Oestmann.
Broschur, 264 Seiten, DM 29.80

Verlag Klaus Wagenbach Berlin

"Von denen keiner spricht"

Was tut die 'Gesellschaft für bedrohte Völker' (GfbV)?

Menschenrechtsorganisation für verfolgte Minderheiten

Sommer / Herbst 1983

Juli 1983: Entsendung einer Untersuchungskommission nach Djibouti — Protest gegen geplante Zwangsrepatriierung von 30 000 Flüchtlingen nach Äthiopien in Genf und Bonn

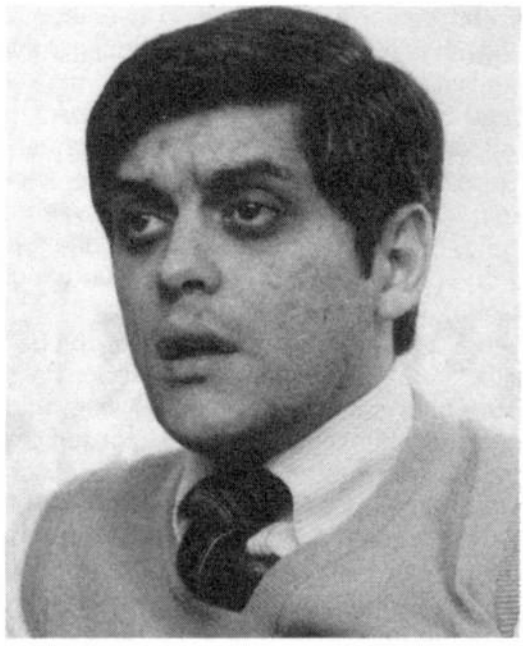
August 1983: Anzeige gegen Innensenator Lummer, CDU, und Pressekampagne wegen Abschiebung von Tamilen, Beteiligung an Internationaler Kommission gegen rassistische Willkür von Oberbürgermeister Metzger, SPD (Darmstadt) — Westeuropäische Parlamentarierinitiative für Osttimor, in der BRD von der GfbV lanciert

September 1983: Unterstützung des Hungerstreiks der Hamburger Rom- und Sinti-Union im ehemaligen KZ Neuengamme

Oktober 1983: Protestaktion gegen Mißhandlung Göttinger Sinti auf Polizeiwache — Fortsetzung der Protestaktion "Helft Polens Roma"

Zeitschrift und Taschenbuchreihe 'pogrom'

Ermäßigte Reihen: **Indianer Nord-, Süd- und Mittelamerika**, ihre Land- und Bürgerrechtsbewegungen, 15 Ausgaben, DM 37,— (statt 52,30) ——— **Sinti und Roma in Deutschland und Europa**, Holocaust, Diskriminierung, Widerstand, 9 Ausgaben, DM 28,— (statt 37,20) ——— **Armenier und Assyrer/Aramäer**, Völkermord und Situation in BRD und Nahem Osten, 6 Ausgaben, DM 24,— (statt 30,40)



Romani Rose, Vorsitzender des 'Zentralrates Deutscher Sinti und Roma', Schirmherr der 'Gesellschaft für bedrohte Völker':

Warum Sie die GfbV als Mitglied unterstützen sollten:

"Es war die GfbV, die den bis 1979 tabuisierten Holocaust und die Nachkriegsverfolgung von Sinti und Roma — gemeinsam mit unseren Verbänden — bekannt gemacht hat."

An die
Gesellschaft für bedrohte Völker
Postfach 2024, 3400 Göttingen

- O Ich werde förderndes Mitglied der Gesellschaft für bedrohte Völker und überweise nach eigenem Ermessen DM _____ monatlich/vierteljährlich*) auf das Postscheckkonto Hamburg, Nr.297793-207.
- O Ich abonniere die Zeitschrift 'pogrom' (10 Nummern, 35,50 DM incl. Porto) Buchreihe im Abo inbegr.
- O Bitte senden Sie mir **Kostenloses Informationsmaterial** über die Arbeit der GfbV (DM 2,- Rückporto beilegen)

voller Name _____

Adresse: _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bitte deutlich schreiben
*) Nicht zutreffendes streichen

Rückgabe [illegible]

Praktische Alternativen

Zwischen 5 vor 12 und Utopia in Grün, jenseits von altem und alternativem Parteiendünkel, sind in diesem Lande mittlerweile einige tausend Menschen dabei, in fast allen Lebens- und Arbeitsbereichen praktische Alternativen zu entwickeln.
Teils ist es Lust auf konkrete Utopie, teils Not, die erfinderisch macht. Manche treibt der Überdruß, andere der Mangel, zu tun wovon andere nur träumen. Entstanden ist dabei ein Sumpf, in dem es brodelt: Zukunftsweisende Ideen und Projekte, erfolgversprechende Aus- und lehrreiche Zusammenbrüche, persönliche Erfahrungs- und kollektive Entwicklungsprozesse, kleine Experimente und systemsprengende Phantasien. Mittlerweile ist ein weitverzweigtes Netz von Gruppen entstanden, die eine politische Kultur der Unruhe und Widerspenstigkeit, von schwer integrierbarem Selbstbewußtsein und fröhlicher bis konstruktiver Staatsverdrossenheit pflegen, zugleich ein Netz der Solidarität mit denen, die vom Rechtsstaat verfolgt oder vom Sozialstaat beschissen werden, ein „offensiv desorganisierter" Zusammenhang von Leuten, die sich weder treten noch vertreten lassen: Basis in ihrer unausstehlichsten Form. Nix Fertiges, keine Heilslehre, keine Qualitätsgarantie, kein schöner Land und kein Modell für alle, ebenso schief wie alternativ. Aber eine Menge Spaß und Hoffnung, Engagement und Zusammenhalt, Knoten- und Treffpunkte, bunte Flecken im grauen Alltag, Sand im Getriebe und auch ein Stückchen Gegenmacht nach dem Motto „Keine Macht für Niemand!"
Seit 5 Jahren fördert NETZWERK-SELBSTHILFE solche alternativen Projekte und politischen Initiativen, jenseits „großer Politik" und über grünliche oder rötliche Partei- und Organisationsschranken hinweg; nach klaren, antikapitalistischen Kriterien und doch mit menschlichem Maß. Wir tun dies durch Beratung und Vermittlung, durch praktische Unterstützung und theoretische Nachhilfe, vor allem aber mit Geld: Gut 2 Millionen Mark haben die derzeit 3200 Mitglieder durch ihre kleinen, aber regelmäßigen Beiträge (Faustregel: 1% vom Nettoeinkommen) zusammengebracht und so über 250 Projekten mit Zuschüssen oder zinslosen Darlehen auf die Beine oder über die Runden geholfen - viel zu wenig angesichts der Aufgaben und Möglichkeiten. Gerade heute, in Zeiten rechten Aufschwungs und real existierender Krise, brauchen wir nicht nur Bewegung, sondern auch einen langen Atem.
Deshalb sollten Sie beitreten, am Besten gleich: Wagen Sie den Schnitt ins Kursbuch als einen kleinen aber effektiven Schritt von der Theorie zur Praxis.

Ich bin dabei. Ich trete dem Netzwerk Selbsthilfe e.V. ab _____ bei

Name _____ Telefon _____

Anschrift _____

Datum _____ Unterschrift _____

Mein monatlicher Beitrag beträgt DM _____. Ich überweise ihn ☐ viertel-, ☐ halb-, ☐ ganzjährlich auf ein Konto von Netzwerk Selbsthilfe e.V.: Postscheckamt Berlin West, Kto.-Nr. 424 262-104, Sparkasse der Stadt Berlin (West), Kto.-Nr. 022 000 5710, BLZ 100 500 00

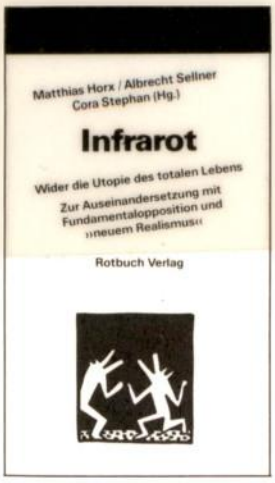
Mein Beitrag soll vorwiegend verwendet werden für ☐ Stadtteil-Projekte, ☐ politische Komitees, ☐ Frauen-Projekte, ☐ Rechtshilfe, ☐ politische Theater- und Musikgruppen, ☐ Handwerks- u. a. Kollektive, ☐ Ökologie-Projekte, ☐ Medien u. Zeitschriften, ☐ pädagogische Projekte, ☐ Bürgerinitiativen, ☐ kleine Netze, Nachbarschaftshilfe, ☐ Buchläden, Verlage, Druck, ☐ sozialtherapeutische Projekte, ☐ ohne besondere Präferenz.

Netzwerk braucht jeden, der Netzwerk nicht braucht

Ab geht die Post an Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61, im Mehringhof, Telefon 030 / 691 30 72 (Bürozeiten 10–17 Uhr)

[redacted] in der Berliner Justiz, die

83-870

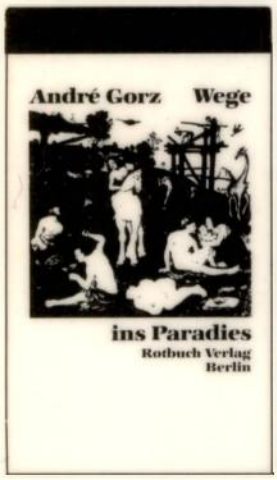


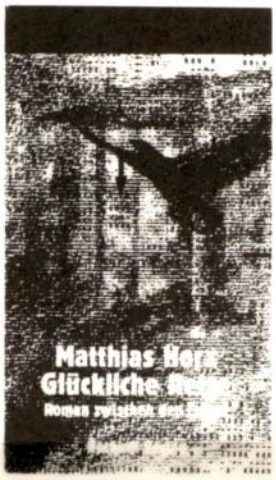
Der »neue Realismus«, den die acht Beiträge in diesem Band reflektieren, versteht sich nicht als eine neue identitätsstiftende Mode; er stellt sich vielmehr bewußt und kontrovers der Verführungskraft konservativer Werte – Leistung, Ordnung, Verantwortung und Autorität.

Horx / Sellner / Stephan (Hg.)
Infrarot
Wider die Utopie des totalen Lebens
Rotbuch 276 · 168 Seiten · 13 DM (Abo 12)

»Die mikroelektronische Revolution drängt uns zu neuen Visionen; aber die Trägheit unserer geistigen Kategorien verschleiert es uns: wir warten immer noch kläglich darauf, daß die Zukunft uns die Vergangenheit wiederbringt, daß die »Wende« oder der wirtschaftliche »Aufschwung« für Vollbeschäftigung sorgen; daß der Kapitalismus sich von seinem Totenbett erhebt und die Automatisierung mehr Arbeit schafft, als sie beseitigt.«

André Gorz
Wege ins Paradies
Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit
Rotbuch 279 · 160 Seiten · 14 DM (Abo 13)





Und dann kam doch ein Geräusch. Ein kleines, kaum hörbares Greinen. Im offenen Portal der Kirche, vor dem dunklen Innenraum, saß ein Hund. Eines von diesen zähen Biestern, die gelernt haben, ohne den Menschen zu überleben. Sie vertragen eine Menge Strahlung, und sie sind schnell, sehr schnell, denn ihre einzige Nahrung hier im Randgebiet der Zone sind die Ratten . . .

Matthias Horx
Glückliche Reise
Roman zwischen den Zeiten
Rotbuch 283 · 224 Seiten · 15 DM

Sie erhalten kostenlos
»Das kleine Rotbuch« beim:
Potsdamer Straße 98
1000 Berlin 30

Rotbuch Verlag

Kulturen und Ideen

7672/DM 14,80

7686/DM 14,80

7698/DM 14,80

7760/DM 8,80

7777/DM 16,80

7789/DM 14,80

Lese- und Bild-Bücher, Grundlagentexte und Essays für den Einstieg in die Kultur- und Sozialgeschichte, Ideen zur Veränderung unserer Lebenswelt und kritische Blicke auf neue Bewußtseins- und Lebensformen gegen die Sachzwang-Gesellschaft.

Der erste deutsche Taschenbuch Verlag

ro
ro
ro